Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

4. Juni 1979
Jg. 7 Nr. 23

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Afghanische Brigade übergelaufen

z.mih. Am 17. Mai hat sich eine komplette Brigade der 7. Division der Befreiungsbewegung gegen das Taraki-Regime angeschlossen. Die rund 2500 Soldaten nutzten Gefechte mit den Rebellentruppen in der Südostafghanischen Provinz Paktya, um in voller Uniform und schwerer Bewaffnung einschließlich Hubschrauber die sozialimperialistisch dirigierte Armee zu verlassen. Zuletzt forderten sie einen Kampfhubschrauber zur Verstärkung an, um ihn gleich auch noch der Befreiungsarmee zu übergeben. Bei den Auseinandersetzungen wurden 2 russische Offiziere getötet. Das Taraki-Regime versucht in dieser Lage Kader aus dem Staatsapparat für den weißen Terror zu gewinnen. In den Behörden liegen Listen aus, in die sich die Beschäftigten als „Freiwillige gegen pakistanische Soldaten" eintragen sollen.

Vergeblicher Versuch der USA China zu erpressen

z.nop. Am 28. Mai hatte der US-Bevollmächtigte Strauss der chinesischen Regierung das Ultimatum gestellt, innerhalb von drei Tagen eine Textilhandelsvereinbarung zu akzeptieren, die das Volumen chinesischer Textilexporte in die USA begrenzen soll. Andernfalls werde die US-Regierung das am 14. Mai von ihrer Handelsministerin Kreps in Peking paraphierte allgemeine Handelsabkommen nicht dem Kongreß zur Zustimmung vorlegen. Chinesische Textilien, die einen Weltmarktanteil von 4% haben, machen z.Zt. nur gut 1% aller US-Textelimporte aus. In den letzten Jahren hat sich aber eine schnelle Aufwärtsentwicklung abgezeichnet: von 7 Mio.$ 1972 auf 58 Mio. $ 1977 und auf 91 Mio $ in den ersten neun Monaten 1978. Nach erfolglosem Ablauf ihres Ultimatums haben die USA letzten Donnerstag Einfuhrbeschränkungen u.a. für chinesische Pullover, Hemden und Hosen verfügt.

Sowjetunion verletzt thailändischen Luftraum

z.anb. Sowjetische Militärtransportflugzeuge mit Material für die Front der vietnamesischen Aggressionstruppen in Kampuchea, vor allem im Norden an der Grenze zu Thailand, haben

Vergeblicher Versuch der USA China zu erpressen

z.nop. Am 28. Mai hatte der US-Bevollmächtigte Strauss der chinesischen Regierung das Ultimatum gestellt, innerhalb von drei Tagen eine Textilhandelsvereinbarung zu akzeptieren, die das Volumen chinesischer Textilexporte in die USA begrenzen soll. Andernfalls werde die US-Regierung das am 14. Mai von ihrer Handelsministerin Kreps in Peking paraphierte allgemeine Handelsabkommen nicht dem Kongreß zur Zustimmung vorlegen. Chinesische Textilien, die einen Weltmarktanteil von 4% haben, machen z.Zt. nur gut 1% aller US-Textelimporte aus. In den letzten Jahren hat sich aber eine schnelle Aufwärtsentwicklung abgezeichnet: von 7 Mio.$ 1972 auf 58 Mio. $ 1977 und auf 91 Mio $ in den ersten neun Monaten 1978. Nach erfolglosem Ablauf ihres Ultimatums haben die USA letzten Donnerstag Einfuhrbeschränkungen u.a. für chinesische Pullover, Hemden und Hosen verfügt.

Sowjetunion verletzt thailändischen Luftraum

z.anb. Sowjetische Militärtransportflugzeuge mit Material für die Front der vietnamesischen Aggressionstruppen in Kampuchea, vor allem im Norden an der Grenze zu Thailand, haben

in den vergangenen 8 Wochen mehr als 79mal den thailändischen Luftraum verletzt. Die sowjetischen Hegemonisten treiben ihren Vasallen an, die Aggression in Südostasien auszuweiten. Indonesien hat Thailand bedingungslose Unterstützung zugesichert. – Auf den Vorstoß der Hanoier Marionetten, die vorige Woche den ASEAN-Staaten neuerlich einen „Nichtangriffspakt" angedient haben, reagierten die Zeitungen in Thailand, Malaysia und Indonesien mit Empörung und warnten vor der Absicht, die ASEAN-Länder zu betrügen. „Wir wollen weder mündliche noch schriftliche Beteuerungen, Vietnam soll seine Truppen aus Kampuchea abziehen."

Manila: Raubmethoden der UdSSR verurteilt

z.anb. Zu Beginn der letzten Verhandlungswoche hat die Gruppe der 77 am 25.5. einen Resolutionsentwurf in die UNCTAD-V-Konferenz eingebracht, der die Sowjetunion und die RGW-Staaten auffordert, unverzüglich 0,7% ihres Bruttosozialprodukts zur Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus in den Ländern der Dritten Welt bereitzustellen und ihre Märkte für deren Industriegüter zu öffnen. Der sowjetische Delegierte Manschulo bezeichnete die Resolution als „absolut ungerechtfertigt" und fand es „bedauerlich", daß die Sozialimperialisten gleichermaßen angegriffen werden wie ihre westlichen Räuberrivalen. Die Gruppe der 77 hatte Kuba mit dem Einbringen der Resolution beauftragt, die unter anderem auch die Abwicklung der Handelsbeziehungen mit dem RGW in konvertibler Währung verlangt.

Europawahl in Frankreich: Chauvinistisches vierstimmig

Alle bürgerlichen Parteien wollen die Arbeiterklasse dem Kampf um die Führung in der EG unterwerfen

z.jon.Paris. Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt seine Ansprache an das französische Volk über die Bedeutung der Europawahl in Hoerdt im Elsaß, um dessen Beherrschung die französische Bourgeoisie jahrhundertelang mit der deutschen gekämpft hat, „wo die Präsenz und die Rolle Frankreichs in Europa ihre historische Dimension finden". Heute haben die westdeutschen Kapitalisten mit Kapitalexporten wieder fest im Elsaß Fuß gefaßt. Chirac, Parteiführer der Gaullisten, begann seine Wahlrede in Straßburg mit dem de-Gaulle-Zitat: „Was auch passiert, die Franzosen werden Straßburg verteidigen!" Mitterand, sozialistische Partei, stellte in Straßburg erstmals seine Kandidatenliste vor, Simone Veil, Gesundheitsministerin und Listenführerin der giscardistischen UDF, sowie Marchais, Generalsekretär der revisionistischen KPF, hielten in Straßburg große Kundgebungen ab und hoben „die Verbundenheit mit unserem Vaterland, die Liebe zu Frankreich" (Marchais) des Elsaß hervor. – Giscard bestimmte in seiner Hoerdter Rede die „Rolle Frankreichs in Europa" so: „Wenn man an der Spitze steht, führt man. Wenn man in der Nachhut ist, wird man geführt. Deshalb ist es die Berufung und das Interesse Frankreichs, mit unseren Partnern den Aufbau Europas zu führen". Er forderte die künftigen Abgeordneten der Europäischen Versammlung zur „Einheit in unseren wesentlichen Interessen" auf.

Der Einheitsaufruf des Präsidenten steht im Gegensatz zum Getöse, mit dem die bürgerlichen Parteien aufeinander losgehen. Daß Frankreich „an der Spitze stehen" muß, darin sind sie sich einig. Daß die Arbeiterklasse gegen Lohnraub, Verschärfung der Ausbeutung und Arbeitslosigkeit rebelliert, die Profitproduktion deshalb stagniert, die Kapitalisten nicht investieren mögen und die Handelsbilanz mit den Hauptkonkurrenten negativ ist, das ist die Ursache ihres Streites. Die Regierungskoalition von Giscardisten und Gaullisten ist in der Krise, die „Linksunion" der reformistischen PS und der revisionistischen KPF ist entgültig zerbrochen.

Das Programm der Regierungskoali-

ralsekretär der revisionistischen KPF, hielten in Straßburg große Kundgebungen ab und hoben „die Verbundenheit mit unserem Vaterland, die Liebe zu Frankreich" (Marchais) des Elsaß hervor. – Giscard bestimmte in seiner Hoerdter Rede die „Rolle Frankreichs in Europa" so: „Wenn man an der Spitze steht, führt man. Wenn man in der Nachhut ist, wird man geführt. Deshalb ist es die Berufung und das Interesse Frankreichs, mit unseren Partnern den Aufbau Europas zu führen". Er forderte die künftigen Abgeordneten der Europäischen Versammlung zur „Einheit in unseren wesentlichen Interessen" auf.

Der Einheitsaufruf des Präsidenten steht im Gegensatz zum Getöse, mit dem die bürgerlichen Parteien aufeinander losgehen. Daß Frankreich „an der Spitze stehen" muß, darin sind sie sich einig. Daß die Arbeiterklasse gegen Lohnraub, Verschärfung der Ausbeutung und Arbeitslosigkeit rebelliert, die Profitproduktion deshalb stagniert, die Kapitalisten nicht investieren mögen und die Handelsbilanz mit den Hauptkonkurrenten negativ ist, das ist die Ursache ihres Streites. Die Regierungskoalition von Giscardisten und Gaullisten ist in der Krise, die „Linksunion" der reformistischen PS und der revisionistischen KPF ist entgültig zerbrochen.

Das Programm der Regierungskoali-

tion ist Senkung des Lohns, Sanierung des kapitalistischen Produktionsapparates, Expansion und Unterdrückung der Arbeiterklasse unter der Parole: Alles für die Größe Frankreichs. Giscard und sein Premier Barre wiederholen refrainartig: Keine Furcht vor Westdeutschland! Sie setzen darauf, daß die französischen Imperialisten stark genug sind, sich zunächst mit dem BRD-Imperialismus die Herrschaft über die EG zu teilen, um ihn später selbst zu schlagen. Die Kämpfe der Arbeiterklasse sowie die Kämpfe der Dritten Welt gegen die Plünderung ihrer Rohstoffe haben den Ablauf dieses Programms verzögert. Chirac fordert deshalb schärfere Gangart nach außen, energischere Unterdrückung im Innern. Aus zwei Hauptgründen fordert er, die jetzige Wirtschaftspolitik dringend zu ändern, eine Politik der „Expansion", der „energischen Investitionen", der „Wiedereroberung des inneren Marktes", der „massiven Unterstützung unserer Spitzenindustrien" zu betreiben: „Es wäre nicht das erste Mal, daß die wirtschaftliche Flaute eine soziale Explosion zur Folge hätte", und: „Ein geschwächtes Frankreich, ein von innen ausgehöhltes Frankreich, das an sich selbst zweifelt, ist ein Frankreich, das seinen Rang nicht halten kann und widerstrebenden Partnern einen wirklich europäischen Willen nicht aufzwingen kann".

Mit ihrem Stahlplan gedachten die französischen Bourgeois, eine wichtige Abteilung der Arbeiterklasse so zu spalten, daß die Gefahr einer „sozialen Explosion" für eine Weile gebannt bleibt. Die Stillegung veralteter Werke soll die Ausbeutungsbedingungen denen der westdeutschen Stahlindustrie angleichen, die Überlegenheit der BRD-Imperialisten in der Investitionsgüterindustrie soll geschwächt werden. Die Freisetzung von 27000 Stahlarbeitern soll helfen, den Lohn zu senken und eine erfahrene, aber unterbezahlte Arbeiterschaft den Kapitalisten der Fahrzeug-, Luftfahrt- und Elektronikindustrie zur Verfügung stellen, wo die französischen Imperialisten der westdeutschen Konkurrenz teilweise bereits überlegen sind. Der Kampf der Stahlarbeiter hat die Entlassungen herausgezögert. Sie haben u.a. die Fortzahlung ihres Lohns über die geplanten Stillegungen hinaus erkämpft. Im modernen Stahlwerk Fos streiken sie seit zwei

inneren Marktes", der „massiven Unterstützung unserer Spitzenindustrien" zu betreiben: „Es wäre nicht das erste Mal, daß die wirtschaftliche Flaute eine soziale Explosion zur Folge hätte", und: „Ein geschwächtes Frankreich, ein von innen ausgehöhltes Frankreich, das an sich selbst zweifelt, ist ein Frankreich, das seinen Rang nicht halten kann und widerstrebenden Partnern einen wirklich europäischen Willen nicht aufzwingen kann".

Mit ihrem Stahlplan gedachten die französischen Bourgeois, eine wichtige Abteilung der Arbeiterklasse so zu spalten, daß die Gefahr einer „sozialen Explosion" für eine Weile gebannt bleibt. Die Stillegung veralteter Werke soll die Ausbeutungsbedingungen denen der westdeutschen Stahlindustrie angleichen, die Überlegenheit der BRD-Imperialisten in der Investitionsgüterindustrie soll geschwächt werden. Die Freisetzung von 27000 Stahlarbeitern soll helfen, den Lohn zu senken und eine erfahrene, aber unterbezahlte Arbeiterschaft den Kapitalisten der Fahrzeug-, Luftfahrt- und Elektronikindustrie zur Verfügung stellen, wo die französischen Imperialisten der westdeutschen Konkurrenz teilweise bereits überlegen sind. Der Kampf der Stahlarbeiter hat die Entlassungen herausgezögert. Sie haben u.a. die Fortzahlung ihres Lohns über die geplanten Stillegungen hinaus erkämpft. Im modernen Stahlwerk Fos streiken sie seit zwei

Monaten für 300 F für alle gleich. Die von Entlassungen bedrohte Belegschaft von Sacilor Hayange erkämpfte letzte Woche einen Teilerfolg im Kampf für höheren Lohn und gegen Rationalisierungen.

Diese Erfolge der Stahlarbeiter haben die Kämpfe der französischen Arbeiterklasse insgesamt gestärkt und die Pläne der Bourgeoisie zum Lohnraub mittels des Arbeitslosenheeres unterminiert. Wie wollen die Bourgeois ihren Plan durchhalten, Hunderttausende Jugendliche so gut wie ohne Lohn als „Praktikanten" auszubeuten, wenn die Stahlarbeiter für entsprechende „Praktika" den vollen Lohn erkämpfen? Ebenso haben sie den Kämpfen der Stahlarbeiter in Westdeutschland und den anderen imperialistischen Ländern Luft verschafft.

Die Führer der reformistischen wie der revisionistischen Partei haben alles getan, um die Verbindung der Kämpfe für höheren Lohn mit denen gegen die Massenentlassungen und Rationalisierungen, sowie die Verbindung der Stahlarbeiter verschiedener Länder untereinander zu verhindern. Jeden Kampf gegen die einzelnen Kapitalisten oder den Staat versuchen sie zur Mobilisierung für „Frankreichs Stahl", für die Bindung der Arbeiterklasse an die Interessen der Kapitalistenklasse insgesamt zu nutzen. Die Reformisten von der PS fordern eine stärkere Vertretung in der EG, damit sie dort, im Namen des „Europas der Arbeiter", die „Interessen Frankreichs" wahrnehmen können. Die Revisionisten erklären die imperialistische Konkurrenz zum Alleinschuldigen an der Lage der Arbeiterklasse. Wohin sie die Arbeiterklasse unter dem Kommando der französischen Bourgeoisie führen wollen, geht daraus hervor, daß sie in den Stahlrevieren Lothringens an den Denkmälern für die imperialistischen Kriege Frankreichs Transparente angebracht haben mit der Aufschrift: „1870, 1914, 1940, 1979 – Lothringen wird nicht noch einmal das Opfer sein!"

Benzinpreis: Monopolprofit und Steuern EG-Plünderungskonkurrenz



Zwischen 11 und 17 DM Gewinn je t Rohöl machten die Mineralölkonzerne 1978. Nachdem sie den Rohöleinkaufspreis 1977 und 1978 gewaltig drücken konnten, liegt er mit 246,04 DM im April 1979 durch die Maßnahmen der OPEC erstmals wieder auf dem Stand von 1976. Der Rohölanteil am Literpreis Benzin

der revisionistischen Partei haben alles getan, um die Verbindung der Kämpfe für höheren Lohn mit denen gegen die Massenentlassungen und Rationalisierungen, sowie die Verbindung der

schen Kriege Frankreichs Transparente angebracht haben mit der Aufschrift: „1870, 1914, 1940, 1979 – Lothringen wird nicht noch einmal das Opfer sein!"

Benzinpreis: Monopolprofit und Steuern EG-Plünderungskonkurrenz



Zwischen 11 und 17 DM Gewinn je t Rohöl machten die Mineralölkonzerne 1978. Nachdem sie den Rohöleinkaufspreis 1977 und 1978 gewaltig drücken konnten, liegt er mit 246,04 DM im April 1979 durch die Maßnahmen der OPEC erstmals wieder auf dem Stand von 1976. Der Rohölanteil am Literpreis Benzin

liegt bei 17 Pf., 54 Pf. zieht der westdeutsche Staat ein, die Spanne geht an die Ölmonopole, die vor allem in Hand der US-Imperialisten sind.

Alle Möglichkeiten sollen offengehalten werden

Wenn Albrecht kandidiert, oder wenn Strauß und Albrecht kandidieren, hat die Bourgeoisie beliebig freie Hand

z.ges. Nachdem die CSU Strauß als Kanzlerkandidaten angeboten hatte, hat die CDU Albrecht angeboten. Man kann versuchen, den Machtwechsel in der Regierung durch offene Konfrontation herbeizuführen oder auf Schleichwegen. Die CSU sucht die Konfrontation mit der regierenden sozialliberalen Koalition. Der Vorstandsbeschluß der CDU versucht einen Schleichweg zu eröffnen. Nachdem Strauß erst einmal vorgeschlagen war, konnte Albrecht als Mann der Mitte aufs Tablett gestellt werden. Vom „Arbeiterkampf" bis zur „Welt der Arbeit" war die reformistisch-revisionistische Presse auf das komplizierte Manöver hereingefallen. „Strauß, nein danke" meint der „Arbeiterkampf". Aber Albrecht, ja bitte? Die „Welt der Arbeit" stellt fest: „Eine Kandidatur Strauß gefährdet das Verhältnis zum DGB". Das Albrecht-Manöver setzte als Erfolgsbedingung das Straußmanöver voraus. Albrecht ist jetzt die Mitte. Es ist immerhin jener Albrecht, der Folter aus Gewissensgründen und zwecks Verteidigung höherer Rechtsgüter für gerechtfertigt hält und der die Bewegung gegen das Kernenergieprogramm wie die demokratische Bewegung überhaupt durch das Verbot der revolutionären Organisationen unterdrücken wollte. Schmidt bildet die Linke und der „Arbeiterkampf" beginnt darüber nachzudenken, ob er nicht die Alternative ist.

Da Albrecht zum Mann der Mitte gemacht ist, eröffnen sich ganz neue Koalitionsmöglichkeiten. Hatte Scheel, der zum Ehrenpräsidenten der FDP werden soll, nachdem er als Präsident der Republik gedient hat, nicht schon über neue Konstellationen meditiert? Der schleswig-holsteinische FDP-Vorsitzende Ronneburger führte die Verluste der FDP bei den Landtagswahlen auf mangelnde Abgrenzung von der SPD zurück und der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen FDP meint, daß die FDP sich offener halten müsse. Im Saarland ist die FDP mit der CDU in der Regierung. Als Albrecht das Verbot revolutionärer Organisationen vorschlug und im Vorstand der CDU durchsetzte, war er noch Chef einer christlich-liberalen Koalition in Hannover. Auch so rum kann die Parteienlandschaft aufgelockert werden. Dabei darf man aber auch nicht vergessen, daß der Beschluß der niedersächsischen Landesregierung über den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben ein Appell auf Große Koalition oder Allparteienregierung in Sachen Energieprogramm enthält: technisch sei die Sache machbar, politisch aber nur, wenn sie von allen Parteien einhellig verfochten und gegen die Massen durchgesetzt werde.

Kohl muß in der Vorstandssitzung der CDU mehr anzubieten gehabt haben als einen Kandidaten Albrecht. Diesem Kandidaten hatten vor der Vorstandssitzung eine ganze Reihe CDU-Chefs dankend abgewinkt. Sie hatten bloß den Mann angeschaut und nicht den Pfiff verstanden, den der Vorschlag bekommen hatte, nachdem er gegen eine Kandidatur Strauß stand. Nach der Vorstandssitzung bestand Einheit. Die Kohlfigur kann das nicht allein zustande gebracht haben. Die CSU scheint über diese Einheit ehrlich überrascht zu sein. Es gibt eben nicht nur die Bayerische Hypo, sondern auch die Deutsche Bank, die einen Friderichs in ihre Vorstandsreihen berufen hat. Schon jetzt steht fest: Wer bei den Bundestagswahlen eine der bürgerlichen Parteien wählt, kann gar nicht wissen, was er wählt.

Streik gegen US-Gummimonopol



Seit dem 9. Mai stehen die über 8000 Arbeiter von Uniroyal, USA im Streik. Carter hat direkt eingegriffen, um die 7%-Lohnleitlinie durchzusetzen. Den Zusammenschluß der Arbeiter hat das gestärkt.

Regierung wünscht Studenten billig und willig

Steigt der Lohn, sinkt das BAFöG / Boykottklausel nicht gewagt

z.bil. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft liegen seit dem 16.5.1979 vor. Zwei Tage später hat der Bundestag das 6. BAFöG-Änderungsgesetz beschlossen. Der Bundesrat hat zugestimmt. Der Bedarfssatz für auswärts wohnende Studenten wird ab Oktober 1979 von 580 auf 620 DM angehoben; für Schüler von 235 auf 260 DM. Die Elternfreibeträge werden auf jährlich 8300 (vorher 7400)Mark erhöht. Das Gesetz senkt das Alter der ,,anspruchsberechtigten'' BAFöG-Bezieher von 35 auf 30 Jahre. Erschwerend für den Kampf um ausreichende Reproduktionsmittel ist schon die gesetzliche Regelung, daß die BAFöG-Sätze nur alle *zwei* Jahre angehoben werden. Danach wäre Erhöhungszeitpunkt der Oktober 1978 gewesen. Der Einbruch in die Reproduktion aus dem Jahre 1975, als die Erhöhung der BAFöG-Sätze durch das Haushaltsstrukturgesetz ebenfalls 1 Jahr außer Kraft gesetzt wurde, ist in Erinnerung. Die Forderungen von vielen Fachschaften, ASten und Fachbereichsgruppen waren 100 Mark mehr ab dem 1.10.78 und 1500 Mark Elternfreibetrag.

,,Einstieg in die Verstetigung der Förderungsleistungen'' verspricht der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft. Gemeint ist folgender Vorgang: Bislang sind grundsätzlich zunächst die Familien verpflichtet zu zahlen. Die Ermittlung des BAFöG-Betrages erfolgt über den Lohn der Eltern. Zugrundegelegt wird bei der Berechnung der Lohn der Eltern des vorletzten Jahres. Spaltung ist die Wirkung. Steigt der Lohn nominell, so sinkt das BAFöG, jeder Fortschritt im Kampf gegen die Lohnsenkungen bewirkt Schmälerung der Reproduktionsbasis der Kinder. Und von jeder noch so gering erkämpften Nominallohnsteigerung wird sofort ein Teil durch das BAFöG wieder geplündert. Der Schnitt, ab dem so gut wie kein BAFöG mehr gezahlt wird, liegt bei ca. 1750 Mark Nettoeinkommen der Eltern. Von den Steuern her wirkt die zweite Seite der Schere. Sie werden für die BAFöG-Berechnung vom Einkommen der Eltern abgezogen. D.h. jeder Fortschritt im Kampf gegen die Steuerausplünderung hat wiederum Senkung des BAFöG-Satzes zur Folge. Das 6. BAFöG-Änderungsgesetz *ändert* insoweit die Lage, als die Möglichkeit besteht, das Einkommen im Zeitpunkt der Antragstellung zu berücksichtigen, wenn es *wesentlich niedriger* ist als das 2 Jahre zurückliegende Einkommen der Eltern.

,,Verstetigung'' meint somit die erklärte Absicht der Kapitalistenklasse, den Lohn der Arbeiterklasse noch weiter zu drücken, um sodann mittels *niedrigeren* Zuteilungen aus den zuvor geraubten Lohngeldern die Staatsaufsicht zu verschärfen. Im Zuge dieser ,,Verstetigung'' ist die Zahl der ,,geförderten'' Studenten seit 1975 gesunken, genauso wie die Beträge selbst beständig gesunken sind. Nicht ohne Grund lehnt die Bundesregierung die Erhebung eines studentischen Warenkorbes ab, da dieser nicht durch das ,,Erforderliche, sondern durch das Konsumverhalten der Betroffenen bestimmt wäre''. 1976 hatte das Deutsche Studentenwerk einen ,,Warenkorb'' von 450 Mark errechnet. (Das sind 10 Mark weniger als der von der Bundesregierung jetzt beschlossene Grundbedarfssatz). Damals wurden den Studenten ganze 210 Mark für Ernährung zugestanden.

,,Das überwiegend aus BAFöG geförderte Studium erweist sich als das am schnellsten und reibungslosesten abgeschlossene Studium'', stellt die Regierung im Dritten BAFöG-Bericht fest. Sind durch die bereits bestehende gesetzliche Regelung mit Förderungshöchstdauer und Leistungsnachweis die Studentenmassen an die Durchsetzung der Prüfungsordnungen und deren Ideologie geknebelt, so ist mit ,,kleinen Korrekturen'' weitere Fesselung im 6. BAFöG-Änderungsgesetz beschlossen. Die Möglichkeit der Erhöhung der Leistungsnachweise wird eröffnet. Durch die Ämter für Ausbildungsförderung kann nach dem neuen § 48 während der *gesamten Dauer* des Hochschulbesuchs eine Überprüfung der Eignung durch gutachterliche Stellungnahme angeordnet werden. Gleichzeitig werden die Rechte der Förderungsausschüsse eingeschränkt. Sie wirken bei den gutachterlichen Stellungnahmen nur noch ,,auf Anforderung'' mit und haben keine Einspruchsrechte mehr gegen die ,,Begutachtung''. Schon jetzt ist abzusehen, daß die ,,Begutachtung'' der Studentenmassen Stachel für weitere Antreiberei im Studium und bei den Prüfungen sein wird und ein neues Feld der Auslese eröffnet.

Die Kämpfe der Studenten in den letzten Jahren beweisen eindrucksvoll, daß die Rückzahlungsklausel im geltenden BAFöG-Gesetz bei Nichtteilnahme an Lehrveranstaltungen relativ wirkungslos bleibt. Die CDU/CSU hat eine ,,Boykottklausel'' gefordert, die den Entzug des BAFöG für die Teilnahme am Boykott und den *Aufruf* zum Boykott befürwortet. Die Bundesregierung, nicht daß sie nicht wollte, hat diesen Schritt nicht gewagt. Sie verweist auf den Spruch ihres Obergerichts vom März 78. Das Bundesverwaltungsgericht hat durch Urteilsspruch ,,geklärt, daß bei Fernbleiben des Auszubildenden der Beweis des ersten Anscheins dafür spricht, daß er sein Fernbleiben zu vertreten hat.''

Stand der Prüfungsordnungen und Regelstudienzeiten an den Hochschulen:

z.sus. **Kiel, Lübeck, Flensburg:** Regelstudienzeit vorgesehen, Einschränkung der Wiederholungsmöglichkeit von Leistungsnachweisen und Prüfungen. **Westberlin:** Seit Sommer 1978 Regelstudienzeit; 4 Semester Grundstudium, 4 Semester Hauptstudium, Verschärfung der Prüfungsbedingungen (Prüferwechsel oder Wechsel von Fächern nach Abgabe des Anmeldeantrages nicht mehr möglich, Recht auf freie Themenwahl wird beschnitten). **Bremen:** Regelstudienzeit 4 Jahre; *Hochschule für Sozialarbeit und Sozialökonomie:* nach Inkrafttreten der neuen Prüfungsordnung Leistungsnachweise von 13 auf 16 erhöht, Pflichtstunden von 6 auf 14, Regelstudienzeit 6 Semester, Einführung von Teilnahmescheinen; *Hochschule für Technik:* neue Prüfungsordnung, Regelstudienzeit 6 Semester, 22 Scheine in den Semestern 1–3, 19 Scheine in den Semestern 4–6, Abschlußarbeit im 5. statt im 6. Semester; *Universität* In keiner Prüfungsordnung Regelstudienzeit festgelegt; *Biologie:* Mindeststudiendauer von 8–9 auf 9–10 Semester erhöht, durchschnittlich 18 Semesterwochenstunden, 9 Leistungsnachweise; *Chemie:* durchschnittlich 21 Semesterwochenstunden; *Lehrer:* Prüfungsordnung soll noch in diesem Semster verschärft werden (,,fünf'' nicht mehr ausgleichbar, Prüfer kann nicht als befangen abgelehnt werden, Kommission anstelle zweier Hochschullehrer überprüft die Hausarbeit).**Oldenburg:** *Mathematik*, Regelstudienzeit ab Wintersemester 1978/79 geplant.**Hamburg:** Mathematik, keine Regelstudienzeit. **Braunschweig:** *Elektrotechnik*, keine Regelstudienzeit; Verschärfung der Studienbedingungen von Lehrerstudenten von Grund- und Hauptschulen, 3 Fächer statt bisher 2 müssen studiert werden, Streichung der Mittel zur Finanzierung von Exkursionen. **Clausthal:** Mathematik, Regelstudienzeit vorgesehen, noch nicht in Prüfungsordnung verankert. **Hannover:** Regelstudienzeit, nach neuer Prüfungsordnung dürfen Studienleistungen nicht mehr wiederholt werden, *Mathematik* Regelstudienzeit noch nicht festgelegt; *Elektrotechnik*, keine Regelstudienzeit. **Essen:** Mathematik, Regelstudienzeit in Prüfungsordnung vorgesehen. **Düsseldorf:** Mathematik, keine Regelstudienzeit. **Bochum:** Mathematik, keine Regelstudienzeit. **Duisburg:** Mathematik, keine Regelstudienzeit. **Köln:** Mathematik, Regelstudienzeit geplant ab 1980; **Aachen:** Elektrotechnik, keine Regelstudienzeit. **Kassel:** Regelstudienzeit an der Gesamtshochschule Kassel nach neuer Prüfungsordnung. **Marburg:** Mathematik, keine Regelstudienzeit; Psychologie, Regelstudienzeit nicht in Prüfungsordnung aufgenommen. **Darmstadt:** Mathematik und Elektrotechnik, keine Regelstudienzeit. **Stuttgart:** Elektrotechnik, 8 Semester Regelstudienzeit; Mathematik, 8 Semester Regelstudienzeit ab Herbst 1979 vorgesehen. **Reutlingen:** Fachhochschule Technik/Betriebswirtschaft, Entwurf für Rahmenprüfungsordnung sieht Einführung einer Zwischen- und Abschlußprüfung vor, der Notendurchschnitt für die 38 Leistungsnachweise wird von 4,4 auf 4,0 angehoben.

prüft die Hausarbeit).**Oldenburg:** *Mathematik*, Regelstudienzeit ab Wintersemester 1978/79 geplant.**Hamburg:** Mathematik, keine Regelstudienzeit. **Braunschweig:** *Elektrotechnik*, keine Regelstudienzeit; Verschärfung der Studienbedingungen von Lehrerstudenten von Grund- und Hauptschulen, 3 Fächer statt bisher 2 müssen studiert werden, Streichung der Mittel zur Finanzierung von Exkursionen. **Clausthal:** Mathematik, Regelstudienzeit vorgesehen, noch nicht in Prüfungsordnung verankert. **Hannover:** Regelstudienzeit, nach neuer Prüfungsordnung dürfen Studienleistungen nicht mehr wiederholt werden, *Mathematik* Regelstudienzeit noch nicht festgelegt; *Elektrotechnik*, keine Regelstudienzeit. **Essen:** Mathematik, Regelstudienzeit in Prüfungsordnung vorgesehen. **Düsseldorf:** Mathematik, keine Regelstudienzeit. **Bochum:** Mathematik, keine Regelstudienzeit. **Duisburg:** Mathematik, keine Regelstudienzeit. **Köln:** Mathematik, Regelstudienzeit geplant ab 1980; **Aachen:** Elektrotechnik, keine Regelstudienzeit. **Kassel:** Regelstudienzeit an der Gesamtshochschule Kassel nach neuer Prüfungsordnung. **Marburg:** Mathematik, keine Regelstudienzeit; Psychologie, Regelstudienzeit nicht in Prüfungsordnung aufgenommen. **Darmstadt:** Mathematik und Elektrotechnik, keine Regelstudienzeit. **Stuttgart:** Elektrotechnik, 8 Semester Regelstudienzeit; Mathematik, 8 Semester Regelstudienzeit ab Herbst 1979 vorgesehen. **Reutlingen:** Fach-

Die UdSSR will ihre Konkurrenzposition auf dem Weltenergiemarkt auf Kosten des RGW ausdehnen

z.rua. Als Ende März die OPEC die Anhebung der Preise für ihr Öl beschloß, nutzten die Sozialimperialisten die Gelegenheit, ihrerseits zum zweiten Mal in diesem Jahr die Preise für Öl gegenüber den RGW-Staaten anzuziehen. Im Durchschnitt müssen die RGW Staaten jetzt 15,25 $ für 1 barrel Öl zahlen. Die Preise der UdSSR gegenüber dem RGW sind gestaffelt, die abhängigsten Länder müssen höhere Preise zahlen. Der Ölimport der RGW-Staaten wird zu fast 100% aus der UdSSR bezogen.

Die UdSSR ist der größte Erdölproduzent der Welt. Auf ihrem Territorium lagern bereits prospektierte Vorkommen von 11 Mrd. t. Vermutet wird, daß in den noch unerschlossenen Gegenden Sibiriens und des Hohen Nordens riesige Lagerstätten sind. Im Gegensatz zu allen anderen imperialistischen Ländern wird in der UdSSR mehr Energie produziert als verbraucht. Diesen Vorteil wollen die Sozialimperialisten nutzen, um mit Energieexporten ihre Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt weiter auszubauen. Gegenüber 1970 steigerten sie 1976 ihre Ölexporte von 45,4 Mio. t auf 61,9 Mio. t. Die Exporterlöse machen 60% ihrer Deviseneinnahmen aus.

Zwei Probleme allerdings schränken die Exportoffensive empfindlich ein: zum einen beträgt der Anteil von Erdöl an den Primärenergieträgern in der UdSSR noch immer 45%; zum anderen sind die Ölreserven im europäischen Landesteil weitgehend erschöpft. Die Prospektierung, Förderung und der Transport der Ölvorkommen in Sibirien und dem Hohen Norden verschlingen hohe Investitionen.

Bis 1980 soll der Anteil von Erdöl an den Primärenergieträgern auf 38% gesenkt werden bei Steigerung der Produktion um 2,1% pro Jahr. Die Erdgas- und Kernenergieproduktion soll forciert werden, um bis 1990 52% der Primärenergie zu liefern. Die Kosten für die Entwicklung dieser Industriezweige betragen ⅓ aller Investitionen.

Die Sozialimperialisten lassen sich den Ausbau ihres Energiepotentials von den RGW-Staaten finanzieren. Im Rahmen des 1971 verabschiedeten Komplexprogramms des RGW werden durch Finanzierung der RGW-Staaten in der UdSSR 11 Bauvorhaben errichtet, davon im Energiesektor:

– der Bau der Erdgasleitung Orenburg – Westgrenze der UdSSR;
– die Entwicklung der vereinigten Energiesysteme. Die bisher mit unterschiedlichen Spannungen arbeitenden Elektrizitätsnetze der UdSSR und der übrigen RGW-Staaten sollen kompatibel gemacht werden.
– Auf der im Juni stattfindenden 34. Ratstagung liegt zur Beschlußfassung vor: Beteiligung der RGW-Staaten am Bau von 2 Kernkraftwerken in der UdSSR mit je 4000 MW.

Für den Bau der Erdgasleitung sollen die RGW-Staaten ab 1980 insgesamt 14 Mrd. m³ geliefert bekommen, während die UdSSR für sich 15,3 Mrd. m³ pro Jahr abzapft. Mit der Schaffung einheitlicher Elektrizitätsnetze sollen vorgeblich die RGW-Staaten mit Strom aus der UdSSR versorgt werden, das geschlossene Abkommen sieht jedoch vor, ,,gegenseitige Hilfe bei Notabschaltungen'' zu leisten – also den Strom auch in die andere Richtung fließen zu lassen.

Um das nötige Klima für den Abschluß der Verträge zum Bau der Kernkraftwerke in der UdSSR zu schaffen, begaben sich die beiden sozialimperialistischen Oberhäupter in den letzten Wochen persönlich in die am meisten betroffenen RGW-Staaten. Kossygin besuchte Mitte Mai die auf den Bau von Kernkraftwerksanlagen spezialisierte CSSR und ermahnte zu pünktlicher Lieferung; eine Woche später reiste Breschnew nach Ungarn, dessen reiche Uranvorkommen unter Kontrolle der UdSSR abgebaut werden.

Auf den Reaktorunfall in Harrisburg angesprochen lächeln die sozialimperialistischen Führer weise: dies seien Kinderkrankheiten des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie müssen es wissen. Ende der 50er Jahre wurden bei einer Reaktorexplosion in Sibirien weite Landstriche verseucht.





Die UdSSR will ihre Konkurrenzposition auf dem Weltenergiemarkt auf Kosten des RGW ausdehnen

z.rua. Als Ende März die OPEC die Anhebung der Preise für ihr Öl beschloß, nutzten die Sozialimperialisten die Gelegenheit, ihrerseits zum zweiten Mal in diesem Jahr die Preise für Öl gegenüber den RGW-Staaten anzuziehen. Im Durchschnitt müssen die RGW Staaten jetzt 15,25 $ für 1 barrel Öl zahlen. Die Preise der UdSSR gegenüber dem RGW sind gestaffelt, die abhängigsten Länder müssen höhere Preise zahlen. Der Ölimport der RGW-Staaten wird zu fast 100% aus der UdSSR bezogen.

Die UdSSR ist der größte Erdölproduzent der Welt. Auf ihrem Territorium lagern bereits prospektierte Vorkommen von 11 Mrd. t. Vermutet wird, daß in den noch unerschlossenen Gegenden Sibiriens und des Hohen Nordens riesige Lagerstätten sind. Im Gegensatz zu allen anderen imperialistischen Ländern wird in der UdSSR mehr Energie produziert als verbraucht. Diesen Vorteil wollen die Sozialimperialisten nutzen, um mit Energieexporten ihre Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt weiter auszubauen. Gegenüber 1970 steigerten sie 1976 ihre Ölexporte von 45,4 Mio. t auf 61,9 Mio. t. Die Exporterlöse machen 60% ihrer Deviseneinnahmen aus.

Zwei Probleme allerdings schränken die Exportoffensive empfindlich ein: zum einen beträgt der Anteil von Erdöl an den Primärenergieträgern in der UdSSR noch immer 45%; zum anderen sind die Ölreserven im europäischen Landesteil weitgehend erschöpft. Die Prospektierung, Förderung und der Transport der Ölvorkommen in Sibirien und dem Hohen Norden verschlingen hohe Investitionen.

Bis 1980 soll der Anteil von Erdöl an den Primärenergieträgern auf 38% gesenkt werden bei Steigerung der Produktion um 2,1% pro Jahr. Die Erdgas- und Kernenergieproduktion soll forciert werden, um bis 1990 52% der Primärenergie zu liefern. Die Kosten für die Entwicklung dieser Industriezweige betragen ⅓ aller Investitionen.

Die Sozialimperialisten lassen sich den Ausbau ihres Energiepotentials von den RGW-Staaten finanzieren. Im Rahmen des 1971 verabschiedeten Komplexprogramms des RGW werden durch Finanzierung der RGW-Staaten in der UdSSR 11 Bauvorhaben errichtet, davon im Energiesektor:

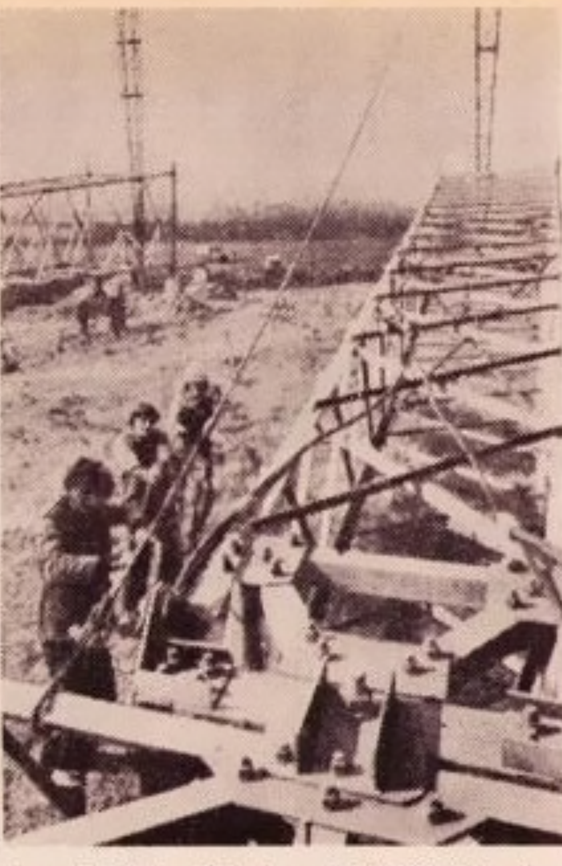
– der Bau der Erdgasleitung Orenburg – Westgrenze der UdSSR;
– die Entwicklung der vereinigten Energiesysteme. Die bisher mit unterschiedlichen Spannungen arbeitenden Elektrizitätsnetze der UdSSR und der übrigen RGW-Staaten sollen kompatibel gemacht werden.
– Auf der im Juni stattfindenden 34. Ratstagung liegt zur Beschlußfassung vor: Beteiligung der RGW-Staaten am Bau von 2 Kernkraftwerken in der UdSSR mit je 4000 MW.

Für den Bau der Erdgasleitung sollen die RGW-Staaten ab 1980 insgesamt 14 Mrd. m³ geliefert bekommen, während die UdSSR für sich 15,3 Mrd. m³ pro Jahr abzapft. Mit der Schaffung einheitlicher Elektrizitätsnetze sollen vorgeblich die RGW-Staaten mit Strom aus der UdSSR versorgt werden, das geschlossene Abkommen sieht jedoch vor, ,,gegenseitige Hilfe bei Notabschaltungen'' zu leisten – also den Strom auch in die andere Richtung fließen zu lassen.

Um das nötige Klima für den Abschluß der Verträge zum Bau der Kernkraftwerke in der UdSSR zu schaffen, begaben sich die beiden sozialimperialistischen Oberhäupter in den letzten Wochen persönlich in die am meisten betroffenen RGW-Staaten. Kossygin besuchte Mitte Mai die auf den Bau von Kernkraftwerksanlagen spezialisierte CSSR und ermahnte zu pünktlicher Lieferung; eine Woche später reiste Breschnew nach Ungarn, dessen reiche Uranvorkommen unter Kontrolle der UdSSR abgebaut werden.

Auf den Reaktorunfall in Harrisburg angesprochen lächeln die sozialimperialistischen Führer weise: dies seien Kinderkrankheiten des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie müssen es wissen. Ende der 50er Jahre wurden bei einer Reaktorexplosion in Sibirien weite Landstriche verseucht.





Erdgasleitung in den bulgarischen Karpaten. 2 Mrd. Rubel und 15000 Arbeiter mußten die RGW-Staaten stellen. – Aufstellung von Hochspannungsmasten des Elektrizitätsverbunds.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler / Gesamtauflage: 32000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045, Redakteur: Helge Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 / 531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n. · agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611 / 730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2



Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung
– Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgabe: Flensburg, Flensburg/Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg/Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgabe: Bremen, Bremen/Unterweser (04) · Oldenburg, Weser/Ems (05) · Münster, Münsterland/Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgabe: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgabe: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77
Bezirksausgabe: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17) · Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (18)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgabe: Kassel, Kassel/Nordhessen (19) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (20) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (21) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (22)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgabe: Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24) · Kaiserslautern, Kaiserslautern/Westpfalz (25)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgabe: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (26) · Heilbronn, Franken (27) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (28)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgabe: Würzburg, Unterfranken (29) · Nürnberg, Mittelfranken (30) · Bayreuth, Oberfranken (31)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582
Bezirksausgabe: Stuttgart, Mittlerer Neckar (32) · Freiburg, Südbaden (33) · Konstanz, Konstanz/Südschwarzwald (34) · Ulm, Ulm/Bodensee (35)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgabe: Regensburg, Mittlere Donau (36) · Landshut, Niederbayern (37) · München, München/Oberbayern (38) · Augsburg, Schwaben (39)

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Ägyptisch-israelische Verhandlungen über „Gaza-Streifen" und „Westjordan" – Vorsitz USA

z.jük. Nach der Übergabe von El Arish an Ägypten haben Verhandlungen „über die Verwirklichung der Autonomie im besetzten Jordanland und im Gazastreifen" zwischen Ägyten, Israel und den USA begonnen, die als „vollwertiger Partner" teilnehmen. Der US-imperialistische Kongreß billigte zur gleichen Zeit eine „Finanzhilfe" von 4,8 Mrd. Dollar an Israel und Ägypten. Mit dem Camp-David-Friedensabkommen ist es dem USA-Imperialismus gelungen, seinen Brückenkopf in Nahost, Israel, dessen innere Widersprüche von Tag zu Tag wachsen, zu festigen. Gleichzeitig ist die Front der arabischen Staaten gegen Imperialismus und Zionismus gespalten worden. Ägypten ist in ein Separatfriedensabkommen getrieben worden, dessen Preis jetzt weitere Schuldknechtschaft beim USA-Imperialismus bedeutet. Der weitere Plan der USA in Nahost ist durchsichtig. Über Verhandlungen „über die Autonomie Westjordanlands und Gazas" will er eine vertragliche Regelung erzwingen, die die Besetzung ganz Palästinas durch Israel vollständig legalisiert, womit dem palästinensischen Volk gleichzeitig jegliche nationalen Rechte abgesprochen wären. Gleich nach der El Arish-Übergabe hat Zionistenhäuptling Begin dreist erklärt: „Jerusalem gehört uns für immer und wird niemals mehr geteilt". „Es werde durch das Land Israel auch keine Grenze mehr geben, so daß in Westjordanien auch kein Palästinenserstaat entstehen könne". Die konkreten Pläne der Zionisten über die „Autonomie" dieser Gebiete sind gegenwärtig folgende: „Die staatliche Autorität in den selbstverwalteten Gebieten müßte weiterhin von der Militärregierung ausgehen. Die Militärregierung soll weiterhin die Verfügungsgewalt über die Boden- und Wasservorkommen behalten. Sie soll auch verantwortlich bleiben für die Sicherung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Außerdem soll sie den israelischen Siedlern die Möglichkeit zum Bau neuer Siedlungen garantieren". Abschließend heißt es in einer Deklaration zum israelischen Selbstverwaltungsvorschlag: „1. Israel will niemals die Gründung eines Palästinenserstaates in den künftig autonomen Gebieten zulassen. 2. Bei den Verhandlungen nach der fünfjährigen Übergangsfrist (in die Selbstverwaltung) will Israel das Souveränitätsrecht über Westjordanien und Gaza beanspruchen".

Ägypten ist in den Plan des USA-Imperialismus verstrickt. Es erkennt der PLO das alleinige Recht zur Vertretung der palästinensischen Massen ab und versucht, eine Verhandlungslinie durchzusetzen, wo hernach einer „Selbstverwaltungskörperschaft volle Autonomie" übertragen werden soll. Praktisch eine Art Protektorat Ägyptens. Daß das auf den entscheidenen

keine Grenze mehr geben, so daß in Westjordanien auch kein Palästinenserstaat entstehen könne". Die konkreten Pläne der Zionisten über die „Autonomie" dieser Gebiete sind gegenwärtig folgende: „Die staatliche Autorität in den selbstverwalteten Gebieten müßte weiterhin von der Militärregierung ausgehen. Die Militärregierung soll weiterhin die Verfügungsgewalt über die Boden- und Wasservorkommen behalten. Sie soll auch verantwortlich bleiben für die Sicherung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Außerdem soll sie den israelischen Siedlern die Möglichkeit zum Bau neuer Siedlungen garantieren". Abschließend heißt es in einer Deklaration zum israelischen Selbstverwaltungsvorschlag: „1. Israel will niemals die Gründung eines Palästinenserstaates in den künftig autonomen Gebieten zulassen. 2. Bei den Verhandlungen nach der fünfjährigen Übergangsfrist (in die Selbstverwaltung) will Israel das Souveränitätsrecht über Westjordanien und Gaza beanspruchen".

Ägypten ist in den Plan des USA-Imperialismus verstrickt. Es erkennt der PLO das alleinige Recht zur Vertretung der palästinensischen Massen ab und versucht, eine Verhandlungslinie durchzusetzen, wo hernach einer „Selbstverwaltungskörperschaft volle Autonomie" übertragen werden soll. Praktisch eine Art Protektorat Ägyptens. Daß das auf den entscheidenen
Widerstand der palästinensischen Volksmassen, der PLO und aller arabischen Staaten stößt, ist unvermeidlich. Deren Ziel ist unmißverständlich: Befreiung ganz Palästinas von der Besetzung durch die Zionisten und Schaffung eines einheitlichen Demokratischen Palästinas, in dem Araber und Juden gemeinsam leben können. Die PLO hat die Ablehnung der Pläne des USA-Imperialismus, des Separatfriedens, mit einer massiven Verstärkung der bewaffneten Kampftätigkeit und anderer Widerstandsaktionen in ganz Palästina beantwortet, und Boykottmaßnahmen der palästinensischen Arbeiter, Bauern, Ladenbesitzer, Schüler und Studenten finden statt. Sie treffen die angeschlagene Wirtschaft des Zionistenstaates erheblich. Aus dem Gaza meldet die „Stimme Palästinas" die Gründung einer Widerstandsaktion, die „das Kapitulationsabkommen bekämpfen" soll, um die „ausgeheckte Verschwörung der sogenannten Autonomen Administration zu vereiteln."

Die Konferenz der islamischen Außenminister „bekräftigte die Verpflichtung der islamischen Staaten, die palästinensische Sache zu unterstützen", bekräftigte, daß die PLO die „einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes inner-und außerhalb des besetzten Heimatlandes" darstellt und „lehnt jede Erörterung der Konsequenzen der Abkommen von Camp David und Washington ab, weil sie die feststehenden und legitimen Rechte des palästinensischen Volkes außer acht lassen." Ägypten hat an der Konferenz nicht teilgenommen, verschiedene arabische Staaten beginnen mit Boykottmaßnahmen gegen Ägypten. Zur gleichen Zeit griffen die israelischen Söldnerverbände zum wiederholten Male südlibanesisches Gebiet an, unterstützt durch die Söldnerbande des Majors Haddad, der mit dem Segen der USA und Israels einen eigenen Separatstaat an der Grenze zu Israel gebildet hat. Die Terrorangriffe forderten erhebliche Opfer unter der Bevölkerung des Südlibanons, die sich mutig gegen den Aggressor stellte.

Als „natürliche Verbündete" versuchen die Sozialimperialisten in dieser Lage, ihren Zugriff auf den Nahen Osten zu erhöhen. Sie müssen aufholen. Gegenüber dem USA-Imperialismus war für die SU der Rausschmiß aus Ägypten und dem Sudan ein schwerer Rückschlag. Zum weiteren sind ihre ökonomischen Positionen im Nahen Osten schwächer als die der USA und auch der EG-Imperialisten. Entsprechend hartnäckig bemühen sich die Sozialimperialisten, die Scharte wettzumachen. Bedingungslose „Unterstützer der palästinensischen und arabischen Sache" seien sie. Dabei schieben sie unverhohlen die Grenzen der SU bis in den Nahen Osten. So können sie den natürlichen Verbündeten als „Nachbar" besser rausspielen. Etwa auf dem Vorsitz einer Nahostfriedenskonferenz in Genf, die sie weiterhin propagieren. Breschnew: „Ohne all die Schwierigkeiten zu übersehen, ist die UdSSR bestrebt, das Ihre zur Festigung der Sicherheit im Mittelmeerraum beizutragen. Die Lage ist dort der UdSSR, die eine Schwarzmeer- und somit auch eine Mittelmeermacht ist, bei weitem nicht gleichgültig. Über das Mittelmeer sind die sowjetischen südlichen Häfen mit dem Weltmeer verbunden, dort liegt das Vorfeld der sowjetischen Grenze." Das ist die gleiche imperialistische Logik wie die der USA: Vor kurzem besuchte eine SU-Delegation Israel, um bei den Feiern zum Anlāß des Sieges über den deutschen Faschismus teilzunehmen. Der Delegationsleiter Bubin sagte: „Um eine Erneuerung der Beziehungen zu erreichen, müsse eine umfassende Friedensregelung im Nahen Osten zustande kommen – eine Lösung die sowohl die Forderungen Israels als auch die der arabischen Länder befriedigen werde". Das Abkommen zwischen Ägypten und Israel sei nicht so beschaffen: „Wir kritisieren dieses Abkommen, weil wir den Eindruck haben, daß es dem Gebiet keinen echten Frieden bringen wird. Vielleicht irren wir uns, aber das ist jedenfalls unsere Meinung." Schon wird ein Hintertürchen offen gehalten. Wenn es die Sozialimperialisten für ihre Globalinteressen für nützlich halten, dann würden sie auch einem Separatabkommen zustimmen.



schiedene arabische Staaten beginnen mit Boykottmaßnahmen gegen Ägypten. Zur gleichen Zeit griffen die israelischen Söldnerverbände zum wiederholten Male südlibanesisches Gebiet an, unterstützt durch die Söldnerbande des Majors Haddad, der mit dem Segen der USA und Israels einen eigenen Separatstaat an der Grenze zu Israel gebildet hat. Die Terrorangriffe forderten erhebliche Opfer unter der Bevölkerung des Südlibanons, die sich mutig gegen den Aggressor stellte.

Als „natürliche Verbündete" versuchen die Sozialimperialisten in dieser Lage, ihren Zugriff auf den Nahen Osten zu erhöhen. Sie müssen aufholen. Gegenüber dem USA-Imperialis-

sagte: „Um eine Erneuerung der Beziehungen zu erreichen, müsse eine umfassende Friedensregelung im Nahen Osten zustande kommen – eine Lösung die sowohl die Forderungen Israels als auch die der arabischen Länder befriedigen werde". Das Abkommen zwischen Ägypten und Israel sei nicht so beschaffen: „Wir kritisieren dieses Abkommen, weil wir den Eindruck haben, daß es dem Gebiet keinen echten Frieden bringen wird. Vielleicht irren wir uns, aber das ist jedenfalls unsere Meinung." Schon wird ein Hintertürchen offen gehalten. Wenn es die Sozialimperialisten für ihre Globalinteressen für nützlich halten, dann würden sie auch einem Separatabkommen zustimmen.



Palästinensische Kommandos im Libanon. Bis hinein in die bedeutendsten israelischen Sicherheitszonen um die großen Städte operieren die Trupps.



In Colombo wird auch die Befreiungsbewegung des eritreischen Volkes vertreten sein. Das Koordinationsbüro der Blockfreien hatte vor zwei Wochen alle von OAU und Arabischer Liga anerkannten Befreiungsbewegungen eingeladen; der bewaffnete Kampf ist die Stütze der Bewegung.

Ministertreffen in Colombo mit 110 Delegationen Die Aktionseinheit der Blockfreien bewährt sich

z.anb. Der Verlauf der UNCTAD-Konferenz in Manila hat die dort vertretenen blockfreien Staaten veranlaßt, Konsequenzen zu ziehen aus den vielfältigen Spaltungsversuchen der Imperialisten, die allesamt das Hauptziel im Auge hatten, die Länder der Dritten Welt *politisch* in Widersprüche zu verstricken, die die *objektive* Gemeinsamkeit ihrer Interessen in den Hintergrund schieben sollten. In ihrer Einheit liege ihre Stärke, in ihrer geschlossenen Aktion die Kraft einer historischen Bewegung, die der Lage in der Welt entspricht, haben Vertreter der Blockfreien Ende letzter Woche in einer Stellungnahme zu Manila erklärt. Die Blockfreienbewegung müsse sich noch besser organisieren, ihre gegenseitige Unterstützung, vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet, festigen und ausweiten. In verschiedenen Bereichen schon sei die Dritte Welt in der Lage, Monopolstellungen der Imperialisten zu durchbrechen. Gerade die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in den einzelnen Ländern, die Folge der imperialistischen Herrschaft und oft jahrhundertelanger Fesselung der Produktivkräfte ist, bildet für die beiden Hauptrivalen auf den Weltmärkten, die Supermächte, beständige Ansatzpunkte für Erpressungen in Gestalt ihrer großmütigen „Hilfe".

Die Schwierigkeiten der Dritten Welt im Kampf um Erringung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit verlangen unterschiedliche Lösungen, aber sie haben eines gemeinsam, und das wird gegenwärtig in dem Bemühen um die Festigung der Blockfreienbewegung, vor allem gegen die politischen Unterwerfungsabsichten der sowjetischen Imperialisten, wirksam: was dem gemeinsamen Ziel des Kampfes gegen Imperialismus, Hegemonismus, Kolonialismus und allen Formen fremder Herrschaft und Ausbeutung nützt, kann niemals gegen besondere Interessen oder jeweils verschiedene Bedürfnisse eines einzelnen Landes verstoßen. Dies hat die jugoslawische Regierung in der Vorbereitung

spricht, haben Vertreter der Blockfreien Ende letzter Woche in einer Stellungnahme zu Manila erklärt. Die Blockfreienbewegung müsse sich noch besser organisieren, ihre gegenseitige Unterstützung, vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet, festigen und ausweiten. In verschiedenen Bereichen schon sei die Dritte Welt in der Lage, Monopolstellungen der Imperialisten zu durchbrechen. Gerade die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in den einzelnen Ländern, die Folge der imperialistischen Herrschaft und oft jahrhundertelanger Fesselung der Produktivkräfte ist, bildet für die beiden Hauptrivalen auf den Weltmärkten, die Supermächte, beständige Ansatzpunkte für Erpressungen in Gestalt ihrer großmütigen „Hilfe".

Die Schwierigkeiten der Dritten Welt im Kampf um Erringung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit verlangen unterschiedliche Lösungen, aber sie haben eines gemeinsam, und das wird gegenwärtig in dem Bemühen um die Festigung der Blockfreienbewegung, vor allem gegen die politischen Unterwerfungsabsichten der sowjetischen Imperialisten, wirksam: was dem gemeinsamen Ziel des Kampfes gegen Imperialismus, Hegemonismus, Kolonialismus und allen Formen fremder Herrschaft und Ausbeutung nützt, kann niemals gegen besondere Interessen oder jeweils verschiedene Bedürfnisse eines einzelnen Landes verstoßen. Dies hat die jugoslawische Regierung in der Vorbereitung
der Reise von Staatspräsident Tito nach Algerien, Libyen und Malta erörtert. Zur gleichen Zeit reiste der indische Außenminister Vajpayee nach Syrien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Eines der Hauptgesprächsthemen dieser Reisen war die Lage im Nahen Osten und die notwendigen Maßnahmen, die angesichts des von den US-Imperialisten angezettelten Separatfriedens ergriffen werden müssen, dies unter besonderer Beachtung der sowjetischen Versuche, die Front der arabischen Staaten ihrer Ägide zu unterwerfen, wobei die Sowjetunion bei gleichzeitiger Stützung des Separatfriedens die politische Isolierung der palästinensischen Revolution bezweckt. Die Blockfreienbewegung soll über die Frage des weiteren Verbleibs Ägyptens in ihren Reihen in Zwist und Verwirrung gestürzt werden.

Während der indische Außenminister nach seinen Gesprächen in Syrien, Kuwait und den Emiraten erklärte, er gehe von der Einheit der arabischen



Bau der Tansam-Bahn – Vorbild des

Staaten aus, bekräftigten Tito und der algerische Präsident Chadli Benjedid die bedingungslose Unterstützung für die PLO und verwiesen darauf, daß es ohne gemeinsame Aktivität aller arabischen Staaten keine dauerhafte Lösung im Nahen Osten geben könne. Tito verurteilte entschieden „alle fremden Einflüsse auf die Blockfreienbewegung, die danach trachten, die Bewegung zu spalten und zu zerstören". (Tanjug, 30.5.) Nachdrücklich setzte er sich für die Stärkung der OAU ein, um Differenzen und unterschiedliche Auffassungen der afrikanischen Staaten untereinander zu klären. Die beste Waffe gegen die imperialistischen Spaltungsversuche bestehe in der konsequenten Anwendung der Prinzipien der Blockfreienbewegung auch auf die Beziehungen der Mitgliedsstaaten untereinander.

gehe von der Einheit der arabischen



Bau der Tansam-Bahn – Vorbild des

Staaten aus, bekräftigten Tito und der algerische Präsident Chadli Benjedid die bedingungslose Unterstützung für die PLO und verwiesen darauf, daß es ohne gemeinsame Aktivität aller arabischen Staaten keine dauerhafte Lösung im Nahen Osten geben könne. Tito verurteilte entschieden „alle fremden Einflüsse auf die Blockfreienbewegung, die danach trachten, die Bewegung zu spalten und zu zerstören". (Tanjug, 30.5.) Nachdrücklich setzte er sich für die Stärkung der OAU ein, um Differenzen und unterschiedliche Auffassungen der afrikanischen Staaten untereinander zu klären. Die beste Waffe gegen die imperialistischen Spaltungsversuche bestehe in der konsequenten Anwendung der Prinzipien der Blockfreienbewegung auch auf die Beziehungen der Mitgliedsstaaten untereinander.

Während die imperialistische Presse darauf lauerte, die Chancen für den Spaltungsversuch auszuloten, gehen die Sozialimperialisten hausieren, um ihr Marionettenregime Heng Samrin legitimieren zu lassen. Wer schon hat es bislang „anerkannt"? In Colombo hat der Präsident Sri Lankas, das den Vorsitz der Konferenz innehat, am letzten Freitag Jeng Sary, Außenminister des Demokratischen Kampuchea als offiziellen Vertreter begrüßt.

Zypern: Bekräftigung der Einheit, Unabhängigkeit und Blockfreiheit. Abzug aller fremden Truppen!

z.rül. Am 20.5. beschlossen die Führer der Verhandlungsdelegationen der griechischen Zyprioten und der türkischen Zyprioten, Kyprianu und Denktasch, daß die seit zwei Jahren unterbrochenen Gespräche über die Wiederherstellung der Einheit Zyperns am 15.6. in Nikosia wieder aufgenommen werden sollen. Als Grundsätze beschlossen sie einen 10-Punkte-Katalog, der als erstes festhält, daß „die *Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Blockfreiheit* der Republik ... garantiert sein sollen." Sie lehnten den Anschluß Zyperns oder eines Teils der Republik an einen anderen Staat ab, wollen rasch zu einer Einigung über die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre alten Wohngebiete kommen und fordern den *Abzug aller fremden Truppen*. Damit sind nicht nur die 26000 Mann türkische Truppen im Norden der Insel gemeint, sondern vor allem die beiden insgesamt 259 km^2 großen britischen Stützpunkte Dhekelia und Aktrotiri, von denen aus die US-Imperialisten „Fernaufklärer" zur „Kontrolle der Einhaltung des SALT-2-Abkommens durch die Sowjetunion" starten wollen. Prompt erklärte die britische Presse, eine solche Anwendung der Forderung käme nicht in Betracht, weil die Stützpunkte auf britischem Hoheitsgebiet lägen.

Seit der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit 1960 mußte sich das zypriotische Volk immer wieder der Versuche der Imperialisten erwehren, die Republik zu spalten, sich festzusetzen und die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer zu erobern.

Die US-Imperialisten reagierten „überrascht" auf den Beschluß der Führer der beiden Volksgruppen. Gerade drei Tage vorher hatte der NATO-Oberbefehlshaber Haig versucht, den türkischen Ministerpräsidenten Ecevit zur Erlaubnis von Überflugrechten für die US-Spionageflüge über die Türkei zu erpressen. Ecevit lehnte vorläufig ab. Am 18.5. mußte eine Delegation des IWF, die die türkische Regierung zu einer drastischen Abwertung des türkischen Pfundes im Rahmen von Umschuldungsverhandlungen zwingen wollte, ohne Ergebnis wieder abreisen.

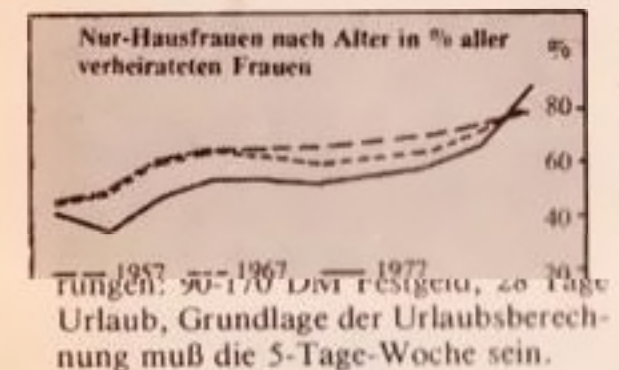
Die Sozialimperialisten schüren ihrerseits die Widersprüche zwischen Griechenland und der Türkei. Nach der Spaltung Zyperns 1974 durch den gescheiterten Putschversuch der US-gesteuerten griechischen Militärjunta gegen die zypriotische Regierung und dem Einmarsch türkischer Truppen hatten sie eine Zeitlang versucht, sich mit der Forderung nach einer „internationalen Zypernkonferenz" mit ihrer Beteiligung als Mittelmeermacht zu etablieren und sich einen Zugriff auf die Insel zu verschaffen. Gleichzeitig verstärkten sie ihren Druck auf die Türkei. Am 23.6. schlossen sie dann einen „Freundschaftsvertrag" mit der Regierung in Ankara ab, um über gemeinsame Industrieprojekte und verstärkten Warenaustausch einzudringen. Nach Meldung der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift" vom März haben die Sozialimperialisten inzwischen bereits in Kythira vor Kreta und in Latakia an der Küste Syriens Ankerplätze für ihre Mittelmeerflotte. Zypern bleibt ihnen versperrt.



Verabschiedung Titos vor seinem Abflug nach Algier. Die jugoslawische Regierung hatte die Reise mit einer Erörterung der internationalen Lage vorbereitet.

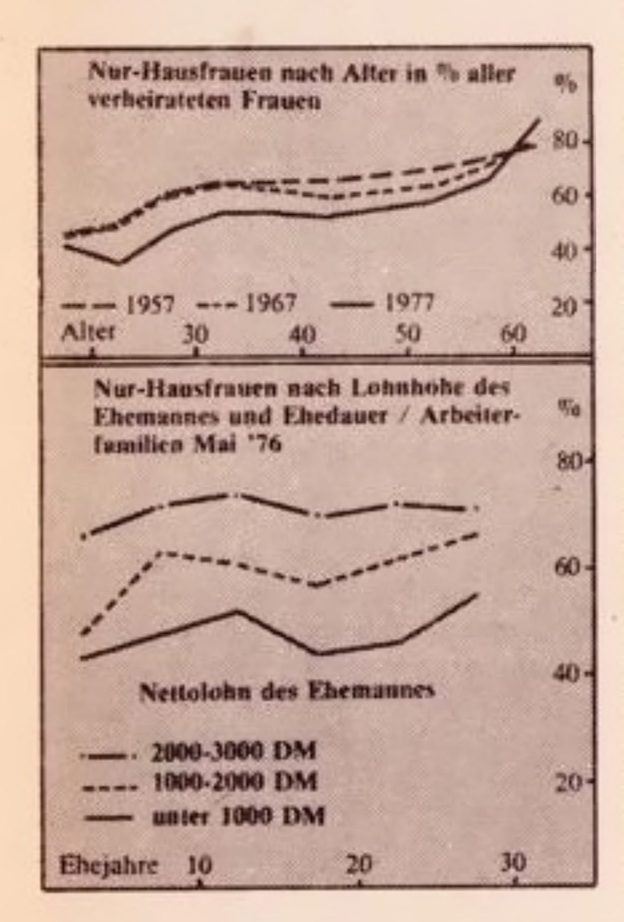
z.urb. **7% mindestens und 140 DM fordern die Beschäftigten des niedersächsischen Großhandels in 5 Warnstreiks bis zum 23.5.,** 650 Beschäftigte von Horten, 200 Beschäftigte der drei Plaza-Supermärkte in Hannover und die Beschäftigten von Horten Braunschweig traten am 21.5. und 22.5. in den Streik für Lohnerhöhungen zwischen 100 und 181 DM, Wegfall des 1. Berufsjahres in der Lohngruppe II und 130 DM Anhebung im 2. Berufsjahr. 1000 Beschäftigte von Horten und Quelle führten am 22.5. eine Demonstration durch, bei der der HBV-Sekretär Wagner erneut bekräftigte, daß auf keinen Fall unter 100 DM abgeschlossen werden dürfe. Die Beschäftigten im Handel haben mit dem diesjährigen Tarifkampf ihren Zusammenschluß weiter gefestigt. 108000 Mitglieder sind seit 1970 in die HBV eingetreten. In fast allen Tarifbezirken wurden Mindestforderungen aufgestellt, verbunden mit der Forderung nach 6 Wochen Urlaub. So war eine breite Vereinheitlichung möglich. Insbesondere stellten die – mit Bruttolöhnen von 950 DM für ungelernte, bis zu 1200 DM im 4. und 5. Beschäftigungsjahr – niedrigst bezahlten Verkäuferinnen die Speerspitze des Kampfes dar. In Baden-Württemberg versuchte die DAG mit dem Abschluß bei 4,9%, 2 Tagen Urlaub und dem Festschreiben des Manteltarifvertrages bis 1984, die Bewegung zu spalten. Am nächsten Tag traten in 20 Städten Baden-Württembergs 80-85% der Beschäftigten in den Streik für die Forderungen: 90-170 DM Festgeld, 28 Tage Urlaub, Grundlage der Urlaubsberechnung muß die 5-Tage-Woche sein.

z.hev. **Die Tätigkeiten als Anlernling, Praktikant und Volontär werden nicht als Ausfallzeit in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet,** entschied der 1. Senat des Bundessozialgerichts in Kassel nach einer Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 25.5.79. Nach § 1259 Reichsversicherungsordnung gelten als Ausfallzeiten Zeiten der Rehabilitation auch von Unfall und Krankheit, von Schwangerschaft und Wochenbett, Schlechtwettergeld, Arbeitslosigkeit, Lehre, Schule und Fachschule bis maximal 4 Jahre, Hochschule bis 5 Jahre. Eine Beschränkung der Ausfallzeit senkt die Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre und damit, nach der Rentenformel, auch die Renten. In zahlreichen Sozialgerichtsverfahren der letzten Jahre hat die Bourgeoisie das von ihr über den Klee gelobte „gerechte Prinzip“ der Ausfallzeiten zur Rentensenkung genutzt.



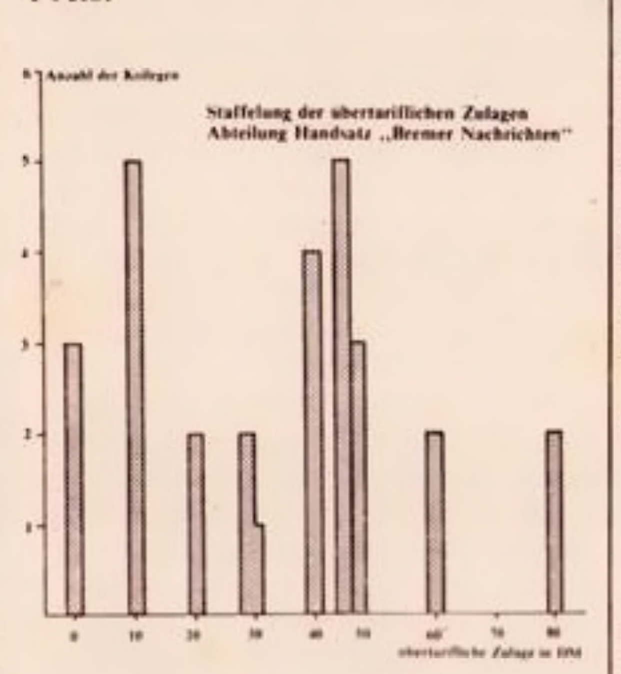
rungen: 90-170 DM Festgeld, 28 Tage Urlaub, Grundlage der Urlaubsberechnung muß die 5-Tage-Woche sein.

z.hev. **Die Tätigkeiten als Anlernling, Praktikant und Volontär werden nicht als Ausfallzeit in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet,** entschied der 1. Senat des Bundessozialgerichts in Kassel nach einer Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 25.5.79. Nach § 1259 Reichsversicherungsordnung gelten als Ausfallzeiten Zeiten der Rehabilitation auch von Unfall und Krankheit, von Schwangerschaft und Wochenbett, Schlechtwettergeld, Arbeitslosigkeit, Lehre, Schule und Fachschule bis maximal 4 Jahre, Hochschule bis 5 Jahre. Eine Beschränkung der Ausfallzeit senkt die Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre und damit, nach der Rentenformel, auch die Renten. In zahlreichen Sozialgerichtsverfahren der letzten Jahre hat die Bourgeoisie das von ihr über den Klee gelobte „gerechte Prinzip“ der Ausfallzeiten zur Rentensenkung genutzt.

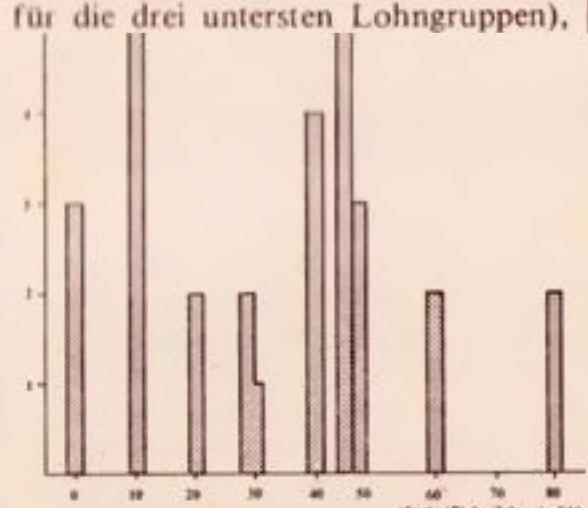


z.rev. **Künftig soll, schlägt Ehrenbergs Rentenkommission vor, den Familien, in denen Mann und Frau gearbeitet haben, über die Einführung der Teilhaberente die Rente gekürzt werden.** (KVZ 18/79) Die Renten der Eheleute werden so gegenseitig aufgerechnet, daß insgesamt eine Rentenkürzung rauskommt. Betroffen davon sind hauptsächlich die Arbeiter und Angestelltenfamilien mit mittleren und niedrigen Einkommen. Bei den Arbeiterfamilien mit niedrigem Lohn der Männer sind ca. 50% der Frauen „Nur-Hausfrauen“ ohne eigenen Rentenanspruch, bei den Beamten und den höheren Angestellten sind es 70-80%. Die Arbeiterfrauen sind es, die ständig zum Lohn des Mannes dazuverdienen müssen. Die Frauen höherverdienender Beamten und Angestellten hören schon nach wenigen Ehejahren auf zu arbeiten. Um über 1 Mio. stieg von 1967 bis 1977 die Zahl der verheirateten Frauen, die arbeiten gehen mußten. Gleichzeitig sank die Zahl derjenigen Frauen, die keinen eigenen Rentenanspruch haben, von 10,1 auf 9,4 Millionen. (Quelle: Wirtschaft und Statistik 8/78).

z.hev. **Seit dem 1. April ist das 3. Sonderprogramm für Schwerbehinderte angelaufen.** Danach erhalten die Kapitalisten, die über die Pflichtzahl von 6 Schwerbehinderten auf 100 Beschäftigte hinaus Schwerbehinderte einstellen, zwischen 8000 und 18000 Mark pro eingestelltem Behinderten. Die Sonderprogramme, die es seit 1977 gibt, werden aus den Abgaben von 100 Mark pro Monat und Platz finanziert, die die Kapitalisten für unbesetzte Pflichtplätze zu zahlen haben. 180 Millionen Mark sind es jetzt insgesamt, die 100 Millionen der beiden ersten Programme sind von den Kapitalisten mit Freuden genutzt worden. Sie erhalten diese Mittel zusätzlich zu den Zahlungen der Arbeitsämter und der übrigen Versicherungen, so daß der auf so christliche Weise geschaffene Arbeitsplatz sie keinen Pfennig Lohn kostet. Nach den beiden ersten Programmen hatten 16500 Schwerbehinderte einen Ausbeuter gefunden und 3000 schwerbehinderte Jugendliche eine Lehrstelle. Ende März 1979 waren noch 61000 Schwerbehinderte arbeitslos. Auf sie zielt Ehrenbergs Strategie der Generalmobilmachung jeder verfügbaren Arbeitskraft zu möglichst niedrigem Preis.



z.stt. **Nach den Maschinensetzern des „Weser-Kurier“ fordern auch die Handsetzer von „Bremer Nachrichten“ und „Weser-Kurier“ eine Erhöhung der übertariflichen Zulagen um mindestens 10,- DM für jeden und eine Reduzierung der Zulagenstaffelungen von 14 Gruppen auf vier Gruppen.** Zur Zeit gibt es zusätzlich zur Spaltung durch die Staffelung der tariflichen Löhne noch die Spaltung durch die Staffelung der übertariflichen Zulagen in 14 verschiedene Gruppen. Allein in der Abteilung Handsatz der „Bremer Nachrichten“ gibt es 10 übertarifliche Gruppen zwischen 0 und 80,- DM die Woche, bei einem tariflichen Monatslohn von ca. 2413,- DM (bei einem Verhältnis Frühschicht : Spätschicht von 1:3). – Begründet haben die Arbeiter ihre Forderung mit dem letzten Lohnraubabschluß von 4,5% (plus 1% für die drei untersten Lohngruppen),



z.stt. **Nach den Maschinensetzern des „Weser-Kurier“ fordern auch die Handsetzer von „Bremer Nachrichten“ und „Weser-Kurier“ eine Erhöhung der übertariflichen Zulagen um mindestens 10,- DM für jeden und eine Reduzierung der Zulagenstaffelungen von 14 Gruppen auf vier Gruppen.** Zur Zeit gibt es zusätzlich zur Spaltung durch die Staffelung der tariflichen Löhne noch die Spaltung durch die Staffelung der übertariflichen Zulagen in 14 verschiedene Gruppen. Allein in der Abteilung Handsatz der „Bremer Nachrichten“ gibt es 10 übertarifliche Gruppen zwischen 0 und 80,- DM die Woche, bei einem tariflichen Monatslohn von ca. 2413,- DM (bei einem Verhältnis Frühschicht : Spätschicht von 1:3). – Begründet haben die Arbeiter ihre Forderung mit dem letzten Lohnraubabschluß von 4,5% (plus 1% für die drei untersten Lohngruppen), den erhöhten Preisen z.B. bei Miete, Benzin und Heizöl und dem erhöhten Arbeitsanfall. – In der letzten Aprilwoche haben die Arbeiter der Abteilung Handsatz der „Bremer Nachrichten“ insgesamt mindestens 60 Überstunden machen müssen, bei einer Belegung der Abteilung mit 26 Arbeitern, wovon vier in Urlaub waren. Also für die restlichen Kollegen ca. drei Überstunden die Woche. Auch diese Woche, zum verkaufsoffenen Samstag, mußten wieder fünf Kollegen Überstunden machen, einer wurde aus dem Urlaub wiedergeholt. Einige jüngere Kollegen haben die Überstunden verweigert. Über den Lohnraubabschluß und die Überstunden gab es in der Abteilung Debatten bis zu einer Dreiviertelstunde, wo die Arbeit liegenblieb.

z.svm. **Gegen die Zwangsintegration in deutsche Regelklassen und für die Forderung nach besserem Deutschunterricht, Unterricht in der Muttersprache, gegenseitiger Anerkennung aller Zeugnisse und Abschlüsse, gesetzlicher Verankerung des Rechts der Eltern, über die Form der Beschulung ihrer Kinder zu entscheiden, sprechen sich in einer Erklärung die Vorstände griechischer Eltern-, Erzieher- und Studentenvereinigungen in NRW aus.** Über eine Mio. ausländische Jugendliche leben in der BRD, 200000 in NRW. Sie unterliegen nach § 1 SchulpfG NRW der Schulpflicht. Mehr als die Hälfte muß die Schule ohne Abschluß verlassen, meist aus sprachlichen Gründen. Ca. 30% gehen deshalb überhaupt nicht in die Schule. Kaum einer in die Berufsschule. Ganz wenige finden einen Ausbildungsplatz. Nach dem Antrag der CDU im Landtag (DS 8/4320), den alle Parteien begrüßten, soll die Kontrolle und Überwachung verschärft werden: Erhöhung der Schüler-Lehrerstellen-Relation von 85:1 auf 60:1, personelle Verstärkung der Schulaufsicht, strengere Überwachung der Einhaltung der Schulpflicht, gegebenenfalls mit Bußgeldbescheiden, verstärkte Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern, Überwachung des Unterrichts der ausländischen Lehrer „nach den Grundsätzen der FDGO“.

Krankenhausbeschäftigte drängen auf Einheit. Aktionswoche

r.chs. Vom 11. bis 15. Juni hat die ÖTV zu einer bundesweiten Aktionswoche der Beschäftigten der Krankenhäuser aufgerufen. Im ÖTV-Magazin wird die Lage in den Krankenhäusern so zusammengefaßt: „Darum geht es: Stellenpläne werden zusammengestrichen, mehr Überstunden und Bereitschaftsdienste verlangt. Auszubildende sind als vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt. Es wird rationalisiert ...“.

Die Aktionswoche ist Ausdruck der vielfältigen Kämpfe der Beschäftigten der Krankenhäuser gegen das Kostendämpfungsprogramm der Bundesregierung, die nach Vereinheitlichung verlangen. So haben beispielsweise die Krankenpflegeschüler Schleswig-Holsteins auf einem landesweiten Treffen einen Aktionstag gegen die Nichtbesetzung der Planstellen beschlossen, weil sie dadurch, obwohl nicht auf den Stellenplan angerechnet, als billige Arbeitskräfte vernutzt werden. In Hannover haben die Beschäftigten der Chirurgischen, Neuorchirurgischen und Neurologischen Klinik des Nordstadtkrankenhauses auf einer Stationsleiterbesprechung sich gegen die schlechten Wäsche- und Apothekenversorgung zusammengeschlossen. Acht Ärzte des Kinderkrankenhauses Cecilienstift (ebenfalls Hannover) klagen gegen die Stadt gegen 30stündigen Schichtdienst. In Westberlin haben vor wenigen Wochen die studentischen Nachtwachen im St. Josef-Krankenhaus für einen Arbeitsvertrag gestreikt; im Klinikum Steglitz sind für 1980 18 weitere Planstellen durchgesetzt worden.

Diese Kämpfe sind es, die Ehrenbergs Plan, gleich nach Verabschiedung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes 1977 weitere „flankierende“ Gesetze zu verabschieden, durchkreuzt haben. Z.B. das Krankenhausfinanzierungsgesetz, das 1978 verabschiedet werden sollte, das Ehrenberg heute noch nicht unter Dach und Fach hat und wodurch u.a. die neue Pflegesatzverordnung hinausgeschoben wurde. Sollte ursprünglich nichts ohne die neue Krankenhausfinanzierung als Grundlage gehen, so hat das Finanzkapital jetzt eine andere Taktik eingeschlagen: In Niedersachsen ist der Krankenhausbedarfsplan fortgeschrieben worden, der eine Streichung von fast 5400 Betten vorsieht. Die Krankenkassen Niedersachsens haben die Durchführung der häuslichen Krankenpflege den Sozialstationen übertragen, von denen es jetzt schon 120 gibt. In Göttingen läuft ein Modellprojekt „Tagesklinik“ für „kleine operative Eingriffe“. „Etwa 6 Stunden nach dem Eingriff werden die Patienten nach Hause entlassen. Zumeist übernehmen die Angehörigen den Heimtransport.“ – „87 % Kostensenkung je Fall.“ (Nds. Ärzteblatt, 6/79)

Der Vorstand der Bundesärztekammer hat „Sterberichtlinien“ erlassen und das Verwaltungsgericht in Köln hat ein Urteil gefällt: „Der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft ist nicht erlaubt, Untersuchungen über die Wirksamkeit eines Arzneimittels anzustellen, das nach dem Arzneimittelgesetz auf dem Markt ... zugelassen ist.“

Die Begleitmusik zu den Angriffen auf die Gesundheitsversorgung der Massen lautet beispielsweise so: „Daß die Medizin als nicht patientenorientiert ... deklariert werde, sei ein unüberhörbares Phänomen unserer Zeit. Ärzte, Schwestern und Pfleger ... müßten sich dieser Herausforderung stellen ... bereit sein, hart in die Pflciht genommen zu werden ...“ (Tagungsbericht des 9. Internationalen Krankenhaussymposiums, Nds. Ärzteblatt, 7/79) Und die Absicht ist klar: Spaltung zwischen den Volksmassen und den Beschäftigten der Krankenhäuser und Ablenken von den Ursachen – Schuld habe die Medizin, die Beschäftigten hingegen seien nicht opferbereit genug, dies abzufangen.

Das Motto der ÖTV zu den Aktionstagen „Humanisierung der Krankenpflege“ ist nicht geeignet, den Kampf zusammenzufassen, nicht nur, weil es nicht den Interessen der Beschäftigten entspricht, die die konkreten Angriffe bekämpfen wollen, sondern auch, weil es spaltet. Natürlich wollen die Beschäftigten die Kranken gesund pflegen, u.a. dient dem ihr Kampf.

Die von den Belegschaften aufgestellten Forderungen nach Besetzung aller Planstellen sowie keiner Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf Planstellen und Übernahme aller Krankenpflegeschüler sind gut geeignet, die nötige Einheit herzustellen.

Wer in die Fänge der Kredithaie gerät, dessen Existenz wird vernichtet

r.klm. Mit dem Werbespruch im Schaubild versucht die Kundenkreditbank (KKB) Lohnabhängige in ihre über 200 Filialen zu locken. Das Schaubild zeigt den Fall eines Arbeiters, der 1967 heiratete und dem dadurch zur Gründung eines Haushaltes erhebliche Kosten entstanden sind. Er brauchte zu seinem Gesparten noch 6000 DM Kredit, den die KKB ihm gab. Laut Kreditvertrag sollte er dafür in 36 Monaten 7694,20 DM zurückzahlen. Die Krise 1966/67 hatte aber auch seine Auswirkungen auf diesen Arbeiter, Kurzarbeit brachte weniger Geld. Er geriet in Verzug, was im Schaubild links unten von Anfang 1968 bis Anfang 1969 ausgedrückt ist. Sind die üblichen Zinsen dieser Bank bereits wucherisch, so nutzt die KKB Zeiten des Verzuges, um ihre Kreditnehmer in ihre Krallen zu bekommen: Der Wagen, vor einem Jahr noch 7400 DM teuer, wurde versteigert, die Bank rechnete seinem Konto ca. 2800 DM an. Lohnpfändungen machten den Zu-

In Westberlin haben vor wenigen Wochen die studentischen Nachtwachen im St. Josef-Krankenhaus für einen Arbeitsvertrag gestreikt; im Klinikum Steglitz sind für 1980 18 weitere Plan-

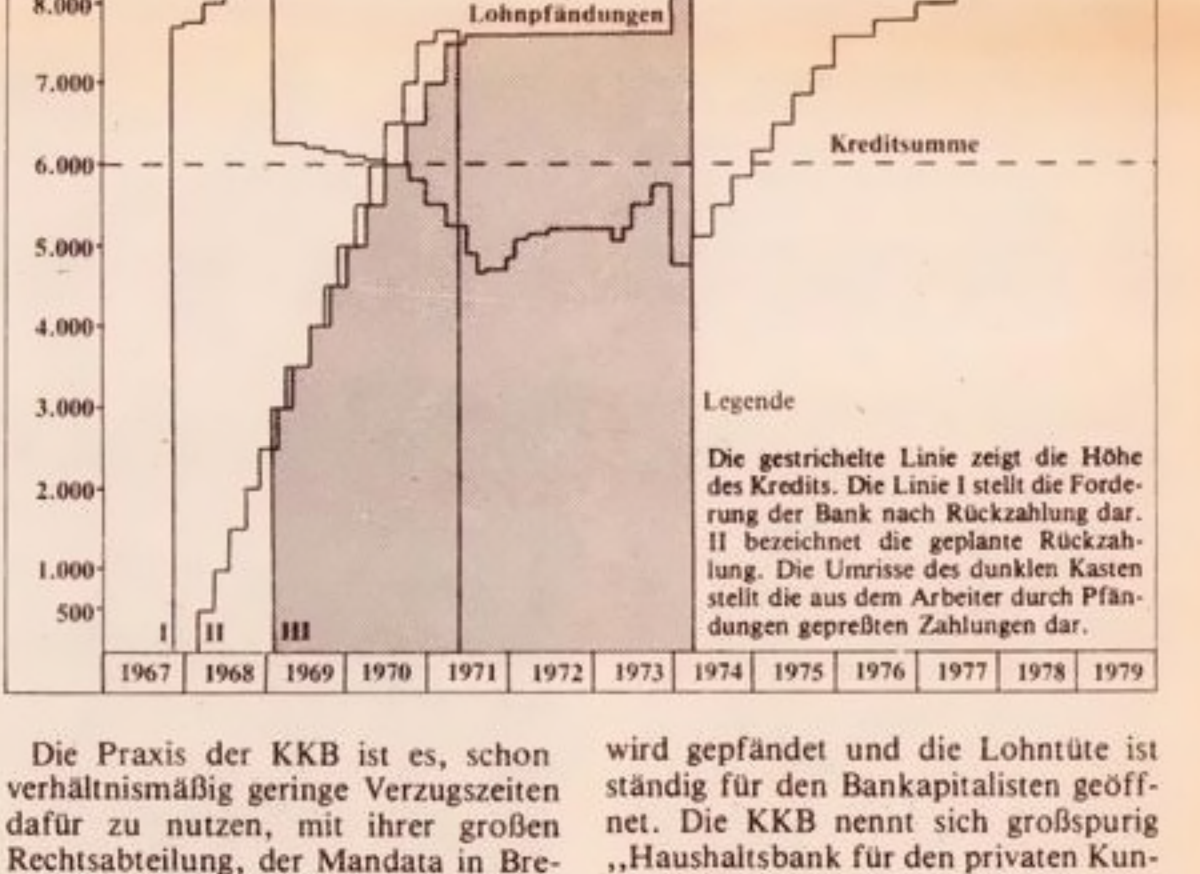
und das Verwaltungsgericht in Köln hat ein Urteil gefällt: „Der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft ist nicht erlaubt, Untersuchungen über die Wirksamkeit eines Arznei-

aller Planstellen sowie keiner Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf Planstellen und Übernahme aller Krankenpflegeschüler sind gut geeignet, die nötige Einheit herzustellen.

Wer in die Fänge der Kredithaie gerät, dessen Existenz wird vernichtet

r.klm. Mit dem Werbespruch im Schaubild versucht die Kundenkreditbank (KKB) Lohnabhängige in ihre über 200 Filialen zu locken. Das Schaubild zeigt den Fall eines Arbeiters, der 1967 heiratete und dem dadurch zur Gründung eines Haushaltes erhebliche Kosten entstanden sind. Er brauchte zu seinem Gesparten noch 6000 DM Kredit, den die KKB ihm gab. Laut Kreditvertrag sollte er dafür in 36 Monaten 7694,20 DM zurückzahlen. Die Krise 1966/67 hatte aber auch seine Auswirkungen auf diesen Arbeiter, Kurzarbeit brachte weniger Geld. Er geriet in Verzug, was im Schaubild links unten von Anfang 1968 bis Anfang 1969 ausgedrückt ist. Sind die üblichen Zinsen dieser Bank bereits wucherisch, so nutzt die KKB Zeiten des Verzuges, um ihre Kreditnehmer in ihre Krallen zu bekommen: Der Wagen, vor einem Jahr noch 7400 DM teuer, wurde versteigert, die Bank rechnete seinem Konto ca. 2800 DM an. Lohnpfändungen machten den Zu-griff auf den Lohn möglich, wodurch diesem Arbeiter soviel abgezogen wurde, daß er bereits mehr an die KKB zahlte als ursprünglich vereinbart.

Wozu führte diese von der KKB gezielt geführte Politik? Ihr Kunde gerät in einen Teufelskreis von ständig steigenden Verzugskosten, die durch die monatlichen Zahlungen nicht voll getilgt werden werden können. Gnadenlos wird jeder Pfennig, den der Kapitalist für die Reproduktion des Arbeiters als nicht notwendig bestimmt, dem Kredithai in den Rachen geworfen. Bei unserem Beispiel oben geht das schon 10 Jahre, wobei der Rückzahlungsbetrag ständig steigt.



Die Praxis der KKB ist es, schon verhältnismäßig geringe Verzugszeiten dafür zu nutzen, mit ihrer großen Rechtsabteilung, der Mandata in Bremen, möglichst schnell durch ein Gericht ein vollstreckbares Urteil zu bekommen, das den Kunden zur Pfändung frei gibt. In unserem Beispiel wurden gleich zwei solcher vollstreckbaren Titel vom Gericht ausgegeben, einen gegen den Arbeiter über 8055,18 DM und einen gegen seine Frau von 6255,40 DM. Der Weg für die KBB ist frei, der Kunde total ausgeliefert. Der Besuch des Gerichtsvollziehers reist nicht ab. Was einen Wert darstellt, wird gepfändet und die Lohntüte ist ständig für den Bankapitalisten geöffnet. Die KKB nennt sich großspurig „Haushaltsbank für den privaten Kunden“. Dahinter vorbirgt sich ein Verbund mit den großen Banken, bei denen sich die KKB selbst Kredite holt, diese wieder an den Mann bringt und dann durch die hohen Zinsen und Kosten oder durch Geldeintreibungen ihren Profit herausschlägt.

Es ist richtig, was man im Volksmund sagt: Die Gründung einer Bank ist weitaus schlimmer als der Überfall auf sie.

z.huh. Siegen. **Am 9.5. hat die ÖTV-Fachgruppe der Schulhausmeister im Kreis Siegen als Förderungen beschlossen:** Verbesserung der Bezahlung und Eingruppierung entsprechend der Qualifikation, Einführung der 40-Stundenwoche, keine Vertretungspflicht der Ehefrauen sowie Aufhebung der Zwangsverpflichtung, eine Dienstwohnung in der Nähe der Schule zu beziehen. Durch immer mehr VHS-Kurse, Veranstaltungen und Turnhallenbelegungen, auch samstags und sonntags ist die Wochenarbeitszeit (tariflich 48 bzw. 52 Stunden) immer weiter ausgedehnt worden. Der Lohn liegt zumeist bei BAT 8, bei kleineren Schulen BAT 7, bei sehr großen BAT 9. Vor 2 Jahres hat die Stadt Siegen die Ehefrauen zu Stellvertretern der Hausmeister erklärt, die nun die bisherigen Überstunden ableisten müssen. Bezahlt nach der untersten Entlohnungsgruppe städtischer Arbeiter. Für jährlich 800 DM müssen die Hausmeister selbst für Urlaubs- und Krankheitsvertretung sorgen und zahlen. Jetzt will die Stadt Siegen die Dienstwohnungsmieten dem örtlichen Mietwert angleichen, d.h. Mieterhöhungen um bis zu 100%.

z.evm. **„Ein heißer Anfang“ kommentiert die bürgerliche Presse die beiden ersten Prozeßtage in der Berufungsverhandlung um den Bau des KKW Wyhl.** Das Verwaltungsgericht Freiburg hatte in einem Urteil 1977 den Bau einer Berstsicherung verlangt, dagegen hatte die Landesregierung Berufung eingelegt. Verhandelt wurde jetzt nicht der



Berstschutz, sondern die Befangenheit zweier Richter, die gemeinsam mit KWU-Vertretern, Gutachter Kußmaul und Vertretern der Landesregierung im Herbst 77 eine „Dienstreise“ nach San Francisco angetreten hatten. Man hoffte „damit sei das Freiburger Urteil vom Tisch und die Sache gelaufen“. Sie sind nicht befangen, die Suche nach Objektivität und wissenschaftli-

VW: 134% Festakkord tarifvertraglich durchgesetzt

Der Festakkord kann der Akkordschinderei gewisse Schranken setzen

r.pee. Seit dem 1.5.79 ist ein neuer Tarifvertrag über „die Grundsätze der Entlohnung für die Volkswagenwerke AG Wolfsburg" in Kraft. Nach diesem neuen Vertrag sind die „Grundlagen der Entlohnung" für den „Leistungslohnbereich" (Akkordbereich) neugeregelt, die Tarifvertraglichen Vereinbarungen für den Zeitlohnbereich bleiben gleich.

So heißt es im neuen Tarifvertrag §4: „Die VW Standardleistung entspricht der dem Zeitfaktor zugrunde liegenden Mengenleistung... Die Arbeitsmethoden werden so festgelegt, daß sie biologisch und sozial zumutbar sind und dabei die VW-Standardleistung erreicht werden kann. 4.2. Für die VW-Standardleistung wird der VW-Standardlohn gezahlt". In der dazugehörigen Protokollnotiz heißt es: „Der Geldbetrag des VW-Standardlohns (100%) entspricht dem bisherigen Akkordlohn (Grundlohn plus 34%)." Zu allen bisherigen Tarifverträgen über „die Grundlagen der Entlohnung" ist dies ein qualitativer und äußerst wichtiger Gesichtspunkt.

Seit Mitte der 50er Jahre wird so verfahren, daß nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat 134% Mindest- bzw. Festakkord gezahlt wird. Danach hat sich z.B. der Akkordstundenlohn der Lohngruppe 4 aus 100% und 34% (3,66 DM) = 12,88 DM zusammengesetzt. Jetzt sind diese 134% gleich 100% zu setzen. Sie sind fest, Unter- oder Überschreitungen sind nicht mehr möglich. Von daher gibt es auch keine Möglichkeit mehr z. B. eine Maschine mit 110% Akkord einzustufen.

Bei VW sind die Maschinen z. B. nicht nach Akkordpunkten sondern nach Lohngruppen eingestuft. So hat auch in der Regel der Arbeiter an der Maschine diese Lohngruppe. Bestimmt wird die Lohngruppe der Maschine an den Tätigkeiten, z.B. vielfaches Einlegen verschiedener Teile. An den Montagebändern wird die Akkordlohngruppe ebenfalls an der Tätigkeit festgemacht, d.h. welche Handgriffe und Tätigkeiten im Arbeitsgang müssen ausgeführt werden. Jede Lohngruppe hat danach einen unterschiedlichen Grundlohn, worauf sich die 34% berechnen.

Mit der Festsetzung des Akkords fällt der Stachel des gegenseitigen Antreibens der Arbeiter untereinander, über z. B. Gruppen- oder Stückzahlakkord, den die Kapitalisten in der Hand haben, um zusätzlich die Intensivierung der Arbeit voranzutreiben. Der Akkordstundenlohn bleibt gleich, auch bei nicht gefahrener Stückzahl, es fällt auch der antreibende Faktor bei niedrigem Akkord, mehr Stückzahl zu fahren, um mehr Geld zu bekommen, was die Kapitalisten immer nutzen, um nach einer Zeit die mehrgefahrene Stückzahl als 100% zu setzen.

Können die Kapitalisten beim Festakkord die Stückzahl der Produkte nicht mehr willkürlich durch Neufestsetzung erhöhen, so versuchen sie dies bei VW über die Änderung des Produkts selber. Daß heißt, Neuabstoppungen zur Neufestlegung der Arbeitsgänge bis hin zur Stückzahlerhöhung an Bändern und Maschinen sind laut Vertrag immer dann möglich und zulässig, wenn sich Änderungen in der Fertigungsweise oder technische Änderungen des Fahrzeuges selber ergeben haben. Das ist bei VW so alle zwei Jahre der Fall, nämlich dann, wenn wieder neue oder veränderte Modelle auf den Markt gebracht werden sollen. Arbeitsgänge fallen ganz oder teilweise weg, werden neu aufgeteilt, „vereinfacht", so daß der Arbeiter zu seinem alten Arbeitsgang einen neuen hinzubekommt. Die gesamtgefahrene Stückzahl erhöht sich dabei zwar nicht, die des einzelnen Arbeiters kann sich aber durchaus erhöhen, was auch der Fall war und ist. Haben Arbeiter z.B. jedem dritten Wagen die Fußpedale eingebaut, so müssen sie es jetzt bei jedem zweiten machen. Werden Arbeitsgänge zusammengelegt, wird die Arbeitsleistung intensiver. Das ganze läuft über die Stopuhr als „objektiver Zeitmesser".

Mit dem neuen Tarifvertrag soll jetzt die Zeitnahme bei VW unantastbar gemacht werden. Es werden zur Zeitnahme vorher mathematisch berechnete Durchschnittszeiten und Abweichungen verwendet, was sogar ermöglicht, einen 50jährigen Arbeiter in der Prokuktion abzustoppen, weil die Abweichung zu einem jüngeren durch das Alter in die Zeit mitaufgenommen ist. Neu ist auch, daß jetzt der Akkord nach dem MTM-Verfahren vorkalkuliert werden soll, damit jede Pore im Arbeitsprozeß geschlossen werden kann. Die Schranken durch den Festakkord sollen somit wieder eingerissen werden.

Die Festsetzung des Akkordes kann der Akkordschinderei nur gewisse Schranken setzen, und es ist richtig, wie die Vulkan-Werftarbeiter, für diese Schranken zu kämpfen. Die Akkordarbeit selber wird dadurch nicht außer Kraft gesetzt, weil Festakkord auch Akkord ist. Der Kampf um Festakkord muß zum Kampf um das Verbot der Akkordarbeit genutzt werden

Produktivitätsabkommen bei British-Leyland bestätigt

z.acr.London. Die British-Leyland-Kapitalisten und eine Gewerkschaftskommission beendeten am 16.5. Verhandlungen, deren Ergebnis bis auf eine Änderung den Tarifvertrag aus dem November 1978 bestätigt. Damals wurde vereinbart: 5% Grundlohnerhöhung, Erhöhung der Überstunden- und Schichtzulagen, sowie Zulagen, die sich durch Produktivitätssteigerung „selbst finanzieren" sollen. Durch unterschiedliche Höhe der Zulagen sollen außerdem gleiche Löhne für gleiche Arbeit innerhalb des Konzerns bis November 1979 erreicht werden. Bis heute zahlten die Kapitalisten die Zulagen nicht. Im Februar, als 20000 Arbeiter des Werkes Longbridge die Zahlung durch Streik erzwingen wollten, erklärten die Kapitalisten, erforderlich sei ein Schnitt von 6,1 Autos pro Mann über acht Wochen. Die Sozialdemokraten handelten diese „Qualifikationszeit" auf sechs Wochen herunter. Danach haben sich 42785 Arbeiter in 14 von 34 Werken mit 100000 Arbeitern für die Zulagen „qualifiziert". Die Arbeiter in der Hauptlohngruppe des Werkes Longbridge erhalten jetzt 85 Pfund anstatt 77 Pfund (308 DM) brutto die Woche. Ausgezahlt wird das Geld jedoch erst, wenn eine noch auszuhandelnde Umgruppierung in ein fünfstufiges Lohnsystem abgeschlossen ist. Bis dahin wollen die Kapitalisten das Geld bei einer Bank deponieren.

Rückschlag für die französischen Textilkapitalisten

Arbeiter von Provoust erstreiken 13. Monatslohn / Front gegen Akkordhetze

z.pel.Paris. „Wenn man einen Tag fehlt, sinkt die Prämie, wenn man in der Woche zum Monatswechsel krank wird, verringert sich die Prämie für beide Monate. Unsere Forderungen stehen, wir machen weiter." Am 16. Mai waren die Arbeiterinnen und Arbeiter der Wollwarenfabrik in Roubaix in Nordfrankreich in den Streik getreten. Der Kapitalist Provoust wollte die 6%-ige Prämie, die bisher nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit bemessen wurde, von nun an von den Fehltagen abhängig machen. Lohnverlust von bis zu 130 F wäre für etliche Arbeiter die Folge gewesen.

Die Löhne in der französischen Textilindustrie sind elend niedrig, die Arbeiter der Bekleidungsindustrie liegen an letzter Stelle der industriellen Lohnskala. Bei Provoust/Roubaix liegt der Durchschnittslohn bei 2200 F, der Großteil der 1900 Arbeiterinnen – das sind 50% der Belegschaft – kommt inklusive Prämie gerade auf 1800 F, bei Akkordarbeit und im Dreischichtbetrieb.

Arbeiterstundenlöhne in der Textilindustrie (Männer und Frauen) im Vergleich zur Automobilindustrie (in F)

eine Arbeiterin vier bis sechs Maschinen bedienen muß und die Produktionsleistung in den letzten drei Jahren verfünffacht werden konnte, sollte jetzt auf zehn Maschinen gesteigert werden. Nur die jüngsten und gesündesten Arbeiterinnen können diese wilde Antreiberei einige Zeit durchhalten. Provoust nutzt diese Bedingungen zur Umwälzung des Arbeiterkörpers und zu weiterer Lohnsenkung. 700 Entlassungen und Kündigungen 1978 standen 250 Neueinstellungen gegenüber. Die Neueingestellten sind meistens kaum über 18 Jahre. Der Kapitalist rekrutiert sie in den umliegenden Ortschaften, ehemaligen Bergbaudörfern mit hoher Arbeitslosigkeit. Über 1000 dieser „Minenmädchen" pendeln täglich nach Roubaix. Bei Frühschicht z.B. währt ihr Arbeitstag von 3.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

Der Streik, der sich an der Prämienregelung entzündet hatte, ist von vornherein gegen die Lohnsenkungen *und* die Akkordverschärfungen geführt worden. 1,50 F Lohnerhöhung, dreizehntes Monatsgehalt, keine Änderung der Prämienregelung, auf diesen Forderungen konnte sich die gesamte Belegschaft zusammenschließen. In ver-

te, gehen die französischen Textilkapitalisten doch geschwächt aus diesem Kampf hervor. Mit Provoust ist einer der größten Textilkonzerne (insgesamt 15000 Beschäftigte) und die treibende Kraft im gegenwärtigen Rationalisierungs- und Expansionsprogramm getroffen worden. Von den drei Säulen des Programms: Intensivierung der Ausbeutung/Lohnsenkung, Umrüstung des Produktionsapparates und Expansion auf den Markten hat diese erste einen Schlag erhalten. Es wird der französischen Bourgeoisie schwerfallen, den von 1973 bis 1977 von 91 – 100000 auf 72700 F gefallenen Pro-Kopf-Umsatz wieder in alte Hö-

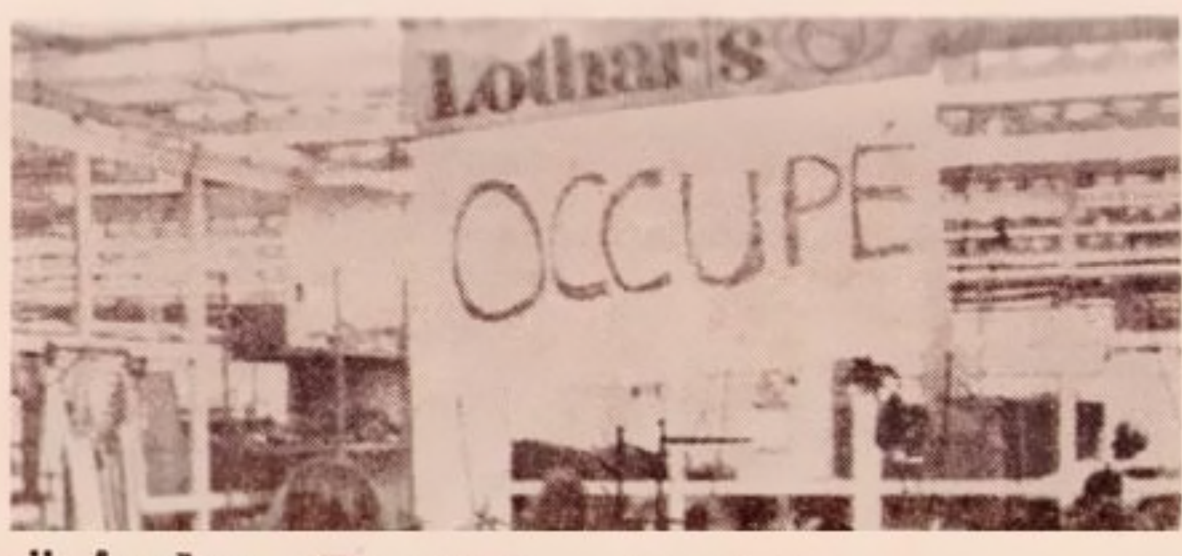
hen zu heben. Steigerung der Ausbeutung und weitere Lohnsenkung sind jedoch unabdingbar für die Ersetzung der zum Teil veralteten Maschinerie wie für die beabsichtigte Forcierung des Kapitalexportes.

Daß sie dieses Ziel weiter betreiben, beweist das von den französischen Textilkapitalisten stark unterstützte Forschungsprogramm der EG (Schwerpunkt u.a.: Anwendung [illegible] in der Wollindustrie, Kosten ca. 20 Mio. DM).

Die französischen Textilarbeiter gehen gestärkt in die unvermeidlichen Kämpfe.

Portugal: Renault vorn in der Konkurrenz der KFZ-Kapitalisten

z.elb. Mit 780 Mio. DM Kapitalexport wollen die Renault-Kapitalisten 5000 weitere portugiesische Automobilarbeiter ausbeuten. Am 24. Mai schlossen sie mit der portugiesischen Regierung einen Vertrag über den Bau eines neuen Montagewerkes und einer Motoren- und Getriebefabrik. Auf 220000 Einheiten bis 1982 soll die Produktion bei Motoren erhöht werden. Ein Teil davon ist für die Montagewerke in Portugal bestimmt, wodurch die Renault-Kapitalisten die Importsteuer [illegible] den Ford-Kapitalisten, die ebenfalls ihre Montage in Portugal ausweiten wollen, ist es den Renault-Kapitalisten mit der im Vertrag festgelegten Erhöhung der Zahl der montierten Wagen von 10000 auf 50000 bis 1988 gelungen, einen Vorsprung im Kampf um das Monopol der Automobilproduktion in Portugal zu erzielen. 1977 betrug die Anzahl der insgesamt in Portugal montierten Autos 33100. Ziel der 14 im Land versammelten größten Automobilkapitalisten ist es, nicht nur die Automobilproduktion in Portugal zu beherrschen und eine eigenständige portugiesische zu verhindern, sondern auch, Portugal als Sprungbrett zur Exportsteigerung in andere westeuropäische Länder zu nutzen. Angelockt werden sie durch die Niedrigstlöhne der portugiesischen Automobilarbeiter:



Rückschlag für die französischen Textilkapitalisten

Arbeiter von Provoust erstreiken 13. Monatslohn / Front gegen Akkordhetze

z.pel.Paris. „Wenn man einen Tag fehlt, sinkt die Prämie, wenn man in der Woche zum Monatswechsel krank wird, verringert sich die Prämie für beide Monate. Unsere Forderungen stehen, wir machen weiter." Am 16. Mai waren die Arbeiterinnen und Arbeiter der Wollwarenfabrik in Roubaix in Nordfrankreich in den Streik getreten. Der Kapitalist Provoust wollte die 6%-ige Prämie, die bisher nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit bemessen wurde, von nun an von den Fehltagen abhängig machen. Lohnverlust von bis zu 130 F wäre für etliche Arbeiter die Folge gewesen.

Die Löhne in der französischen Textilindustrie sind elend niedrig, die Arbeiter der Bekleidungsindustrie liegen an letzter Stelle der industriellen Lohnskala. Bei Provoust/Roubaix liegt der Durchschnittslohn bei 2200 F, der Großteil der 1900 Arbeiterinnen – das sind 50% der Belegschaft – kommt inklusive Prämie gerade auf 1800 F, bei Akkordarbeit und im Dreischichtbetrieb.

Arbeiterstundenlöhne in der Textilindustrie (Männer und Frauen) im Vergleich zur Automobilindustrie (in F)

	Textil		Auto
1972	7,42	5,46	8,34
1973	8,60	6,32	9,15
1974	10,39	7,64	11,22
1975	11,87	8,73	12,43
1976	13,31	9,78	15,43
1977	14,71	10,81	17,77

(1 F heute 0,44 DM)

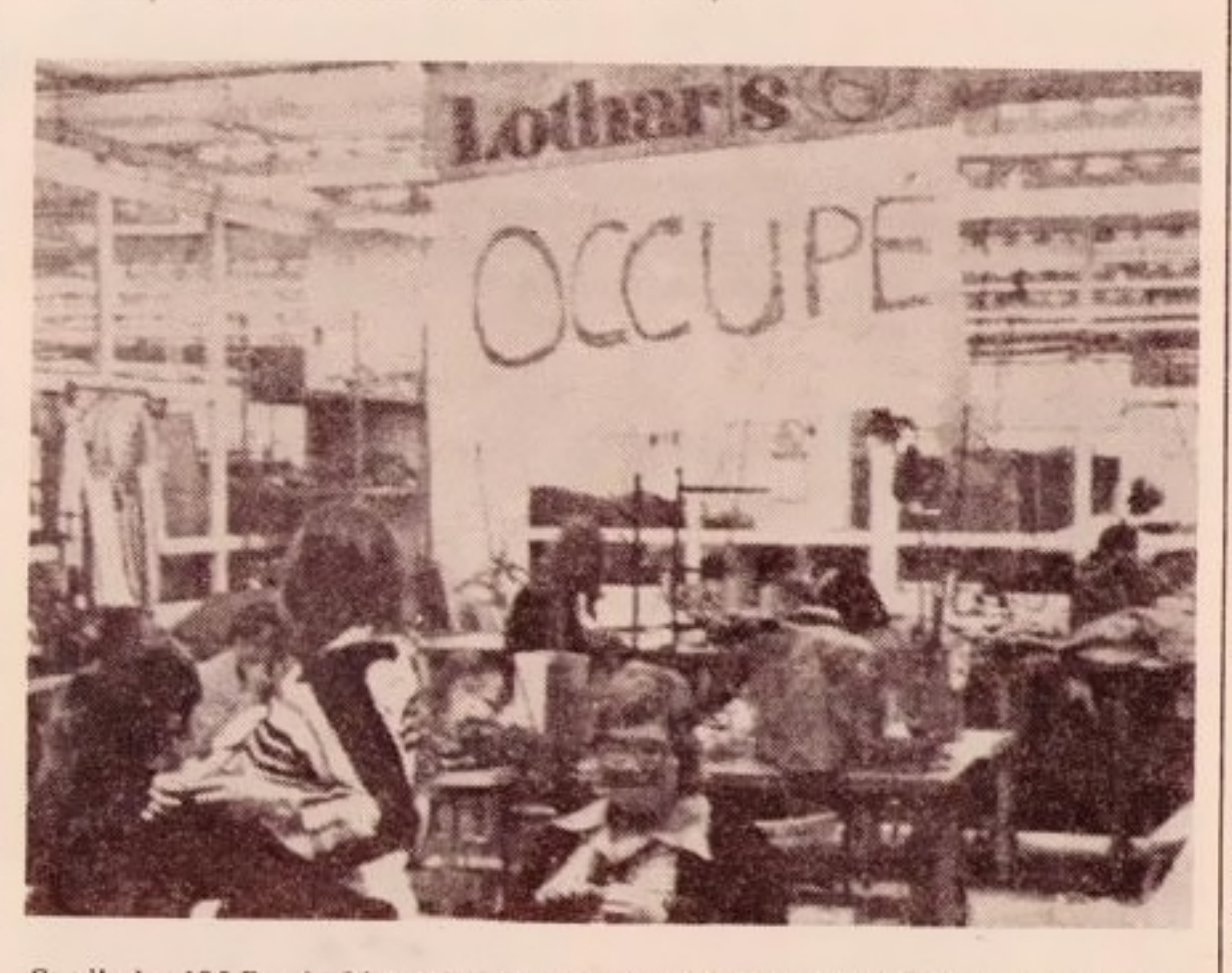
Im Januar hatte die Betriebsleitung die Akkordvorgaben gekürzt und die Taktzeiten verringert, viele schafften den Akkord nicht mehr, die Krankmeldungen stiegen. In der Spinnerei, wo eine Arbeiterin vier bis sechs Maschinen bedienen muß und die Produktionsleistung in den letzten drei Jahren verfünffacht werden konnte, sollte jetzt auf zehn Maschinen gesteigert werden. Nur die jüngsten und gesündesten Arbeiterinnen können diese wilde Antreiberei einige Zeit durchhalten. Provoust nutzt diese Bedingungen zur Umwälzung des Arbeiterkörpers und zu weiterer Lohnsenkung. 700 Entlassungen und Kündigungen 1978 standen 250 Neueinstellungen gegenüber. Die Neueingestellten sind meistens kaum über 18 Jahre. Der Kapitalist rekrutiert sie in den umliegenden Ortschaften, ehemaligen Bergbaudörfern mit hoher Arbeitslosigkeit. Über 1000 dieser „Minenmädchen" pendeln täglich nach Roubaix. Bei Frühschicht z.B. währt ihr Arbeitstag von 3.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

Der Streik, der sich an der Prämienregelung entzündet hatte, ist von vornherein gegen die Lohnsenkungen *und* die Akkordverschärfungen geführt worden. 1,50 F Lohnerhöhung, dreizehntes Monatsgehalt, keine Änderung der Prämienregelung, auf diesen Forderungen konnte sich die gesamte Belegschaft zusammenschließen. In verschiedenen Abteilungen ist Überprüfung der Taktzeiten gefordert worden. Er konnte unter großem finanziellen Druck und mit geringer Kampferfahrung zehn Tage geführt werden. Am 26.5. mußte die Betriebsleitung das dreizehnte Monatsgehalt, die Aufrechterhaltung der alten Prämienregelung und Verzicht auf nachträgliche Disziplinierungen anbieten. Die Mehrheit der Streikenden entschied sich für Annahme.

Wenn auch die Stundenlohnerhöhung nicht durchgesetzt werden konnte, gehen die französischen Textilkapitalisten doch geschwächt aus diesem Kampf hervor. Mit Provoust ist einer der größten Textilkonzerne (insgesamt 15000 Beschäftigte) und die treibende Kraft im gegenwärtigen Rationalisierungs- und Expansionsprogramm getroffen worden. Von den drei Säulen des Programms: Intensivierung der Ausbeutung/Lohnsenkung, Umrüstung des Produktionsapparates und Expansion auf den Markten hat diese erste einen Schlag erhalten. Es wird der französischen Bourgeoisie schwerfallen, den von 1973 bis 1977 von 91 – 100000 auf 72700 F gefallenen Pro-Kopf-Umsatz wieder in alte Höhen zu heben. Steigerung der Ausbeutung und weitere Lohnsenkung sind jedoch unabdingbar für die Ersetzung der zum Teil veralteten Maschinerie wie für die beabsichtigte Forcierung des Kapitalexportes.

Daß sie dieses Ziel weiter betreiben, beweist das von den französischen Textilkapitalisten stark unterstützte Forschungsprogramm der EG (Schwerpunkt u.a.: Anwendung [illegible] in der Wollindustrie, Kosten ca. 20 Mio. DM).

Die französischen Textilarbeiter gehen gestärkt in die unvermeidlichen Kämpfe.



Streik der 195 Beschäftigten bei Lothars (Luxuskonfektion). Für einen Lohn von 9,88 F (1977) wurden die Arbeiterinnen 60 Stunden in der Woche ausgebeutet. Die Maschinerie ist alt und längst abgeschrieben. 40000 solcher Stätten der Ausbeutung zählt die französische Bekleidungsindustrie heute.

Portugal: Renault vorn in der Konkurrenz der KFZ-Kapitalisten

z.elb. Mit 780 Mio. DM Kapitalexport wollen die Renault-Kapitalisten 5000 weitere portugiesische Automobilarbeiter ausbeuten. Am 24. Mai schlossen sie mit der portugiesischen Regierung einen Vertrag über den Bau eines neuen Montagewerkes und einer Motoren- und Getriebefabrik. Auf 220000 Einheiten bis 1982 soll die Produktion bei Motoren erhöht werden. Ein Teil davon ist für die Montagewerke in Portugal bestimmt, wodurch die Renault-Kapitalisten die Importsteuer [illegible] den Ford-Kapitalisten, die ebenfalls ihre Montage in Portugal ausweiten wollen, ist es den Renault-Kapitalisten mit der im Vertrag festgelegten Erhöhung der Zahl der montierten Wagen von 10000 auf 50000 bis 1988 gelungen, einen Vorsprung im Kampf um das Monopol der Automobilproduktion in Portugal zu erzielen. 1977 betrug die Anzahl der insgesamt in Portugal montierten Autos 33100. Ziel der 14 im Land versammelten größten Automobilkapitalisten ist es, nicht nur die Automobilproduktion in Portugal zu beherrschen und eine eigenständige portugiesische zu verhindern, sondern auch, Portugal als Sprungbrett zur Exportsteigerung in andere westeuropäische Länder zu nutzen. Angelockt werden sie durch die Niedrigstlöhne der portugiesischen Automobilarbeiter: 1977 erhielten die Schweißer z.B. umgerechnet 13,87 DM brutto pro Tag.

VW expandiert in Südafrika

z.hef. Die VW-Kapitalisten gaben in der letzten Woche „Investitionsvorhaben in Höhe von 66 Mio. DM" in Südafrika bekannt. VW beutet bereits mehr als 4000 azanische Arbeiter aus. Seit 1951 lassen die Kapitalisten in Südafrika PKW montieren. Seit 1971 wurden umfangreiche Erweiterungsprogramme durchgeführt. Inzwischen richteten sie auch eine Werkzeugabteilung ein: im Oktober 1978 erhielt Volkswagen of South Africa Aufträge für den Bau von 38 Formen von der Wolfsburger Konzernleitung. Die VW-Investition ist Bestandteil der sprunghaften Expansion des westdeutschen Finanzkapitals in Südafrika. Nach Angaben der „Deutsch-südafrikanischen Kammer für Handel und Industrie" haben inzwischen mehr als 450 westdeutsche Firmen „direkte finanzielle Verbindungen", also Kapitalanlagen in Südafrika. 1971 war diese Zahl mit „über 300" angegeben worden. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1978 lieferte die BRD für 58% mehr in den Kolonialstaat als im Vorjahreszeitraum und wurde damit zum größten Nachschublieferanten. Die Beteiligung der westdeutschen Finanzbourgeoisie an der Plünderung des Landes stieg ebenfalls: im gleichen Zeitraum importierte sie für 34,5% mehr als im Vorjahr. 31,5% dieser Importe waren Rohstoffe, 19,5% landwirtschaftliche Produkte, 22% Halbfertigwaren und 20% Fertigwaren.

---

cher Wahrheit hat sie in den Ballsaal des Hilton getrieben, hat das Gericht einen Tag später mitteilen lassen. Dennoch: Gelaufen ist nichts, es hat schon Wirkung gezeigt, daß der Verhandlungssaal ständig von Kaiserstühlern, die mit Bussen und Transparenten gekommen waren, belagert war. In Resolutionen aus Betrieben und von der Hochschule, u.a. Fachschaftsvertreter der Pädagogischen Hochschule Freiburg, wird erklärt, daß die Spaltungsmanöver nicht fruchten und vom Gericht gefordert, einen Beschluß gegen das KKW zu fassen. Auf einer Veranstaltung der Volkshochschule Wyhlerwald – eine Einrichtung der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen – wurde über den Prozeßverlauf berichtet und beraten, wie große Anwesenheit bei den weitern Terminen erreicht werden kann. Besprochen wurde der Vorschlag, die Prozeßtermine ähnlich zu organisieren wie die Platzbesetzung und jeweils mehrere Dörfer für einen Tag festzulagen.

z.hee **Am 27. Mai war das Jahrestreffen der dänischen Minderheit in Westdeutschland.** Die Dänen organisieren dieses Treffen heute als unterdrückte Minderheit. Die Teilnahme zeigte den Drang nach Zusammenschluß, z.B. gegen die besondere Unterdrückung der dänischen Jugend in den Schulen. Die bürgerlichen Vertreter der dänischen Minderheiten sind zum Manövrieren gezwungen, denn in den Wahlen und durch den Wahlvorgang konnte den Interessen der dänischen Minderheiten keine Geltung verschafft werden. Wehlitz, Landesvorsitzender des SSW auf einer Saalveranstaltung des Jahrestreffens: „Die dänische Volksgruppe und ihre politische Vertretung werden sich von der durch die Gesamtschulfrage vor der Landtagswahl eingeleiteten neuen Schuldiskussion nicht ausschließen. Durch ein eigenes Gesamtschulkonzept innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten sollen der dänischen Minderheit mehr Mitbestimmung ermöglicht werden." Statt den Zusammenschluß mit der westdeutschen Arbeiterklasse predigt er die Unterordnung unter die Gesetze des westdeutschen Finanzkapitals.

z.reb. **Die Bundesregierung will den Vermerk im Personalausweis wieder abschaffen. tönt es durch die Presse, verbunden mit einem Hoch auf den liberalen Innenminister.** Er will ab 1981 fälschungssichere Personalausweise einführen – am liebsten in der Größe einer Scheckkarte, die alle 5 Jahre bei Bürgern unter 30 und alle zehn Jahre bei älteren erneuert werden soll. Leicht lassen sich diese Fristen allgemein und für Einzelfälle (z.B. Strafverfahren) verkürzen. Leicht läßt sich auf dem Ausweis auch eine persönliche Kennziffer anbringen, die dem kundigen Beobachter mehr verrät als der häßliche und auffällige Stempel bisher. Koppeln kann man so einen liberalen Personalausweis dann auch mit Datenterminals. Man steckt die Karte in einen solchen Terminal – z.B. an der Grenze oder in der Polizeiwache – und gleich ist alles über die Person nachprüfbar.

Ohne großes Aufheben kann man so Reisebewegungen registrieren und abspeichern, oder auch die Ausreise verhindern.





Mit der Straßenverkehrsordnung versuchte Albrechts Innenminister die LKW-Fahrer bei ihrer Demonstration einzuschüchtern. Demonstrative Verkehrsbehinderung stelle einen Straftatbestand dar. Nicht allein, daß der Regelarbeitstag durchbrochen wird und von den Fahrern eine wöchentliche Lenkzeit von 50 Stunden verlangt werden kann, die Straßenverkehrsordnung dient der Bourgeoisie als ständig drohendes Unterdrückungsinstrument.



Auf die Umschlaggeschwindigkeit kommt es den Kapitalisten an. Die Pro-Mann-Tonnen werden beständig hochgedrückt. Je nach Lage und Anfall an Frachtgut setzen die Kapitalisten die Lagerarbeiter ein. Die Stammbelegung der Halle ist meist äußerst gering.

Wissenswertes über das Transportgewerbe

Überblick über die wichtigsten Transportmittel, Waren und Transportleistungen im Güterverkehr 1977: Insgesamt sind im Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung 1,492 Mio. Beschäftigte (April 1977) tätig. 1976 betrug der Produktionswert in diesem Bereich 116470 Mio. DM.

Eisenbahn: Gemüse, Futtermittel, Kohle, Kraftstoffe, Heizöl, Erze, Schrott, Stahlhalbzeuge, Stahlerzeugnisse, chem. Düngemittel, chem. Grundstoffe.
Gesamtgewicht: .... 305,3 Mio. t
Verkehrsleistung: ..... 54,8 Mrd. km

Binnenschiffahrt: Kohle, Kraftstoffe, Heizöl, Sand, Kies, Steine, Salze, chem. Grundstoffe.
Gesamtgewicht: .... 232,5 Mio. t
Verkehrsleistung: .... 49,3 Mrd. tkm
durchschn. Beförderungsweite: 212km

Gewerblicher Güterfernverkehr und Werksfernverkehr: Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, Nahrungs- und Futtermittel, Stahl, Metalle, Baustoffe, chem. Erzeugnisse, Halb- und Fertigwaren, Fahrzeuge.
Gesamtgewicht: .... 208,1 Mio. t
Verkehrsleistung: .... 48,5 Mrd. tkm
durchschn. Beförderungsweite: 228,5 km

Luftverkehr: Leicht verderbliche land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, Nahrungsmittel, chem. Erzeugnisse, Halb- und Fertigwaren, besondere Transportgüter (Feinmechanik, Elektronik usw.).
Gesamtgewicht: .... 0,5Mio. t

Die Arbeitszeit der Kraftfahrer wird durch die Arbeitszeitordnung von 1938 geregelt: Acht Stunden werden als Regel verkündet, die Regel liegt jedoch bei 10 Stunden. Die Vorschriften der EG und der BRD (Straßenverkehrszu-

Schrott, Stahlhalbzeuge, Stahlerzeugnisse, chem. Düngemittel, chem. Grundstoffe.
Gesamtgewicht: .... 305,3 Mio. t
Verkehrsleistung: ..... 54,8 Mrd. km
Binnenschiffahrt: Kohle, Kraftstoffe, Heizöl, Sand, Kies, Steine, Salze, chem. Grundstoffe.
Gesamtgewicht: .... 232,5 Mio. t
Verkehrsleistung: .... 49,3 Mrd. tkm
durchschn. Beförderungsweite: 212km
Gewerblicher Güterfernverkehr und Werksfernverkehr: Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, Nahrungs- und Futtermittel, Stahl, Metalle, Baustoffe, chem. Erzeugnisse, Halb- und Fertigwaren, Fahrzeuge.
Gesamtgewicht: .... 208,1 Mio. t
Verkehrsleistung: .... 48,5 Mrd. tkm
durchschn. Beförderungsweite: 228,5 km
Luftverkehr: Leicht verderbliche land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, Nahrungsmittel, chem. Erzeugnisse, Halb- und Fertigwaren, besondere Transportgüter (Feinmechanik, Elektronik usw.).
Gesamtgewicht: .... 0,5Mio. t
Die Arbeitszeit der Kraftfahrer wird durch die Arbeitszeitordnung von 1938 geregelt: Acht Stunden werden als Regel verkündet, die Regel liegt jedoch bei 10 Stunden. Die Vorschriften der EG und der BRD (Straßenverkehrszu-

lassungsordnung) regeln die täglichen und wöchentlichen Lenkzeiten, die Zeiten also, in denen tatsächlich nur gelenkt wird. Die dort vorgesehenen Höchstlenkzeiten von 8 Stunden täglich, zweimal die Woche 9 Stunden, in der Woche höchstens 48 und in zwei Wochen höchstens 92 Stunden können reichlich verlängert werden durch Nichtlenkzeiten wie: Be- und Entladen, Wartezeiten an Grenzen, bei Fahren mit zwei Chauffeuren etc. Die Entlohnung in Form von Prämien auf die Fahrtstrecke oder Gütermenge ist verboten, ,,es sei denn, daß diese Entgelte nicht geeignet sind, die Sicherheit im Straßenverkehr zu beeinträchtigen".

Für den Urlaub des Kraftfahrers gelten keine Sondervorschriften, sondern die 18 Tage Mindesturlaub des Bundesurlaubsgesetzes.

Die Haftung des Kraftfahrers für Unfallschäden besteht – von der Haftpflichtversicherung abgesehen – grundsätzlich in vollem Umfang. ,,Auch innerhalb eines Arbeitsverhältnisses wird grundsätzlich für jede Fahrlässigkeit gehaftet" (BAG vom 11.6.1959). Ausnahmen mußten anerkannt werden, weil es sich um eine ,,gefahrengeneigte Arbeit" handelt. Das gilt aber nicht generell. Das Fahren ,,bei gutem Wetter auf einer verkehrsarmen, übersichtlichen Nebenstraße mit guter Fahrbahn" ist keine ,,gefahrengeneigte Arbeit" (Bundesarbeitsgericht, 3. März 1960). Selbst bei anerkannt gefahrengeneigter Arbeit führt das nicht zu vollständiger Haftungsfreistellung des Fahrers, sondern nur zu teilweiser Freistellung. ,,Schäden, die ein Arbeitnehmer bei gefahrengeneigter Arbeit grobfahrlässig verursacht, muß in aller Regel der Arbeitnehmer allein tragen" (BAG vom 19.3.1960). ,,Zu den arbeitsvertraglichen Hauptpflichten des angestellten Kraftfahrers gehört die unbedingte Einhaltung der Verkehrsvorschriften." (BAG vom 28.5.1960)

Geldbußen und -strafen muß der Arbeiter allein tragen und kann sie nicht vom Kapitalisten verlangen. Allein trägt er auch die weiteren Konsequenzen von Punkten beim Verkehrszentralregister in Flensburg bis hin zum Verlust der Fahrerlaubnis, was dagegen den Kapitalisten zur Kündigung berechtigt.

Stundenlöhne im Transportgewerbe: Am Beispiel des Lohntarifvertrages 1978 in Hessen für das private Transport- und Verkehrsgewerbe.

LG 1, Ortsklasse S: .... 7,14 DM
LG 2, Ortsklasse S: .... 6,95 DM
LG 3, Ortsklasse S: .... 6,75 DM
LG 4, Ortsklasse S: .... 6,58 DM

Fernfahrer erhalten wöchentlich:

bis 45 Stunden........... 321,30DM
45-48 Stunden .... 342,72 DM
48-54 Stunden .... 385,56 DM
54-60 Stunden .... 428,40 DM

Teilt man den Betrag durch die maximale Arbeitszeit, so erhält man jedesmal 7,14 DM, also LG 1. Die Ausdehnung der Arbeitszeit wird nicht bezahlt.

Tarifabschlüsse der ÖTV 1979 im Transportgewerbe: 18. Januar: Tarifabschluß für die rund 10000 *Seeleute* in der Seeschiffahrt. Zahlung einer monatlichen Seefahrtszulage von 171

beiter allein tragen und kann sie nicht vom Kapitalisten verlangen. Allein trägt er auch die weiteren Konsequenzen von Punkten beim Verkehrszentralregister in Flensburg bis hin zum Verlust der Fahrerlaubnis, was dagegen den Kapitalisten zur Kündigung berechtigt.
Stundenlöhne im Transportgewerbe: Am Beispiel des Lohntarifvertrages 1978 in Hessen für das private Transport- und Verkehrsgewerbe.
LG 1, Ortsklasse S: .... 7,14 DM
LG 2, Ortsklasse S: .... 6,95 DM
LG 3, Ortsklasse S: .... 6,75 DM
LG 4, Ortsklasse S: .... 6,58 DM
Fernfahrer erhalten wöchentlich:
bis 45 Stunden........... 321,30DM
45-48 Stunden .... 342,72 DM
48-54 Stunden .... 385,56 DM
54-60 Stunden .... 428,40 DM
Teilt man den Betrag durch die maximale Arbeitszeit, so erhält man jedesmal 7,14 DM, also LG 1. Die Ausdehnung der Arbeitszeit wird nicht bezahlt.
Tarifabschlüsse der ÖTV 1979 im Transportgewerbe: 18. Januar: Tarifabschluß für die rund 10000 *Seeleute* in der Seeschiffahrt. Zahlung einer monatlichen Seefahrtszulage von 171

DM, Herabsetzung der Altersgrenze von 58 auf 55 Jahre bei der Seemannsrente.

20. Februar: Tarifabschluß Bezirk Baden-Württemberg im *Güter- und Güterfernverkehr*. Erhöhung für Arbeiter zwischen 5,7 und 8 Prozent, Meister und Angestellte 4,9 bis 8,1 Prozent, 5,2 bis 5,7 Prozent für Arbeiter in *Hafenumschlagsbetrieben*. Lohn- und Manteltarifabschlüsse mit den *Luftverkehrsgesellschaften:* PanAm, KLM, British Airways, Alitalia, Seaboard World Airlines. Lufthansa: 4 bis 5,56 Prozent, Erhöhung des Urlaubsgeldes um 120 DM, die Rufbereitschaft wird zu 12,5% als Arbeitszeit angerechnet. Durchschnittliche Erhöhung für Auszubildende 6,65 Prozent.

24. April: Tarifabschluß Bezirk Saar, im *Verkehrsgewerbe* werden die Löhne um 5 bis 6,8 Prozent erhöht.

3. Mai: Abschluß Bezirk Hessen eines neuen Lohn- und Manteltarifvertrages im *privaten Verkehrsgewerbe*. 4 Prozent Lohnerhöhung, Stufenpläne zur Einführung der 40-Stundenwoche und zur Erhöhung der Urlaubsdauer, Verbesserung einiger Lohnzuschläge.

Forderungen der ÖTV für die Transportarbeiter: Ausbau des Kündigungsschutzes, Erhöhung der Sicherheit am Arbeitsplatz, Ausschaltung der Gesundheitsgefährdung durch die Arbeit, Sicherung des Einkommens bei Leistungsminderung und bei Rationalisierungsmaßnahmen, Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung (beschlossen: 8. Gewerkschaftstag der ÖTV).

12-Stundentag und Spesenkürzung von 600 DM

LKW-Fahrer führen Langsamfahraktion durch – ,,Die ÖTV müßte das organisieren"

z.brp. Zum 1. Juli soll der steuerfreie Spesensatz für Berufskraftfahrer mit mehr als einem 12stündigen Arbeitstag von bisher 31 DM auf 8 DM gekürzt werden, wies der Bundesfinanzminister Mitte Mai die Landesfinanzämter an. Im November erklärte der Bundesfinanzhof, daß Berufskraftfahrer schließlich keine Dienstreise unternehmen, wenn sie auf Achse sind, sie befänden sich in ihrer ,,regelmäßigen Arbeitsstätte", dem LKW. Also müßten die Spesen, die im Manteltarifvertrag vereinbart sind, versteuert werden. Die Kürzung des Tagessatzes auf 8 DM kommt der Streichung der restlichen 23 DM gleich. Bei 41000 LKW-Fernfahrern, die im Monat 500 DM Lohnverlust hätten, würden die Transportkapitalisten monatlich 20,5 Millionen Lohngelder einbehalten, die Fahrer im Nahverkehr sind nicht mitgerechnet. Die ÖTV hat gegen diese Regelung beim Bundesfinanzminister protestiert und fordert die Zurücknahme, andernfalls verlangt sie Neuverhandlungen mit den Transportkapitalisten über die Erhöhung der Spesen. Der Verkehrsausschuß des Bundestages befürchtet, daß die Lohnkürzung von den LKW-Fahrern nicht hingenommen wird, und versucht, zwischen Fernfahrern und Fahrern im Nahverkehr zu spalten: Als ,,Sofortmaßnahme" sollte der Bundesfinanzminister erwägen, den Fahrern im Nahverkehr mit über 12stündigem Arbeitstag eine Verpflegungspauschale von 5 DM täglich zu gewähren.

Donnerstag vergangener Woche organisierten die LKW-Fahrer eine Langsamfahraktion für Freitag. Zwischen 13.30 Uhr und 17.30 Uhr sollte auf allen Bundesautobahnen nur noch 60 km im Konvoi gefahren werden, auf Bun-

men, wenn sie auf Achse sind, sie befänden sich in ihrer ,,regelmäßigen Arbeitsstätte", dem LKW. Also müßten die Spesen, die im Manteltarifvertrag vereinbart sind, versteuert werden. Die Kürzung des Tagessatzes auf 8 DM kommt der Streichung der restlichen 23 DM gleich. Bei 41000 LKW-Fernfahrern, die im Monat 500 DM Lohnverlust hätten, würden die Transportkapitalisten monatlich 20,5 Millionen Lohngelder einbehalten, die Fahrer im Nahverkehr sind nicht mitgerechnet. Die ÖTV hat gegen diese Regelung beim Bundesfinanzminister protestiert und fordert die Zurücknahme, andernfalls verlangt sie Neuverhandlungen mit den Transportkapitalisten über die Erhöhung der Spesen. Der Verkehrsausschuß des Bundestages befürchtet, daß die Lohnkürzung von den LKW-Fahrern nicht hingenommen wird, und versucht, zwischen Fernfahrern und Fahrern im Nahverkehr zu spalten: Als ,,Sofortmaßnahme" sollte der Bundesfinanzminister erwägen, den Fahrern im Nahverkehr mit über 12stündigem Arbeitstag eine Verpflegungspauschale von 5 DM täglich zu gewähren.
Donnerstag vergangener Woche organisierten die LKW-Fahrer eine Langsamfahraktion für Freitag. Zwischen 13.30 Uhr und 17.30 Uhr sollte auf allen Bundesautobahnen nur noch 60 km im Konvoi gefahren werden, auf Bun-

desfernstraßen 50 km. Es war eine spontane Aktion, einige LKW-Fernfahrer hatten sich zusammengeschlossen zur ,,Brummi-Vereinigung", in Norddeutschland an den Raststätten, den Treffpunkten der LKW-Fernfahrer, Flugblätter verteilt, Mundpropaganda gemacht und über den CB-Funk, mit dem etliche LKWs ausgerüstet sind, zur Langsamfahraktion aufgerufen. Im Rundfunk und in der Presse wurden die ,,Pfingsturlauber" vor verstopften Straßen gewarnt.

Freitag fuhren wir raus zu einer Autobahnraststätte in der Nähe Frankfurt, ,,Pfingstverkehr" herrschte, viele LKWs waren unterwegs. Auf der Raststätte normaler Betrieb, einige LKWs, in denen die Fahrer ihre Pause verbrachten, aber keine Sammelstelle. Es war bereits kurz vor 13 Uhr. Wir sprechen mit einem Fahrer. Ja, er weiß von der Sache, hat sie heute morgen aus der Zeitung erfahren. ,,Richtig ist es, was zu machen. Bei mir macht die Kürzung 600 DM im Monat aus." Er fährt 18-20 Tage im Monat, mindestens 12 Stunden täglich, jetzt hat er Autos in Frankfurt geladen, die am Abend in Heilbronn sein müssen. ,,Diese 600 DM kann ich nicht noch zusätzlich verdienen, meine Frau auch nicht. Und schon jetzt kann ich mir auf den Autobahnen nichts zu essen kaufen, zu teuer." Von der Aktion verspricht er sich nicht so viel, obwohl sie unbedingt notwendig ist. ,,Die ÖTV müßte das organisieren, sonst wird das nichts." Aber es sind erst wenige gewerkschaftlich organisiert, in der ÖTV, in der HBV, der IG Metall, der NGG und der IG Bau. Bei ihm in der Spedition ist er der einzige von 14 LKW-Fahrern, der in der ÖTV ist. Er will aber mitmachen, wenn er merkt, daß vor ihm ein Fahrer nur 60 km fährt. ,,Wenn die ÖTV das organisieren täte, könnten wir die ganze Autobahn dichtmachen, auf einen Schlag. Man muß nur gucken, daß danach der Verkehr auch wieder läuft." Einige Kilometer weiter, kurz hinter Viernheim/Darmstadt, es ist Schlag halb zwei Uhr, ist die Autobahn dicht. Binnen weniger Minuten

brachten, aber keine Sammelstelle. Es war bereits kurz vor 13 Uhr. Wir sprechen mit einem Fahrer. Ja, er weiß von der Sache, hat sie heute morgen aus der Zeitung erfahren. ,,Richtig ist es, was zu machen. Bei mir macht die Kürzung 600 DM im Monat aus." Er fährt 18-20 Tage im Monat, mindestens 12 Stunden täglich, jetzt hat er Autos in Frankfurt geladen, die am Abend in Heilbronn sein müssen. ,,Diese 600 DM kann ich nicht noch zusätzlich verdienen, meine Frau auch nicht. Und schon jetzt kann ich mir auf den Autobahnen nichts zu essen kaufen, zu teuer." Von der Aktion verspricht er sich nicht so viel, obwohl sie unbedingt notwendig ist. ,,Die ÖTV müßte das organisieren, sonst wird das nichts." Aber es sind erst wenige gewerkschaftlich organisiert, in der ÖTV, in der HBV, der IG Metall, der NGG und der IG Bau. Bei ihm in der Spedition ist er der einzige von 14 LKW-Fahrern, der in der ÖTV ist. Er will aber mitmachen, wenn er merkt, daß vor ihm ein Fahrer nur 60 km fährt. ,,Wenn die ÖTV das organisieren täte, könnten wir die ganze Autobahn dichtmachen, auf einen Schlag. Man muß nur gucken, daß danach der Verkehr auch wieder läuft." Einige Kilometer weiter, kurz hinter Viernheim/Darmstadt, es ist Schlag halb zwei Uhr, ist die Autobahn dicht. Binnen weniger Minuten

haben alle LKW-Fahrer einen Konvoi auf der rechten Fahrbahn gebildet und fahren nur noch 50-60 km/h. Die Autobahn ist hier zweispurig, Überholverbot besteht, und sofort stoppt der Verkehr. Es mögen 300 bis 400 LKWs sein, auf einer Länge von rund 10 Kilometern, erst kurz vor Frankfurt, wo die Autobahn wieder vierspurig wird, wird der Konvoi aufgelöst und die Geschwindigkeit erhöht.

Die Bourgeoisie versucht, nachdem sie die Aktion schon nicht verheimlichen konnte, sie als unbedeutend herunterzuspielen. In den Fernsehnachrichten ,,heute" wird ein Archivfoto gezeigt, Stau, aber nur PKWs sind zu sehen. In Norddeutschland gibt das niedersächsische Innenministerium über Verkehrsfunk eine Erklärung bekannt: ,,Der niedersächsische Minister des Innern appelliert an die Berufskraftfahrer, die demonstrative Verkehrsbehinderungen beabsichtigen, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen. Er weist darauf hin, daß solche Verkehrsbehinderungen Straftaten darstellen, aber auch geeignet sind, den zu erwartenden starken Pfingstverkehr in besonderem Maß zu gefährden. Derartige Behinderungen könnten die anderen Verkehrsteilnehmer nicht nur belästigen, sie könnten auch die Ursache für schwere Verkehrsbehinderungen sein. Der Innenminister hat deshalb die Polizei angewiesen, die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung solcher Beeinträchtigungen zu treffen. Er weist ferner darauf hin, daß die Polizei gegen die betreffenden Fahrer Strafanzeige erstatten muß ..." Aber Tausende haben teilgenommen an der Demonstration und haben sie gutgeheißen. Nirgends hat der Arbeiter, der Freitag über Pfingsten weggefahren ist, gegen den Transportarbeiter, der vielleicht noch bis Samstag mittag schuften muß, gewettert. Und der Polizei ist es nicht gelungen, die Demonstration zu verhindern. Sie versuchte, die Konvoibildung zu verhindern, indem sie das Sammeln auf den Raststätten verbot, aber wie will sie das

niedersächsische Innenministerium über Verkehrsfunk eine Erklärung bekannt: ,,Der niedersächsische Minister des Innern appelliert an die Berufskraftfahrer, die demonstrative Verkehrsbehinderungen beabsichtigen, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen. Er weist darauf hin, daß solche Verkehrsbehinderungen Straftaten darstellen, aber auch geeignet sind, den zu erwartenden starken Pfingstverkehr in besonderem Maß zu gefährden. Derartige Behinderungen könnten die anderen Verkehrsteilnehmer nicht nur belästigen, sie könnten auch die Ursache für schwere Verkehrsbehinderungen sein. Der Innenminister hat deshalb die Polizei angewiesen, die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung solcher Beeinträchtigungen zu treffen. Er weist ferner darauf hin, daß die Polizei gegen die betreffenden Fahrer Strafanzeige erstatten muß ..." Aber Tausende haben teilgenommen an der Demonstration und haben sie gutgeheißen. Nirgends hat der Arbeiter, der Freitag über Pfingsten weggefahren ist, gegen den Transportarbeiter, der vielleicht noch bis Samstag mittag schuften muß, gewettert. Und der Polizei ist es nicht gelungen, die Demonstration zu verhindern. Sie versuchte, die Konvoibildung zu verhindern, indem sie das Sammeln auf den Raststätten verbot, aber wie will sie das

konsequente Hintereinanderfahren auf der Straße verhindern, ohne selbst Blockaden zu errichten?

Mit der Demonstration wandten sich die LKW-Fahrer – Fernfahrer und Nahverkehrsfahrer – gegen eine Maßnahme der Bundesregierung, die ihnen das Essen wegstreicht. Die LKW-Fahrer müssen faktisch einen doppelten

Sein Diesel bringt – ihm bares Geld

Er ist ein Kerl – von Gunter Gabriel

Dies ist ein Lied für dich, mein Freund, der du jeden Tag mit deinem Laster auf der Straße liegst – in fremden Städten und fremden Ländern, der du träumst von einem ruhigen Feierabend am Stammtisch oder in der Familie – doch du mußt fahren, jeden Tag fahren auf der großen langen Straße der Einsamkeit. Junge, für dich hab ich dieses Lied geschrieben.

Er fährt 'n 30 Tonner Diesel
und ist die meiste Zeit auf Tour,
und er gibt dabei sein Bestes,
Tag für Tag, rund um die Uhr.

Und er fährt seit Jahr und Tag
schon immer Hamburg Lissabon,
und jeden Parkplatz, jedes Rasthaus,
jeden Tankwart kennt er schon.

Er ist ein Kerl, ein ganzer Mann,
und sein zu Hause ist die Autobahn.

Und seine Hände sind aus Eisen,
immer dann, wenn er sein Lenkrad hält,
und für ihn zählt nur sein Diesel,
denn der bringt ihm bares Geld.

Er raucht nicht, und er trinkt nicht,
bestenfalls einmal ein Bier,
denn zu Hause sind Frau und Kinder,
und nur dafür schuftet er.

Er ist ein Kerl, ein ganzer Mann,
und sein zu Hause ist die Autobahn.

Und liegt er nachts in seiner Koje,
dann fühlt er sich verdammt allein,
und dann wälzt er sich von Rechts nach Links
und schläft vor Einsamkeit nicht ein.

Und dann haßt er plötzlich seinen Diesel
und das Geräusch da unterm Blech.
Doch dann reißt er sich zusammen und gibt Gas
und fährt seinen Weg.

Er fährt 'n 30 Tonner Diesel,
und die Angst fährt mit ihm mit.
Denn zu Haus ist eine schöne Frau,
die er viel zu selten sieht.
Irgendwie geht's so nicht weiter,
irgendwann läuft mal was quer,
und dann kommt er früh nach Hause,
und ein Anderer ist bei ihr.

Er ist ein Kerl, ein ganzer Mann,
und sein zu Hause ist die Autobahn.

Einmal tritt er voll die Bremse,
zieht den Schlüssel ab und geht.
Und dann macht er ganz was anderes,
dazu ist es nie zu spät.

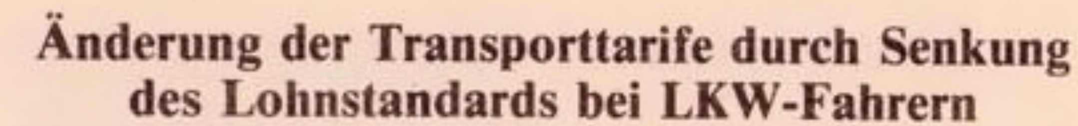
Nur noch 100 Kilometer
und dann macht er ihr das klar.
Doch die Tür ist zu,
das Haus ist leer, längst ist
sie schon nicht mehr da.

Er ist ein Kerl, ein ganzer Mann,
und sein zu Hause *bleibt* die Autobahn.

,,Songs von der Front. Keine Augenwischereien. Keine Aggressionen. Geschichten, wie ich sie erlebt hatte, wie sie jeder schon irgendwie erlebt hat. Einfach im Text, für jeden verständlich, ehrlich. Ein Spiegelbild dessen, was man jeden Tag erlebt. Plötzlich hatte jeder begriffen, was ich wollte, und seitdem geht's. Meine Songs sind für den so oft zitierten Mann auf der Straße, inklusive Familie, sollen Stütze sein und aufmerksam machen auf die oft übersehenen, doch meist fatalen Situationen unserer Zeit." Gunter Gabriel

z.maf. ,Sein Laster' – ,sein Lied' – ,sein Bestes' – ,sein zu Hause – ist die Autobahn' – ,seine Hände' – ,sein Lenkrad' – ,sein Diesel' – ,bringt ihm bares Geld' – ,seine Koje' – ,sein Diesel' – ,sein Weg' – ,sein zu Hause – ist die Autobahn' – ,sein zu Hause – bleibt die Autobahn'.

Ziemlich dickfellig verwandelt Gunter Gabriel in seinem Lied den Lohnarbeiter in den Eigentümer des Produktionsmittels, und der Mann arbeitet auch nicht für den Kapitalisten, sondern für sich, genauer ,für die Familie'. Gunter Gabriel will ,keine Aggressionen', und das geht auch durch Hinwegspülen des Tatbestandes der Ausbeutung im Schwulst kleinbürgerlichen heroischen Abenteurertums. Dieser ,Junge' kann gar nicht streiken, er würde sich ja nur selber schaden. Oder? Es ist ja schon ein Fortschritt, daß die Hersteller kultureller Gebrauchsartikel überhaupt von der Arbeit handeln müssen. Aber es ist nicht der Fortschritt dieser Ideologen. Vielmehr stellt das Produkt die Reaktion dieses Ideologen auf den Fortschritt des Publikums dar, das zum großen Teil aus lohnabhängiger Bevölkerung besteht. So hat er sein Publikum und ist ihm gegenüber reaktionär.





Die Mehrzahl der Hallenarbeiter werden als Tagelöhner für durchschnittlich 7 DM pro Stunde ohne Steuern und Versicherung geheuert, für mindestens 12 Stunden am Tag. Dieser Teil der Transportarbeiter, vollständig rechtlos, ist der Willkür des Kapitalisten besonders ausgeliefert.

Haushalt führen, wenn sie Tag und Nacht und mehr als 8 Stunden auf der Straße sind. Die Spesen sind Teil des Lohns, und zwar unverzichtbarer Teil, nur, sie werden nicht als solcher behandelt, weswegen die Regierung die Spesen jetzt auch dreist wegzustreichen versucht und anbietet, daß die LKW-Fahrer eventuell im Lohnsteuerjahresausgleich eine Verpflegungspauschale absetzen könnten. Nach wie vor argumentiert die ÖTV noch, die Spesen seien kein Lohnbestandteil und könnten deshalb auch nicht besteuert werden. Nützlich wäre sicherlich, wenn die Kapitalisten die Verpflegung und Übernachtung vollständig zahlten. Nichts anderes als ein ausreichend hoher Lohn ist dafür erforderlich. Nur, dafür müßte die ÖTV schon sorgen und die notwendigen Forderungen aufstellen. Die jetzige Aktion war spontan und ohne vereinheitlichende Forderung, ohne längerfristige Taktik, und doch hat sie die Entschlossenheit der LKW-Fahrer demonstriert, eine Lohnsenkung nicht hinzunehmen. Die Konvois haben sich als gutes Kampfmittel erwiesen, gerade weil sie den Zusammenhalt fördern; das hat die Bourgeois bereits zum Schwitzen gebracht.

Der Arbeitstag eines LKW-Fernfahrers kennt keine Begrenzung von 8 Stunden, nach Tag und Nacht, der eines Lagerarbeiters in den Speditionen ebenfalls nicht. Donnerstag, spät nachmittags, kleine Spedition in Frankfurt: Zwei LKWs stehen noch aus, müssen ihre Ladung entgegennehmen. Mit dem einen hat es Scherereien gegeben, er ist ausgefallen, aber eine Terminladung muß noch nach Hannover gehen. Um 19.30 Uhr kommt Ersatz, der Kapitalist hat ihn über eine andere Spedition besorgt. Der Fahrer arbeitet bereits seit morgens, er hat erst gerade erfahren, daß er diese Ladung noch mit-

absetzen könnten. Nach wie vor argumentiert die ÖTV noch, die Spesen seien kein Lohnbestandteil und könnten deshalb auch nicht besteuert werden. Nützlich wäre sicherlich, wenn die Kapitalisten die Verpflegung und Übernachtung vollständig zahlten. Nichts anderes als ein ausreichend hoher Lohn ist dafür erforderlich. Nur, dafür müßte die ÖTV schon sorgen und die notwendigen Forderungen aufstellen. Die jetzige Aktion war spontan und ohne vereinheitlichende Forderung, ohne längerfristige Taktik, und doch hat sie die Entschlossenheit der LKW-Fahrer demonstriert, eine Lohnsenkung nicht hinzunehmen. Die Konvois haben sich als gutes Kampfmittel erwiesen, gerade weil sie den Zusammenhalt fördern; das hat die Bourgeois bereits zum Schwitzen gebracht.

Der Arbeitstag eines LKW-Fernfahrers kennt keine Begrenzung von 8 Stunden, nach Tag und Nacht, der eines Lagerarbeiters in den Speditionen ebenfalls nicht. Donnerstag, spät nachmittags, kleine Spedition in Frankfurt: Zwei LKWs stehen noch aus, müssen ihre Ladung entgegennehmen. Mit dem einen hat es Scherereien gegeben, er ist ausgefallen, aber eine Terminladung muß noch nach Hannover gehen. Um 19.30 Uhr kommt Ersatz, der Kapitalist hat ihn über eine andere Spedition besorgt. Der Fahrer arbeitet bereits seit morgens, er hat erst gerade erfahren, daß er diese Ladung noch mit-
nehmen muß. Auf dem Motorwagen ist bereits Fleisch geladen, das bis 3 Uhr früh in Goslar sein muß, in den Hänger kommen jetzt noch über 20 verschiedene Positionen Sammelgut. Die Lagerarbeiter hatten bisher keine Zeit, anhand der Rollkarten die Ladung zusammenzutragen. Das Laden dauert bis 23 Uhr, auch der LKW-Fahrer muß anfassen, obwohl er dazu nicht verpflichtet ist, aber es muß schnell gehen. Eine Position fehlt, ist einfach nicht aufzutreiben. Eine Direktsendung, die der Fahrer hätte direkt zum Empfänger bringen müssen – das Sammelgut wird komplett bei einer hannoverschen Spedition abgeladen und von dort über die Nahverkehrsfahrer zugestellt – wird gestrichen. Sonst hätte er seine Termine auch überhaupt nicht einhalten können: Der Lieferschein muß neu geschrieben werden, das dauert. Der LKW-Fahrer muß ihn unterzeichnen, damit verpflichtet er sich, daß er alle Waren vollständig erhalten hat, eigentlich müßte er das noch überprüfen.

Los nach Goslar, dann nach Hannover. Dort erst erfährt er, wo er die Rückfracht für Frankfurt zu laden hat. Wieviel Lohn er für diese Arbeit erhält, weiß er erst bei der Lohnauszahlung, denn gezahlt wird nach geladenem Gewicht und Entfernung. Seit 21 Uhr ist ein weiterer LKW-Fahrer da. Er war gerade mal eine Nacht zu Hause nach einer Tour aus Portugal. Jetzt ist er wieder seit 4 Uhr früh unterwegs: von Pirmasens nach Düsseldorf, Münster, Cloppenburg, Frankfurt, von dort wird es weitergehen nach Mannheim und zurück nach Frankfurt, dann wieder nach Portugal. Während er zwei Stunden versucht zu schlafen, laden die Lagerarbeiter auf. Sie sind nur noch zu zweit und arbeiten seit 7 Uhr. Sonst sind es ,,normal" 10 Stunden am Tag, am Wochenende immer mehr, erpreßt vom Kapitalisten mit ,,Da sind noch Terminsachen, die rausmüssen". 100 Überstunden im April und dafür 1900 DM hat der eine gemacht. Kein Wunder, daß immer wieder schwere Unfälle passieren, denn das Gabelstaplerfahren mit hochgestapelten Waren auf Europaletten, das Umfahren der herumliegenden Kisten in der Halle,

auch überhaupt nicht einhalten können: Der Lieferschein muß neu geschrieben werden, das dauert. Der LKW-Fahrer muß ihn unterzeichnen, damit verpflichtet er sich, daß er alle Waren vollständig erhalten hat, eigentlich müßte er das noch überprüfen.

Los nach Goslar, dann nach Hannover. Dort erst erfährt er, wo er die Rückfracht für Frankfurt zu laden hat. Wieviel Lohn er für diese Arbeit erhält, weiß er erst bei der Lohnauszahlung, denn gezahlt wird nach geladenem Gewicht und Entfernung. Seit 21 Uhr ist ein weiterer LKW-Fahrer da. Er war gerade mal eine Nacht zu Hause nach einer Tour aus Portugal. Jetzt ist er wieder seit 4 Uhr früh unterwegs: von Pirmasens nach Düsseldorf, Münster, Cloppenburg, Frankfurt, von dort wird es weitergehen nach Mannheim und zurück nach Frankfurt, dann wieder nach Portugal. Während er zwei Stunden versucht zu schlafen, laden die Lagerarbeiter auf. Sie sind nur noch zu zweit und arbeiten seit 7 Uhr. Sonst sind es ,,normal" 10 Stunden am Tag, am Wochenende immer mehr, erpreßt vom Kapitalisten mit ,,Da sind noch Terminsachen, die rausmüssen". 100 Überstunden im April und dafür 1900 DM hat der eine gemacht. Kein Wunder, daß immer wieder schwere Unfälle passieren, denn das Gabelstaplerfahren mit hochgestapelten Waren auf Europaletten, das Umfahren der herumliegenden Kisten in der Halle,
das Einzirkeln in den LKW, das Absetzen und Verstauen verlangt außerordentliche Geschicklichkeit, Erfahrung und Konzentration. Kürzlich sind einem Arbeiter die Stahlfüße des Gabelstaplers auf die Füße gefallen, 2-3 Monate ist er jetzt krankgeschrieben. Die beiden Lagerarbeiter haben heute mehr als die sonst üblichen 4 Tonnen bewegt.

Änderung der Transporttarife durch Senkung des Lohnstandards bei LKW-Fahrern

z.ere. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland insgesamt 2,96 Mrd. Tonnen Güter befördert, das waren etwa 100 Mio. Tonnen oder 3,5% mehr als 1977. Eisenbahn und Binnenschiffahrt erzielten außergewöhnlich große Zuwachsraten. Allein der Straßengüterverkehr konnte nicht die jahrelang verzeichneten Steigerungsraten fortsetzen, wenngleich der Verkehr ausländischer Fahrzeuge mit 7,9% die höchste Steigerungsrate aller Verkehrsträger aufweist.

Besorgt zeigen sich die Kapitalisten des privaten Verkehrsgewerbes über die Zunahme des Werkfernverkehrs. Jede Beförderung von Gütern für ,,eigene Zwecke eines Unternehmens", wie es gesetzlich heißt, wird unter dem Begriff Werkfernverkehr geführt. Die Güter müssen zum Verbrauch oder zur Wiederveräußerung, zur Veredelung oder Be- und Verarbeitung bestimmt sein. Die Kraftfahrzeuge müssen bei der Beförderung von ,,Angehörigen des Unternehmens" bedient werden. Die Kapitalisten drängen die Regierung zur Neugestaltung der Tarifpolitik für Frachtraten entsprechend der Gebietszonen. Die nach dem Reichskraftwagentarif von 1935 abgerechneten Beförderungen von über 100 km bis etwa 200 km seien im Vergleich zu den nach dem Güternahverkehrstarif abgerechneten Transporten unverhältnismäßig teuer. Deswegen werde gerade in diesem Entfernungsbereich außerordentlich viel Werkfernverkehr betrieben, was zu einer erheblichen Belastung der Betriebe führt.

Die für das einzelne Kapital unterschiedlichen Kosten für die Transportarbeit erlangen einen Ausgleich über die Verlagerung dieser Arbeit in separate Sparten, das staatliche und private Verkehrswesen. Eine strenge Gliederung des Transportwesens ist erforderlich, um diesen Ausgleich zu erzielen. Das jahrzehntelang stark zergliederte Verkehrsgewerbe wurde 1935 sachlich zusammengefaßt und bezirklich gegliedert. Sachlich in Gruppen nach: Seeschiffahrt, Binnenschiffahrt, Eisenbahn, Güterfern- und Güternahverkehr, Spedition und Lagerei. Bezirklich nach Bezirksgruppen und Bezirksuntergruppen entsprechend dem Einflußbereich der Industrie- und Handelskammern. Unter Abstimmung von Landesverkehrs- und Schiffahrtsbezirken auf die Verwaltungsgrenzen wurden die Verkehrsgebiete 1950 neu abgegrenzt und 1969 den zwischenzeitlichen Strukturveränderungen angepaßt. Der bezirklichen Gliederung entspricht die Aufteilung nach Nah- und Fernzone. Die Nahzone ist ein Gebiet innerhalb eines Umkreises von 50 km, gerechnet in Luftlinie vom jeweiligen Ortsmittelpunkt. Der Güternahverkehr muß mit LKW's mit einer Nutzlast von mehr als 750 kg betrieben werden. Die Bezirksgruppe bezieht sich bereits auf einen Umkreis von 150 km. Alles, was darüber liegt, zählt ausnahmslos zum Fernverkehr. Die Tarifpolitik bestimmt sich nach diesen Entfernungsklassen. Für den regelmäßig zwischen bestimmten Ausgangs- und Endpunkten betriebenen Verkehr, bei festgelegter Streckenführung und ebenso festgelegter Zahl und Art der Kraftfahrzeuge, werden feste Tarife ausgehandelt, ,,Sondertarife im Linienverkehr". Bei dem Streit um die Frachttarife geht es um ein Volumen von 106,9 Tonnenkilometern, das sich in 71,5 tkm im Fernverkehr und 35,4 tkm im Nahverkehr aufteilt oder 5968,1 Millionen DM im Binnenfrachtverkehr.

Die ungeheure Zersplitterung des Nahverkehrs in eine ganze Reihe von ,,Kleinunternehmern" mit nur einem LKW ermöglichte ein jahrelanges Halten der niedrigen Transportsätze im Güternahverkehr gegenüber dem Fernverkehr. Von den 116769 Lastkraftfahrzeugen im Nahbereich werden allein 20877 von ,,Kleinunternehmern mit nur einem LKW" gestellt, ihnen stehen 1218 große Speditionsunternehmen mit mehr als 11 LKW gegenüber. Die Tarife im Fernverkehr mit einem Fahrzeugstamm von über 27000 LKW den Nahverkehrsspannen anzupassen, ist ohne eine Senkung des Lohnstandarts der LKW-Fahrer undenkbar. Die Versandweiten haben sich ausschließlich beim gewerblichen Güterfernverkehr erhöht, ebenso wie die tkm Leistung (um 85 Mrd. tkm), bei abnehmendem Fahrerstamm (mehrere Fahrzeuge werden von einem Fahrer im Wechsel betrieben). Die Fahrer sind sowohl im Fernverkehr als auch im Nahverkehr der Willkür ausgesetzt. Die EG- und BRD-Bestimmungen über die Höchstlenkzeit von 4 Stunden und über die Mindestpausen dazwischen gelten weder für die kleinen noch mittleren Transporte. Für den Fahrer bedeutet das, daß er ohne besonderen Schutz dem Regelarbeitstag der Arbeitszeitordnung mit allen ihren Möglichkeiten zur Durchbrechung ausgesetzt ist.

teuer. Deswegen werde gerade in diesem Entfernungsbereich außerordentlich viel Werkfernverkehr betrieben, was zu einer erheblichen Belastung der Betriebe führt.

stimmt sich nach diesen Entfernungsklassen. Für den regelmäßig zwischen bestimmten Ausgangs- und Endpunkten betriebenen Verkehr, bei festgelegter Streckenführung und ebenso fest-

deutet das, daß er ohne besonderen Schutz dem Regelarbeitstag der Arbeitszeitordnung mit allen ihren Möglichkeiten zur Durchbrechung ausgesetzt ist.

Container, computergesteuertes Laden, größere LKWs – Umschlagzeit des Kapitals verkürzt

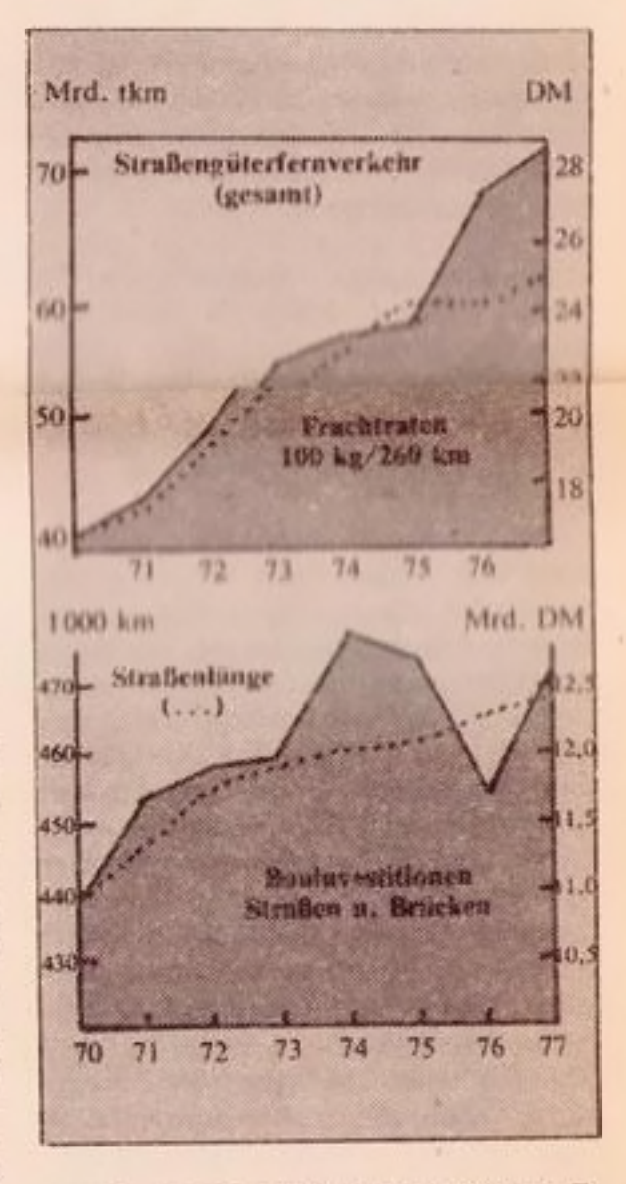
Container, computergesteuertes Laden, größere LKWs – Umschlagzeit des Kapitals verkürzt

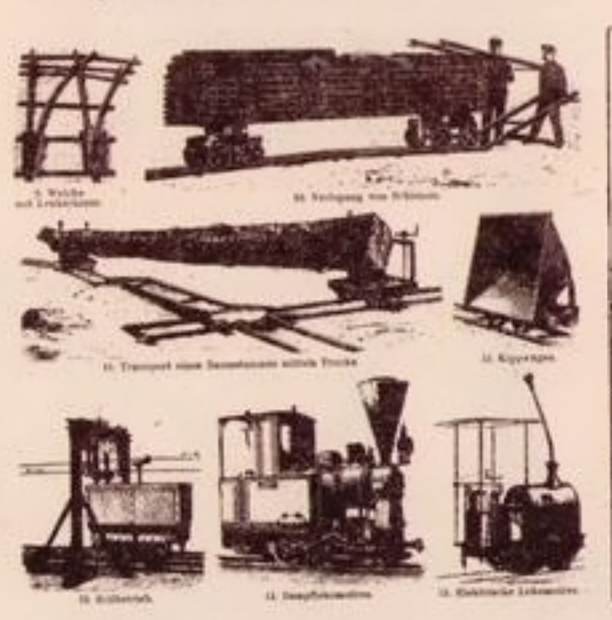
z.kls. ,,Je größer die Leistungsfähigkeit der einzelnen Verkehrsmittel ist, um so niedriger sind die Beförderungskosten. Man hat ausgerechnet, daß für je 12 M je 100 kg Weizen zu befördern sind: auf Landstraßen 100 km, auf Kunststraßen 400 km, auf der Eisenbahn 4500 km, auf Überseedampfern 25000 km" (G. Mollat, Volkswirtschaftliches Quellenbuch, 1926). Der Gebrauchswert einer Ware verwirklicht sich in ihrer Konsumtion, die, wie wenn der Weizen zu Brot werden soll, eine Ortsveränderung voraussetzt. Der Transport selber drückt in Zeit und Kosten auf das vom Kapitalisten vorgeschossene Kapital. Mit der Entwicklung der Produktion und der Transport- und Kommunikationsmittel wächst die Masse der auf Reise befindlichen Waren und damit der Teil des gesellschaftlichen Reichtums, der sich im Stadium des Warenkapitals befindet, statt als Kapital wieder in den Produktionsprozeß einzugehen. Um den Mehrwert schnell zu realisieren, sind die Kapitalisten stets bestrebt, die Umschlagzeit des Kapitals zu verkürzen. Anfang des 19. Jahrhunderts betrug die Transportzeit in einer Postkutsche von Frankfurt nach Stuttgart 40 Stunden; dazu kamen fast 15 Stunden Aufenthaltszeit. Heute braucht ein Intercity-Zug dazu 2 Stunden und 10 Minuten. Die wichtigsten Maßnahmen der Kapitalisten zur Verkürzung der Transportzeiten heute sind:

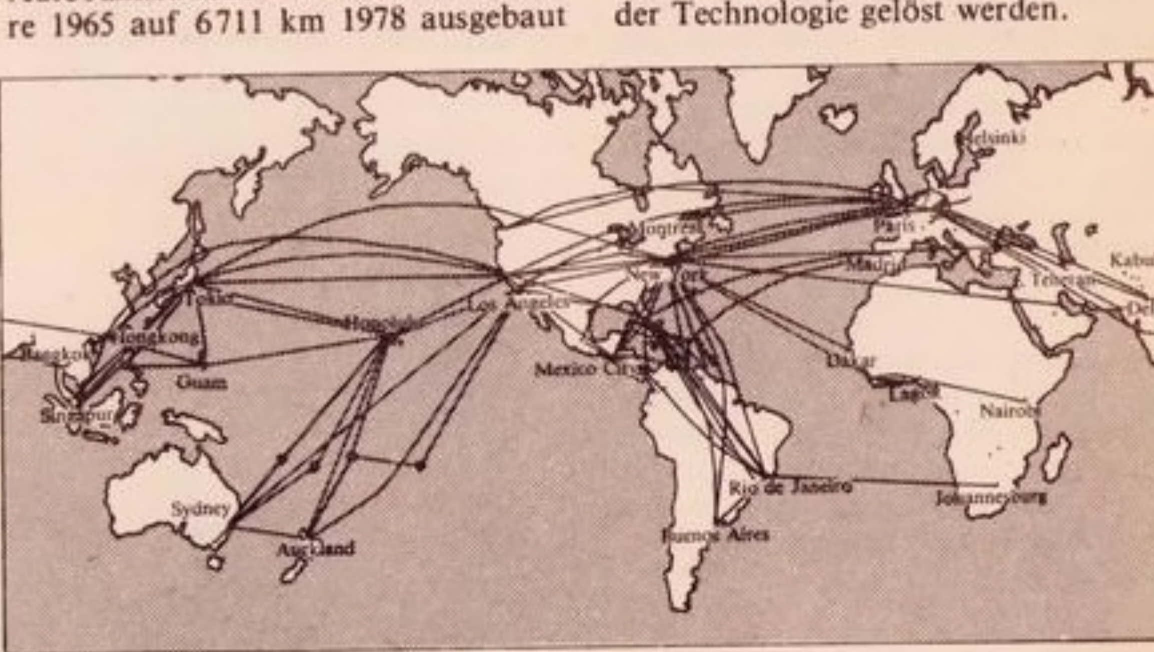
Containerabfertigung, Huckepackverkehr, Ausbau computergesteuerter Umschlaganlagen bei der Bahn. Im Straßenverkehr: Einführung von Containerfahrzeugen, Ausbau der Lastzug- und Sattelschlepperflotte und Ausbau der Speditionsbörsen, um Leerfahrten zu vermeiden. Bei der Binnenschiffahrt: Einführung von Schubschiffen und genormten Laderäumen (Euroleichter), Ausbau der Binnen- und Seehäfen für computergesteuertes Be- und Entladen der Schiffe (Eurokai Hamburg). Im Straßenverkehr werden zunehmend größere und leistungsstarke LKWs und Sattelschlepper eingesetzt. Während 1960 nur 16911 LKWs mit mehr als 7,5 t gegenüber 70072 LKWs zwischen 5 und 7,49 t liefen, waren es 1977 110321 über 7,5 t gegenüber 71474 LKWs von 5 bis 7,59 t. Sattelzüge über 201 PS gab es im Jahre 1965: 2394, 1977: 35924. Ein ganz neuer Typ mit 387 PS und Turbo-Antrieb schafft bei 38 t Nutzlast bis zu 130 km/h; Steigungen verlangsamen seine Fahrt nicht. Die im Schaubild ersichtliche Abschwächung der Frachtrate im Straßenverkehr ist u. a. durch Rationalisierung in der Verwaltung und über den Einsatz dieser größeren LKWs erreicht worden. In den imperialistischen Ländern übernimmt der Staat die Kosten des Transportwesens; so z.B. beim Straßenbau, wo in der BRD allein die Autobahnstrecke von 3204 km im Jahre 1965 auf 6711 km 1978 ausgebaut wurde. In den USA sollen jetzt z. B. die Transportprobleme, die der Übergang von Öl auf Kohle mit sich bringt, mit staatlichen Investitionen in Höhe von 7-9 Mrd. Dollar zum Ausbau des Bahnnetzes mit enorm rationalisierenden Technologie gelöst werden.

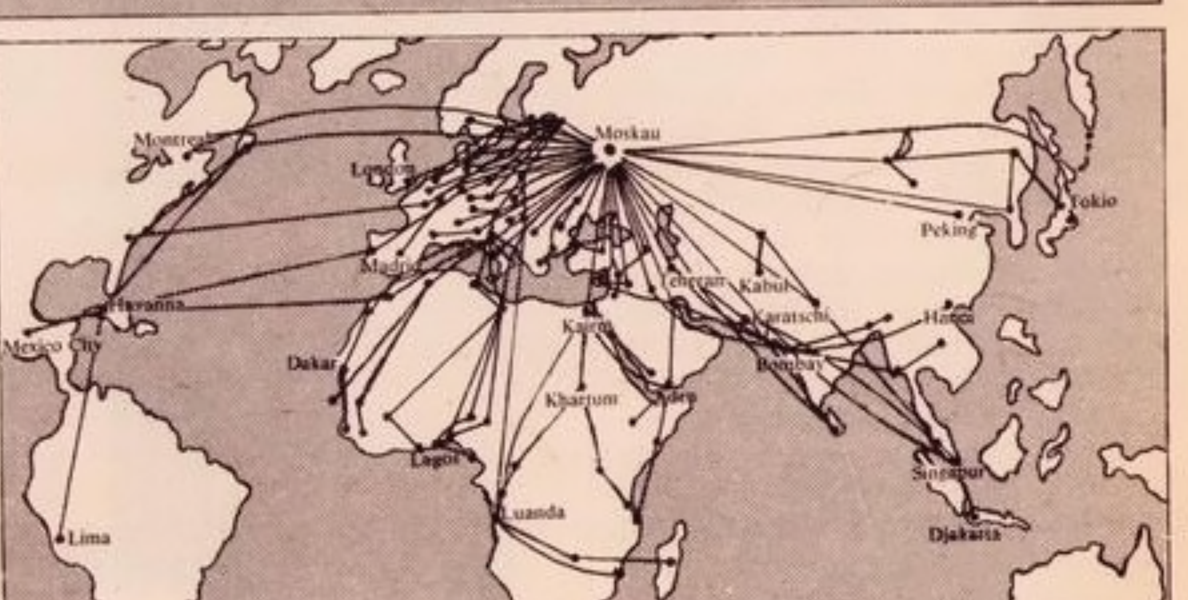
z.kls. ,,Je größer die Leistungsfähigkeit der einzelnen Verkehrsmittel ist, um so niedriger sind die Beförderungskosten. Man hat ausgerechnet, daß für je 12 M je 100 kg Weizen zu befördern sind: auf Landstraßen 100 km, auf Kunststraßen 400 km, auf der Eisenbahn 4500 km, auf Überseedampfern 25000 km" (G. Mollat, Volkswirtschaftliches Quellenbuch, 1926). Der Gebrauchswert einer Ware verwirklicht sich in ihrer Konsumtion, die, wie wenn der Weizen zu Brot werden soll, eine Ortsveränderung voraussetzt. Der Transport selber drückt in Zeit und Kosten auf das vom Kapitalisten vorgeschossene Kapital. Mit der Entwicklung der Produktion und der Transport- und Kommunikationsmittel wächst die Masse der auf Reise befindlichen Waren und damit der Teil des gesellschaftlichen Reichtums, der sich im Stadium des Warenkapitals befindet, statt als Kapital wieder in den Produktionsprozeß einzugehen. Um den Mehrwert schnell zu realisieren, sind die Kapitalisten stets bestrebt, die Um-

Containerabfertigung, Huckepackverkehr, Ausbau computergesteuerter Umschlaganlagen bei der Bahn. Im Straßenverkehr: Einführung von Containerfahrzeugen, Ausbau der Lastzug- und Sattelschlepperflotte und Ausbau der Speditionsbörsen, um Leerfahrten zu vermeiden. Bei der Binnenschiffahrt: Einführung von Schubschiffen und genormten Laderäumen (Euroleichter), Ausbau der Binnen- und Seehäfen für computergesteuertes Be- und Entladen der Schiffe (Eurokai Hamburg). Im Straßenverkehr werden zunehmend größere und leistungsstarke LKWs und Sattelschlepper eingesetzt. Während 1960 nur 16911 LKWs mit mehr als 7,5 t gegenüber 70072 LKWs zwischen 5 und 7,49 t liefen, waren es 1977 110321 über 7,5 t gegenüber 71474 LKWs von 5 bis 7,59 t. Sattelzüge über 201 PS gab es im Jahre 1965: 2394, 1977: 35924. Ein ganz neuer Typ mit 387 PS und Turbo-Antrieb schafft bei 38 t Nutzlast bis zu 130 km/h; Steigungen verlangsamen seine Fahrt nicht. Die im Schaubild ersichtliche









Ende des 19. Jahrhunderts besaßen England mit der Handelsflotte, Deutschland mit der Eisenbahn imperialistische Transportmonopole. Heute beherrschen die beiden Supermächte USA und UdSSR das Transport- und Kommunikationswesen der Welt. Die Karte rechts oben zeigt die Flugverbindungen der US-Fluggesellschaft Pan Am, die untere die Flugverbindungen der sowjetischen Liniengesellschaft Aeroflot. – Die BRD-Imperialisten haben die Vormachtstellung in der Transportindustrie der EG errungen. Auch die Produktion ist von den imperialistischen Ländern monopolisiert.



Federführend Huber, Schmude: Neue Gesetzesvorhaben

z.ind. Der Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit hat am 16. Mai über den *Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes* (8/2534) beraten. Der Bundesrat hat Stellung, die Bundesregierung Gegenstellung genommen, es eilt den Bourgeois. „Der Anteil der Soziallasten in den kommunalen Haushalten liege trotz Abflachung der Steigerungsraten immer noch zu hoch. Es bedürfe deshalb sowohl weiterer gesetzlicher Beschränkungen bedarfsübersteigender Leistungen im BSHG selbst, als auch struktureller Änderungen." Über 46,2 Mio. DM an Einsparungen hat die Regierung, federführend Antje Huber, errechnet. Der Grundbetrag wird demnach 1979 nicht erhöht. Gestrichen werden die Ernährungszulagen bei Tuberkulosehilfe, d.h. für den Kranken wird in Zukunft die eiweißreiche und teure Diätkost wegfallen müssen. Kuren werden nur dann gewährt, wenn der Kranke später wieder arbeitsfähig ist. Die Blindenhilfe wird auf das Pflegegeld angerechnet, das kürzlich um ganze 11 DM für die kommenden zwei Jahre erhöht wurde. Bei einmaligen Leistungen plant Huber Berücksichtigung von „verstärktem Einkommenseinsatz", also Selberzahlen, und der Hilfesuchende soll auf die Möglichkeit des „Ansparens und Abzahlens" verwiesen werden. Verordnungen werden in Zukunft Sache der Länder und Gemeinden, die haben direktere Spaltungs- und Kontrollmöglichkeiten.

Mit einer Reihe von Gesetzesänderungen greifen das Ministerium Huber, die Opposition und der Bundesrat das Niveau der Volksgesundheit und die Arbeitsbedingungen der im Gesundheitswesen Arbeitenden an: vorgelegt sind Änderungen zum Apothekenwesen, zu Berufen in der Krankenpflege, zur Fleischbeschauung, Bundesärzteverordnung, Pockenschutzimpfung und Hebammengesetz.

Reform des Jugendhilferechts (8/2571): am 1. März als Gesetzentwurf eingebracht, am 15. März bereits im Ausschuß verhandelt. Die Regierung verfolgt das Projekt schon seit Jahren; sie will den direkten Staatseingriff zum Wohl des Kindes.

Das Schmude-Ministerium für Bildung und Wissenschaft will die imperialistische Schul- und Ausbildungsreform voranbringen; mangels Gesetzgebungskompetenz hat Schmude einen *„Bericht über Stand und Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsangebotes und zur Verbreiterung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche"* vorgelegt (8/2796). Überbetriebliche Ausbildungsstätten will er von bisher 30000 Plätzen auf 77100 ausdehnen, vor allem in „strukturschwachen Gebieten": Billige Arbeitskraft als Investitionsanreiz. Für neugeschaffene Ausbildungsplätze haben sich die Kapitalisten 1978

tungs- und Kontrollmöglichkeiten.

Mit einer Reihe von Gesetzesänderungen greifen das Ministerium Huber, die Opposition und der Bundesrat das Niveau der Volksgesundheit und die Arbeitsbedingungen der im Gesundheitswesen Arbeitenden an: vorgelegt sind Änderungen zum Apothekenwesen, zu Berufen in der Krankenpflege, zur Fleischbeschauung, Bundesärzteverordnung, Pockenschutzimpfung und Hebammengesetz.

Reform des Jugendhilferechts (8/2571): am 1. März als Gesetzentwurf eingebracht, am 15. März bereits im Ausschuß verhandelt. Die Regierung verfolgt das Projekt schon seit Jahren; sie will den direkten Staatseingriff zum Wohl des Kindes.

Das Schmude-Ministerium für Bildung und Wissenschaft will die imperialistische Schul- und Ausbildungsreform voranbringen; mangels Gesetzgebungskompetenz hat Schmude einen *„Bericht über Stand und Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsangebotes und zur Verbreiterung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche"* vorgelegt (8/2796). Überbetriebliche Ausbildungsstätten will er von bisher 30000 Plätzen auf 77100 ausdehnen, vor allem in „strukturschwachen Gebieten": Billige Arbeitskraft als Investitionsanreiz. Für neugeschaffene Ausbildungsplätze haben sich die Kapitalisten 1978
13,6 Mio. DM von der Regierung zahlen lassen. Die Behindertenwerkstätten für Jugendliche baut Schmude von jetzt 35000 Plätzen auf 60000 Plätze aus. Der öffentliche Dienst hatte 1978 6696 Ausbildungsverhältnisse „über den Eigenbedarf hinaus" begründet: Stachelung der Konkurrenz und Zulieferung qualifizierter Arbeitskraft an die Kapitalisten. Das Meldekartensystem für Jugendliche, die eine Lehre suchen, empfiehlt Schmude für weitere Versuche: Zweck sei, „eine Blockierung von Ausbildungsplätzen zu verhindern". Für das 10. Pflichtschuljahr und für Vereinheitlichung des Berufsgrundbildungsjahres tritt er ein, sowie für „zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen in gewerblich-technischen Berufen": dafür zahlt die Regierung Zuschüsse von 5000 bis 12000 DM pro Ausbildungsverhältnis sowie Hilfen zum Bau getrennter Sanitäranlagen.

Parallel zur BAFöG-Novellierung (siehe Seite 2) hat die Bundesregierung eine *Zuschlags-Verordnung* beschlossen (247/79): „bei einer Ausbildung außerhalb des Geltungsbereichs des Bundesausbildungsförderungsgesetzes" werden Zuschläge auf das BAFöG gezahlt. In Europa betragen diese Zuschläge zwischen 100 DM (Belgien, Finnland, Tschechoslowakei) und 320 DM (Island, Liechtenstein, Schweiz); in Afrika bis 650 DM (Guinea, Kongo, Ruanda), insgesamt werden 134 Länder aufgeführt: erhebliche Imperialistenpläne, für die mit dieser Verordnung die Grundlage geschaffen wird, Studenten ins Ausland zu zwingen.

Die Steuererhöhungen reichen den örtlichen Kapitalisten nicht zur Finanzierung ihrer Bauvorhaben

r.beb. Bereits 1972 hat das Finanzkapital die Gemeindevertretungen durch eine Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts verpflichtet, einen zunehmenden Teil ihres Hauhalts den Kapitalisten mittelbar oder direkt für ihre Profitproduktion zur Verfügung zu stellen. „Auch die kommunale Finanzpolitik muß sich daher an den Zielen der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik orientieren ... Sie muß... ihre Haushaltswirtschaft den konjunkturpolitischen Erfordernissen anpassen." (Schriftenreihe des Innenministeriums von Schleswig-Holstein, Heft 4) Gleichzeitig wurde auch genau festgelegt, wer zahlen soll: „Dabei ist darauf zu achten, daß die gesetzlich zulässigen Einnahmequellen voll ausgeschöpft werden...insbesondere ist darauf zu achten, daß für die kostenrechnenden Einrichtungen kostendeckende Gebühren erhoben werden."(ebenda)

Am Beispiel der Stadt Kiel unter der Federführung des neugewählten Präsidenten des Deutschen Städtetages, Bantzer (SPD), kann man gut sehen, wie das funktioniert.

Offen wird in der Haushaltssatzung für 1978 die Marschrichtung dargelegt: „Stellt man überdies die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage...in Rechnung, liegt die große Bedeutung der kommunalen Wirtschaftsförderung auf der Hand...Sie ist in erster Linie gewerbe- und industriefreundliche Boden- und Baupolitik."

Zu diesem Zweck hat die Stadt Kiel ihren Vermögenshaushalt auf die neue Rekordsumme von 101 Millionen DM gesteigert. Das sind fast 11% mehr als 1977, wobei die Bauinvestitionen gleich um 52,4% auf allein 50,1 Millionen DM gesteigert wurden.

Hauptsächlich geht es darum, den Kapitalisten die erforderliche Infrastruktur für die Erzielung von Höchstprofiten kostenlos zur Verfügung zu stellen und ihre Transportkosten zu senken. Dementsprechend sind in der mittelfristigen Finanzplanung von 1977 bis 81 vorgesehen: 108,5 Mill. DM für das Bau- und Wohnungswesen, Straßenbau und Verkehr (Eigenanteil der Stadt: 51,5 Mill. DM), 61 Mill. DM für wirtschaftliche Unternehmen der Stadt und privater Investoren (17,3 Mill. DM), 56,8 Mill. DM für öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung, Abwässer und Abfallbeseitigung (54,1 Mill. DM).

Ein Schwerpunkt ist der Ausbau des Verkehrsnetzes im Rahmen des Generalverkehrsplans (Gesamtkosten 42,2 Mill. DM), z.B. der Ausbau der B 76 bis zum Kanal, die Verlegung der B 502 in Richtung Schönberg.

Ein zweiter Schwerpunkt ist gegenwärtig die Sanierung der südlichen Innenstadt (Gesamtkosten 11,2 Mill. DM plus 2,5 Mill. DM für die Umsetzung verschiedener dortiger Betriebe) und von Gaarden (Gesamtkosten 8,9 Mill. DM). Kernstück der Innenstadtsanierung soll die von den Kapitalisten heiß geforderte Großraumgarage unter dem Vorplatz der Ostseehalle werden. Kosten 12,4 Mill. DM. Sie soll „die Verklammerung der Fußgänger- und Einzelhandelszonen in der unteren Holstenstraße und Holstenplatz, die Versorgung dieses Einkaufsschwerpunkts mit gut zugeordneten 500 öffentlichen Parkplätzen und die funktionelle und städtebauliche Aufwertung dieses Teils der City und der Ostseehalle incl. ihres für Ausstellungen der gewerblichen Wirtschaft der Region und des Landes wichtigen Vorfelds" (Haushaltssatzung Stadt Kiel 1978) bewirken. Für die Volksmassen wird sie die Erhöhung der Parkgebühren pro Stunde von bislang 0,20 DM auf geplante 1,- DM bewirken. Ebenso in Gaarden, wo um das neue Parkhaus auf dem jetzigen Vinetaplatz (Kosten: 4 Mill. DM) 236 neue Wohnungen und gewerbliche Objekte gruppiert werden sollen. Der Mietzins der Wohnungen wird sich um ca. 60% erhöhen.

Finanziert werden sollen diese Projekte über die ständig steigende Lohn- und Einkommenssteuer (Gemeindeanteil z. Zt. 14%), insbesondere aber über die Gebühren und Entgelte sowie zweckgebundenen Abgaben. Ein Vergleich der Entwicklung der drei Haupteinnahmeposten der Stadt Kiel von 1972 und 1976 (es gibt noch kein neueres veröffentlichtes Rechnungsergebnis) zeigt das:

In diesem Zeitraum stieg die Gewerbesteuer um 28,5% von 55 Mill. DM auf 70,7 Mill. DM, der Anteil an der Einkommenssteuer um 57,9% von 51,1 Mill. DM auf 780,7 Mill. DM und die Gebühren um 66% von 62,6, auf 103,9 Mill. DM. Hinzu kommt noch eine Steigerung der Gewinne aus den städtischen Gesellschaften (Insbesondere den Stadtwerken) von 5,1 auf 22,8 Mill. DM. Besonders zugelangt hat die Stadt bei all den Gebühren, die die Volksmassen nicht umgehen können: so stiegen die Einnahmen bei der Abfallbeseitigung fast um das 7-fache, bei den städtischen Pflegeheimen um über das 8-fache, für den Rettungsdienst das 3-fache, Feuerwehr das 4-fache, die Buß- und Zwangsgelder das 3-fache. „Auch für 78 muß an dem Prinzip festgehalten werden, Gebühren und Entgelte der Stadt für spezielle Leistungen kostendeckend festzusetzen," heißt es dazu in der Haushaltssatzung 78. Die neueste Ankündigung ist die erneute Anhebung der Tarife für den öffentliche Nahverkehr „wegen der gestiegenen Öl- und Benzinpreise."

kommunalen Wirtschaftsförderung auf der Hand...Sie ist in erster Linie gewerbe- und industriefreundliche Boden- und Baupolitik."

Zu diesem Zweck hat die Stadt Kiel ihren Vermögenshaushalt auf die neue Rekordsumme von 101 Millionen DM gesteigert. Das sind fast 11% mehr als 1977, wobei die Bauinvestitionen gleich um 52,4% auf allein 50,1 Millionen DM gesteigert wurden.

Hauptsächlich geht es darum, den Kapitalisten die erforderliche Infrastruktur für die Erzielung von Höchstprofiten kostenlos zur Verfügung zu stellen und ihre Transportkosten zu senken. Dementsprechend sind in der mittelfristigen Finanzplanung von 1977 bis 81 vorgesehen: 108,5 Mill. DM für das Bau- und Wohnungswesen, Straßenbau und Verkehr (Eigenanteil der Stadt: 51,5 Mill. DM), 61 Mill. DM für wirtschaftliche Unternehmen der Stadt und privater Investoren (17,3 Mill. DM), 56,8 Mill. DM für öffentliche Einrichtungen, Wirt-

wirken. Ebenso in Gaarden, wo um das neue Parkhaus auf dem jetzigen Vinetaplatz (Kosten: 4 Mill. DM) 236 neue Wohnungen und gewerbliche Objekte gruppiert werden sollen. Der Mietzins der Wohnungen wird sich um ca. 60% erhöhen.

Finanziert werden sollen diese Projekte über die ständig steigende Lohn- und Einkommenssteuer (Gemeindeanteil z. Zt. 14%), insbesondere aber über die Gebühren und Entgelte sowie zweckgebundenen Abgaben. Ein Vergleich der Entwicklung der drei Haupteinnahmeposten der Stadt Kiel von 1972 und 1976 (es gibt noch kein neueres veröffentlichtes Rechnungsergebnis) zeigt das:

In diesem Zeitraum stieg die Gewerbesteuer um 28,5% von 55 Mill. DM auf 70,7 Mill. DM, der Anteil an der Einkommenssteuer um 57,9% von 51,1 Mill. DM auf 780,7 Mill. DM und die Gebühren um 66% von 62,6, auf 103,9 Mill. DM. Hinzu kommt noch eine Steigerung der Gewinne aus den

Daten für Stadtplanung dienen nicht nur der Raumordnung



Über die Schätzung zur Brandversicherung stellt die Regierung den Baukapitalisten das Datenmaterial zur Fortschreibung der Baustatistik zur Verfügung. Diese Daten, wichtig für die Raumordnungspolitik, werden eingearbeitet in eine Digital Karte, die sich auf Ortho Fotos (entzerrten Luftbildern im Maßstab 1:6000) gründen. Die einzelnen Häuser werden auf Hausnummernebene erfaßt, die Grundstücksgrenzen abgefahren nach der Katastererfassung und im Gauß-Krüger-Netz (Koordinatennetz) erfaßt. Zusammen mit den Brandschutzdaten wird dieses Datenmaterial in den kommunalen Gebietsrechenzentren gespeichert. Damit verschafft sich die Bourgeoisie ein genaueres Mittel der Planung und Erfassung nach bauleitplanerischen Zielen. Die Planung wird von persönlichen Einschätzungen gelöst. Außerdem dienen die Daten der Unterdrückung der Volksmassen. Über die Hausnummern öffnen sie den Weg in die Personaldatei. Die Gebietsrechenzentren arbeiten auch an den Programmen für die „Polizei und Ordnungsbehörden", in die die soziale Zusammensetzung der Bewohner eines Viertels eingeht.

Lohnsumme – Lohnsummenverteilung (I) –

Lohn- und Gehaltsgruppen in der metallverarbeitenden Industrie

Die bestehende Lohn- und Gehaltsgruppenstruktur ermöglicht den Kapitalisten a.) den einzelnen Arbeiter und Angestellten unter Verweis auf ‚Aufstiegsaussichten' zuerst einmal niedriger zu entlohnen und ihn für den ‚Aufstieg' rudern zu lassen und b.) die Belegschaft in ‚Gruppen' zu zerlegen, deren Lohninteressen durch geschickte Verhandlungs- und Betriebsführung gegeneinander ausgespielt werden. Punkt a.) wirkt hauptsächlich auf die Widerstandskraft des ein-



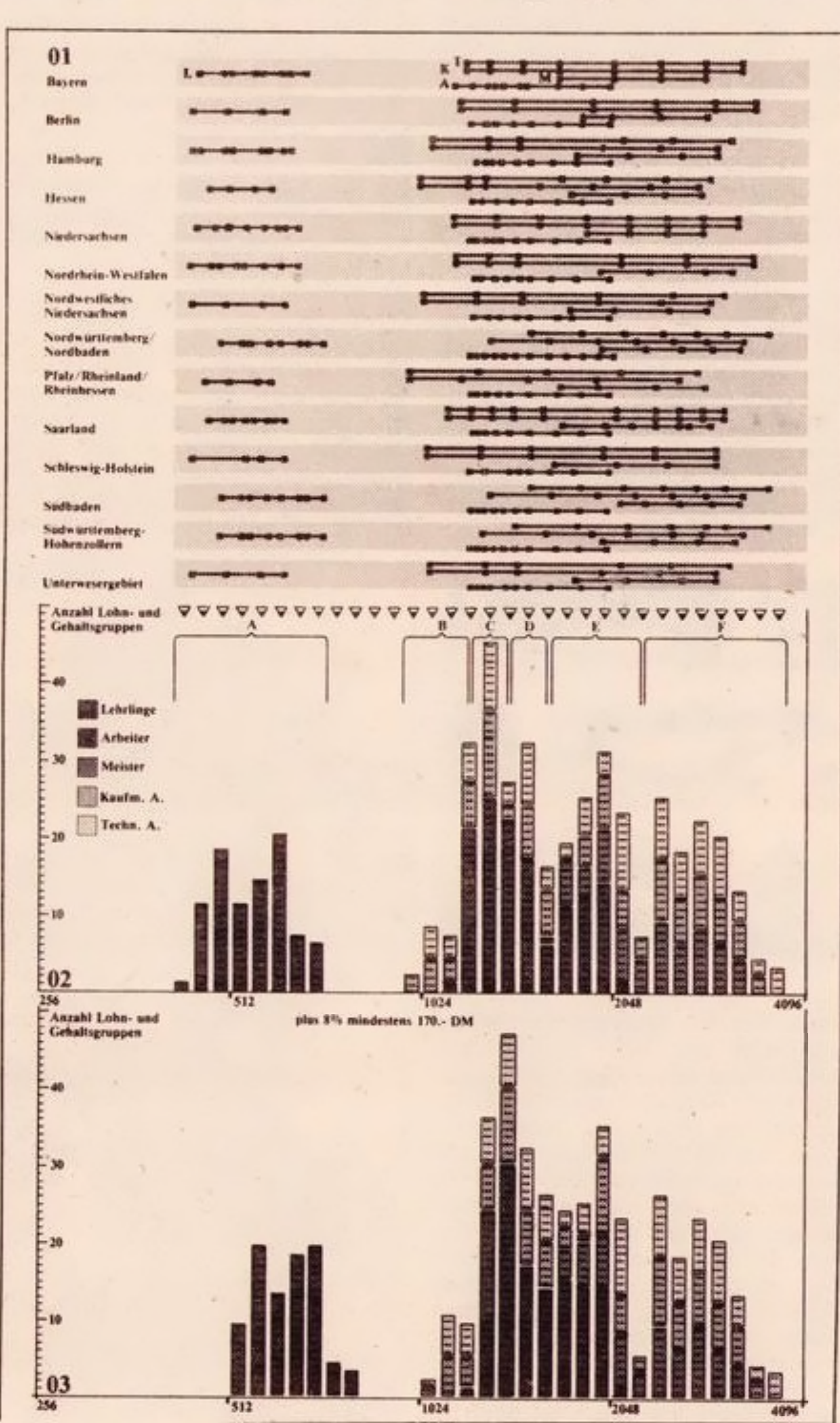
Über die Schätzung zur Brandversicherung stellt die Regierung den Baukapitalisten das Datenmaterial zur Fortschreibung der Baustatistik zur Verfügung. Diese Daten, wichtig für die Raumordnungspolitik, werden eingearbeitet in eine Digital Karte, die sich auf Ortho Fotos (entzerrten Luftbildern im Maßstab 1:6000) gründen. Die einzelnen Häuser werden auf Hausnummernebene erfaßt, die Grundstücksgrenzen abgefahren nach der Katastererfassung und im Gauß-Krüger-Netz (Koordinatennetz) erfaßt. Zusammen mit den Brandschutzdaten wird dieses Datenmaterial in den kommunalen Gebietsrechenzentren gespeichert. Damit verschafft sich die Bourgeoisie ein genaueres Mittel der Planung und Erfassung nach bauleitplanerischen Zielen. Die Planung wird von persönlichen Einschätzungen gelöst. Außerdem dienen die Daten der Unterdrückung der Volksmassen. Über die Hausnummern öffnen sie den Weg in die Personaldatei. Die Gebietsrechenzentren arbeiten auch an den Programmen für die „Polizei und Ordnungsbehörden", in die die soziale Zusammensetzung der Bewohner eines Viertels eingeht.

Lohnsumme – Lohnsummenverteilung (I) –

Lohn- und Gehaltsgruppen in der metallverarbeitenden Industrie

Die bestehende Lohn- und Gehaltsgruppenstruktur ermöglicht den Kapitalisten a.) den einzelnen Arbeiter und Angestellten unter Verweis auf ‚Aufstiegsaussichten' zuerst einmal niedriger zu entlohnen und ihn für den ‚Aufstieg' rudern zu lassen und b.) die Belegschaft in ‚Gruppen' zu zerlegen, deren Lohninteressen durch geschickte Verhandlungs- und Betriebsführung gegeneinander ausgespielt werden. Punkt a.) wirkt hauptsächlich auf die Widerstandskraft des ein-
zelnen Arbeiters und betrügt ihn durch Versprechung auf die Zukunft um das, was ihm schon jetzt gebührt. Punkt b.) wirkt hauptsächlich auf die Kampfkraft, d.h. die Streikfähigkeit der Gesamtbelegschaft und mithin den Gesamtlohn. –. Wir haben graphisch dargestellt, (01), wie die Lohn- und Gehaltsgruppen in den 14 Tarifbezirken auf der Lohnskala verteilt sind. Schaut man schräg durch dies Bild, erkennt man schon ‚Ballungsgebiete' und Zonen relativer Leere. Aufgetragen wurden die Grundlöhne, ohne tariflich vereinbarte Prämien usw., umgerechnet jeweils auf Monatslöhne. –. Wir haben dann, (02), festgestellt, wieviele dieser Tarifgruppen jeweils auf einen bestimmten Abschnitt der Lohnskala entfallen. Man erkennt folgende Zonen von Häufungen: A – Lehrlinge; B – junge Arbeiter und Angestellte während der ‚Anlernzeit' und Niedriglohngruppen; C – angelernte Arbeiter und ‚umgelernte' Facharbeiter; D – Facharbeiter; E – Facharbeiter und Fachkräfte mit Aufsichtsfunktionen; F – Fachkräfte mit besonderer technischer oder kaufmännischer Ausbildung und Aufsichtsfunktionen. –. Wir haben dann, (03), nachgerechnet, wie diese Lohn- und Gehaltsgruppenstruktur durch Abschluß einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 8%, 170.- DM mindestens verändert werden würde. – Die Spaltungsmöglichkeiten in den Lohngruppen, in denen sich die meisten Arbeiter und Angestellten befinden, würden abnehmen. (Für Lehrlinge wurde ⅔ von 170.- DM angesetzt.)

Es versteht sich: Die tatsächlich tariflich festen Löhne und Gehälter sind wegen des Prämienwesens fast alle höher; außerdem gibt es betriebliche Zulagen. Die tatsächliche Lohnverteilung der Belegschaft ergibt sich aus der Belegung der jeweiligen Lohn- und Gehaltsgruppen, so gesehen kann mit jeder Lohn- und Gehaltsgruppenstruktur beliebig gespalten werden, aber in der Praxis nicht so leicht. Entscheidend ist, die Spanne zwischen den untersten und den höchsten Lohn- und Gehaltsgruppen insgesamt zu dämpfen. Mit der Wirkung von Prämien und Akkordsystem auf die Lohn- und Gehaltsgruppenstruktur werden wir uns in der nächsten Ausgabe der Betriebszeitungen beschäftigen.





Lohngruppen und deren Geldbeträge (in Pfennig) – Metallindustrie –

Tarifgebiet	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bayern		665	709	761	761	786	849	875	963	1050	1164		
Berlin		706	743	770	823	875	963	1050	1164				
Hamburg			718	744/753	786	831	875	945	1033	1164			
Hessen			709	735	774	818	875	963	1050	1164			
Niedersachsen		706	718	743	772	788	823	871	958	1045	1158		
Nordrhein-Westfalen		718	735	770	805	840	875	945	1033	1164			
Nordwestliches Niedersachsen			713	744	786	831	875	963	1015	1164			
Nordwürttemberg/Nordbaden		714	714	746	769	796	831	875	937	998	1058	1120	1183
Pfalz/Rheinland/Rheinhessen				709	726	748	783	814	875	963	1050	1164	
Saarland	718	718	735	774	814	875	963	1050	1164				
Schleswig-Holstein			704	744	814	840	875	945	1024	1164			
Südbaden		714	714	746	769	796	831	873	962	1047	1161		
Südwürttemberg-Hohenzollern		714	714	746	769	796	831	873	962	1047	1161		
Unterwesergebiet			713	722	744	761	806	831	875	945	1050	1164	

Stand: Februar 1979

Wenn jetzt in den Betrieben die Lohnforderungen aufgestellt werden, (und es ist ja so weit), muß man sich vereinheitlichen. Ziemlich störend hat sich in den letzten Jahren erwiesen, daß die Ecklohngruppe in den verschiedenen Tarifbezirken verschieden benannt ist. Die Lohngruppe 7 bedeutet, je nach Tarifgebiet, jeweils ganz was verschiedenes. Eine reine Namensfrage, aber *störend*.

Ein faules Ei nach dem andern

Ertl brütet rastlos Landwirtschaftsverordnungen und Erlässe aus

z.doj. Der Agrarbericht 79 des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nennt als „Zielplanungen": Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum durch gezielten Einsatz agrarstruktureller Maßnahmen.

Die Profitrate in der Landwirtschaft ist gegenüber der industriellen Produktion vergleichsweise gering. Neidvoll blickt die westdeutsche Finanzbourgeoisie auf ihre englischen und französischen Konkurrenten, die es seit 1967 zu einer weit größeren Konzentration des Landes in den Händen weniger Agrarkapitalisten gebracht haben. In der Anwendung der Maschinerie in der Landwirtschaft haben die westdeutschen Imperialisten einen gewissen Vorsprung. Gleichwohl, *wirkungsvoll* läßt sie sich nur auf der Grundlage der Konzentration des Landes und scharfer Ausbeutung der Landarbeiter anwenden. Mit einer Flut von Gesetzen und Verordnungen ist das Landwirtschaftsministerium tätig. Im Rahmenplan „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" ist die Zwangsenteignung von 2,4 Mio. ha Land vorgesehen. Befriedigt stellt das Ministeriums fest: „Die Flurbereinigung ist nach wie vor ein besonders geeignetes Instrument zur Verbesserung der Agrarstruktur." Das Bewußtsein der kleinen und mittleren Bauern ist gestiegen. Fast alle großen Transportstraßen wie zuletzt die Schwarzwaldautobahn konnten nur gegen jahrelangen Widerstand der Bauern und Landbevölkerung durchgesetzt werden. Über ein vielzweigiges Netz, das auf Spaltung angelegt ist, versucht die Regierung die Durchsetzung des Enteignungsprogramms. Dazu zählen direkte Zwangsenteignungen, „freiwilliger Landtausch", Zusammenlegungsverfahren, die ihren Spaltungseffekt über Zuschüsse, Darlehen und Subventionen entfalten.

Mit verstärkter Aufforstung will die Bundesregierung die „im Zuge der Umstrukturierung freigesetzten Flächen ... in Wald überführen". Flurbereinigung, Pachtgesetz und Landabgaberente sollen über 4 Mio. ha Land freimachen für den großflächigen Holzanbau unter direkter Staatskontrolle und -besitz. Wo das nicht reicht, soll das Land durch Verweigerung der Weideberechtigung erzwungen werden. Durch das Gleichstellungsgesetz haben Ertl-Ministerium und EG-Kommission die Einfuhr von billigem Saatgut hoher Qualität aus Nicht-EG-Ländern abgesichert. Die staatliche Kontrolle der Viehbewirtschaftung ist verstärkt worden: Kontrollverbände haben schärfere Leistungsprüfungen unter Staatsaufsicht vorzunehmen.

Die direkten Enteignungs- und Kontrollmaßnahmen werden ergänzt durch „Investitionshilfen in entwicklungsfähigen Betrieben" und Kooperationen. „Der entwicklungsfähige Betrieb ist u.a. dadurch definiert, daß er nach Durchführung der geförderten Investitionen ein am außerlandwirtschaftlichen Einkommen orientiertes Arbeitseinkommen sowie eine ausreichende Kapitalverzinsung erwirtschaften kann." „Förderungsvoraussetzungen" sind berufliche Qualifikation, Buchführung und Betriebsentwicklungsplan. Direkte Kontrolle und Begutachtung durch den Staatsapparat ist Voraussetzung für Zinsverbilligung und Kapitalmarktdarlehen. 850000 Milchbauern sollen die Subventionen gestrichen werden. Beschleunigte Landaufgabe wird die Folge sein. Rund 7670 landwirtschaftliche Betriebe wurden 1978 „gefördert".

Über die Besteuerung der kleinen und mittleren Bauern ergänzt das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten sein „agrarstrukturelles Programm". Unter der Fahne der Gleichheit mit der Besteuerung der Arbeiter arbeitet die Regierung seit Jahren am Ausbau des Steuerplünderprogramms. Das Finanzministerium hat unlängst einen Gesetzentwurf zur Einführung der Buchführungspflicht von 450000 Klein- und Mittelbauern vorgelegt. Als „Anreiz" zur Aufnahme der Buchführung wird den landwirtschaftlichen Betrieben ein Zuschuß zu den Buchführungskosten gezahlt. Das System der „agrarsozialen Sicherung" knüpft an den Erwerb einer geringen Rente im Alter die Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes. Schwer durchschaubar und verwirrend in seiner Vielfalt, geht dieses Programm zielgerichtet auf die Kapitalisierung der Landwirtschaft mit der unvermeidlich damit verbundenen Beseitigung der kleinen und mittleren Bauern, die sodann als mobiles Arbeitskräftereservoir zu Lohndrückerzwecken eingesetzt werden sollen.

Kampf gegen Polizei- und BGS-Kasernen in Gorleben



r.thr. Lüchow soll eine neue Polizeikaserne bekommen (Beschluß des Samtgemeinderates). Dies sei „eine Chance für Lüchow" und diene der „wirtschaftlichen Belebung". „Eine Polizeiunterkunft gehört in den Zusammenhang möglicher Gorlebenalternativen" (Schwarze, SPD). Im Saal wurde ein Transparent entrollt: „Wenn das kein Atomstaat ist, auf 30 Menschen ein Polizist". Dagegen hat H.J. Schulz (CDU) gestimmt: Als Landwirt müsse er ablehnen. Man könne (die Entscheidung) nicht von Gorleben trennen (Zitat nach EJZ). Wie Besatzer führen sich Polizei und BGS auf. Die Fahrzeuge der Bauern werden kontrolliert. Radfahrer im Wald werden nach Ausweiskontrollen in „spezielle BGS-Listen" eingetragen. Der BI wurde in Trebel bei Anwesenheit zweier Polizei- und BGS-Fahrzeuge ein Schlagbaum auf einem Privatgrundstück zersägt. Der Kampf gegen das NEZ zersetzt die Polizei- und BGS-Truppen. Die Führung traute sich nicht, die Bürgerversammlung in Hitzacker „vor den Bürgern zu schützen" und bei der Blockade wagten sie den offenen Angriff nicht.

Zwölf Staaten Lateinamerikas gegen US-„Weizenwaffe"

z.rül. Zwölf lateinamerikanische Staaten, darunter Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Chile, bildeten am 17. Mai im Anschluß an eine Konferenz über den Absatz von US-Weizen in Lateinamerika die „Vereinigung weizenimportierender Staaten". 1978 importierten die lateinamerikanischen Staaten 9,2 Mio. Tonnen Weizen zu einem Preis von 110 Dollar je Tonne, doppelt so teuer wie 1972. Ihre eigene Produktion betrug – ohne Argentinien, das der Vereinigung nicht angehört – 1976 nur 8,3 Mio. Tonnen. Hauptlieferant sind die US-Imperialisten, die über überhöhte Preise diese Länder ausplündern. „Die Delegierten ... warnten die Vereinigten Staaten davor, den Kontinent als sichere Kipphalde für ihre Überschüsse zu betrachten. Sie würden sich an andere Staaten wegen Weizen wenden, wenn die Vereinigten Staaten irrationale Preise für Getreide festsetzen", meldete Xinhua. Die US-Imperialisten versuchen gegenwärtig, Kanada, Australien und Argentinien in ein Kartell weizenexportierender Staaten zu pressen, das 85% des Weltweizenexports kontrollieren würde. Vor drei Monaten hatten sie die Verhandlungen über ein neues Weltweizenabkommen zum Scheitern gebracht, auf denen die Länder der Dritten Welt feste Preisspannen gefordert hatten. Die lateinamerikanischen Staaten importierten 1978 etwa 15% der Weizenimporte der Dritten Welt.

EG zwingt Thailand zur Begrenzung seiner Tapioka-Ausfuhren

z.zik. Am 23. Mai teilte das Ertl-Ministerium mit, daß es der EG-Kommission gelungen sei, Thailand zur Kürzung seiner Tapioka-Ausfuhren in die EG auf das Niveau von 1978 zu bringen. Die EG hat die Einfuhr von Tapioka aus Thailand von 375000 t 1967 auf 5553000 t 1978 gesteigert. Der Preis in Bangkok betrug 1973 pro Tonne 186,7 DM, 1975 257,6 DM, und ist seither auf 227,6 DM im Jahre 1977 gefallen. Trotz einer Einfuhrabschöpfung von 6% ist Tapioka billiger als Futtergerste, zu deren teilweisem Ersatz es verwendet wird. Gerste kostete z.B. in der BRD 1978 pro Tonne 431 DM. Tapioka „ist ein hochverdauliches, kohlenhydratreiches, aber sehr eiweißarmes Futtermittel, das durch seinen Gehalt an Vitamin D antirachitisch wirkt. (...) In der Schweinemast kann 1 kg Tapioka 1 kg Gerste ersetzen. (...) Es wirkt sich günstig auf die Fleischqualität und die Härte des Speckes aus." (Brockhaus, ABC der Landwirtschaft) Aufgrund dieser Eigenschaften und des günstigen Preises also ein ideales „Getreidesubstitut" und geeignet, die Umwälzung der Schweinemast auf das Niveau der farmmäßigen Produktion zu befördern. Damit es schneller geht, wollen jetzt die EG-Imperialisten den Tapioka-Preis weiter senken durch Erzeugung eines relativen Überangebots in Thailand.

Westeuropäische Imperialisten planen Einfuhrquoten für Textilien aus AKP-Ländern

z.hef. Die EG-Kommission teilte in den letzten Wochen mehreren afrikanischen Staaten des Lomé-Abkommens mit, sie seien jetzt in den Augen der EG zu „signifikanten Produzenten" von Stoffen und anderen Textilwaren geworden. „Aufgrund der Schwere der Textilkrise in Europa" müßten die Importe aus diesen Ländern in die EG „normalisiert" werden. „Normalisieren" heißt: Beschränkung dieser Importe mithilfe eines Quotensystems. In seiner Eröffnungsrede auf der dritten afrikanischen Textilmesse SITHA griff

ägyptische Textilindustrie. Die Überreste wurden vom britischen und französischen Kapital aufgekauft und vor allem mit Halbverarbeitung beschäftigt.

Eine unerträgliche Abhängigkeit ist die Folge. Immer noch stammen ca. 40% aller Exporterlöse Ägyptens aus dem Verkauf von Rohbaumwolle, für den Sudan wird diese Zahl mit 54% angegeben, für den Tschad über 65%, um drei Beispiele zu nennen. Insgesamt waren 1976, so schätzte das „Internationale Baumwollinstitut", 170 Mio. Arbeiter und Bauern in der Dritten

Fabriken noch nicht gehören, so wie die japanischen Imperialisten bereits riesige Produktionsanlagen in Südostasien, vor allem Südkorea, kontrollieren, die britischen und US-Monopole in Hongkong.

Der Baumwollpreis wird wesentlich dadurch beeinflußt, daß die beiden Supermächte die größten Produzenten und Exporteure der Welt sind. In den USA wurden 18% der letzten Weltproduktion geerntet, in der Sowjetunion 20,8%. Die US-Imperialisten kontrollieren 28,9% des Welthandels direkt,

ditionellen Märkte wie Japan, Bangladesh und Hongkong „überschwemmt sein werden" von den USA.

Wichtigste baumwollproduzierende Länder 1978 (in tausend Tonnen)

Produktion Export
UdSSR 2710 910
USA 2363 1194
China 2081 22
Indien 1279 2
Brasil. 520 42

tobahn konnten nur gegen jahrelangen Widerstand der Bauern und Landbevölkerung durchgesetzt werden. Über ein vielzweigiges Netz, das auf Spaltung angelegt ist, versucht die Regierung die Durchsetzung des Enteignungsprogramms. Dazu zählen direkte Zwangsenteignungen, „freiwilliger Landtausch", Zusammenlegungsverfahren, die ihren Spaltungseffekt über Zuschüsse, Darlehen und Subventionen entfalten.

und Kapitalmarktdarlehen. 850000 Milchbauern sollen die Subventionen gestrichen werden. Beschleunigte Landaufgabe wird die Folge sein. Rund 7670 landwirtschaftliche Betriebe wurden 1978 „gefördert".

Über die Besteuerung der kleinen und mittleren Bauern ergänzt das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten sein „agrarstrukturelles Programm". Unter der Fahne der Gleichheit mit der Besteuerung der Arbeiter

chen Belebung". „Eine Polizeiunterkunft gehört in den Zusammenhang möglicher Gorlebenalternativen" (Schwarze, SPD). Im Saal wurde ein Transparent entrollt: „Wenn das kein Atomstaat ist, auf 30 Menschen ein Polizist". Dagegen hat H.J. Schulz (CDU) gestimmt: Als Landwirt müsse er ablehnen. Man könne (die Entscheidung) nicht von Gorleben trennen (Zitat nach EJZ). Wie Besatzer führen sich Polizei und BGS auf. Die Fahrzeuge der Bauern werden kontrolliert. Radfahrer im Wald werden nach Ausweiskontrollen in „spezielle BGS-Listen" eingetragen. Der BI wurde in Trebel bei Anwesenheit zweier Polizei- und BGS-Fahrzeuge ein Schlagbaum auf einem Privatgrundstück zersägt. Der Kampf gegen das NEZ zersetzt die Polizei- und BGS-Truppen. Die Führung traute sich nicht, die Bürgerversammlung in Hitzacker „vor den Bürgern zu schützen" und bei der Blockade wagten sie den offenen Angriff nicht.

zung seiner Tapioka-Ausfuhren

z.zik. Am 23. Mai teilte das Ertl-Ministerium mit, daß es der EG-Kommission gelungen sei, Thailand zur Kürzung seiner Tapioka-Ausfuhren in die EG auf das Niveau von 1978 zu bringen. Die EG hat die Einfuhr von Tapioka aus Thailand von 375000 t 1967 auf 5553000 t 1978 gesteigert. Der Preis in Bangkok betrug 1973 pro Tonne 186,7 DM, 1975 257,6 DM, und ist seither auf 227,6 DM im Jahre 1977 gefallen. Trotz einer Einfuhrabschöpfung von 6% ist Tapioka billiger als

Westeuropäische Imperialisten planen Einfuhrquoten für Textilien aus AKP-Ländern

z.hef. Die EG-Kommission teilte in den letzten Wochen mehreren afrikanischen Staaten des Lomé-Abkommens mit, sie seien jetzt in den Augen der EG zu „signifikanten Produzenten" von Stoffen und anderen Textilwaren geworden. „Aufgrund der Schwere der Textilkrise in Europa" müßten die Importe aus diesen Ländern in die EG „normalisiert" werden. „Normalisieren" heißt: Beschränkung dieser Importe mithilfe eines Quotensystems. In seiner Eröffnungsrede auf der dritten afrikanischen Textilmesse SITHA griff Seri Gnobela, Handelsminister der Elfenbeinküste, diese Politik der westeuropäischen Imperialisten an. Sie sei „gefährlich, ja tödlich" für die eigene Textilindustrie.

Die geplante Maßnahme ist ein gezielter Angriff auf den Aufbau einer eigenen Textilindustrie in den baumwollproduzierenden AKP-Ländern. Elfenbeinküste z.B. produzierte in der Ernte 1977 103000 Tonnen Rohbaumwolle. Seit 1975 wurden die eigenen Verarbeitungskapazitäten für Spinnen und Weben zwar verdoppelt, aber trotzdem kann die Elfenbeinküste nicht mehr als 20150 Tonnen Rohbaumwolle pro Jahr verspinnen und 16500 Tonnen verweben. Im eigenen Land muß sich die junge Textilindustrie der ruinösen imperialistischen Konkurrenz erwehren: immerhin liefern die Textilkapitalisten aus der EG doppelt soviel Textilien in die Elfenbeinküste als umgekehrt. Zusammen mit den vorgesehenen Exportbeschränkungen zeigt das die gewünschte Wirkung: die Ausbaupläne für die Textilfabriken für weitere 16000 Tonnen wurden vorläufig auf Eis gelegt.

Die Unterentwicklung der Textilindustrie in den meisten baumwollproduzierenden Ländern der Dritten Welt ist direktes Resultat kolonialer und imperialistischer Ausbeutung. So zwang z.B. die britische Bourgeoisie, die bereits die großen Baumwollernten Indiens plünderte, im Jahr 1838 Ägypten, keinerlei Schutzzölle und -steuern zu erheben. Während die englische Kolonialmacht die Baumwollproduktion und ihre Verschiffung nach England vervielfachte, überschwemmten britische Kapitalisten mit billigeren Produkten den Markt und zerstörten die ägyptische Textilindustrie. Die Überreste wurden vom britischen und französischen Kapital aufgekauft und vor allem mit Halbverarbeitung beschäftigt.

Eine unerträgliche Abhängigkeit ist die Folge. Immer noch stammen ca. 40% aller Exporterlöse Ägyptens aus dem Verkauf von Rohbaumwolle, für den Sudan wird diese Zahl mit 54% angegeben, für den Tschad über 65%, um drei Beispiele zu nennen. Insgesamt waren 1976, so schätzte das „Internationale Baumwollinstitut", 170 Mio. Arbeiter und Bauern in der Dritten Welt mit Baumwollanbau und -weiterverarbeitung beschäftigt.

Der Baumwollpreis ist entscheidend für diese Länder, auch dafür, ob Mittel für den Aufbau einer *eigenständigen* Textilindustrie akkumuliert werden können oder nicht. Die EG-Imperialisten sind schon bereit, mit Kapital und „Vermarktungshilfe" der Textilindustrie afrikanischer Länder „zur Hilfe" zu kommen. Die Einfuhrbeschränkungen und Billigexporte schaffen die richtigen Bedingungen für die Übernahme, wo dem imperialistischen Kapital diese Fabriken noch nicht gehören, so wie die japanischen Imperialisten bereits riesige Produktionsanlagen in Südostasien, vor allem Südkorea, kontrollieren, die britischen und US-Monopole in Hongkong.

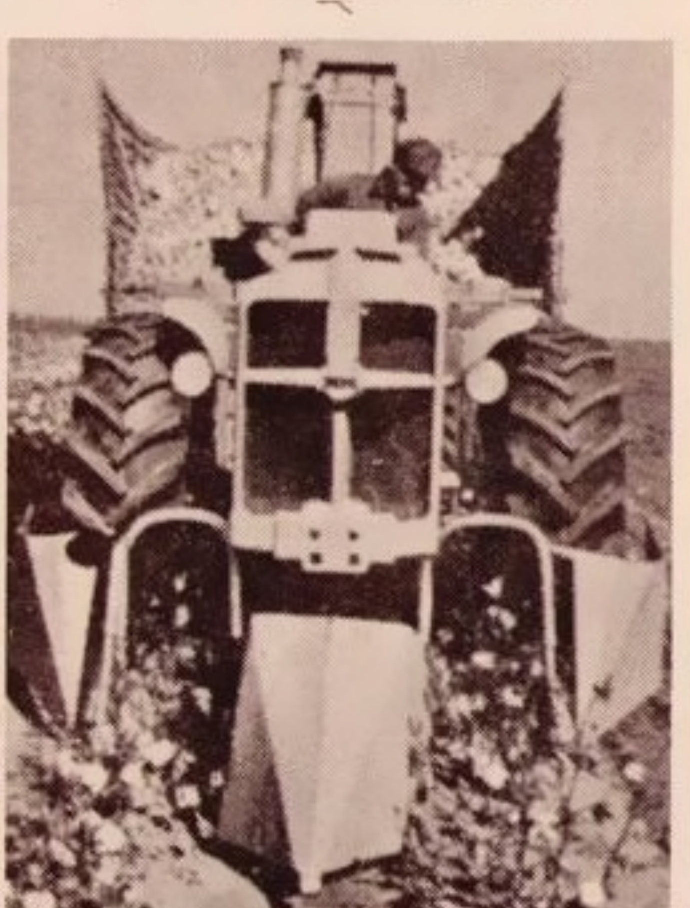
Der Baumwollpreis wird wesentlich dadurch beeinflußt, daß die beiden Supermächte die größten Produzenten und Exporteure der Welt sind. In den USA wurden 18% der letzten Weltproduktion geerntet, in der Sowjetunion 20,8%. Die US-Imperialisten kontrollieren 28,9% des Welthandels direkt, die Sozialimperialisten weitere 22%. Für die neue Ernte – in den USA wird eine Rekordernte erwartet – bereiten sie einen erneuten Anschlag auf die Preise vor. Im nächsten Monat wird eine Verkaufsdelegation für US-Baumwolle die wichtigsten Abnehmerländer besuchen und diese Ernte billiger anbieten, als die Produktionskosten vieler Länder der 3. Welt sind. Die staatliche Baumwollbehörde Indiens, die schon in diesem Jahr nur ein Fünftel der Exporte des letzten Jahres verkaufen konnte, rechnet damit, daß die traditionellen Märkte wie Japan, Bangladesh und Hongkong „überschwemmt sein werden" von den USA.

Wichtigste baumwollproduzierende Länder 1978 (in tausend Tonnen)

	Produktion	Export
UdSSR	2710	910
USA	2363	1194
China	2081	22
Indien	1279	2
Brasil.	520	42
Türkei	499	265
Ägypten	438	152
Welt	*13006*	*4130*

Die Länder der Dritten Welt verlangen in den UNCTAD-Verhandlungen für Baumwolle ein Rohstoffabkommen u.a. mit internationalen Ausgleichslagern zur Preisstabilisierung. Die bisherigen Lager dienen der Preisdrückerei: die sind fast ausschließlich in der Hand der Imperialisten, z.B. besaßen die US-Imperialisten am 1. August 1978 22% aller Weltvorräte.





Links: So wird der Großteil der Baumwolle in den Ländern der Dritten Welt geerntet. Rechts: Ein Baumwolle-Vollernter. Die US-Imperialisten haben während der sechziger Jahre fast die gesamte Produktion darauf umgestellt. Auf Grundlage des hohen Ausbeutungsgrades der Landarbeiter gelang es ihnen, die Preise niedrig zu halten – zum Nutzen der Profite aus ihren Kapitalanlagen in der Textilindustrie Japans, Südostasiens, Europas.

„Agrarförderprogramm" der österreichischen Sozialdemokraten

z.anb.Wien. Rund 30 Mio. Schilling (ca. 4,2 Mio.DM) sollen über die „Neuordnung" des österreichischen Getreidemarktes – für den Export vor allem in die RGW-Staaten – aus den Einkommen der kleinen Bauern bezahlt werden. Soviel habe nämlich 1978 der „Unsinn" gekostet, den Getreide„überschuß" zum Brot- statt, wenn überhaupt, zum Futtergetreidepreis aufzukaufen, erklärte SPÖ-Landwirtschaftsminister Haiden. Da lobe er sich die „Milchmarktordnung", die dem Kleinbauern derzeit pro Liter Milch, der über die „Richtmenge" hinausgeht, 1,17 S abpreßt, so daß ihnen noch ganze 25,6 Pfennig bleiben. Sie habe sich so gut bewährt, daß man die staatliche Preisstützung für Milchprodukte beseitigen könne. Warum sollen die Bauern alles zahlen, *ihr* Einkommen sinke schließlich, die Löhne der Arbeiter nicht, hetzen die Bourgeois. Wobei der zweite Teil der Aussage altbekannte Lüge ist, der erste ein Schachzug, bei dem sich Haiden an seinem BRD-Kollegen Ertl orientiert hat: „Direkterer Kontakt" zum Ministerium bei der Vergabe von Almosen soll an die Stelle von Erzeugerpreisanpassungen treten. Die Absage der kleinen Bauern an die Politik der ÖVP und ihrer Bauernfunktionäre bei der Wahl am 6. Mai soll solcherlei staatliche Schikane und Bilanzierung des Ruins als von den Bauernmassen legitimiert daherlügen.

Zwei Stundenlöhne für eine Nachhilfestunde Auslese nach dem Lohn an Wiener Schulen

z.lik. Wien. In Wien muß inzwischen jeder vierte Schüler Nachhilfeunterricht nehmen, bilanzierte kürzlich Stadtschulrat, Hofrat Herman Schnell, und log etwas von ,,sehr trauriger Entwicklung'' daher. Daß dafür jedoch Tausende Schilling von den Familien ausgegeben würden, sei schlicht und einfach ,,dumm''. Eine Nachhilfestunde belastet deren Budget umgerechnet mit zwischen 15 und 40 DM. Bei sinkendem Lohnstandard wird so der Schulbesuch der Jugend für die Familien der Lohnabhängigen immer mehr zur nackten Geldfrage. Ein konzentrierter Kurs zur Vorbereitung auf die Matura-Prüfung kostet bis zu 5000 Schilling, das entspricht einem durchschnittlichen Nettomonatslohn. Was der Hofrat in grenzenloser Arroganz des Bourgeois als ,,dumm'' bemängelt, ist das hartnäckige Festhalten der Arbeiter an der Schulpflicht, auch wenn das mit beträchtlichen Einschränkungen für die gesamte Familie verbunden ist.

Vor allem an den Gymnasien wird die Auslese über die Ausbildungskosten verschärft. Die Bourgeoisie steuert darüber die Zufuhr von Kadern für ihre Verwaltungs- und Regierungsetagen an der Schwelle zur Hochschule, wo sie im Vergleich zu Westdeutschland stets die Nichtexistenz des Numerus Clausus hervorhebt.

1976 gab es in der Industrie bereits 24128 angelernte Arbeiter mehr als zehn Jahre zuvor. Im gleichen Zeitraum haben die Kapitalisten die Zahl der Facharbeiter um 34000 gesenkt, die Gesamtbeschäftigtenzahl in etwa demselbem Umfang auf 1977 444152 reduziert. Dem Ziel der Kapitalisten, die Entwertung der Arbeitskraft durch Einreißen der Schulpflicht und Verkürzung der Lehrzeit weiterzutreiben, hat die österreichische Regierung Ende der sechziger Jahre durch Einführung des ,,polytechnischen Lehrgangs'' entsprochen, einer Art Berufsgrundbildungsjahr, das die Lehrzeit von drei auf ein Jahr zusammenpreßt.

An der Zusammensetzung der Lehrlinge nach Schulbesuch 1977 wird die Wirkung dieser Schulpolitik deutlich: 32,7% waren Hauptschüler, 43,2% Absolventen des polytechnischen Lehrgangs, 20,8% Gymnasiasten und Fachschüler, die restlichen 3,1% kamen direkt von der Volksschule. Deren Anteil an den Lehranfängern hatte noch 1970 14,1% betragen, heute werden diese 14- bis 15jährigen unmittelbar in die Fabrik gepreßt.

AStA-Wahlen an den Westberliner Hochschulen

z.crw. Nach 10 Jahren finden in diesem Sommer zum erstenmal an allen Westberliner Hochschulen Wahlen zu den Organen der Verfassten Studentenschaft statt. An der mit 36220 Studenten größten Hochschule, der Freien Universität, sind diese Wahlen abge-

Ergebnis der Wahlen zum Studentenparlament FU/Westberlin

	79[1]	78[2]
Reaktionäre	20,1% (10)	21,0%
Juso/SPD	14,9% (9)	13,0%
Ihv/FDP	6,4% (4)	3,5%
Revisionisten	17,3% (12)	26,0%
Basisgruppen	36,1% (24)	25,3%
Inst.gr./KHG	1,7% (1)	11,0%
Einzelbew.	3,3% (-)[3]	
Beteiligung	32,25%	32,0%

1) Wahlen zum Studentenparlament (Sitze). 2) Wahlen zu Mitbestimmungsorganen der Universität. 3) 1 Revisionist und 1 Basisgruppler kandidierten als ,,Einzelbewerber''.

schlossen, die übrigen finden im Juni und Juli statt. Die Wahlen an der FU haben für die Frage, ob die Verfasste Studentenschaft den Interessen der Studentenmassen dienlich genutzt wird, also starke Vertretungsorgane aus diesen Wahlen hervorgehen, eine gewisse Vorentscheidung gegeben, die in gewisser Hinsicht bitter ist. Denn dem letztlichen Ergebnis, daß die SPD- und FDP-Studenten als einzige gestärkt aus dieser Wahl hervorgegangen sind, ist ein ziemlich effektvolles Spaltungsmanöver der Opportunisten vor-

haben einen Zugewinn von 11% zu verzeichnen gegenüber voraufgegangenen Wahlen, deren Herkunft unschwer bei den Institutsgruppen auszumachen ist. Denn diese von einer Kandidatur aufgrund der in den zahlreichen Kämpfen bewährten Forderungen abzuhalten, war der eigentliche ,,Erfolg'' der Basisgruppen. Doch ist diese Spalterei, die zunächst gelungen ist, nicht einfach so verheerend, wie die Zahlen nahelegen mögen. Kostendeckendes Ausbildungsentgelt, festzulegen in jährlichen Verhandlungen mit den VDS, bundesweite Kampfmaßnahmen hierfür, Vetorecht der Studentenvertreter in Prüfungsangelegenheiten, diese Forderungen, die die Basisgruppenfürsten vor Jahresfrist noch regelmäßig zur Raserei trieben, sind jetzt programmatische *Grundlage* ihrer Stimmen. Diese Forderungen als Grundlage von 38% der Stimmen wären ein Erfolg, würden sie nicht von im Geschäft der Spalterei erfahrenen Opportunisten verwaltet, zudem vermengt mit einer Unzahl von opportunistischen Minderheitspositionen über alternative Lebens- und spontaneistische Umgangsformen, die auch im Basisgruppenprogramm plaziert sind. Die Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung hat einen komplizierten Ausdruck gefunden und damit ist die Möglichkeit für erfolgreiche Aktionseinheit der besitzlosen Studenten in ihren Kämpfen kompliziert. Das gewerkschaftliche Kampfprogramm der

z.crw. Nach 10 Jahren finden in diesem Sommer zum erstenmal an allen Westberliner Hochschulen Wahlen zu den Organen der Verfassten Studentenschaft statt. An der mit 36220 Studenten größten Hochschule, der Freien Universität, sind diese Wahlen abge-

Ergebnis der Wahlen zum Studentenparlament FU/Westberlin

	79[1]	78[2]
Reaktionäre	20,1% (10)	21,0%
Juso/SPD	14,9% (9)	13,0%
Ihv/FDP	6,4% (4)	3,5%
Revisionisten	17,3% (12)	26,0%
Basisgruppen	36,1% (24)	25,3%
Inst.gr./KHG	1,7% (1)	11,0%
Einzelbew.	3,3% (-)[3]	
Beteiligung	32,25%	32,0%

1) Wahlen zum Studentenparlament (Sitze). 2) Wahlen zu Mitbestimmungsorganen der Universität. 3) 1 Revisionist und 1 Basisgruppler kandidierten als ,,Einzelbewerber''.

schlossen, die übrigen finden im Juni und Juli statt. Die Wahlen an der FU haben für die Frage, ob die Verfasste Studentenschaft den Interessen der Studentenmassen dienlich genutzt wird, also starke Vertretungsorgane aus diesen Wahlen hervorgehen, eine gewisse Vorentscheidung gegeben, die in gewisser Hinsicht bitter ist. Denn dem letztlichen Ergebnis, daß die SPD- und FDP-Studenten als einzige gestärkt aus dieser Wahl hervorgegangen sind, ist ein ziemlich effektvolles Spaltungsmanöver der Opportunisten vor-ausgegangen, das die Möglichkeit der Entfaltung der Studentenbewegung beeinträchtigt hat. Die Basisgruppen

haben einen Zugewinn von 11% zu verzeichnen gegenüber voraufgegangenen Wahlen, deren Herkunft unschwer bei den Institutsgruppen auszumachen ist. Denn diese von einer Kandidatur aufgrund der in den zahlreichen Kämpfen bewährten Forderungen abzuhalten, war der eigentliche ,,Erfolg'' der Basisgruppen. Doch ist diese Spalterei, die zunächst gelungen ist, nicht einfach so verheerend, wie die Zahlen nahelegen mögen. Kostendeckendes Ausbildungsentgelt, festzulegen in jährlichen Verhandlungen mit den VDS, bundesweite Kampfmaßnahmen hierfür, Vetorecht der Studentenvertreter in Prüfungsangelegenheiten, diese Forderungen, die die Basisgruppenfürsten vor Jahresfrist noch regelmäßig zur Raserei trieben, sind jetzt programmatische *Grundlage* ihrer Stimmen. Diese Forderungen als Grundlage von 38% der Stimmen wären ein Erfolg, würden sie nicht von im Geschäft der Spalterei erfahrenen Opportunisten verwaltet, zudem vermengt mit einer Unzahl von opportunistischen Minderheitspositionen über alternative Lebens- und spontaneistische Umgangsformen, die auch im Basisgruppenprogramm plaziert sind. Die Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung hat einen komplizierten Ausdruck gefunden und damit ist die Möglichkeit für erfolgreiche Aktionseinheit der besitzlosen Studenten in ihren Kämpfen kompliziert. Das gewerkschaftliche Kampfprogramm der Studentenbewegung hat an Einfluß gewonnen, aber es hat nicht zur organisatorischen Einheit gereicht.

Jugendfestival der DDR: Sonderschichten für's ,,sozialistische Vaterland''

z.dab. Zehntausende ausgesuchte FDJ-Delegierte hat die neue Bourgeoisie in der DDR zum Auftakt des 'Nationalen Jugendfestivals' am 1.6. auf dem Marx-Engels-Platz aufmarschieren lassen, um die Verbundenheit der Jugend mit dem ,,sozialistischen Vaterland'' zu demonstrieren. Mit Fackelzügen, Hochrufen auf das Vaterland, die Partei und Erich Honecker sollte der Beweis erbracht werden, daß die Jugend der DDR ,,bereit ist, ihre Heimat, ihre revolutionären Errungenschaften ... zu verteidigen.'' (Egon Krenz, Erster Sekretär der FDJ)

Mit Sonderschichten, ,,Freiwilligen'' Arbeitseinsätzen – so beim Bau von Grünanlagen in Berlin (Bild) – mußten sich die 500000 Delegierten der FDJ ihr Mandat zur Teilnahme am Festival erarbeiten. Begründung eines FDJ-Gruppenleiters für die Mandatsvergabe an ein Mitglied des Jugendmeisterbereichs der Schweinezerlegung Eberswalde: ,,Siegward steht als Säger am Anfang des Fließbandes, ... arbeitet gut und schnell. Dadurch wird das Tempo am Band bestimmt. Und öfter meint Siegward: ,Heute können wir noch einige Schweine mehr machen'.'' (Junge Generation 5/79) Neben der Eigenfinanzierung des Festivals ist die Bilanz der zusätzlich abgepreßten Mehrarbeit: Einsparung von 78 Mio. Arbeitsstunden und Materialreserven von 1,6 Mrd. Mark, Sammlung von 419238 t Schrott und 30320 t Altpapier, Um- und Ausbau von 9233 Wohnungen.



Um Profit zu schaffen, muß der Arbeiter nicht lesen und schreiben können

z.hes. ,,In Einzel- und Gruppenarbeit werden Grundkenntnisse im Schreiben und Lesen der deutschen Sprache vermittelt. Ziel des Kurses ist, neben der Vermittlung der elementarsten Kenntnisse Ängste gegenüber Situationen, in denen Lesen und Schreiben verlangt werden, abzubauen.'' Dies Zitat stammt aus dem Programm 78/79 der Volkshochschule Bremen. Mit Abschluß der 4jährigen Grundschule, wonach die Ausbildung im Schreiben und Lesen im wesentlichen abgeschlossen sein soll, ist es heute keineswegs so, daß die Schüler vom Blatt lesen oder



Wo der Imperialismus die Macht hat, werden die produktiven Fähigkeiten der Jugend unterdrückt, nur durch Kampf kann die Arbeiterklasse die Fertigkeiten und Fähigkeiten, die sie zur Beherrschung der Produktion braucht, ausbilden. Wo die Völker den Imperialismus vertreiben, bauen sie gleichzeitig ein blühendes Volksbildungswesen auf. Das Bild zeigt, wie die Jugend in Zimbabwe erzogen wird im Interesse der Massen.

gut leserlich schreiben können, geschweige denn, die Rechtschreibung in ihren Grundzügen beherrschen.

Die Bourgeoisie hat auch schon einen Namen für diese Art von ,,Krankheit'': ,,Legasthenie''. In zahlreichen Büchern und in der Presse läßt sie ihre Schreiberlinge seitenweise darüber grübeln, um die wahren Ursachen dieser Art von ,,Krankheit'', die Fäulnis des Imperialismus, zu vertuschen. Nichts anderes tut auch die Volkshochschule, wenn sie ihren Kursus anpreist, indem sie Empörung über den Analphabetismus zu ersticken versucht. Es wird psychologisiert und herauskommt, daß die Sache beim Analphabeten selber liegt, nämlich in seinen ,,Ängsten gegenüber Situationen ...''.

Woran liegt es, daß die Zahl der Analphabeten in der BRD steigt? Mit der zunehmenden Einbeziehung der Frauen in die Produktion und dem Auseinanderreißen der Familien durch die ,,Mobilität des Arbeiters'' wurde zum ersten Mal offensichtlich, welch große Ausbildungsleistung die Familien bis dahin vollbracht hatten, weil der Mangel offensichtlich wurde.

Generationen von Müttern und Großmüttern hatten ihren Kindern und Enkeln das Schreiben, Lesen und Rechnen beigebracht, die Schulmeister hatten wenig Anteil daran. Dies ist wohl die entscheidende Ursache für den miserablen Ausbildungsstand der Jugend.

Innerhalb der Schule selbst bewirkte die imperialistische Bildungsreform, daß die Knebelung, Unterdrückung und Spaltung sich als Hauptzweck kapitalistischer Bildungspolitik immer mehr durchsetzte und der Schulausbildung auch die letzten Merkmale einer allgemein nützlichen Ausbildung entzogen wurden.

Hinter blumigen Worten lugt diese Absicht z.B. im neuen Grundschullehrplan für Bremen hervor: ,,Doch vorrangig vor dem Erwerb vorfachlicher und fachlicher Einzelkenntnisse soll der unterrichtende Lehrer alles daransetzen, die Kinder sicher und nicht ängstlich, glücklich und nicht agressiv, kritisch und nicht konformistisch, selbständig-kreativ und nicht unselbständig zu machen'' (,,Lernen in der Grundschule'', hrsg. vom Senator für Bildung). Interessant wäre in diesem Zusammenhang sicherlich auch eine Untersuchung der Wirkung der ,,Ganzwortmethode'', deren volle Durchsetzung am Widerstand der Eltern scheiterte.

Die Bedeutung des Unterrichts im Lesen und Schreiben wurde mit den neuen Lehrplänen für die Grundschule reduziert, Schönschreiben wird gar nicht mehr verlangt. Nun liegt es uns zwar fern, das Schönschreiben wieder als Schulfach einführen zu wollen. Tatsache ist aber, daß die Lohnabhängigen sich heute mittels ihrer Handschrift nicht mehr untereinander verständigen, miteinander verkehren können, da meist nur der Schreiber selbst sie entziffern kann. Dies ist auch eine neue Form des Analphabetismus. Mit Erfindung der Schreibmaschine und der Drucktechnik sind ausgefeilte Handschriften auch überflüssig, historisch überholt. Umso notwendiger aber ist das Beherrschen des 10-Finger-Schreibens und des Setzens. Nichts davon bringt die Bourgeoisie den Kindern während der 9jährigen allgemeinen Schulzeit bei.

Daß die Bourgeoisie den Kindern der Werktätigen nicht einmal lesen und schreiben beibringt, wenn sie nicht dazu gezwungen wird, zeigt sich insbesondere an den Sonderschulen. Abgespalten von den Kämpfen der übrigen Jugendlichen soll ihnen jede Art von Ausbildung vorenthalten werden. Unterricht im Lesen und Schreiben ist an diesen Schulen teilweise nicht einmal mehr vorgesehen. Reine Arbeitslager wären der Bourgeoisie am liebsten. In einigen ihrer Heime hinter Stacheldrahtzaun hat sie's auch schon geschafft, die Kinder zu Idioten verkommen zu lassen und unter Bezahlung eines Taschengeldes Profit aus ihnen zu schlagen.

Tarifvertrag im Praktikum! 700 DM mindestens!

Verhandlungen mit landwirtschaftlichem Kapitalistenverband und GGLF aufgenommen



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund (KSB), Bezirk Holstein, für die Studenten der Fachbereiche Agrar, Wirtschaftswissenschaften, Jura an der Universität

21. Mai 1979 Jg. 2 Nr. 21

Kiel – FH Rendsburg) gegenüber 106000 Landarbeitern zur Verfügung. Die Landarbeiter werden zu 63% zu Tarif entlohnt, der Rest erhält 0,50 bis 0,70 DM mehr. 1976 verdiente ein Maschinenbauarbeiter 11,93 DM, der Un

der Drucktechnik sind ausgefeilte Handschriften auch überflüssig, historisch überholt. Umso notwendiger aber ist das Beherrschen des 10-Finger-Schreibens und des Setzens. Nichts davon bringt die Bourgeoisie den Kindern während der 9jährigen allgemeinen Schulzeit bei.

Daß die Bourgeoisie den Kindern der Werktätigen nicht einmal lesen und schreiben beibringt, wenn sie nicht dazu gezwungen wird, zeigt sich insbesondere an den Sonderschulen. Abgespalten von den Kämpfen der übrigen Jugendlichen soll ihnen jede Art von Ausbildung vorenthalten werden. Unterricht im Lesen und Schreiben ist an diesen Schulen teilweise nicht einmal mehr vorgesehen. Reine Arbeitslager wären der Bourgeoisie am liebsten. In einigen ihrer Heime hinter Stacheldrahtzaun hat sie's auch schon geschafft, die Kinder zu Idioten verkommen zu lassen und unter Bezahlung eines Taschengeldes Profit aus ihnen zu schlagen.

Wo der Imperialismus die Macht hat, werden die produktiven Fähigkeiten der Jugend unterdrückt, nur durch Kampf kann die Arbeiterklasse die Fertigkeiten und Fähigkeiten, die sie zur Beherrschung der Produktion braucht, ausbilden. Wo die Völker den Imperialismus vertreiben, bauen sie gleichzeitig ein blühendes Volksbildungswesen auf. Das Bild zeigt, wie die Jugend in Zimbabwe erzogen wird im Interesse der Massen.

gut leserlich schreiben können, geschweige denn, die Rechtschreibung in ihren Grundzügen beherrschen.

Die Bourgeoisie hat auch schon einen Namen für diese Art von ,,Krankheit'': ,,Legasthenie''. In zahlreichen Büchern und in der Presse läßt sie ihre Schreiberlinge seitenweise darüber grübeln, um die wahren Ursachen dieser Art von ,,Krankheit'', die Fäulnis des Imperialismus, zu vertuschen. Nichts anderes tut auch die Volkshochschule, wenn sie ihren Kursus anpreist, indem sie Empörung über den Analphabetis-

Generationen von Müttern und Großmüttern hatten ihren Kindern und Enkeln das Schreiben, Lesen und Rechnen beigebracht, die Schulmeister hatten wenig Anteil daran. Dies ist wohl die entscheidende Ursache für den miserablen Ausbildungsstand der Jugend.

Innerhalb der Schule selbst bewirkte die imperialistische Bildungsreform, daß die Knebelung, Unterdrückung und Spaltung sich als Hauptzweck kapitalistischer Bildungspolitik immer mehr durchsetzte und der Schulausbil-

Tarifvertrag im Praktikum! 700 DM mindestens!

Verhandlungen mit landwirtschaftlichem Kapitalistenverband und GGLF aufgenommen

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund (KSB), Bezirk Holstein, für die Studenten der Fachbereiche Agrar, Wirtschaftswissenschaften, Jura an der Universität

21. Mai 1979 Jg. 2 Nr. 21

Am Donnerstag, den 17.5., erschien der Geschäftsführer des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes in Schleswig-Holstein zu Verhandlungen mit der Fachschaft Agrar am Fachbereich. Es ging den Studenten dabei um die Durchsetzung ihrer Forderung nach Praktikantenvertrag mit tarifmäßiger Absicherung. 700 DM mindestens. Gab er sich frech, man fände mit solchen Forderungen sowieso keinen mehr, bei dem man Praktikum machen dürfe, und sowieso sei es die GGLF (Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft, Forsten), mit der er verhandele, so ist sein Erscheinen die Reaktion auf die Bewegung unter den Studenten, mindestens ausreichende Bezahlung und die Arbeitszeit jetzt verbindlich zu regeln. Innerhalb der FT ELFG (Fachtagung Agrarwissenschaften) in den VDS hat sich die Mehrheit für die oben genannten Forderungen ausgesprochen und bereits um einen gemeinsamen Vertragsentwurf die Verhandlungen mit dem Hauptvorstand der Gewerkschaft GLF aufgenommen. Die Fachschaft in Kiel unterstützt die Forderungen und hat auf Landesebene die Verhandlungen mit der Gewerkschaft und dem Kapitalistenverband aufgenommen.

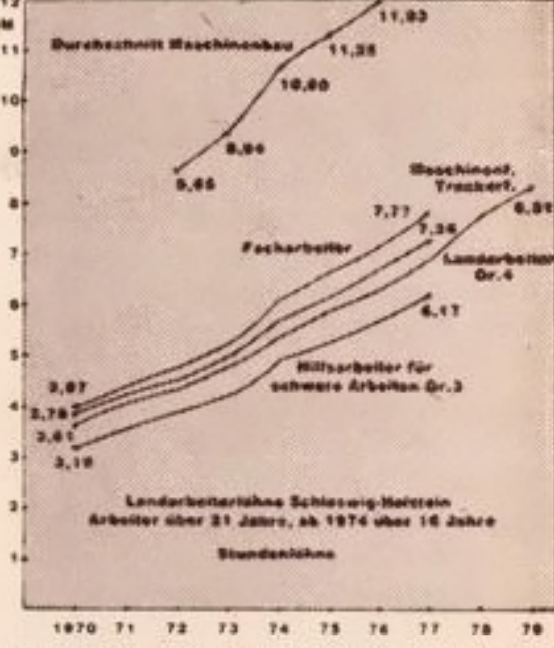
Zugespitzt wird diese Auseinandersetzung durch den Plan seitens der Bourgeoisie, ein Jahr Vorschaltpraktikum mit Praktikantenabschlußprüfung (heute: ½ Jahr, nachzuweisen bis zur Meldung zum Diplom) einzuführen. Sie beabsichtigt damit, billige studentische Arbeitskraft flüssig zu machen für die Großbauern und Agrarkapitalisten und gleichzeitig die Kontrolle über die Studenten im Praktikum auszuweiten, bei gleichzeitiger völliger Rechtlosigkeit der Studenten. Nichts als Einrichtung des Arbeitsdienstes in der Landwirtschaft ist das.

Schon jetzt drängt die Lage der Studenten im Praktikum auf Festlegung der grundlegenden Bedingungen für die Ableistung des Praktikums. Dies bestätigt das Ergebnis einer Fragebogenaktion der Kieler Fachschaft: Nur 20% der 171 erfaßten Studenten gaben an, auf einem Betrieb unter 50 ha gewesen zu sein, 53% arbeiteten für einen großen Bauern mit über 70 ha. 69% erhielten eine Bezahlung bis zu 400 DM, 14 Studenten erhielten überhaupt keine Bezahlung. Dafür mußten 88% acht bis 14 Stunden am Tag arbeiten. Nur bei 14 Studenten gab es eine Überstundenregelung (Vergütung/Freizeit). Die 50 Studenten, die über 400 DM verdienten, gaben an, dies als Erntehelfer, bzw. über Landarbeiterjobs verdient zu haben. 68 Studenten wurden zu außerlandwirtschaftlichen Arbeiten (Haushalt, Garten, Bauarbeiten) eingesetzt.

Ran an die billige jugendliche Arbeitskraft, ist die Devise. Grundlage dafür stellt zunächst das neu eingeführte Berufsgrundbildungsjahr für Auszubildende in der Landwirtschaft, die darüber ein Jahr in die Berufsschule getrieben werden und den Rest der Zeit vollständig zur Ausbeutung freigegeben sind. Also kein der Akkumulation hinderlicher Berufsschulunterricht unter der Woche. Mit den neuen Plänen stünden allein in Schleswig-Holstein jährlich rund 500 Studenten (Uni

Kiel – FH Rendsburg) gegenüber 106000 Landarbeitern zur Verfügung. Die Landarbeiter werden zu 63% zu Tarif entlohnt, der Rest erhält 0,50 bis 0,70 DM mehr. 1976 verdiente ein Maschinenbauarbeiter 11,93 DM, der Unterschied zum höchsten Lohn der Landarbeiter betrug 4,80 DM. Durch die niedrigen Löhne ist es einfach für die Agrarkapitalisten, Überstunden zu erzwingen. Das statistische Jahrbuch weist 45 Stunden in der Woche aus. Mit der Masse jugendlicher Arbeitskraft wird den Agrarkapitalisten dies Geschäft erheblich erleichtert.

Deswegen ist es auch richtig, daß der GGLF-Vorstand, wenn überhaupt, dann nur mit einem Forderungspaket inclusive des Projekts ,,integriertes Praktikum'' in die Verhandlungen gehen will. Darüber wird die notwendige Verabschiedung des Vertrages hinausgezögert, wenn nicht gänzlich liqui-



diert. Für diesen Plan findet sich in der FT keine Mehrheit – im Gegenteil, sowohl die Studentenmassen wie die Arbeiterklasse haben ein Interesse an der raschen Verabschiedung des Tarifvertrages für Praktikanten, *ohne* daß Bedingungen an die Studentenbewegung gestellt werden.

Weg mit der Jugendpolizei! Weg mit den Jugenddezernaten!

z.geb. Wenn ein Jugendpolizist seine Anwesenheit in einem Jugendzentrum rechtfertigen will, dann klingt dies so: „Aber wenn einer dem anderen ein Mofa klaut?“ (Februar dieses Jahres im Jugendhaus Mitte in Stuttgart) „Eigentumsdelikte“ geifert die Bourgeoisie, und diese sind in zehn Jahren in Baden-Württemberg um 79% angestiegen bei unter 21jährigen! Diese Zahl ist Ausdruck des Hasses der Jugend über die herrschenden Verhältnisse und sobald es ums Eigentum geht, wird die Bourgeoisie hektisch. „Prävention durch Repression“ läßt sie die baden-württembergische Landesregierung folgern und umsetzen.

Wir haben ein Lehrlingskonto errechnet. Fünf Jahre die Preise einer Kreidler Florett auf den Lehrlingslohn eines ersten Lehrjahres. 398 DM Minus im Geldbeutel der Jugend sind das Ergebnis. Die Bourgeoisie braucht die Jugend als billige Arbeitskraft. Die Zahl der Sonderschüler hat sie seit '73 um über 2000 in Baden-Württemberg gesteigert, die Hauptschüler ohne Abschluß um rund 500. Aus dem Mofa „des anderen“ könnten die Maschinen der Privateigentümer werden, denn sinnvoller ist es auf jeden Fall. Die Jugendvertretung des Bahnbetriebswerkes Stuttgart-Nord und die Jugendlichen im Jugendzentrum Aalen haben zum 1. Mai die Forderung nach Existenzlohn aufgestellt. Die Bourgeoisie läßt „vorbeugen“.

Die Jugendlichen des Jugendhauses Mitte haben den Jupo nach seiner Frage an die frische Luft gesetzt. Er ist einer der am 1. August 78 in Baden-Württemberg eingeführten Jugendpolizei. Späth hat dies im Sicherheitsplan II noch als Innenminister entwickelt. In dem Ministerpräsidentensessel gehoben, läßt er den „Modellversuch“ bis Ende 79 laufen, um am 1.1.80 die Einführung endgültig zu beschließen.

Bei den Polizeipräsidien und den Polizeidirektionen werden Jugenddezernate eingerichtet, die die Bearbeitung der jugendlichen Straftäter abwickeln sollen. In Stuttgart, Reutlingen und Freiburg werden „täterorientiert“ zivile Polizisten zu den Jugendtreffs geschickt.

Sie haben versucht, sich in den Jugendzentren vorzustellen. In Reutlingen sind sie bei der Gewerkschaftsjugend und dem Gesamtelternbeirat gewesen. Die Landesregierung sieht auch Unterrichtsstunden in Gemeinschaftskunde mit ihnen vor.

Aus dem Tätigkeitsbericht eines Jupos in Stuttgart: Auf der Straße hat er ein Mädchen beim Schulschwänzen erwischt. Er hat das Bußgeld dafür bei den Eltern eingetrieben und das Mädchen in die Schule gebracht. Da das „Vorbeugen“ nichts genutzt hat, hat er den Staatsapparat in Bewegung gesetzt. Das Mädchen ist jetzt im Heim. In einem Jugendzentrum hat er eine Wandzeitung abgeschrieben. In Urach die Mofas vor dem Jugendhaus kontrolliert.

„Bearbeitung, Mitwirken, Erfassen, Durchführung, Auswertung, regelmäßiger Informationsaustausch“ (aus einem Schreiben des Innenministeriums), um Jugendliche tagsüber auf der Straße aufzulesen, und wer nicht arbeitet, wird ins Heim gebracht oder dem wird ein 6-7 DM Hilfsarbeiterjob besorgt. „Vorbeugen“, damit die profitliche Absicherung der Ausbeutung der frischen Arbeitskraft auch gesichert ist.

Baden-Württemberg hat die Bourgeoisie als Vollstrecker auserkoren, die vielfältigen Versuche der Unterdrückung der Jugend entscheidend voranzubringen: „Münchner Jugendbeamte“, „Beauftragte für Jugendsachen“ in Niedersachsen, „Jugendkommissariate“ in Nordrhein-Westfalen, „Jugendsachbearbeiter“ bei kleineren Polizeistellen in Rheinland-Pfalz. In allen Jugendzentren, wo Späths Spitzelgarde aufgetreten ist, ist sie wieder rausgeflogen. „Jupos raus! Weg mit der Jugendpolizei und den Jugenddezernaten!“ unter diesen Forderungen haben 300 Jugendliche in Stuttgart eine Kundgebung organisiert und sind zum Stuttgarter Gemeinderat gezogen. 1000 Jugendliche waren auf einer Veranstaltung in Reutlingen. In vielen Orten haben sich Initiativen gebildet.

Die Landesregierung hat zu manövrieren begonnen. Den Opportunisten hat sie seitenlange Zeitungsartikel, Material über die schlimme „Jugendkriminalität“ in die Hand gegeben und den Punkt 3.1. ihrer Richtlinie (Auftauchen der Jupos in Jugendtreffs) als veränderungsmöglich erklärt. Die Jusos haben angebissen und die ersatzlose Streichung gefordert. Jupos, aber nur noch mit Zustimmung der Jugendlichen, alles ganz demokratisch. Die Junge Union hat Aufwind gerochen und fordert nun die Jugendpolizei, die Diözese Rottenburg hat sich auch gemeldet. „Streetworker ja – Jupos nein“, die Jugend soll sich über die Mittel zu ihrer Unterdrückung streiten.

Die Bourgeoisie hat die schärfere Gangart nötig. Die Opportunisten wollen die Aktionen vorerst mal auf den Herbst verschieben. Mit ihren Vorschlägen darf man sie nicht durchkommen lassen.

Die Bauern kämpfen gegen A/A1 Trasse

r.brd. Jetzt ist die Entscheidung für den Trassenverlauf zum Panzertransport zur US-Besatzerkaserne Garlstedt raus. Der niedersächsische Innenminister hat dem Verteidigungsministerium die sogenannte A/A1 Trasse vorgeschlagen. Der Verwaltungsausschuß der Stadt Osterholz-Scharmbeck hat ebenfalls sofort dem Vorschlag zugestimmt und erklärt, daß „diese Linienführung den bisherigen Beschlüssen des Stadtrats entspricht.“

Seit dem Bau der Kaserne versucht der Staatsapparat den Bau einer Schienentrasse von Garlstedt nach Oldenbüttel als Anschluß an die Strecke Bremen – Bremerhaven durchzusetzen. Die A/A1 Trasse ist bereits der sechste vorgeschlagene Verlauf. Gescheitert ist ihnen dieses Vorhaben am zähen Widerstand der Bauern, die nicht bereit sind, auch nur eine Handbreit Boden dafür aufzugeben und dies mehrfach öffentlich erklärt und auf Landvolkversammlungen beschlossen haben.

Die A/A1 Trasse soll vom Bahnhof Oldenbüttel abzweigen zum Schäferberg, nördlich Freißenbüttel an der Elm entlangführen und dann nördlich des Wohngebietes Lange Heide in den Staatsforst Schmidts Kiefern zur Verladestation einmünden.

Der Minister beruft sich auf das Landbeschaffungsgesetz, nach dem er die Pflicht zur Landnahme für die Besatzer hat. In einem Brief der Bauern an die Gewerkschaften, in dem sie zur Unterstützung ihres Kampfes durch die Arbeiter auffordern, haben die Bauern sich gegen die Gesetze erklärt, die den Landraub gesetzlich abdecken.

Unter dem Druck der Bauern hat der Stadtrat sich bisher für keine der Trassen öffentlich ausgesprochen. Mit der A/A1 Trasse wollen sie die Sache jetzt über die Bühne ziehen. Sie „dürfte unter Berücksichtigung aller Faktoren nach Lage der Dinge die am wenigsten schlechte sein und weitgehend die von den betroffenen Bürgern geltend gemachten Bedenken berücksichtigen“, lassen sie ihren Verwaltungsausschuß erklären.

Spaltung der Bauern hatten sie mit der „am wenigsten schlechten Trasse“ beabsichtigt. Eingehandelt haben sie sich Kampf. 19 Freißenbütteler Bauern haben sich in einem Brief an den Verteidigungsminister gegen die Trasse erklärt. „Die sogenannte A/A1 Trasse zerschneidet voll in der Ortschaft Freißenbüttel 5 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, welches eine Verschlechterung der Produktionsstruktur herbeiführt. Die Kommunalpolitiker erwägen eine Bodenneuordnung entlang der Trasse, die uns durch das Amt für Agrarstruktur Bremerhaven auf einer Landvolkversammlung vorgetragen wurde. Wir stehen dieser Planung sehr skeptisch gegenüber... bei unseren starken viehhaltenden Betrieben stehen die Sicherung einer ausreichenden Flächengrundlage auf lange Sicht und die Erhaltung beziehungsweise Schaffung möglichst großer und unbehindert nutzbarer Wirtschaftsflächen im Vordergrund, die uns durch eine Bodenneuordnung nicht mehr gegeben ist.... Zu der A/A1 Trasse käme eine Flurbereinigung mit den Folgeeinwirkungen: Ausrodung der Hecken, Planieren der Erde und Steinwälle, Fällen der Eichen und Buchen bei den Gemarkungen Kamp, Sägehof, Twillborn und Brandheide. Außerdem müßten drei befestigte landwirtschaftliche Wirtschaftswege überquert werden.“

Die Bauern fordern die Durchführung einer Bürgerversammlung zur Beratung von Maßnahmen gegen den Trassenbau.

Höheren Sold! Kürzere Schichten! 800 italienische Soldaten drohen Massenkündigungen an

z.erm.Rom. Seit mehreren Monaten fordern die 3200 Soldaten der italienischen Flugsicherung die Erhöhung ihres Soldes und die Verkürzung der Arbeitszeit. Derzeit verdient ein Unteroffizier in der Flugsicherung monatlich umgerechnet 786 DM, ein Offizier 1120 DM. Die wöchentliche Dienstzeit umfaßt mindestens 42 Stunden, zusätzlich 24 Stunden Bereitschaftsdienst. Außerdem müssen die Soldaten an den meisten Feiertagen Dienst leisten.

Durchschnittlich muß ein Soldat in der Flugsicherung acht Flugzeugstarts und -landungen in der Stunde überwachen. Die Arbeit erfordert ein äußerst hohes Maß an Konzentration. Unter den derzeitigen Bedingungen, erklären die Soldaten, sei die Flugsicherheit nicht mehr zu gewährleisten. „Der Arbeitsstreß ist extrem stark, wenn was passiert, übernehmen wir nicht die Verantwortung.“

Obwohl 95% des Flugverkehrs zivil sind, hat die italienische Bourgeoisie die Flugsicherung vollständig militärisch organisiert, um „ein Höchstmaß an Sicherheit und Disziplin in diesem Bereich zu gewährleisten“, so der Transportminister. Die rechtlose Lage der Soldaten, ohne Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, nutzt die italienische Bourgeoisie, um die Arbeitszeit beim Flugsicherungsdienst schrankenlos auszudehnen und zu intensivieren. Gleichzeitig dient die militärische Organisierung der Flugsicherung für die Vorbereitung auf den Kriegsfall.

Um ihre Forderungen durchzusetzen, haben sich die Soldaten zum gemeinsamen Kampf zusammengeschlossen. 800 Soldaten haben bei einem Notar ihre Kündigungen hinterlegt. Mit der Androhung der Massenkündigung und damit der vollständigen Lahmlegung des Flugverkehrs haben sich die Soldaten ein Mittel geschaffen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Kündigungen sollen wirksam werden, wenn die neue Regierung nach den Wahlen nicht sofort über die Forderungen der Soldaten verhandelt. Um ihrem Kampf eine einheitliche Führung zu geben, haben sich die Soldaten gleichzeitig an die FULAT, Gewerkschaft der Beschäftigten im Flugverkehrswesen, gewandt und sie aufgefordert, ihre Forderungen zu unterstützen. Die FULAT hat sich sofort mit den Forderungen der Soldaten solidarisch erklärt und ihre Unterstützung zugesagt. Seit einigen Wochen treffen sich die Vertreter der Soldaten und der Gewerkschaft regelmäßig, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Die FULAT fordert für die Soldaten neben der Solderhöhung und Verkürzung der Dienstzeit entsprechend der eines Piloten von 30 bis 35 Stunden in der Woche die Beschränkung der Überwachung der Anzahl von Flugzeugen, die stündlich starten und landen. „Das bedeutet“, erklärt der FULAT-Sekretär in einem Zeitungsinterview, „daß die Regierung umgehend das Flugsicherungspersonal um 30% auf 4500 erweitern muß. 1977 mußten die Soldaten insgesamt 440000 Flugstunden überwachen. Für 1979 erwarten wir eine Steigerung der Flugstunden auf eine Million.“

Ein Vertreter der Gewerkschaft sagte uns, daß ein Teil der Soldaten zur Durchsetzung der Forderungen das Recht auf Streik und gewerkschaftliche Organisierung fordert. „Quasi ist der Kampf der Soldaten ein gewerkschaftlicher Kampf. Allerdings fehlt die rechtliche Grundlage. Und weil sie eben keine gewerkschaftlichen Rechte haben, sind die Soldaten zu dieser scharfen und äußersten Maßnahme der Kündigung gezwungen.“

Die italienische Regierung hat sich noch nicht zu den Forderungen der Soldaten geäußert. Der Direktor der staatlichen Alitalia befürchtet allerdings schon richtig: „Wenn nicht nach den Wahlen schnellstens eine Entscheidung in dieser Frage getroffen wird, wird das sehr bald schon zu einer vollständigen Lahmlegung des Transitverkehrs kommen.“

Mädchen beim Schulschwänzen erwischt. Er hat das Bußgeld dafür bei den Eltern eingetrieben und das Mädchen in die Schule gebracht. Da das „Vorbeugen“ nichts genutzt hat, hat er den Staatsapparat in Bewegung gesetzt. Das Mädchen ist jetzt im Heim. In einem Jugendzentrum hat er eine Wandzeitung abgeschrieben. In Urach die Mofas vor dem Jugendhaus kontrolliert.

„Bearbeitung, Mitwirken, Erfassen, Durchführung, Auswertung, regelmäßiger Informationsaustausch“ (aus einem Schreiben des Innenministeriums), um Jugendliche tagsüber auf der Straße aufzulesen, und wer nicht arbeitet, wird ins Heim gebracht oder dem wird ein 6-7 DM Hilfsarbeiterjob besorgt. „Vorbeugen“, damit die profitliche Absicherung der Ausbeutung der frischen Arbeitskraft auch gesichert ist.

Baden-Württemberg hat die Bourgeoisie als Vollstrecker auserkoren, die vielfältigen Versuche der Unterdrückung der Jugend entscheidend voranzubringen: „Münchner Jugendbeamte“, „Beauftragte für Jugendsachen“ in Niedersachsen, „Jugendkommissariate“ in Nordrhein-Westfalen, „Jugendsachbearbeiter“ bei kleineren Polizeistellen in Rheinland-Pfalz. In allen Jugendzentren, wo Späths Spitzelgarde aufgetreten ist, ist sie wieder rausgeflogen. „Jupos raus! Weg mit der Jugendpolizei und den Jugenddezernaten!“ unter diesen Forderungen haben 300 Jugendliche in Stuttgart eine Kundgebung organisiert und sind zum Stuttgarter Gemeinderat gezogen. 1000 Jugendliche waren auf einer Veranstaltung in Reutlingen. In vielen Orten haben sich Initiativen gebildet.

Die Landesregierung hat zu manövrieren begonnen. Den Opportunisten hat sie seitenlange Zeitungsartikel, Material über die schlimme „Jugendkriminalität“ in die Hand gegeben und den Punkt 3.1. ihrer Richtlinie (Auftauchen der Jupos in Jugendtreffs) als veränderungsmöglich erklärt. Die Jusos haben angebissen und die ersatzlose Streichung gefordert. Jupos, aber nur noch mit Zustimmung der Jugendlichen, alles ganz demokratisch. Die Junge Union hat Aufwind gerochen und fordert nun die Jugendpolizei, die Diözese Rottenburg hat sich auch gemeldet. „Streetworker ja – Jupos nein“, die Jugend soll sich über die Mittel zu ihrer Unterdrückung streiten.

Die Bourgeoisie hat die schärfere Gangart nötig. Die Opportunisten wollen die Aktionen vorerst mal auf den Herbst verschieben. Mit ihren Vorschlägen darf man sie nicht durchkommen lassen.

z.erm.Rom. Seit mehreren Monaten fordern die 3200 Soldaten der italienischen Flugsicherung die Erhöhung ihres Soldes und die Verkürzung der Arbeitszeit. Derzeit verdient ein Unteroffizier in der Flugsicherung monatlich umgerechnet 786 DM, ein Offizier 1120 DM. Die wöchentliche Dienstzeit umfaßt mindestens 42 Stunden, zusätzlich 24 Stunden Bereitschaftsdienst. Außerdem müssen die Soldaten an den meisten Feiertagen Dienst leisten.

Durchschnittlich muß ein Soldat in der Flugsicherung acht Flugzeugstarts und -landungen in der Stunde überwachen. Die Arbeit erfordert ein äußerst hohes Maß an Konzentration. Unter den derzeitigen Bedingungen, erklären die Soldaten, sei die Flugsicherheit nicht mehr zu gewährleisten. „Der Arbeitsstreß ist extrem stark, wenn was passiert, übernehmen wir nicht die Verantwortung.“

Obwohl 95% des Flugverkehrs zivil sind, hat die italienische Bourgeoisie die Flugsicherung vollständig militärisch organisiert, um „ein Höchstmaß an Sicherheit und Disziplin in diesem Bereich zu gewährleisten“, so der Transportminister. Die rechtlose Lage der Soldaten, ohne Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, nutzt die italienische Bourgeoisie, um die Arbeitszeit beim Flugsicherungsdienst schrankenlos auszudehnen und zu intensivieren. Gleichzeitig dient die militärische Organisierung der Flugsicherung für die Vorbereitung auf den Kriegsfall.

Um ihre Forderungen durchzusetzen, haben sich die Soldaten zum gemeinsamen Kampf zusammengeschlossen. 800 Soldaten haben bei einem Notar ihre Kündigungen hinterlegt. Mit der Androhung der Massenkündigung und damit der vollständigen Lahmlegung des Flugverkehrs haben sich die Soldaten ein Mittel geschaffen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Kündigungen sollen wirksam werden, wenn die neue Regierung nach den Wahlen nicht sofort über die Forderungen der Soldaten verhandelt. Um ihrem Kampf eine einheitliche Führung zu geben, haben sich die Soldaten gleichzeitig an die FULAT, Gewerkschaft der Beschäftigten im Flugverkehrswesen, gewandt und sie aufgefordert, ihre Forderungen zu unterstützen. Die FULAT hat sich sofort mit den Forderungen der Soldaten solidarisch erklärt und ihre Unterstützung zugesagt. Seit einigen Wochen treffen sich die Vertreter der Soldaten und der Gewerkschaft regelmäßig, um das weitere Vorgehen zu beraten.

eines Piloten von 30 bis 35 Stunden in der Woche die Beschränkung der Überwachung der Anzahl von Flugzeugen, die stündlich starten und landen. „Das bedeutet“, erklärt der FULAT-Sekretär in einem Zeitungsinterview, „daß die Regierung umgehend das Flugsicherungspersonal um 30% auf 4500 erweitern muß. 1977 mußten die Soldaten insgesamt 440000 Flugstunden überwachen. Für 1979 erwarten wir eine Steigerung der Flugstunden auf eine Million.“

Ein Vertreter der Gewerkschaft sagte uns, daß ein Teil der Soldaten zur Durchsetzung der Forderungen das Recht auf Streik und gewerkschaftliche Organisierung fordert. „Quasi ist der Kampf der Soldaten ein gewerkschaftlicher Kampf. Allerdings fehlt die rechtliche Grundlage. Und weil sie eben keine gewerkschaftlichen Rechte haben, sind die Soldaten zu dieser scharfen und äußersten Maßnahme der Kündigung gezwungen.“

Die italienische Regierung hat sich noch nicht zu den Forderungen der Soldaten geäußert. Der Direktor der staatlichen Alitalia befürchtet allerdings schon richtig: „Wenn nicht nach den Wahlen schnellstens eine Entscheidung in dieser Frage getroffen wird, wird das sehr bald schon zu einer vollständigen Lahmlegung des Transitverkehrs kommen.“

Österreichisches „Milizsystem“: Uneingeschränkter Waffendienst für die Bourgeoisie

z.pek.Wien. Mit Vorliebe begründen die österreichischen Imperialisten ihre Kriegsvorbereitungen damit, daß „Österreich als neutraler Kleinstaat im Spannungsfeld der beiden Paktsysteme seine Verteidigung im Alleingang zu besorgen“ habe. Auf der Grundlage der Militärdoktrin des Armeekommandanten Spannocchi betreiben sie gegenwärtig die Umstrukturierung und den Ausbau der Armee zum „Milizheer“. Die westdeutsche Imperialistenpresse verfolgt das mit Wohlwollen.

Es sollen Verbände einer „raumgebundenen Landwehr“ gebildet werden, deren Aufgabe die Verteidigung festgelegter Zonen sei und die „im Frieden nur aus Ausbildungs- und Mobilmachungsbasen bestehen und erst im Fall der Mobilmachung einsatzfähige Verbände bilden“. Diese haben die Aufgabe, einen militärischen Durchstoß der Sozialimperialisten durch Angriff aus dem Hinterhalt und Störung der Nachschublinien so lange wie möglich aufzuhalten und in den „Schlüsselräumen“ die zentralen Einrichtungen des Staatsapparates als „noch politisch verwertbares Völkerrechtssubjekt“ zu erhalten.

Das Mißverständnis, es könnte sich dabei um ein Konzept des Partisanenkampfes handeln, wird von der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ aufgeklärt. Schließlich sei der Partisanenkampf völkerrechtlich illegal, die österreichische Armee verwende dagegen völkerrechtskonform Kampfformen, wie sie durch Partisanen oder Guerillas besonders gepflegt würden. Man müsse auch nicht den Begriff „Miliz“ an formalen Demokratieelementen messen, sondern an ihrem Kampfwert. Dabei wird lobend das schweizerische Milizheer als Beispiel herausgestellt, das im November 1918 gegen den Generalstreik der Arbeiter eingesetzt wurde.

Unter dem Begriff „Milizheer“ verstehen die österreichischen Imperialisten vor allem die Einführung der uneingeschränkten Dienstpflicht über die bisher geltende Wehrpflicht hinaus „für die Dauer der Tauglichkeit“. Beliebig oft sollen die Arbeiter zum Waffendienst für die Bourgeoisie einberufen werden können, „in der Freizeit oder in Überschneidung mit ihren beruflichen Obliegenheiten“. Unter diesen Bedingungen hat die Stationierung der Soldaten in der Nähe ihrer Heimatorte nur den Zweck, deren jederzeitige Verfügbarkeit für die Bourgeoisie zu rechtfertigen und die Mobilmachung für den imperialistischen Krieg zu erleichtern.

Gestützt auf die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer betreiben die österreichischen Imperialisten gleichzeitig die ideologische Entwaffnung der Arbeiter gegenüber ihren Kriegsvorbereitungen. Mit großem Propagandarummel ließ sich im Oktober 1978 der Vorsitzende der Gewerkschaft Metall, Bergbau und Energie, Sekanina, als „Pate“ der 1. Panzergrenadierdivision vorstellen. Kurz darauf wurde auf dem Werksgelände des staatlichen Stahlkonzerns VÖEST die Angelobung von 1400 in die Armee gepreßten jungen Arbeitern abgehalten. Das Gerassel zahlreicher Panzer und der Lärm von Jagdflugzeugen bildeten die Begleitmusik.

Die österreichischen Arbeiter haben kein Interesse daran, sich in der Produktion für die Konkurrenzschlachten der Imperialisten vernutzen zu lassen und dann noch für ihre Ausbeuter in den Krieg zu ziehen. Deshalb rüsten sich die österreichischen Bourgeois mit ihrer Neustrukturierung der Armee zielstrebig gegen die unvermeidlichen Klassenkämpfe der Arbeiter. Unter dem Vorwand der „Sperrung der Schlüsselzonen“ werden die industriellen Ballungsräume, der Raum Wien, Graz, Linz, Salzburg, Klagenfurt, das obersteirische Industriegebiet und das Inntal zu Militärbastionen mit festen Bunkeranlagen ausgebaut. Das stehende Heer in seiner bisherigen Form soll mit 16000 Berufssoldaten und -offizieren und verbesserter Bewaffnung als „Bereitschaftstruppe für Einsätze in konzentrierter Form“ den Stoßtrupp gegen die Klassenkämpfe der Arbeiter bilden.

Mehrfach wurden in den letzten Monaten Manöver abgehalten, bei denen die Mobilisierung des gesamten Staatsapparates für die Kriegsmaschine der Bourgeoisie erprobt wurde. Die „raumgebundene“ Gliederung wurde dabei als besonders geeignet herausgestrichen. Unter der Annahme politischer Unruhen im Nachbarstaat probte die 1. Panzergrenadierdivision im November 1978 in Zusammenarbeit mit zivilen Behörden die „Festnahme von eingedrungenen am Konflikt beteiligten Kräften“ und zusammen mit der Feuerwehr „die Sicherung eines nach einem Sabotageakt gegen einen Chemikalientransporter verseuchten Gebiets“.

Der Ort der Übung an der Grenze zur CSSR zeigt auch schon die Bewegungsrichtung der Truppen an. Daß das Konzept der raumgebundenen Landwehr kein Hinderungsgrund für einen Marsch nach Osten an der Seite der NATO sein kann, formuliert Bundeskanzler Kreisky so: „Wenn es zu einer Konfrontation mit einer Großmacht käme, dann würde eine solche Operation so rasch und mit solcher Wucht sich vollziehen, daß alles, was in den Schreibtischladen der Stäbe liegt, gar nicht verwirklichbar wäre.“



Manöver „Enzian '78“: Gendarmerie und Armee üben gemeinsam „das Aufgreifen verdächtiger Personen“.

Metallarbeiter Sao Paulos führend im Kampf gegen Lohnsenkung und für Gewerkschaftsrechte

z.acr. Die Metallarbeiter der brasilianischen Stadt Sao Paulo konnten ihre Forderung nach 34% mehr Lohn zusätzlich zu den von der Regierung verordneten 44% nicht durchsetzen. Am 13.5. akzeptierten 200000 Metallarbeiter das Angebot der Kapitalisten, für



VW do Brasil: bewaffneter Werkschutz zur Unterdrückung der Arbeiter

die meisten insgesamt 63% mehr Lohn zu zahlen. Die Regierung mußte die Gewerkschaftsführer wieder freilassen, die sie am 27.3. nach einem 15-tägigen Streik verhaftet hatte. Obwohl die Metallarbeiter nach der Festnahme ihrer Führer den Streik aussetzten, erhielten ihre größten Ausbeuter, imperialistische Automobilkonzerne, die ersehnte Ruhe nicht. Vom 7. bis 12.5. streikten erneut 12000 Arbeiter bei Ford und erzwangen eine Nachzahlung des Lohnes für die Streiktage im März.

400 Mio. Dollar Verlust beklagen die imperialistischen Konzerne durch den Streik der Metallarbeiter. Dennoch plant z.B. Daimler-Benz, in den nächsten Jahren von insgesamt 1,3 Mrd. DM Auslandsinvestitionen 800 Mio. DM in Brasilien anzulegen. Nach Angabe der Gewerkschaften hatten die Arbeiter in Brasilien durch die staatlich verordneten „Lohnerhöhungen" 1978 real 70% weniger Lohn als 1964. Der Mindestlohn wurde zum 1.5. um 45,3% auf 2268 Cruzeiros (189 DM) monatlich erhöht. Die offizielle Inflationsrate von April 78 bis April 79 betrug 46,7%.

Ermutigt durch den Streik der Metallarbeiter kämpfen große Teile der brasilianischen Lohnabhängigen gegen die Lohnsenkungen. Trotz Verbot haben 54 Gewerkschaften einen Streikfonds von 50000 Dollar eingerichtet, trotz gesetzlich angedrohten 20 Jahren Gefängnis streikten die Busfahrer Sao Paulos Anfang Mai vier Tage und setzten eine Lohnerhöhung von 88% durch. Die Regierung warf bisher „unkooperative" Funktionäre aus den Gewerkschaften. Jetzt mußte sie die gewählten Führer anerkennen.

Italien: Trotz Aussperrungen und Entlassungsdrohungen – Metallarbeiter streiken weiter

z.erm.Rom. Letzte Woche haben die Fiat-Kapitalisten drei Fabrikräte aus dem Werk Miafiori, Karosserieabteilung, wegen „unerlaubter Benutzung betriebseigenen Materials" für drei Tage ausgesperrt. Die Fabrikräte hatten zu einer Metallarbeiterdemonstration für Schilder und Trommeln Blechstücke aus dem Betrieb mitgenommen. Als die Aussperrung bekannt wurde, trat die gesamte Karosserieabteilung sofort in den Streik. 200 Arbeiter schickten einen Brief an die Geschäftsleitung, in dem sie sich ebenfalls des „Blechdiebstahls" beschuldigten.

Aussperrungen und Entlassungsdrohungen gegen insgesamt 19 Fabrikräte und Streikposten – im Werk Carmagnola Entlassungsdrohung gegen einen Fabrikrat wegen „Gewaltanwendung" gegen einen Streikbrecher, im Werk Rivalta Aussperrung von 15 Fabrikräten und Streikposten wegen „unerlaubten" Betretens des Fabrikgeländes während eines Streiks, Aussperrung von drei Fabrikräten in Miafiori wegen „unerlaubter Benutzung des Betriebstelefons" – mit derlei Einschüchterungsmaßnahmen versuchen die Fiat-Kapitalisten als führende Kraft im Metallkapitalistenverband die Streikbewegung der Metallarbeiter für einen neuen Tarifvertrag niederzuschlagen. In Miafiori und Foggia veranlassten sie den Einsatz von Polizei gegen Streikposten, die Stadtverwaltung von Miafiori dazu: „Es geht darum, den guten Ruf des Unternehmens zu wahren".

In den Betrieben haben die Arbeiter gegen diese Angriffe jedesmal mit Streiks geantwortet und in Betriebs- und Abteilungsversammlungen weitere Kampfmaßnahmen beschlossen. Obwohl die italienischen Gewerkschaften keine Streikgelder zahlen – bis heute „kosteten" die Streiks den Metallarbeiter durchschnittlich 340–400 DM – ist die Streikbeteiligung sehr hoch.

Auf ihrer nationalen Delegiertenkonferenz am 24. Mai haben die Metallarbeiter gegen den Versuch der Metallkapitalisten, die Tarifverhandlungen bis September – nach den Wahlen und Betriebsferien – hinauszuzögern, Streiks von insgesamt acht Stunden in allen Metallbetrieben während der Wahlen beschlossen. Für den 22. Juni ruft die Gewerkschaft zu einem weiteren achtstündigen Streik und zur nationalen Demonstration in Rom auf. Letzte Woche hat die Gewerkschaftsföderation der CGIL-CISL-UIL außerdem einen vierstündigen Generalstreik der Beschäftigten in Industrie, Öffentlichem Dienst, Landwirtschaft und Handel für den 19. Juni angekündigt.

drohungen – Metallarbeiter streiken weiter

z.erm.Rom. Letzte Woche haben die Fiat-Kapitalisten drei Fabrikräte aus dem Werk Miafiori, Karosserieabteilung, wegen „unerlaubter Benutzung betriebseigenen Materials" für drei Tage ausgesperrt. Die Fabrikräte hatten zu einer Metallarbeiterdemonstration für Schilder und Trommeln Blechstücke aus dem Betrieb mitgenommen. Als die Aussperrung bekannt wurde, trat die gesamte Karosserieabteilung sofort in den Streik. 200 Arbeiter schickten einen Brief an die Geschäftsleitung, in dem sie sich ebenfalls des „Blechdiebstahls" beschuldigten.

Aussperrungen und Entlassungsdrohungen gegen insgesamt 19 Fabrikräte und Streikposten – im Werk Carmagnola Entlassungsdrohung gegen einen Fabrikrat wegen „Gewaltanwendung" gegen einen Streikbrecher, im Werk Rivalta Aussperrung von 15 Fabrikräten und Streikposten wegen „unerlaubten" Betretens des Fabrikgeländes während eines Streiks, Aussperrung von drei Fabrikräten in Miafiori wegen „unerlaubter Benutzung des Betriebstelefons" – mit derlei Einschüchterungsmaßnahmen versuchen die Fiat-Kapitalisten als führende Kraft im Metallkapitalistenverband die Streikbewegung der Metallarbeiter für einen neuen Tarifvertrag niederzuschlagen. In Miafiori und Foggia veranlassten sie den Einsatz von Polizei gegen Streikposten, die Stadtverwaltung von Miafiori dazu: „Es geht darum, den guten Ruf des Unternehmens zu wahren".

In den Betrieben haben die Arbeiter gegen diese Angriffe jedesmal mit Streiks geantwortet und in Betriebs- und Abteilungsversammlungen weitere Kampfmaßnahmen beschlossen. Obwohl die italienischen Gewerkschaften keine Streikgelder zahlen – bis heute „kosteten" die Streiks den Metallarbeiter durchschnittlich 340–400 DM – ist die Streikbeteiligung sehr hoch.

Auf ihrer nationalen Delegiertenkonferenz am 24. Mai haben die Metallarbeiter gegen den Versuch der Metallkapitalisten, die Tarifverhandlungen bis September – nach den Wahlen und Betriebsferien – hinauszuzögern, Streiks von insgesamt acht Stunden in allen Metallbetrieben während der Wahlen beschlossen. Für den 22. Juni ruft die Gewerkschaft zu einem weiteren achtstündigen Streik und zur nationalen Demonstration in Rom auf. Letzte Woche hat die Gewerkschaftsföderation der CGIL-CISL-UIL außerdem einen vierstündigen Generalstreik der Beschäftigten in Industrie, Öffentlichem Dienst, Landwirtschaft und Handel für den 19. Juni angekündigt.

Frankreich: Lohnkampf der Arsenalarbeiter Stapellauf eines Atom-U-Bootes verhindert

z.jon.Paris. Die 130000 Arbeiter und Angestellten der rund 150 Arsenale, der Armee-eigenen Rüstungs- und Munitionsfabriken und Werkstätten in Frankreich führen seit dem 15.5. Streikaktionen für höheren Lohn durch. Die 90000 Arbeiter bekämpfen die Annullierung eines Dekrets, das die Angleichung ihrer Löhne an die Löhne in der Pariser Metallindustrie vorsieht. Sie hatten es 1951 und 1967 in mehrmonatigen Streiks erkämpft. Die



40000 Angestellten der Arsenale unterstützen diese Forderung, sie haben sich im übrigen den Lohnforderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst angeschlossen: u.a. 2800 F Mindestlohn, einheitlich Anhebung um 400 F, Einstellung aller Beschäftigten auf Planstellen. – Bereits 1978 hatten die Arsenalarbeiter gegen die „Aussetzung" des Lohndekrets durch den Verteidigungsminister gestreikt.

Es soll nun endgültig annulliert werden. Die Löhne werden auf das niedrigere Lohnniveau in der Provinz gedrückt und sollen nur noch entsprechend dem offiziellen Lebenshaltungsindex erhöht werden. Seit Juli '78 haben die Arsenalarbeiter durchschnittlich 2500 F, zwei Drittel eines Monatslohns, gegenüber der alten Regelung verloren. Am 25.5. wollten die Arbeiter der Marinewerft Cherbourg, die bis dahin nicht streikten, den Stapellauf des nuklearen Angriffs-U-Bootes „Provence" für eine Demonstration für ihre Forderungen nutzen. Als Polizei die Demonstration zu verhindern versuchte, traten sie sofort in den Streik. Während des ganzen Tages wurde auf dem Werftgelände gekämpft.

Der Stapellauf fand nicht statt. Seit dem 28.5. haben sich die Belegschaften aller Arsenale bei einer Beteiligung von 75–100% dem Streik angeschlossen, mit Unterstützung aller Gewerkschaften. Der Verteidigungsminister lehnt jede Verhandlung ab und versucht die Bewegung durch ständige Polizeiangriffe aufzureiben. Die Tarifvertragsverhandlungen im öffentlichen Dienst sind bis jetzt gescheitert, weil die Regierung die Löhne nur entsprechend dem von ihr festgelegten Lebenshaltungsindex erhöhen will. Für den 1.6. hat sie einseitig eine Lohnerhöhung von 2,75% dekretiert. Der Zweck ist, durch die Abmilderung des Lohnraubs in homöopathischen Dosen die Kampfkraft der Staatsbediensteten zu untergraben. – Die Belegschaften der Arsenale haben am 31.5. gleichzeitig in sieben Städten demonstriert.

Steinkohle – die „harte Währung" Polens

1979 Produktion von 200 Mio. t geplant / Die Bergleute zahlen mit Gesundheit und Leben

z.rua. Den Besuch Wojtilas nahm die polnische neue Bourgeoisie zum Anlaß, seit dem letzten Freitag ein Fahrverbot für Warschau zu erlassen. Diese Maßnahme ist Teil des Energiesparprogramms, das seit Anfang des Jahres mit Benzin- und Strompreiserhöhungen, Drosselung der Zimmertemperaturen und Reduzierung der öffentlichen Verkehrsmittel gegen die Massen durchgesetzt werden soll. Polen ist – obwohl viertgrößter Steinkohleproduzent der Welt – von hohen Roh- und Brennstoffimporten aus der UdSSR abhängig, ihr Anteil am Import betrug 1978 45%.

Polen verfügt neben den großen Kohlevorkommen über große Lagerstätten an Kupfer und Schwefel. Aber nicht die Verarbeitung dieser Rohstoffe ist Kernpunkt der Industrie, sondern die dem Land von den Sozialimperialisten diktierte Spezialisierung auf die Produktion von Schiffen, Flugzeugen und Kfz-Teilen. Die nötigen Roh- und Brennstoffe müssen aus der UdSSR importiert werden. Um die reibungslose Belieferung sicherzustellen, muß Polen sich an den großangelegten Bauvorhaben in der UdSSR zum Abbau und Transport von Rohstoffen mit Arbeitern, Maschinerie und Krediten beteiligen.

Die polnische neue Bourgeoisie strebt aber auch danach, selbständig auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Für den Import von Maschinen und „Know how" aus den imperialistischen Ländern hat sie das Land in den letzten Jahren stark verschuldet, das heute an der Spitze der Schuldnerländer des RGW gegenüber den imperialistischen Bankenkonsortien steht. Um das Zahlungsbilanzdefizit gegenüber den westlichen Imperialisten zu drosseln und selbst wieder geschäftsfähig zu werden, setzt die neue Bourgeoisie auf den Ausbau des Steinkohlebergbaus. "Steinkohle ist und wird lange noch unsere Währung in den Umsätzen mit dem Ausland sein", bemerkt dazu die Zeitung „Zycie Warszawy" am 28.4.1979. Mehr als die Hälfte des Exports an Steinkohle geht in die westlichen imperialistischen Länder und macht 16% der Gesamtexporte aus. Bis 1980 sollen die Exporterlöse gegenüber 1976 um 75% erhöht werden.

Entgegen früheren Plänen soll bereits in diesem Jahr – statt 1980 – die Produktion die 200-Mio.t-Grenze übersteigen. Gleichzeitig wird die verstärkte Produktion von Braunkohle und Koks betrieben, um den heimischen Primärenergieverbrauch (zur Zeit noch mehr als 70% Steinkohle) auf Braunkohle umzustellen und den Import von Koks für die Stahlindustrie zu reduzieren.



Der Hafen von Swinoujscie (Swinemünde) ist einer der größten Steinkohle-Umschlagplätze. Die Transportkosten für Kohle sind aufgrund der großen Masse die teuersten der Welt. In Polen wird an der Verflüssigung von Steinkohle gearbeitet. Aus 2 Mio.t soll 1 Mrd. m³ Synthesegas erzeugt werden.

Steinkohleproduktion in Polen

	Förderung (in 1000 t)	Beschäftigte im Kohlebergbau (in 1000)	Schichtleistung pro Arbeiter (in kg)
1960.....	104438	324	2076
1970.....	140101	351	3065
1973.....	156630	361	3530
1974.....	162000	358	3685

(Quelle: Statistisches Jahrbuch Polen, 1974, 1975)

importiert werden. Um die reibungslose Belieferung sicherzustellen, muß Polen sich an den großangelegten Bauvorhaben in der UdSSR zum Abbau und
schen Primärenergieverbrauch (zur Zeit noch mehr als 70% Steinkohle) auf Braunkohle umzustellen und den Import von Koks für die Stahlindustrie



Der Hafen von Swinoujscie (Swinemünde) ist einer der größten Steinkohle-Umschlagplätze. Die Transportkosten für Kohle sind aufgrund der großen Masse die teuersten der Welt. In Polen wird an der Verflüssigung von Steinkohle gearbeitet. Aus 2 Mio.t soll 1 Mrd. m³ Synthesegas erzeugt werden.

Steinkohleproduktion in Polen

	Förderung (in 1000 t)	Beschäftigte im Kohlebergbau (in 1000)	Schichtleistung pro Arbeiter (in kg)
1960.....	104438	324	2076
1970.....	140101	351	3065
1973.....	156630	361	3530
1974.....	162000	358	3685

(Quelle: Statistisches Jahrbuch Polen, 1974, 1975)

Das Oberschlesische Kohlenrevier ist eines der größten Steinkohlevorkommen der Welt. Nach Schätzungen lagern hier mehr als 300 Mrd. t Kohle. Die Kohle hat einen hohen Feuchtigkeitsgrad und Heizwert. Der größte Teil der Vorkommen lagert jedoch in Flözen unter 1000 m bis zu 2000 m Tiefe. Je tiefer der Abbau vorangetrieben wird, desto mehr wächst die Unfallgefahr durch Stolleneinbrüche, Schlagwetter und Wassereinbrüche. Mit dem Abbau der Vorkommen bis 500 m Tiefe haben bereits die deutschen Faschisten während ihrer Besetzung Polens begonnen, die Vorräte sind mittlerweile fast völlig erschöpft.

Die polnischen Bergarbeiter, die etwa 10% der Industriearbeiterschaft bilden, haben eine lange Kampftradition gegen ihre Ausbeuter. Während der faschistischen Besetzung Polens ließen sie häufig durch kollektives Fernbleiben die Arbeit ruhen. Nach der Machtergreifung der Revisionisten setzten sie 1957 in zähen Kämpfen eine Lohnerhöhung um 33% durch. 1965 erzwangen sie für die Arbeit unter Tage einen gesetzlichen Arbeitstag von 7 ½ Stunden. Gegen die verschärfte Ausbeutung durch die neue Bourgeoisie greifen sie erneut zum Mittel des kollektiven Fernbleibens von der Arbeit.

Mit der Verschärfung der Ausbeutung hat sich die neue Bourgeoisie eine Reihe von Gesetzen geschaffen, um die erkämpften Arbeiterrechte zu beseitigen. Unter dem „verfassungsmäßig garantierten Recht auf Arbeit" versteht sie eine ständige Reservearmee von 3–5% Arbeitslosen. Arbeitslosengeld gibt es nicht. Gegen die „unkontrollierte Arbeitskräftefluktuation" wurde 1971 ein Gesetz erlassen, nach dem die Arbeiter je nach ihrem Beruf Arbeitskarten führen müssen – Bergmannskarten, Zechenarbeiterkarten usw., mit denen sie nur in den entsprechenden Berufen eingestellt werden. Es wurde weiter angeordnet, daß Arbeiter nur eingestellt werden dürfen, wenn sie im Ausweis einen Sichtvermerk über die ordnungsmäßige Auflösung ihres vorherigen Arbeitsverhältnisses führen. Bei eigenmächtiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses wird dem Arbeiter bis auf weiteres die Familien- und Wohnungszulage gestrichen. 1973 wurde ein Prämienlohnsystem eingeführt, das bei Fernbleiben von der Arbeit an mehr als drei Tagen die Jahresendprämie vollständig streicht. Mit dem Arbeitsgesetz von 1975 wurden Strafen für „Verletzung der Arbeitsdisziplin" festgeschrieben, ebenso wie die 45-Stundenwoche, Akkord- und Nachtarbeit sowie die Ableistung von Überstunden und Sonderschichten in „Ausnahmefällen".

7% der jährlichen Kohleproduktion werden in Sonn- und Feiertagsschichten gefahren. Zunehmend müssen die Bergarbeiter in „Rollschichten" zwischen 10 und 12 Stunden unter Tage arbeiten. Die beschleunigte Ausbeutung der Bergarbeiter wirkt sich aus in der zunehmenden Zerstörung ihrer Gesundheit. Wurden 1970 noch 20000 Bergarbeiter ins Sanatorium eingewiesen, waren es 1978 bereits 38000. Gegenüber einem durchschnittlichen Krankenstand in der Industrie von 102 Stunden pro Jahr lag der Krankenstand der Bergarbeiter bei 135,6 Stunden. Von 1974 auf 1976 stieg die Zahl der Todesfälle um 10%, bei den 15–19jährigen um 14%. Den höchsten Steigerungsgrad hatten Lungen- und Herzerkrankungen sowie Arbeitsunfälle.

karten führen müssen – Bergmannskarten, Zechenarbeiterkarten usw., mit denen sie nur in den entsprechenden Berufen eingestellt werden. Es wurde weiter angeordnet, daß Arbeiter nur eingestellt werden dürfen, wenn sie im Ausweis einen Sichtvermerk über die ordnungsmäßige Auflösung ihres vorherigen Arbeitsverhältnisses führen. Bei eigenmächtiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses wird dem Arbeiter bis auf weiteres die Familien- und Wohnungszulage gestrichen. 1973 wurde ein Prämienlohnsystem eingeführt, das bei Fernbleiben von der Arbeit an mehr als drei Tagen die Jahresendprämie vollständig streicht. Mit dem Arbeitsgesetz von 1975 wurden Strafen für „Verletzung der Arbeitsdisziplin" festgeschrieben, ebenso wie die 45-Stundenwoche, Akkord- und Nachtarbeit sowie die Ableistung von Überstunden und Sonderschichten in „Ausnahmefällen".

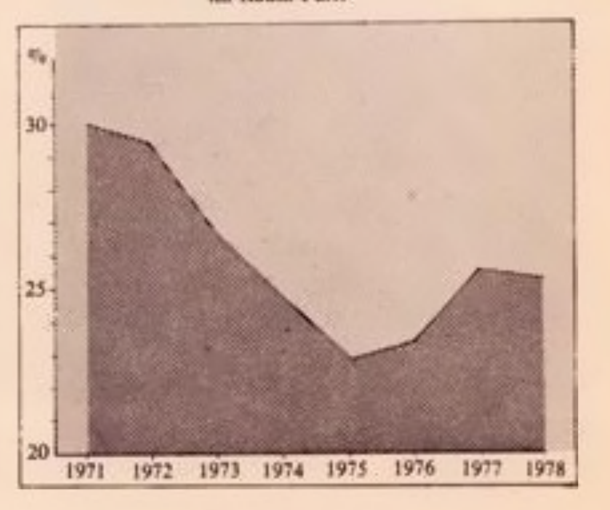
7% der jährlichen Kohleproduktion werden in Sonn- und Feiertagsschichten gefahren. Zunehmend müssen die Bergarbeiter in „Rollschichten" zwischen 10 und 12 Stunden unter Tage arbeiten. Die beschleunigte Ausbeutung der Bergarbeiter wirkt sich aus in der zunehmenden Zerstörung ihrer Gesundheit. Wurden 1970 noch 20000 Bergarbeiter ins Sanatorium eingewiesen, waren es 1978 bereits 38000. Ge-

Norwegen sperrt seine Gewässer gegen EG-Fischräuber

z.zik.Brüssel. Die EG-Kommission beschloß am 29. Mai, Zuschüsse in Höhe von 60 Mio. $ an Irland und 14 Mio. $ an Dänemark zu zahlen für die Erneuerung ihrer Fischereischutzflotten. Ziel der EG-Maßnahme ist es, „die Durchsetzung der EG-Fischschutzmaßnahmen und die Überwachung der Fangbeschränkungen zu erleichtern". Dänemark und Irland, die sich selber der Fischraubzüge der großen EG-Konkurrenten zu erwehren haben, sollen zu Polizisten gegenüber den nicht der EG angehörenden Ländern am Nordatlantik gemacht werden, so erhofft sich das zumindest die Kommission. Insbesondere auf Norwegen haben die EG-Imperialisten in jüngster Zeit Druck ausgeübt, so mit der Eröffnung eines Anti-Dumping-Verfahrens am 2. Mai dieses Jahres gegen die Einfuhren von Fischfilet in die EG-Länder und mit Drohungen seitens der britischen Imperialisten, Norwegens Fangquote in britischen Hoheitsgewässern zu kürzen. Anlaß war der Beschluß Norwegens vom 9. April, seine Gewässer nördlich des 62. Breitengrades für die Fischereiflotten der EG, die gerade im Anmarsch waren, zu sperren. Auf Druck der norwegischen Fischer und auf Anraten von Meeresforschern hatte die norwegische Regierung diesen Schritt unternommen, nachdem in der Gegend des Nordkap Bestände von jungem Kabeljau ausgemacht worden waren. Norwegen hat allen Grund zu dieser Maßnahme: Die Herings- und Wittlingsbestände in seinen Gewässern sind fast ausgerottet, der Fangertrag bei Heilbutt betrug 1975 nur noch 5% des Ertrags von 1965, bei schwarzem Heilbutt nur noch die Hälfte.

Frankreich: Nach Mietfreigabe 40% des Lohns für Miete?

z.pel.Paris. Die Regierung Barre hat zum 1. Juli die Mieten des sogenannten freien Sektors (40,1% aller Wohnungen) vollständig freigegeben. Bisher hatte sie sich Kontrolle und Bewilligung von Mieterhöhungen vorbehalten und versucht, dies als ideologische Waffe gegen den Lohnkampf der Arbeiter einzusetzen. Die Begrenzung der Mietsteigerungen auf „nur" 12% im Durchschnitt der letzten Jahre hat den Lohnkampf jedoch keineswegs begrenzen können. Die Finanzbourgeoisie ist unzufrieden. Ihre Absicht läßt der Staatssekretär für Wohnungsbau durchblicken: „Ich warne vor Erhöhungen von 25% und mehr." Der Heuchler hat selbst soeben das Dekret über Mietbeihilfen im sozialen Wohnungsbau erlassen. Es sieht Beihilfe für einen alleinstehenden Arbeiter z.B. erst dann vor, wenn die Miete mehr als 37% seines Lohnes ausmacht. Heute schon zahlen 26% des Volkes mehr als 40% des Lohns für Miete weg, der Großteil der Facharbeiter liegt jedoch noch darunter (siehe Schaubild). Das soll jetzt anders werden.



Durch unseren Kampf und mit eurer Hilfe werden wir siegen

Gespräch mit Sopheap In, Verantwortlicher der Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Peking und Vertreter des Landes bei der Blockfreienbewegung

Wir sind uns bewußt, daß für unser Volk eine neue Epoche des Kampfes gegen die sowjetisch-vietnamesischen Expansionisten begonnen hat. Wir hoffen dabei auf die Unterstützung aller Völker, die uns freundlich gesinnt sind. Während der Trockenzeit war das Ziel der vietnamesischen Expansionisten, unseren Kampf zu zerschlagen, besonders hatten sie es auf unsere Führungsorgane abgesehen. Denn sie wissen, wenn das Volk eine Führung hat, geht der Kampf weiter. Aber sie konnten unsere Führungsorgane im ganzen Land, unser Hauptquartier und unsere Verbindungen nicht zerschlagen. Das haben sie nicht erreicht, obwohl wir natürlich Verluste zu beklagen haben. In der Regenzeit werden die vietnamesischen Truppen weitere Ausrottungsfeldzüge unternehmen. Aber ihre Schwierigkeiten werden viel, viel größer sein, weil sie mit ihren Panzern nur schwer operieren können.

Unser Guerillakampf entwickelt sich gut. In allen Landesteilen operieren Kämpfer unserer Revolutionsarmee und unsere Partisanen. Wir führen gegenwärtig keine Großangriffe, aber wir können die Feinde wirksam treffen. Jeden Tag setzen unsere Kämpfer etwa 200 vietnamesische Soldaten außer Gefecht. In diesen Kämpfen schulen wir unsere Partisanen, und stärken wir unsere Armee. Wir haben gegenwärtig keine Militärakademien, sondern nur auf dem Schlachtfeld können wir unsere Kräfte stählen.

Jede Hilfe für die Marionetten ist frisches Blut für die Aggression

Gegenwärtig übt die SU großen Druck auf verschiedene Länder aus, das Marionettenregime in Phnom Penh anzuerkennen. Aber Thailand und die anderen ASEAN-Länder insbesondere lehnen diesen Schritt ab. Denn die Südostasiatischen Länder und auch viele andere Länder haben das Vorgehen des sowjetisch-vietnamesischen Hegemonismus erkannt. Sie haben begriffen, was diese Aggression bedeutet. Manche Länder meinen, daß sanfter Druck auf Vietnam besser ist, um zu verhindern, daß Vietnam ein fester Verbündeter der SU wird. Aber tatsächlich ist Vietnam längst ein hundertprozentiger Verbündeter der SU. Diese Länder müssen sich klarmachen, daß es auch besser für ihre Geschäfte ist, wenn die Länder unabhängig sind. Wenn wir unser Land wieder befreit haben, wollen wir beim Aufbau unseres Landes mit allen Ländern auf der Basis des gegenseitigen Nutzens zusammenarbeiten.

Gegenwärtig versucht Hanoi und seine Marionetten in Phnom Penh sich die internationale Anerkennung des Marionettenregimes zu erschleichen, indem sie heuchlerisch auf die drohende Hungersnot in Kampuchea verweisen. Die Länder die helfen wollen, sollen dann mit dem Marionettenregime verhandeln. Damit würden sie faktisch das Marionettenregime anerkennen und die Besatzung unseres Landes legalisieren. Außerdem besteht kein Zweifel, daß alle Hungerhilfe für Kampuchea in Verpflegung für die vietnamesischen Truppen verwandelt wird. So wurde alle internationale Hilfe, die in letzter Zeit nach Laos gegangen ist, nach Vietnam geschafft. Der schwache Punkt der vietnamesischen Expansionisten ist ihre Wirtschaft. Unter diesen Bedingungen bedeutet jede Hilfe für Vietnam oder seine Marionetten in Phnom Penh nur neue Blutzufuhr für die vietnamesischen Aggressoren.

Es geht um das Leben unserer Nation

Die Welt muß sich klarmachen: eine derartige Regierung wie die vietnamesische, die sich nicht scheut, Millionen Menschen aus dem eigenen Land zu vertreiben und zu Flüchtlingen zu machen, wird auch nicht zögern, unsere ganze Nation auszulöschen. Die Grausamkeit und die Barbarei der vietnamesischen Truppen ist unvorstellbar. Vergewaltigungen mit Todesfolge, Folterungen, die Ermordung hilfloser Kleinkinder – dies alles ist an der Tagesordnung. Es geht um das Leben unserer Nation, um das Überleben des Khmer-Volkes.

Dasselbe gilt für das laotische Volk: Die Laoten müssen kämpfen, denn sie sind ein kleines Land mit einer Bevölkerung von nur 3 Millionen. Sonst wird ihr Volk eines Tages gewaltsam ausgerottet sein oder durch die Assimilation verschwinden. Das laotische Volk leidet sehr unter der vietnamesischen Besatzung. Sein Kampf gegen die Besatzer gewinnt immer mehr an Stärke. Vor ein paar Tagen wurde ein großes Öllager der vietnamesischen Besatzungstruppen in Laos zerstört. Die Sozialistische Partei von Laos führt den Kampf gegen die Besatzer und ihre laotische Marionettenregierung.

Wir brauchen jede materielle und politische Unterstützung, besonders Medikamente

Das Hauptziel unseres Kampfes ist, daß unsere Nation, unser Volk weiterlebt. Deshalb schließen wir unsere ganze Nation gegen die vietnamesischen Expansionisten zusammen. Wir nehmen jeden, der gegen die Vietnamesen kämpft, in unseren Reihen auf. Auch Sihanouk ist gegen die vietnamesischen Besatzer, und deswegen schließen wir uns mit ihm zusammen. Das gilt auch für die früheren Beamten und Vertreter des Lon Nol-Regimes. Das, was in der Vergangenheit war, vergessen wir. Jeder, der am Kampf teilnehmen will, bekommt eine Aufgabe. Was die künftige Regierung angeht, so ist das Sache des Volkes, darüber zu entscheiden. Die sowjetisch-vietnamesische Hetzpropaganda gegen die Regierung des demokratischen Kampuchea hat gewisse Wirkung, aber alle sind gegen die Vietnamesen und unterstützen unsern Kampf. Keine Organisation von Kampucheanern im Ausland unterstützt die



vietnamesische Besatzung und ihr Marionettenregime. Ein ehemaliger hoher Beamter von Lon Nol erklärte, daß ohne die Regierung Pol Pot der Kampf gegen die Vietnamesen keine Führung hat. Und je mehr und je besser wir den Kampf führen, desto klarer werden die Massen sehen, daß wir für ihre Interessen kämpfen.

Für unsern Kampf brauchen wir jede politische und materielle Unterstützung. Es ist gut, wenn die Regierungen in den westlichen Ländern durch Aktionen unter Druck gesetzt werden, daß sie den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea fordern und alle Hilfe an Vietnam stoppen. Gegenwärtig brauchen wir besonders dringend Medikamente zur Behandlung von Wunden, daneben Betäubungsmittel und Medikamente gegen Diarrhoe und Ruhr.

Auch finanzielle Unterstützung ist nötig. Ein internationaler Kongreß soll demnächst die weltweite Bewegung zur Unterstützung unseres Kampfes koordinieren und fördern.

Veranstaltungen zur Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea

Es spricht ein Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampucheas in Frankreich.

Köln	15.6.1979
Frankfurt	16.6.1979
Westberlin	17.6.1979
Hannover	22.6.1979
Bremen	23.6.1979
Essen	24.6.1979

Niederlage der EG-Imperialisten bei den Verhandlungen um ein neues Lomé-Abkommen

z.zik.Brüssel. Bei den Verhandlungen um ein neues Lomé-Abkommen haben die Vertreter der AKP-Staaten (57 durch das Abkommen von Lomé an die EG assoziierten Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik) den EG-Imperialisten eine Niederlage beigebracht. Die Verhandlungen wurden am 26. Mai nach zwei Tagen auf unbestimmte Zeit vertagt. „Die Verhandlungen werden erst wieder aufgenommen, wenn die Europäer zeigen, daß sie bereit sind, ihr Angebot zu revidieren", erklärte Michael Anchovey, gabunischer Minister für Planung und Präsident des AKP-Rates.

Die AKP-Staaten waren geschlossen und mit klaren Forderungen auf den Verhandlungen aufgetreten:

– Erhöhung der Mittel der EG für das neue Abkommen auf 27 Milliarden Mark, was den Forderungen der Länder der Dritten Welt auf der UNCTAD-Konferenz entspricht. Die EG-Imperialisten waren dagegen bis zum Schluß nicht bereit, mehr als 12,8 Mrd. Mark für Kredite und Zuschüsse im Rahmen eines neuen Abkommens bereitzustellen.

– Ausweitung des Systems der Exporterlösstabilisierung (Stabex) auf weitere Agrarprodukte und Mineralien wie Zinn, Chrom und Diamanten. Das Stabex-System garantiert den Ländern der Dritten Welt Ausgleichszahlungen bei sinkenden Exporterlösen, allerdings in Form von zinslosen Krediten oder Zuschüssen, worüber die EG entscheidet. Bezüglich des Stabex hatten die AKP-Staaten weiter die Herabsetzung der Schwelle, bei der die Ausgleichszahlungen in Kraft treten, auf 10% Erlösrückgang gefordert, Zahlungen als Inflationsausgleich und jederzeitige Vorschüsse, falls notwendig. Die EG-Imperialisten wollten lediglich Kautschuk, Kupfer, Kobalt, Bauxit, Phosphat und Mangan in das Stabex-System nehmen und die Interventionsschwelle auf 20% festlegen.

– Freier Zugang aller Waren der AKP-Staaten zu den Märkten der EG.

– Recht auf Überprüfung und Einsichtnahme der AKP-Staaten im Fall der Verhängung von Einfuhrschutzklauseln seitens der EG.

– Abschluß eines Abkommens über die Bildung eines gemeinsam von AKP- und EG-Staaten verwalteten industriellen Kooperationsfonds zur Finanzierung neuer Industrien in den AKP-Staaten, der auch dritten Ländern und insbesondere den OPEC-Ländern offenstehen muß und der die bisherige Lomé-Konvention ersetzen soll.

Die EG-Imperialisten, die sich vorgenommen hatten, eine Investitionsschutzklausel für ihren Kapitalexport unterzubringen und eine Interventionsvollmacht in Form einer „Menschenrechtsklausel", kamen damit nicht durch. Die AKP-Staaten lehnten eine Investitionsschutzklausel ab, und bezüglich der Menschenrechtsklausel erklärte Michael Anchovey: „Man muß das Problem im Licht der sozialen und ökonomischen Rechte der Entwicklungsländer und der Rechte ihrer Wanderarbeiter in den EG-Ländern sehen".

Anstatt spalten zu können, wurden die europäischen Imperialisten durch die Forderungen der AKP-Staaten gespalten und müssen jetzt erst ihre Widersprüche glätten: Die britischen und belgischen wollen ihre Zahlungen in den Entwicklungsfonds kürzen, die italienischen wollen auf keinen Fall die Einbeziehung von Tabak in das Stabex-System, während das den BRD-Imperialisten als Zugeständnis an die AKP-Staaten überhaupt nichts ausmachen würde, die französischen suchen ihren Vorteil in eigenen bilateralen Verhandlungen. Unter diesen Umständen konnte CDU-Todenhöfers vor der Konferenz ausgegebene Spaltungstaktik, den Ländern den Vorrang zu geben, „die mit der EG eng zusammenarbeiten", nichts fruchten.



Jede Hilfe für die Marionetten ist frisches Blut für die Aggression

Gegenwärtig übt die SU großen Druck auf verschiedene Länder aus, das Marionettenregime in Phnom Penh anzuerkennen. Aber Thailand und die anderen ASEAN-Länder insbesondere lehnen diesen Schritt ab. Denn die Südostasiatischen Länder und auch viele andere Länder haben das Vorgehen des sowjetisch-vietnamesischen Hegemonismus erkannt. Sie haben begriffen, was diese Aggression bedeutet. Manche Länder meinen, daß sanfter Druck auf Vietnam besser ist, um zu verhindern, daß Vietnam ein fester Verbündeter der SU wird. Aber

derartige Regierung wie die vietnamesische, die sich nicht scheut, Millionen Menschen aus dem eigenen Land zu vertreiben und zu Flüchtlingen zu machen, wird auch nicht zögern, unsere ganze Nation auszulöschen. Die Grausamkeit und die Barbarei der vietnamesischen Truppen ist unvorstellbar. Vergewaltigungen mit Todesfolge, Folterungen, die Ermordung hilfloser Kleinkinder – dies alles ist an der Tagesordnung. Es geht um das Leben unserer Nation, um das Überleben des Khmer-Volkes.

Dasselbe gilt für das laotische Volk: Die Laoten müssen kämpfen, denn sie sind ein kleines Land mit einer Bevöl-

Kampf. Keine Organisation von Kampucheanern im Ausland unterstützt die

Veranstaltungen zur Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea

Es spricht ein Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampucheas in Frankreich.

Köln 15.6.1979
Frankfurt 16.6.1979
Westberlin 17.6.1979
Hannover 22.6.1979
Bremen 23.6.1979
Essen 24.6.1979

stimmte Zeit vertagt. „Die Verhandlungen werden erst wieder aufgenommen, wenn die Europäer zeigen, daß sie bereit sind, ihr Angebot zu revidieren", erklärte Michael Anchovey, gabunischer Minister für Planung und Präsident des AKP-Rates.

Die AKP-Staaten waren geschlossen und mit klaren Forderungen auf den Verhandlungen aufgetreten:

– Erhöhung der Mittel der EG für das neue Abkommen auf 27 Milliarden Mark, was den Forderungen der Länder der Dritten Welt auf der UNCTAD-Konferenz entspricht. Die EG-Imperialisten waren dagegen bis zum Schluß nicht bereit, mehr als 12,8 Mrd. Mark für Kredite und Zuschüsse im Rahmen eines neuen Abkommens bereitzustellen.

– Ausweitung des Systems der Exporterlösstabilisierung (Stabex) auf weitere Agrarprodukte und Mineralien wie Zinn, Chrom und Diamanten. Das Stabex-System garantiert den Ländern der Dritten Welt Ausgleichszahlungen bei sinkenden Exporterlösen, allerdings in Form von zinslosen Krediten oder Zuschüssen, worüber die EG entscheidet. Bezüglich des Stabex hatten

AKP- und EG-Staaten verwalteten industriellen Kooperationsfonds zur Finanzierung neuer Industrien in den AKP-Staaten, der auch dritten Ländern und insbesondere den OPEC-Ländern offenstehen muß und der die bisherige Lomé-Konvention ersetzen soll.

Die EG-Imperialisten, die sich vorgenommen hatten, eine Investitionsschutzklausel für ihren Kapitalexport unterzubringen und eine Interventionsvollmacht in Form einer „Menschenrechtsklausel", kamen damit nicht durch. Die AKP-Staaten lehnten eine Investitionsschutzklausel ab, und bezüglich der Menschenrechtsklausel erklärte Michael Anchovey: „Man muß das Problem im Licht der sozialen und ökonomischen Rechte der Entwicklungsländer und der Rechte ihrer Wanderarbeiter in den EG-Ländern sehen".

Anstatt spalten zu können, wurden die europäischen Imperialisten durch die Forderungen der AKP-Staaten gespalten und müssen jetzt erst ihre Widersprüche glätten: Die britischen und belgischen wollen ihre Zahlungen in den Entwicklungsfonds kürzen, die italienischen wollen auf keinen Fall die



Kämpfer des Demokratischen Kampuchea. Die Erfahrungen des siegreichen Kampfes gegen den US-Imperialismus sind nützlich für den Kampf gegen den sowjetisch-vietnamesischen Hegemonismus.

Australische Regierung plant 2-Mrd.-Dollar-Raub beim Volk

z.cht.Sydney. Am 24.5. hat die australische Regierung einen Zusatzhaushalt verabschiedet mit 300 Mio. Dollar Streichungen im Gesundheitswesen und 1,65 Mrd. Dollar zusätzlichen Einnahmen über Steuern und Gebühren. Die im letzten Haushalt erhobenen 1,5% Steueraufschlag auf die Lohnsteuer, die am 1.7.79 wieder aufgehoben werden sollten, werden mit der erhöhten Rate von 2,57% beibehalten und der ebenfalls zum 1. Juli in Aussicht gestellte Inflationsausgleich auf die Steuer ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die bislang vom Staat beigetragenen 40% zu den Arztkosten werden gestrichen. Die Familien sind nun gezwungen, private Versicherungen abzuschließen, die mindestens 10 Dollar die Woche kosten. 17% verdienten 1977 unter 120 Dollar, 60% von ihnen sind bislang unversichert. Die Regierungen der Bundesstaaten haben sofort nachgezogen. Am 25.5. erklärte die Regierung von New South Wales, daß die zehnprozentige Kürzung der Bundesbeiträge zu den Krankenhauskosten die Streichung von 10000 Arbeitsplätzen langfristig und 8000 Krankenhausbetten zum 1. Juli bedeutet. Die Regierung kommt mit diesen Plänen den wiederholt vorgetragenen Forderungen des Verbandes der australischen Industrie, Sprachrohr der imperialistischen Konzerne, nach „finanziellen Anreizen" und Streichungen der Ausgaben im Sozialbereich nach.

Algerien erhöht Erdgaspreis für US-Imperialisten

z.erm. Am 2O. Mai hat die algerische Regierung eine Erhöhung des Verkaufspreises für flüssiges Erdgas gegen die USImperialisten durchgesetzt. Ab sofort wird auf jede Lieferung, die im Rahmen des 1969 zwischen der amerikanischen Gesellschaft El Paso und der algerischen Sonatrach vereinbarten Abkommens durchgeführt wird, ein zusätzlicher Sonderpreis erhoben. Bis 1983 soll der Erdgaspreis um 21,5% auf 41 cent (0,78 DM) pro m^3 erhöht werden. Der Vertrag von 1969 umfasst die Lieferung von jährlich 1O Mrd. m^3, bei einer Laufzeit von 25 Jahren ab dem März 1978. Durch den Kursfall des Dollar mußte Algerien seit der ersten Lieferung an die USImperialisten 290 Mio. Dollar Verlust verzeichnen. Bei Beibehaltung des alten Preises würde Algerien ab Juli weitere 1,5 Mio. Dollar täglich verlieren. Derzeit exportiert Algerien, das mit 4,2 Billionen Kubikmeter über die drittgrößten Erdgasreserven nach der UdSSR und den USA verfügt, 20,7 Mrd. m^3 flüssiges Erdgas im Jahr. Bis 1985 sind weitere Verträge im Umfang von 28 Mrd. Kubikmeter, 75% an Länder der EG, abgeschlossen.

Jugoslawisches Wörterbuch mit sieben Nationalsprachen

z.lik. Die jugoslawische Lexikographische Anstalt in Zagreb erarbeitet ein achtsprachiges internationales Wörterbuch (Englisch, Russisch, Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Latein, Serbokroatisch) und ein siebensprachiges Wörterbuch, das die zahlenmäßig häufigsten Nationalsprachen Jugoslawiens berücksichtigt: Serbokroatisch, Mazedonisch, Albanisch, Slowenisch, Ungarisch, Türkisch, Italienisch. Neben den drei Amtssprachen Serbokroatisch, Mazedonisch und Slowenisch gibt es in Jugoslawien weitere 11 Nationalsprachen, die für insgesamt 16% der Gesamtbevölkerung die jeweilige Muttersprache sind. Ihr Gebrauch wird den Nationalitäten durch die Verfassung garantiert. Um die Sprachen der jugoslawischen Völker zu fördern, das Kulturerbe der Nationalitäten zu erhalten und zu schützen, unterstützt die Regierung die Ausbildung der Jugend in den Nationalsprachen. In den autonomen Republiken Kosovo und Wojwodina z.B., wo 6 bis 7 Sprachen gesprochen werden, gibt es etliche zwei- und dreisprachige Schulen. 1975 gab es landesweit 1530 Volksschulen, 280 Fachschulen und Gymnasien für 9 der 11 nationalen Minderheiten, Radio- und Fernsehprogramme sowie Zeitungen und Zeitschriften der verschiedenen Nationalitäten.

Afrika-Korps der DDR

z.hku. Bislang hätten sie zu Hause zu tun gehabt. „Heute sind wir soweit, daß wir an der Seite unserer sowjetischen Klassen- und Waffenbrüder die Erkenntnisse der sozialistischen Militärwissenschaft *weitergeben* können." (Hoffmann, Verteidigungsminister der DDR, am 23.5. in Mozambique zum Zweck seiner Reise nach Sambia, Mozambique und Äthiopien). Unentbehrlichkeit der sowjetischen, kubanischen und DDR-Truppen ist der oberste Leitsatz dieser „Wissenschaft". – Daß die DDR ihre Interessen in Angola und Äthiopien mit dem Einsatz eigener Truppen verfolgt, hatte Hoffmann im vergangenen Jahr bei seiner ersten Reise nach Guinea, Kongo und Angola noch bestritten; jetzt trumpfte er auf, die DDR werde „entsprechend der Möglichkeiten" alles tun, „um politische, diplomatische, ökonomische und auch militärische Hilfe zu leisten" (Neues Deutschland 23.5.). Die Frontstaaten Südafrikas unternehmen große Anstrengungen, um ihre Kriegsfähigkeit zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus zu erhöhen. Hoffmann besuchte in beiden Ländern Offiziersschulen; er sucht Hebel zur Spaltung und schließlich Unterdrückung der Befreiungsbewegungen. Daß dies heute schon der Einsatzzweck des Afrika-Korps der DDR ist, bestätigte sie selbst anläßlich der Besichtigung von äthiopischen Luftwaffenbasen: „Haile Mariam dankte der DDR für die moralische und materielle Unterstützung bei der Niederschlagung der inneren und äußeren Reaktion in Äthiopien." (Fernsehen der DDR, 30.5.)

Verstaatlichung? Recht auf Arbeit?

Gerade auf Grundlage der Krise in der Stahlindustrie haben in der europäischen Arbeiterbewegung bis hinein in die Reihen der Marxisten-Leninisten die Forderungen nach Verstaatlichung und nach dem „Recht auf Arbeit" wieder Popularität gewonnen. Da mag es nützlich sein, in Erinnerung zu rufen, was Engels bei verschiedenen Gelegenheiten über den Charakter dieser Forderungen geschrieben hat.

„Er (Singer) gehört zu denen, die in der Verstaatlichung von irgend etwas eine halb oder doch vorbereitend sozialistische Maßregel sehn und daher für Schutzzölle, Tabaksmonopol, Eisenbahnverstaatlichung usw. im geheimen schwärmen. Es sind das Flausen, die aus dem einseitig übertriebnen Kampf gegen das Manchestertum herüber vererbt sind und namentlich bei den zu uns gekommenen bürgerlichen und studierten Elementen viel Anhang haben, weil sie ihnen in der Debatte mit ihrer bürgerlichen und ‚jebildeten' Umgebung das Spiel erleichtern. Ihr habt den Punkt neulich in Berlin, wie er sagte, debattiert, und er ist glücklicherweise überstimmt worden. Wir dürfen uns wegen solcher kleinen Rücksichten weder politisch noch ökonomisch blamieren. Ich suchte ihm klarzumachen: 1. daß Schutzzölle nach unsrer Ansicht in Deutschland total verkehrt sind (in Amerika dagegen nicht), weil unsre Industrie sich unter Freihandel entwickelt hat und exportfähig geworden ist, für diese Exportfähigkeit aber die Konkurrenz des ausländischen Halbfabrikats auf dem innern Markte absolut bedarf; daß eine Eisenindustrie, die 4mal mehr produziert, als das Inland braucht, den Schutzzoll nur gegen das *Inland* benutzt, dajejen, wie die Tat beweist, im *Ausland* zu Schleuderpreisen losschlägt; 2. daß das Tabaksmonopol eine so minime Verstaatlichung ist, daß es uns nicht einmal als Exempel in der Debatte nützen kann, daß im übrigen es mit Wurst ist, ob Bismarck es durchsetzt oder nicht, indem das eine wie das andre schließlich nur zu unserm Nutzen ausschlagen muß; 3. daß die Eisenbahnverstaatlichung nur den Aktionären nützt, die ihre Aktien über den Wert verkaufen, uns aber gar nicht, weil wir mit den paar großen Kompagnien ebenso rasch fertig werden wie mit dem Staat, falls wir diesen erst haben; daß die Aktiengesellschaften den Beweis bereits geliefert haben, wie sehr der Bourgeois als solcher überflüssig ist, indem die ganze Verwaltung von salarierten Beamten geleistet wird und die Verstaatlichung hierzu keinen neuen Beweisgrund hinzufügt. Er hat sich aber die Sache zu fest in den Kopf gesetzt und war nur darüber mit mir einig, daß vom politischen Standpunkt Eure ablehnende Haltung die einzig korrekte sei." (an August Bebel, 16. Mai 1882)

„Dann mißbraucht dieser Herr Jaurès, dieser doktrinäre, aber – besonders in der politischen Ökonomie – unwissende Professor, dieses im höchsten Grade oberflächliche Talent, seine Redseligkeit, um sich auf den ersten Platz zu drängen und sich als Wortführer des Sozialismus aufzuspielen, den er nicht einmal versteht. Sonst hätte er nicht gewagt, einen *Staatssozialismus* in den Vordergrund zu stellen, der eine der *Kinderkrankheiten* des proletarischen Sozialismus darstellt, eine Krankheit, die man z.B. in Deutschland vor mehr als einem Dutzend Jahren unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes durchgemacht hat, *wo das die einzige Form war, die von der Regierung geduldet wurde* (und die sie sogar begünstigte). Und doch war es nur eine verschwindende Minderheit der Partei, die für kurze Zeit darauf hereinfiel; nach dem Kongreß von Wyden ist das alles verschwunden.

Aber wir haben in Frankreich die Republik! werden Euch die Ex-Radikalen sagen – bei uns ist das etwas anderes, wir können die Regierung für sozialistische Maßnahmen ausnutzen! – Die Republik unterscheidet sich von der Monarchie dem Proletariat gegenüber nur dadurch, daß sie die *fertige* politische Form für die künftige Herrschaft des Proletariats ist. Ihr habt uns gegenüber den Vorteil, daß Ihr sie schon habt; wir anderen, wir müssen noch 24 Stunden verlieren, um sie zu schaffen. Aber die Republik wird wie jede andere Regierungsform durch ihren Inhalt bestimmt; solange sie die Herrschaftsform der *Bourgeoisie* ist, ist sie uns genau so feindlich wie irgendeine Monarchie (abgesehen von den *Formen* dieser Feindseligkeit). Es ist also eine völlig unbegründete Illusion, sie von ihrem Wesen nach für eine sozialistische Form zu halten oder ihr, solange sie von der Bourgeoisie beherrscht ist, sozialistische Aufgaben anzuvertrauen. Wir können ihr Zugeständnisse entreißen, aber ihr niemals die Ausführung unserer eigenen Arbeit übertragen." (an Paul Lafargue, 6. März 1894)

„Das Recht auf Arbeit ist von Fourier erfunden, bei ihm verwirklicht es sich aber nur im Phalanstère, setzt also dessen Annahme voraus. Die Fourieristen – friedliebende Philister der „Démocratie pacifique", wie ihr Blatt hieß –, verbreiteten die Phrase eben ihres ungefährlichen Klangs wegen. Die Pariser Arbeiter 1848 ließen sie sich – bei ihrer absoluten theoretischen Unklarheit – aufhängen, weil sie so praktisch, so wenig utopistisch, so ohne weiteres realisierbar aussah. Die Regierung realisierte sie – in der einzigen Weise, wie die kapitalistische Gesellschaft sie realisieren konnte – in den sinnlosen Nationalwerkstätten. Genauso wurde das Recht auf Arbeit während der Baumwollkrise 1861-64 hier in Lancashire durch Munizipalwerkstätten realisiert. Und in Deutschland realisiert man es ebenfalls in den Hunger- und Prügel-Arbeiterkolonien, für die der Philister jetzt schwärmt. Als *separate* Forderung gestellt, *kann* das Recht auf Arbeit gar nicht

zu stellen, der eine der *Kinderkrankheiten* des proletarischen Sozialismus darstellt, eine Krankheit, die man z.B. in Deutschland vor mehr als einem Dutzend Jahren unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes durchgemacht hat, *wo das die einzige Form war, die von der Regierung geduldet wurde* (und die sie sogar begünstigte). Und doch war es nur eine verschwindende Minderheit der Partei, die für kurze Zeit darauf hereinfiel; nach dem Kongreß von Wyden ist das alles verschwunden.

Aber wir haben in Frankreich die Republik! werden Euch die Ex-Radikalen sagen – bei uns ist das etwas anderes, wir können die Regierung für sozialistische Maßnahmen ausnutzen! – Die Republik unterscheidet sich von der Monarchie dem Proletariat gegenüber nur dadurch, daß sie die *fertige* politische Form für die künftige Herrschaft des Proletariats ist. Ihr habt uns gegenüber den Vorteil, daß Ihr sie schon habt; wir anderen, wir müssen noch 24 Stunden verlieren, um sie zu schaffen. Aber die Republik wird wie jede andere Regierungsform durch ihren Inhalt bestimmt; solange sie die Herrschaftsform der *Bourgeoisie* ist, ist sie uns genau so feindlich wie irgendeine Monarchie (abgesehen von den *Formen* dieser Feindseligkeit). Es ist also eine völlig unbegründete Illusion, sie von ihrem Wesen nach für eine sozialistische Form zu halten oder ihr, solange sie von der Bourgeoisie beherrscht ist, sozialistische Aufgaben anzuvertrauen. Wir können ihr Zugeständnisse entreißen, aber ihr niemals die Ausführung unserer eigenen Arbeit übertragen." (an Paul Lafargue, 6. März 1894)

„Das Recht auf Arbeit ist von Fourier erfunden, bei ihm verwirklicht es sich aber nur im Phalanstère, setzt also dessen Annahme voraus. Die Fourieristen – friedliebende Philister der „Démocratie pacifique", wie ihr Blatt hieß –, verbreiteten die Phrase eben ihres ungefährlichen Klangs wegen. Die Pariser Arbeiter 1848 ließen sie sich – bei ihrer absoluten theoretischen Unklarheit – aufhängen, weil sie so praktisch, so wenig utopistisch, so ohne weiteres realisierbar aussah. Die Regierung realisierte sie – in der einzigen Weise, wie die kapitalistische Gesellschaft sie realisieren konnte – in den sinnlosen Nationalwerkstätten. Genauso wurde das Recht auf Arbeit während der Baumwollkrise 1861-64 hier in Lancashire durch Munizipalwerkstätten realisiert. Und in Deutschland realisiert man es ebenfalls in den Hunger- und Prügel-Arbeiterkolonien, für die der Philister jetzt schwärmt. Als *separate* Forderung gestellt, *kann* das Recht auf Arbeit gar nicht
anders verwirklicht werden. Man verlangt von der kapitalistischen Gesellschaft, es zu realisieren, sie kann das nur innerhalb *ihrer* Existenzbedingungen, und wenn man das Recht auf Arbeit von *ihr* verlangt, so verlangt man es unter diesen bestimmten Bedingungen, man verlangt also Nationalwerkstätten, Arbeitshäuser und Kolonien. Soll aber die Forderung des Rechts auf Arbeit *indirekt* die Forderung der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise einschließen, so ist sie gegenüber dem heutigen Stand der Bewegung ein feiger Rückschritt, eine Konzession ans Sozialistengesetz, eine Phrase, die keinen Zweck haben kann, als die Arbeiter konfus und unklar zu machen über die Ziele, die sie zu verfolgen haben, und über die Bedingungen, unter denen allein sie sie erreichen können." (an Eduard Bernstein, 23. Mai 1884)

Kämpfe der Stahlarbeiter – Ein Überblick seit 1977

z wig. Seit dem Beginn der Überproduktionskrise in der Stahlindustrie haben die Stahlmonopole die Ausbeutung der Stahlarbeiter gewaltig gesteigert, um die entscheidenden Ausgangsbedingungen beim Kampf um Marktanteile und Absatzmärkte zu schaffen und Höchstprofite zu erzielen. Um die Ausbeutung weiter zu verschärfen und um Extraprofite zu kassieren, haben sie riesige Summen in die Umrüstung der Produktionsanlagen investiert und Rationalisierungsprogramme durchgeführt. Intensivste Ausbeutung bei Tag und Nacht, an Sonn- und Feiertagen, mörderische Arbeitsbedingungen und Ausdehnung der Schichtarbeit bedeuten diese Programme für die Stahlarbeiter in allen imperialistischen Ländern. In all diesen Ländern haben die Stahlarbeiter in den letzten Jahren große Kämpfe gegen die kapitalistische Rationalisierung und lange Streiks um mehr Lohn geführt.

Gegenwärtig stehen die französischen Arbeiter an vorderster Front im Kampf gegen die Lohnsenkungen, die Ausdehnung der Schicht- und Nachtarbeit, die unerträglichen Arbeitsbedingungen und die Massenentlassungen. Im Dezember hatten die drei großen französischen Stahlmonopole ihre neuesten Rationalisierungspläne verkündet, und seit dieser Zeit sind die Kämpfe der französischen Stahlarbeiter nicht abgebrochen. Mit Massendemonstrationen, Streiks, Betriebsbesetzungen, Aktionen gegen Konzernverwaltungen, Besetzungen von Finanzämtern und Präfekturen antworteten die französischen Stahlarbeiter in den letzten Wochen und Monaten auf die Rationalisierungs- und Stillegungspläne der Stahlkapitalisten, die in den nächsten Jahren 27000 Stahlarbeiter entlassen wollen. Der Kampf der französischen Arbeiter ist der jüngste Kampf, mit dem die Stahlarbeiter in den imperialistischen Ländern auf die Verschärfung der Ausbeutung und die Massenentlassungen antworten.

Die Kämpfe der französischen Stahlarbeiter begannen Anfang 1977 Massencharakter anzunehmen. Als die Rationalisierungspläne der französischen Stahlmonopole bekannt wurden, traten die beiden Hochofenbesetzungen beim modernsten Stahlwerk Frankreichs, Solmer in Fos, in den Streik und forderten Lohnzulage von 1,50 Francs pro Stunde, um die Teuerung auszugleichen, und volle Bezahlung der Kurzarbeit. Die Stahlkapitalisten sperrten daraufhin 4500 Arbeiter bei Solmer aus. Der Versuch der Stahlkapitalisten, die Produktion in Thionville weiterzuführen, scheiterte am Widerstand der Arbeiter des dortigen Sollac-Werkes, Streikbrecherarbeiten zu übernehmen. Obwohl die Arbeiter bei Solmer nur einen Kompromiß durch ihren 5 Wochen andauernden Streik erzielten, war es jedoch die erste bedeutende Kampfansage an die Rationalisierungspläne der französischen Stahlkapitalisten, die die französischen Arbeiter zu weiteren Kämpfen ermutigte.

Im März 1977 findet eine erste große Demonstration von 4000 in Thionville statt, nachdem die dortigen Usinor-Arbeiter gegen die Stillegungspläne gestreikt hatten. Im April versammeln sich 20000 zu einer Protestkundgebung, auf der der Streik in der ganzen Lothringer Stahlindustrie gefordert wird. Die Aktionen bleiben jedoch zersplittert, weil es nicht gelingt, einheitliche Aktionen in ganz Lothringen unter klaren Forderungen durchzusetzen, und die Revisionisten mit einer Taktik der dauernden Demonstrationen, Kurzstreiks, Aktionstage usw. usf. die Kampfkraft der Bewegung schwächen können. Als im Juni die ersten Entlassungen bei Usinor anstanden, war es nicht gelungen, das Werk zu besetzen, und viele Arbeiter gaben damals zunächst entmutigt auf und nahmen Änderungskündigungen an oder suchten Arbeit in den Usinor-Werken an der Atlantik- und Mittelmeerküste.

In Großbritannien, wo die Regierung Callaghan im Juni 1977 versuchte, den Sozialpakt zu verlängern, traten die Elektriker des Werks Port Talbot der British Steel Corporation in den Streik und forderten höhere Löhne und Angleichung der Löhne an die der anderen Facharbeiter im Stahlwerk. Sie erhielten bis zu 10 Pfund weniger. 7000 Arbeiter des Werks unterstützten die Aktionen, als der Kapitalist versuchte, mit der Aussperrung der gesamten Belegschaft den Streik in die Knie zu zwingen. Auf Grund der entscheidenden Bedeutung dieses Streiks für die gesamte englische Kapitalistenklasse zur Durchsetzung des Sozialpakts brachten die britischen Kapitalisten und die Regierung 13 Mio. Pfund für Stahlimporte auf und konnten den Streik nach 10 Wochen brechen.

Auch in Schweden, wo die Arbeiter der verschiedenen Branchen im Herbst 1977 in lokalen Kämpfen Lohnerhöhungen forderten, standen die Stahlarbeiter an vorderster Front. Im Walz-



ter nicht abgebrochen. Mit Massendemonstrationen, Streiks, Betriebsbesetzungen, Aktionen gegen Konzernverwaltungen, Besetzungen von Finanzämtern und Präfekturen antworteten die französischen Stahlarbeiter in den letzten Wochen und Monaten auf die Rationalisierungs- und Stillegungspläne

Im März 1977 findet eine erste große Demonstration von 4000 in Thionville statt, nachdem die dortigen Usinor-Arbeiter gegen die Stillegungspläne gestreikt hatten. Im April versammeln sich 20000 zu einer Protestkundgebung, auf der der Streik in der ganzen Lothringer Stahlindustrie gefordert

für Stahlimporte auf und konnten den Streik nach 10 Wochen brechen.

Auch in Schweden, wo die Arbeiter der verschiedenen Branchen im Herbst 1977 in lokalen Kämpfen Lohnerhöhungen forderten, standen die Stahlarbeiter an vorderster Front. Im Walz-



„Stahlarbeiter in Bewegung" – in allen kapitalistischen Ländern.

Marxisten-Leninisten über die Kämpfe der Stahlarbeiter

USA: Resumé der Kämpfe 1978

Wenn wir die gegenwärtige Lage betrachten, ist es notwendig, sich die Versprechungen von Lloyd McBride und anderen Spitzenbürokraten der USW (Vereinigte Stahlarbeiter) ins Gedächtnis zu rufen, die den Stahlarbeitern gesagt haben, wenn sie gegen ausländische Importe marschieren und ihren Abgeordneten Briefe zur Unterstützung der Antiimport-Gesetzgebung schreiben, würden sie ihre Arbeitsplätze wiederbekommen.

Den Kapitalisten ist es jetzt gelungen, etwa ein Drittel der ausländischen Importe zu beseitigen, aber das hat nicht zur Wiedereröffnung eines einzigen Stahlwerks oder zur Wiedereinstellung der Entlassenen geführt. Es hat nur mehr Arbeitshetze für die Arbeiter bedeutet, die noch Arbeit haben. Das wird von den USW-Bürokraten weiterhin gedeckt. Tatsächlich haben sie jeden Schritt der Rationalisierung und jede der 65000 Entlassungen unterstützt.

Die Stahlkrise ist keineswegs vorbei. Trotz des neuentdeckten „Optimismus" der Bosse stagniert weiterhin die gesamte Industrie. Die zusätzlichen acht Millionen Tonnen Stahl, die die Stahlfirmen 1978 produzieren wollen, sind nur zu schaffen, indem sich die US-Stahlfabrikanten in den Marktanteil der ausländischen Firmen hineinfressen, nicht durch eine Zunahme der Gesamtnachfrage nach Stahl. Das liegt daran, daß die ganze kapitalistische Wirtschaft weiter in der Krise steckt.

Das Niveau der Investitionen in neue Fabriken und Ausrüstungen, die Hauptverwendungszwecke für Stahl, ist weiterhin niedrig. Der anhaltend niedergedrückte Zustand der Stahlindustrie ist nur ein Anzeichen dafür, daß es sehr wenig Wachstum und bestimmt keinen „Boom" in der gegenwärtigen Phase der wirtschaftlichen „Erholung" gibt. Und während zehntausende Stahlarbeiter und andere permanent arbeitslos werden, intensiviert sich die zyklische Überproduktionskrise ein weiteres Mal. Daher kann die „Erholung", soweit es sie jetzt gibt, nicht lange dauern, bis die nächste, noch schärfere Krise einsetzt. – Die Rationalisierung und Stabilisierung, die in der Stahlindustrie erreicht wurde, kam nur zustande durch ungeheure Angriffe auf die Arbeiter und eine überwältigende Zunahme der Intensität ihrer Ausbeutung. Dennoch predigen die „falschen Freunde" der Stahlarbeiter, einschließlich der Gewerkschaftsbürokraten und Revisionisten, Vertrauen auf eben das kapitalistische System, das verantwortlich für diese Angriffe ist.

Vertrauen auf die Kapitalisten zur Wiedergewinnung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen – das kann die Arbeiter nur immer schwereren Angriffen aussetzen und in die Niederlage führen. Der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Situation liegt im revolutionären Kampf. Er liegt im Kampf Klasse gegen Klasse um jeden Arbeitsplatz heute, ebenso wie in der Organisierung für den Klassenkampf, der gekämpft werden muß zum endgültigen Sturz der Kapitalisten und ihres Systems. (Broschüre „The Crisis in Steel. A selection of articles from The Call", Juli 1978)

Frankreich: April 1979

„Die Wahrheit ist, daß es seit 40 Jahren, außer zur Zeit der Besetzung, keine so zynische, keine so geplante, keine so gewalttätige Offensive gegen die Arbeiterklasse gegeben hat. Eine Offensive, die vor keinem Mittel zurückschreckt. Mehr als je zuvor müssen wir über die Notwendigkeit sprechen, den Klassenkampf bis zum Ziel zu führen." (Jacques Jurquet, Generalsekretär der PCML am 29.4.1979 in Dünkirchen)

„Die Entlassungsbriefe werden bald in großem Umfang in Denain und Lothringen eintreffen. Die Kapitalisten, Giscard-Barre und Co. sind entschlossen, ihren Restrukturierungsplan zu verfolgen und Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen aufs Pflaster zu werfen. Um dies durchzusetzen, greifen sie die in der Vergangenheit schwer erkämpften demokratischen Rechte, das Streikrecht, das Demonstrationsrecht, die gewerkschaftlichen Freiheiten an. (...) Um geschlossen und schlagkräftig zu antworten, müssen wir in geschlossenen Reihen kämpfen, brauchen wir unbedingt die Einheit der Arbeiterklasse. (...) Die Einheit wird hergestellt an der Basis, in der Abteilung, im Unternehmen, im selben Konzern, von einer Branche zur anderen. (...) Gemeinsam kämpfen heißt die internationale Solidarität der Arbeiter entwickeln. Es heißt, alle anderen Kämpfe, für Lohn, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, für die gewerkschaftlichen und demokratischen Freiheiten im Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze zusammenzufassen." (Aufruf des Sekretariats des ZK der PCML, 10.5.1979)

„Die Initiativen, die in den letzten Monaten ergriffen wurden, um in die Offensive zu kommen, so wie die handstreichartigen Aktionen in Longwy, brechen mit den Praktiken der Spaziergangsdemonstrationen der Gewerkschaftsführungen. Das Echo und die Unterstützung, die sie in der Bevölkerung gefunden haben, sind Symbol dieses Volkswiderstands gegen die Arbeitslosigkeit, der beginnt, sich herauszubilden." (Le Quotidien du peuple, Zentralorgan der PCRML, 28.4.)

„Die Produktion in den leistungsfähigsten Stahlwerken lahmlegen, das ist der Weg, der eingeschlagen werden muß. Die Beteiligung von Dünkirchen, Fos und Mardyck an der Bewegung der Stahlarbeiter gegen die im Stahlplan vorgesehenen Tausende von Entlassungen ist unbedingt notwendig. (...) Die Schläge, die die einen Usionr versetzen, stärken den Kampf der anderen gegen den Trust." (Le Quotidien du peuple, 14.4.)

werk Domnarvet streikten 70 Arbeiter für eine Lohnerhöhung von 3,5 Kronen (der offizielle Abschluß betrug 50 Öre) und konnten eine Lohnerhöhung durchsetzen.

In den USA traten die 18000 Arbeiter der Erzgruben von Nord-Michigan und Minnesota, die sich im Besitz der großen US-Stahlmonopole befinden, am 1. August 1977 in den Streik. In den Tarifverhandlungen im April hatten die Stahlkapitalisten und die reformistischen Gewerkschaftsführer in der Stahlarbeitergewerkschaft zum zweiten Mal im Rahmen des Zwangsschlichtungsabkommens (das erste Mal 1974) ENA für 450000 Stahlarbeiter einen Tarifvertrag mit dreijähriger Laufzeit abgeschlossen, der pro Jahr 3%-Lohnerhöhung vorsieht. Die Arbeiter der Erzbergwerke forderten Lohnerhöhungen, Angleichung der Löhne an die ganze Branche, eine bessere Unfallversicherung und Rechte im Fall der Kündigung.

Der Streik, der 4½ Monate dauerte, wurde von 18 Bezirken der Stahlarbeitergewerkschaft USWA getragen. Im Laufe des Kampfes gelingt es den Kapitalisten lediglich, 4 kleinere Bezirke aus der Streikfront herauszubrechen.

Auf einer Kundgebung am 17.12. können die Arbeiter den erfolgreichen Abschluß nach dem längsten Streik in der Geschichte der amerikanischen Stahlarbeiter feiern. In der ganzen Welt hatte ihr Streik Unterstützung gefunden. Auf der Kundgebung wurden auch Grußadressen von westdeutschen Stahlarbeitern von einem Klöcknerarbeiter verlesen und 1888 Dollar Spenden überbracht. Die Kapitalisten mußten übertarifliche Lohnzulagen von 55c ab 1.11. zahlen und eine Reihe betrieblicher Forderungen erfüllen, die die gefährlichen und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen, die medizinische Versorgung bei Arbeitsunfällen und die Bedingungen der Beschäftigung älterer Arbeiter betreffen. Wenn damit auch nur ein Teil der Forderungen erfüllt worden ist, so konnte die klassenkämpferische Bewegung damit doch ihre Einheit festigen und die Kapitalisten zwingen, mit ihren Streikführern von der USWA zu verhandeln.

In Belgien legte die Regierung, ähnlich wie in Frankreich Ende 77, den sogenannten Makinsey-Plan vor, der 20000 Entlassungen in der belgischen Stahlindustrie vorsieht. Dagegen entwickelt sich Anfang 78 eine breite Bewegung der belgischen Stahlarbeiter, die bis Juli 78 immer wieder zu Aktionen und Streiks gegen Entlassungen schreiten. Ende 77 hatten bereits die Arbeiter von Kokerill die Schließung eines Werkteils durch Streiks und Demonstrationen verhindert. Am 17. Januar 78 begann bei den Kabel- und Stahlwerken in Charleroi ein Streik der Belegschaften, der sich zunächst gegen die Entlassung von zwei Krankenschwestern richtete. Die Forderungen wurden kurz nach Beginn des Streiks auf die Senkung des Rentenalters auf 58 Jahre für Männer und 53 Jahre für Frauen sowie die Begrenzung der wö-

beiter verlesen und 1888 Dollar Spenden überbracht. Die Kapitalisten mußten übertarifliche Lohnzulagen von 55c ab 1.11. zahlen und eine Reihe betrieblicher Forderungen erfüllen, die die gefährlichen und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen, die medizinische Versorgung bei Arbeitsunfällen und die Bedingungen der Beschäftigung älterer Arbeiter betreffen. Wenn damit auch nur ein Teil der Forderungen erfüllt worden ist, so konnte die klassenkämpferische Bewegung damit doch ihre Einheit festigen und die Kapitalisten zwingen, mit ihren Streikführern von der USWA zu verhandeln.

In Belgien legte die Regierung, ähnlich wie in Frankreich Ende 77, den sogenannten Makinsey-Plan vor, der 20000 Entlassungen in der belgischen Stahlindustrie vorsieht. Dagegen entwickelt sich Anfang 78 eine breite Bewegung der belgischen Stahlarbeiter, die bis Juli 78 immer wieder zu Aktionen und Streiks gegen Entlassungen schreiten. Ende 77 hatten bereits die Arbeiter von Kokerill die Schließung eines Werkteils durch Streiks und Demonstrationen verhindert. Am 17. Januar 78 begann bei den Kabel- und Stahlwerken in Charleroi ein Streik der Belegschaften, der sich zunächst gegen die Entlassung von zwei Krankenschwestern richtete. Die Forderungen wurden kurz nach Beginn des Streiks auf die Senkung des Rentenalters auf 58 Jahre für Männer und 53 Jahre für Frauen sowie die Begrenzung der wö-
chentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden ausgedehnt und fanden unter der ganzen belgischen Arbeiterklasse Unterstützung.

Während der kommenden Auseinandersetzungen und Kämpfe gelang es nicht die Einheit über Forderungen gegen die dauernen Lohnsenkungen und die verschärfte Ausbeutung herzustellen. Die christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsreformisten stimmten auf dem Spitzengespräch von Bankern, Regierung und Gewerkschaftsvertretern, „Tarifrunde“ genannt, Entlassungen von bis zu 8500 Arbeitern zu, obwohl die Stahlarbeiter wie z.B. in Charleroi im Mai 78 Streiks und Demonstrationen gegen die erste Welle der Entlassungen durchführten und 1000 Stahlarbeiter die „Tarifrunde“ belagerten und nur durch den massiven Einsatz der Bereitschaftspolizei auseinandergetrieben werden konnten.

Im Juni 78 gelingt es der christlichen und reformistischen Gewerkschaftsführung, die Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen, die sich bereits in Streiks zu festigen begann, zu zersetzen mit einem Abschluß, der die tarifliche Arbeitszeit ab 1.11.78 um eine Stunde und zum 1.7.79 um eine weitere Stunde verkürzte, aber keine Marke gegen die dauernden Lohnsenkungen setzte, stattdessen die Gewerkschaften verpflichtet, bei Produktivitätssteigerungsmaßnahmen und Rationalisierungen mitzuarbeiten.

Ende 78/Anfang 79 erreichten die Kämpfe der Stahlarbeiter in allen imperialistischen Ländern einen Höhepunkt. Seit dieser Zeit rissen die eingangs erwähnten Kämpfe der französischen Arbeiter nicht mehr ab. Die westdeutschen Stahlarbeiter vereitelten mit ihrem Streik vom 28.11.78-10.1.79 die Pläne der Stahlkapitalisten, die am liebsten überhaupt keine Lohnerhöhung zahlen wollten, obwohl es nicht gelang, mit dem Streik den dauernden Lohnsenkungen Einhalt zu gebieten und die Sozialdemokraten sich mit ihrer Arbeitszeitverkürzungseinstiegspolitik gegenüber klaren Forderungen gegen die Kontischicht, gegen die Nacht- und Schichtarbeit, durchsetzen konnten und die Stahlarbeiter um die Früchte ihres Kampfes brachten. So konnte der Streik auch nicht ausreichend nutzen, um die Kämpfe gegen die Rationalisierungsmaßnahmen und die verschärfte Ausbeutung, die seit 1975/76 von den Belegschaften einzelner Werke und einzelner Konzerne geführt werden, zu stützen und zu Kämpfen gegen die allseitige Beschränkung des Arbeitstages voranzubringen.

Auch die japanischen Stahlarbeiter haben Anfang Januar 1979 in mehreren Städten gegen die geplanten Massenentlassungen demonstriert und befinden sich gegenwärtig in schwierigen Kämpfen um den Lohn. In Belgien, England und anderen Ländern Westeuropas ist es seit Anfang des Jahres immer wieder zu Streiks und Aktionen gegen die Pläne der Stahlmonopole gekommen, und auch die Kämpfe gegen die maßlose Ausbeuterei werden von einzelnen Belegschaften immer wieder geführt, wie z.B. der Streik der schottischen Hochofenarbeiter im Stahlwerk Raivencraig, die gegen weitere Steigerung der Produktion und ein neues Prämiensystem streikten.

Den französischen Arbeitern ist es jetzt teilweise gelungen, sich trotz der

gelang, mit dem Streik den dauernden Lohnsenkungen Einhalt zu gebieten und die Sozialdemokraten sich mit ihrer Arbeitszeitverkürzungseinstiegspolitik gegenüber klaren Forderungen gegen die Kontischicht, gegen die Nacht- und Schichtarbeit, durchsetzen konnten und die Stahlarbeiter um die Früchte ihres Kampfes brachten. So konnte der Streik auch nicht ausreichend nutzen, um die Kämpfe gegen die Rationalisierungsmaßnahmen und die verschärfte Ausbeutung, die seit 1975/76 von den Belegschaften einzelner Werke und einzelner Konzerne geführt werden, zu stützen und zu Kämpfen gegen die allseitige Beschränkung des Arbeitstages voranzubringen.

Auch die japanischen Stahlarbeiter haben Anfang Januar 1979 in mehreren Städten gegen die geplanten Massenentlassungen demonstriert und befinden sich gegenwärtig in schwierigen Kämpfen um den Lohn. In Belgien, England und anderen Ländern Westeuropas ist es seit Anfang des Jahres immer wieder zu Streiks und Aktionen gegen die Pläne der Stahlmonopole gekommen, und auch die Kämpfe gegen die maßlose Ausbeuterei werden von einzelnen Belegschaften immer wieder geführt, wie z.B. der Streik der schottischen Hochofenarbeiter im Stahlwerk Raivencraig, die gegen weitere Steigerung der Produktion und ein neues Prämiensystem streikten.

Den französischen Arbeitern ist es jetzt teilweise gelungen, sich trotz der
Spalterei der Revisionisten an einigen Punkten auf Forderungen gegen die Lohnsenkungen zu einigen und auch schon Erfolge zu erzielen. Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag ist grundlegend bei allen Forderungen gegen die Stahlkapitalisten. Das zeigen alle Kämpfe.

USA: Stahlarbeiter bestreiken Newport News

Newport News, Virginia. Die Hinhaltetaktik der Geschäftsleitung hat die Geduld der Stahlarbeiter erschöpft, und sie bestreiken die riesige Newport News Schiffbau und Trockendock Co., ein Jahr nachdem die Stahlarbeiter-Gewerkschaft als Vertretung der 19000 Arbeiter dieser Werft gewählt worden war.

Die Gewerkschaft hatte die Wahl am 31. Januar 1978 gegen die etablierte „Betriebs“-Gewerkschaft gewonnen; seitdem weigerte sich die Geschäftsleitung über einen Tarifvertrag zu verhandeln. Die Werft ist im Besitz des Mischkonzerns Tenneco Corporation, der behauptet, es habe Unregelmäßigkeiten bei der Wahl gegeben. Die Wahlen wurden von der Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen überwacht.

Die Behörde hat im Dezember alle Anschuldigungen für unbegründet erklärt und die Firma angewiesen, mit der Stahlarbeiter-Gewerkschaft Verhandlungen zu führen. Die Firma hat daraufhin vor dem 4. US-Appellationsgericht in Richmont Klage eingereicht. Man rechnet mit Anhörungen ab Anfang März, die mehrere Monate dauern werden.

„In dieser anhaltenden Weigerung zu verhandeln sehen wir einen langfristigen Plan der Firma, die Stärke der örtlichen Gewerkschaftseinheit in Newport News zu unterhöhlen“, erklärte der Präsident der USWA, Lloyds McBride. „Die Vereinigten Stahlarbeiter haben keineswegs vor, das zuzulassen.“

Der Streik ist einer der größten, der je gegen einen einzelnen Arbeitgeber im Süden geführt wurde. Die Werft ist das größte private Schiffbauunternehmen mit Marineaufträgen und der größte private Arbeitgeber in Virginia, einem sogenannten „Recht-auf-Arbeit“-Staat. (AFL/CIO Freigewerkschaftliche Nachrichten, 3/79)

Die Unterstützung für den Streik der Stahlarbeiter gegen die Newport News Schiffbau und Trockendock Co. nimmt an Stärke zu, während der Arbeitskampf in die dritte Woche geht ... Mitglieder der Postgewerkschaft, der Kesselmacher und anderer Gewerkschaften beteiligten sich an den Streikposten. Studenten des William & Mary College in dem nahe gelegenen Williamsburg planen auch, sich an den Streikpostenketten zu beteiligen, und eine staatenweite Demonstration der AFL/CIO ist für den 24. Februar geplant. Der Vorstand der Stahlarbeitergewerkschaft hat auf seiner Sitzung in Pittsburgh beschlossen, die Mittel der Gewerkschaft voll zur Verfügung zu stellen, „solange wie nötig, um den Streik der Mitglieder des Local 8888 um ihr Recht auf Vertretung durch die Gewerkschaft ihrer Wahl zu unterstützen.“ Die Streikunterstützungszahlungen, insgesamt eine halbe Million Dollar pro Woche, werden am 20. Februar beginnen ... Seit dem 31. Januar, als praktisch alle 19000 Werftarbeiter in Streik traten, hat die Polizei unter Einsatz von Hunden 28 Streikposten verhaftet, darunter den Sekretär des Local 8888, Wayne Crosby, der zusammen mit drei anderen angeklagt ist, das sogenannte „Recht-auf-Arbeit“-Gesetz von Virginia verletzt zu haben.

(AFL/CIO News, 17.2.1979). (Der Streik wurde nach zwölf Wochen auf Grundlage einer Urabstimmung auf Vorschlag der Gewerkschaftsführung ohne Erfolg beendet.)



Arbeiter der Werft Newport News, Virginia, nach einem Polizeiüberfall.

Dokumente der französischen Gewerkschaften über die Kämpfe in der Stahlindustrie

z.pel.Paris. Die *CGT* stellt in den Restrukturierungsplänen für die französische Stahlindustrie „vier Tendenzen“ fest: „Eine Tendenz zur Schwächung der Stahlproduktion. In der ganzen französischen Stahlindustrie sind die Investitionen ständig gefallen, von 5,39 Mrd. Francs 1973 auf 1,26 Mrd. 1979. (...) Eine Tendenz zur Internationalisierung des Austausches von Stahlerzeugnissen. Frankreich importiert schon 35,5% seines Stahlbedarfs und exportiert 39%. (...) Eine Tendenz des Verschwindens der Profilstahlproduktion. (...) Eine Tendenz der immer stärkeren Loslösung der Stahlerzeugung von der ersten Transformation des Metalls, vor allem der Röhrenproduktion. (...) Eine weitgehend amputierte Stahlindustrie, Regionen, reduziert auf die Funktion von Arbeitslosenreserven, insgesamt fast 100000 Arbeitsplätze weniger, das ist die Wirklichkeit dieser brutalen kapitalistischen Restrukturierung.“ (Aus: Nein zur Restrukturierung, Broschüre der CGT)

Erklärung der CGT vom 29. Mai.

Newport News zu unterhöhlen“, erklärte der Präsident der USWA, Lloyds McBride. „Die Vereinigten Stahlarbeiter haben keineswegs vor, das zuzulassen.“

kunft ihrer Region heute ein und derselbe Kampf sind. (...) Es ist das Verdienst der CGT, den Sinn des Kampfes aufgehellt zu haben, nämlich zu Vorschlägen zu gelangen, die eine mächtige nationale Stahlindustrie garantieren, um im Land arbeiten und leben zu können und wirkliche internationale Zusammenarbeit zu verwirklichen. (...) In diesem Sinn fordert die CGT: Wiederaufnahme der Diskussionen, besonders über die Investitionsprogramme für Usinor und Sacilor-Sollac. Industrielle Diversifizierung..., um den Verlust von Arbeitsplätzen auszugleichen und den Arbeitslosen Arbeit zu geben. Echte Garantien... für Verrentung mit 50 und 55 Jahren, Arbeitszeitreduzierung mit Einführung der

Fünften Schicht...“

Für die *CFDT* erklären drei Faktoren den Mißerfolg der französischen Stahlindustrie: „Die Anarchie in der Stahlindustrie, die sich ausdrückt in der Investitionspolitik, der brudermörderischen Konkurrenz in der französischen Stahlbranche und der schlechten Abstimmung der Produktionsmittel. Der technische Konservativismus..., das Fehlen einer regionalen Integration“. Sie fordert die Restrukturierung auf folgender Grundlage: „1. Erhöhung des Stahlverbrauchs. 2. Stärkung der Produktionskapazität bei Walzstahl. 3. Aufbau neuer Kapazitäten bei Flüssigstahl. (...) 6. Verbesserung der Beschäftigungslage. 7. Errichtung einer Arbeiterkontrolle durch ein paritätisch besetzes nationales Kontrollorgan.“ (aus: Mitgliederbrief CFDT/FGM, 6. März)



Arbeiter der Werft Newport News, Virginia, nach einem Polizeiüberfall.

Dokumente der französischen Gewerkschaften über die Kämpfe in der Stahlindustrie

z.pel.Paris. Die CGT stellt in den Restrukturierungsplänen für die französische Stahlindustrie „vier Tendenzen“ fest: „Eine Tendenz zur Schwächung der Stahlproduktion. In der ganzen französischen Stahlindustrie sind die Investitionen ständig gefallen, von 5,39 Mrd. Francs 1973 auf 1,26 Mrd. 1979. (...) Eine Tendenz zur Internationalisierung des Austausches von Stahlerzeugnissen. Frankreich importiert schon 35,5% seines Stahlbedarfs und exportiert 39%. (...) Eine Tendenz des Verschwindens der Profilstahlproduktion. (...) Eine Tendenz der immer stärkeren Loslösung der Stahlerzeugung von der ersten Transformation des Metalls, vor allem der Röhrenproduktion. (...) Eine weitgehend amputierte Stahlindustrie, Regionen, reduziert auf die Funktion von Arbeitslosenreserven, insgesamt fast 100000 Arbeitsplätze weniger, das ist die Wirklichkeit dieser brutalen kapitalistischen Restrukturierung.“ (Aus: Nein zur Restrukturierung, Broschüre der CGT)

Erklärung der CGT vom 29. Mai.
„Seit Monaten und Wochen führen die Stahlarbeiter mit Unterstützung der Bevölkerung harte und mutige Kämpfe. In diesen Kämpfen erfahren die Arbeiter, wo sie die Politik der Kapitalisten und der Regierung direkt treffen..., aber sie erfahren gleichfalls, daß die Verteidigung des nationalen Stahls, ihrer Arbeitsplätze und der Zu-

kunft ihrer Region heute ein und derselbe Kampf sind. (...) Es ist das Verdienst der CGT, den Sinn des Kampfes aufgehellt zu haben, nämlich zu Vorschlägen zu gelangen, die eine mächtige nationale Stahlindustrie garantieren, um im Land arbeiten und leben zu können und wirkliche internationale Zusammenarbeit zu verwirklichen. (...) In diesem Sinn fordert die CGT: Wiederaufnahme der Diskussionen, besonders über die Investitionsprogramme für Usinor und Sacilor-Sollac. Industrielle Diversifizierung..., um den Verlust von Arbeitsplätzen auszugleichen und den Arbeitslosen Arbeit zu geben. Echte Garantien... für Verrentung mit 50 und 55 Jahren, Arbeitszeitreduzierung mit Einführung der Fünften Schicht...“

Für die *CFDT* erklären drei Faktoren den Mißerfolg der französischen Stahlindustrie: „Die Anarchie in der Stahlindustrie, die sich ausdrückt in der Investitionspolitik, der brudermörderischen Konkurrenz in der französischen Stahlbranche und der schlechten Abstimmung der Produktionsmittel. Der technische Konservativismus..., das Fehlen einer regionalen Integration“. Sie fordert die Restrukturierung auf folgender Grundlage: „1. Erhöhung des Stahlverbrauchs. 2. Stärkung der Produktionskapazität bei Walzstahl. 3. Aufbau neuer Kapazitäten bei Flüssigstahl. (...) 6. Verbesserung der Beschäftigungslage. 7. Errichtung einer Arbeiterkontrolle durch ein paritätisch besetzes nationales Kontrollorgan.“ (aus: Mitgliederbrief CFDT/FGM, 6. März)



Demonstration aller Gewerkschaften in der Stahlindustrie am 18.1.1979 in Metz.

Schwedische Stahlarbeiter gegen Entlassungen und Lohnsenkungen

So charakterisiert *Gnistan*, Zentralorgan der Sveriges Kommunistiska Parti (SKP), am 22.6.1978 die Lage in der schwedischen Stahlindustrie: „Gut 50000 Arbeiter leben davon, Stahl zu produzieren. Stahl ist das Rückgrat der schwedischen Industrie. 1977 wurden staatliche Untersuchungen vorgelegt, die vorschlugen, daß 8000 Arbeitsplätze im Spezialstahl-, 4000 im Handelsstahlbereich verschwinden sollen. ... Die drei ‚großen‘ schwedischen Handelsstahlwerke haben nur ein Viertel der Größe der modernen Werke in Japan und der EG. Die Produktion pro Arbeitsstunde ist in Japan doppelt so hoch. ... Spezialstahl wird in 24 verschiedenen Orten produziert. Dies sehen die Stahlbarone in Staat und Wirtschaft als viel zu hoch an. Die Produktion soll auf möglichst wenige Plätze konzentriert werden.“

Mit großen Demonstrationen im ganzen Land konnten die Stahlarbeiter bisher die Massenentlassungen im geplanten Umfang verhindern. November 1977: „Sie kamen in Helm und Overall ins Reichstagsgebäude. 350 Arbeiter von Gränges Nyby, Torshälla, die forderten, ihre Arbeitsplätze zu behalten. Als sie ins Reichstagsgebäude strömten, warfen sich die Abgeordneten unruhige Blicke zu.“ (*Gnistan* 44/77)

April 1978: „Arbeiter vom Domarvet Stahlwerk in Borlänge (1700 von 4000 sollten entlassen werden, d. V.) demonstrierten vor dem Reichstag. ... Sie riefen Parolen: Wir wollen Metallurgie – das ist Volkswirtschaft! Erz und Stahl ist das Brot der Fabrik! Kein einziger Arbeitsplatz darf bei der SSAB (Svenska Stal AB) verschwinden!“ (*Gnistan* 15/78)

„300 der Domarvet-Arbeiter und 700 Stahlarbeiter der zum Fargesta-Konzern gehörenden Klosterwerke in Langhyttan haben sich an der diesjährigen Streikbewegung für lokale Lohnerhöhungen beteiligt: „2 Jahre Unzufriedenheit mit dem zentralen Abkommen und dem ausgebliebenen Geld in den lokalen Lohnverhandlungen resultierten am Montag in totalen Streiks in den Fargesta-Werken (dem ersten seit 1929). Der Streik begann im Drahtwerk, breitete sich schnell auf die anderen Abteilungen aus. ... Die Gewerkschaft fordert 1,75 SKr. pro Stunde über das zentrale Abkommen hinaus.“ (*Gnistan* 17/79)

Britische Stahlgewerkschaft: Kampf um die Lohnleitlinienpolitik

z.hef.London. Am 2. April schloß die Iron and Steel Trades Confederation (Eisen- und Stahlgewerkvereinigung) einen neuen Tarifvertrag mit British Steel ab. Der 8%-Abschluß lag wie die 12%-Lohnforderung zum ersten Mal seit 1975 über der regierungsamtlich festgelegten Lohnleitlinie, zuletzt 5%. Auf der letzten Gewerkschaftskonferenz im Juli 1978 stellten die Abteilungen Cambuslang und Corby 2 zur Lohnleitlinienpolitik den Antrag, „daß diese Konferenz, im Licht der letzten drei Jahre Lohnbeschränkung und bei Betonung der Notwendigkeit freier kollektiver Verhandlungen, den Exekutivrat auffordert, seinen Einfluß innerhalb des TUC dazu zu benutzen, jede weitere Periode von Lohnbeschränkungen zu bekämpfen“.

Dies war der einzige Antrag zur Lohnpolitik. Im offiziellen Konferenzbericht heißt es: „*J. Hamilton (Cambuslang)* brachte seinen Antrag ein. (...) Bezogen auf 1974er Werte ist der Nettolohn um 6,6% gefallen. (...) Die Stärke der Gewerkschaft beruht auf der Möglichkeit für die lokalen Funktionäre, auf Werksebene zu verhandeln, aber diese Möglichkeit wurde uns in den letzten vier Jahren verwehrt. (...) *J. Cowling (Exekutivkomitee)*:

(...) Diejenigen, die sagen, wir können keinen anständigen Lohn aushandeln, während British Steel Verluste macht, haben ihr Recht aufgegeben, für die arbeitenden Menschen aufzustehen. (...) *J. Hill (Scunthorpe Q.C.)* war überrascht, daß solch ein Antrag in einem Wahljahr auftauchen konnte. (...) Bis BSC wieder profitabel arbeitet, müssen wir der Regierung zustimmen. (...) *Der Generalsekretär* wies darauf hin, daß nach seinen Erfahrungen freie Verhandlungen bedeuten, daß er frei sei, eine Forderung aufzustellen, und die Arbeitgeber frei seien, sie abzulehnen. (...) Sollen wir jetzt versuchen, mehr Geld aus dem Topf zu holen? Wir haben sicherlich die Kraft dazu, aber man kann aus einem Stein kein Blut quetschen.“ (Antrag abgelehnt mit 82 zu 43 Stimmen)



Das Stahlwerk Teeside von British Steel. Die Kapitalisten wollen die Ausbeutung so steigern, daß sie den „billigsten Stahl in Europa“ produzieren.

Herr Albrecht und „der Neubeginn"

Philosophische Tugenden, Zucht und Ordnung für den imperialistischen Staat

r.gör. Albrecht äußert, daß er auch mit seinem „Amtsbonus" als niedersächsischer Ministerpräsident wuchern wolle. In dieses Amt wurde er gehievt als „Mann des Neubeginns", sozusagen als unbefleckte Zuchtperle philosophisch-politischer Tugenden, die – beim Kekse vermarkten gelernt – auch „von Geld und Wirtschaft" etwas verstände.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte des niedersächsischen Landtages hat Albrecht auf die Frage geantwortet, „worin sich eigentlich der Neubeginn, von dem wir in der Regierungserklärung gesprochen haben, zeige". Er nennt fünf Punkte. Es ist nützlich, sie im Zusammenhang mit seiner Staatsphilosophie („Der Staat – Idee und Wirklichkeit", Seewald-Verlag 1976) zu verstehen. Man lernt, daß Albrecht nicht bloß ein „Personalproblem" der CDU ist.

– „*zum erstenmal seit Jahren wieder erfolgreiche Industrieansiedlungspolitik*". Dies steht an erster Stelle. In der Staatsphilosophie erscheint das Kapital als Lebensnerv der Gesellschaft, in der politischen Praxis wird der Staat in dessen Dienst gestellt: Verwandlung von Lohngeldern in Gelder für den Ausbau der industriellen Infrastruktur und in direkte Subventionen für einzelne Kapitalisten. Mit über 16 Milliarden Mark Schulden beim Finanzkapital und zusätzlichen 5½ Milliarden Bürgschaften hat die Landesregierung im übrigen den Zugriff des Finanzkapitals gesichert. 500 Millionen sind direkt aus den in die Sozialversicherungen eingezahlten Lohngeldern geholt. – Für den „Kulturmenschen" ist, wie Albrecht formuliert, das Kapital Bedingung seiner Existenz. Aber der Kerl weiß, daß es mit der materiellen Bereicherung der Kapitalisten nicht getan ist. Anläßlich seiner Probleme mit den Kämpfen gegen das Energieprogramm äußert er: „Wo gibt es noch Autorität in unserer Gesellschaft? Die Industrie hat keine Autorität mehr, weil sie von vornherein als interessengebunden abqualifiziert wird. Zu Unrecht, aber es ist so." Albrecht tritt an, „das Unrecht" zu beseitigen.

– „*daß wir keine Politik der Auspowerung ländlicher Räume mehr haben, sondern daß ganz gezielt die Menschen in den ländlichen Räumen Lebensmöglichkeit bekommen*". Die Bauern von Lüchow-Dannenberg bekämpfen das Energieprogramm der Bundesregierung, weil es ihre bäuerliche Existenz ruiniert. Albrecht steht – mit Profilierungstaktik – nach wie vor voll dahinter. Ist das ein Widerspruch, Bruch von „Glaubwürdigkeit", die Albrecht als seine politische Grundtugend bezeichnet? Nein, der bürgerliche Politiker erschließt der Masse der kleinen und mittleren Bauern ihre Lebensmöglichkeit gerade durch ihre Verwandlung in Lohnarbeiter. Die umfassende Eroberung der „ländlichen Räume" wird als Entwicklungs*prinzip* unterstützt. Die niedersächsischen Dorferneuerungs- und Flurbereinigungsprogramme hat Albrecht zielstrebig fortschreiben lassen, und als Bilanz des vergangenen Jahres kann er auf eine besonders hohe Quote der Vernichtung kleiner Bauernexistenzen zurückblicken sowie auf eine weiter differenzierte regionale Lohnverteilung.

– „*daß wir die Sozialpolitik dorthin gesteuert haben, wo die wirkliche Not ist*". In der politischen Praxis heißt das zum Beispiel: Krankenhausbetten werden flächendeckend gestrichen (über 5000 in Niedersachsen), die „wirkliche Not" dann mittels Sozialstationen bedeckt. Theoretische Begründung des Staatsphilosophen: „Die Last ist etwas subjektiv Empfundenes". Und die Not der kinderreichen Familien will er lindern: Umschreibung des Programms zur weiteren Senkung des Lohnstandards, der schon nicht mehr reicht, mehrere Kinder aufzuziehen. Streikrecht? In Niedersachsen läßt Albrecht die Kampfaktionen der LKW-Fahrer verbieten und mit Polizeieinsätzen unterdrücken. Nachdem er dies am Vormittag in der Staatskanzlei vollbracht hat, spricht er sich dann am Nachmittag im Garten seines Landhauses für die Ausweitung der Teilzeitarbeit aus. Und als Philosoph der Gerechtigkeit, dieser „vornehmsten Aufgabe des Staates", fügt er hinzu: „Gerechtigkeit ist dort, wo jedem das Seine gegeben wird." Als Politiker ist er sodann berufen, „das Seine" zu definieren. „Im gesamtwirtschaftlichen Interesse müssen die Staatsbürger akzeptieren, daß einigen unter ihnen mehr Nutzen zuwächst als anderen."

– „*daß wir den Weg in die kollektivistische Schule abgebremst und umgesteuert haben*". Natürlich geht es nicht in erster Linie darum, ob die Gesamtschule oder das gegliederte Schulwesen bessere Organisationsform der Selektion und Kontrolle der Jugend sei. Daß dieser Streit pragmatisch zu lösen sei, ist zwischen den Parteien längst ausgemacht. Albrecht meint vielmehr umfassendere und straffere Ausrichtung der Schule auf die staatsbürgerliche Erziehung, auf die *Zucht* der jungen Menschen, die *in ihrem Wesen selbstsüchtig* seien, wie er in seiner Staatsphilosophie darlegt. (Das zentrale praktische Problem des Staates sei „die Selbstsucht der Beherrschten".) Auf dieser Linie führt Albrechts Kultusminister seine Kampagne zur Ausmerzung aller wissenschaftlich-bildenden Momente in der Erziehung der Jugend. Die Staatsbürger definiert Albrecht als „Beherrschte" eines Staatswesens, dessen „Geheimnis die Ordnung" sei. „Ordnung verlangt ihrem Wesen nach ein harmonisches Zusammenspiel aller Teile, d.h. Frieden... Ordnung ermöglicht (den Frieden), indem sie als gerechte Ordnung jedem den Platz bietet, der ihm zukommt, und den zu akzeptieren in seinem wohlverstandenen Interesse liegt." Es sind dieselben Prinzipien, die Albrecht den Einsatz von Schußwaffen in Grohnde haben erwägen lassen und mit denen er den Schülern die Herausgabe eigener Zeitungen verbietet.

– „*daß wir auch das kulturelle Leben von Niedersachsen beleben werden.*" Ja, die Tochter wird ins Theater und zur Reitschule geschickt, und im Landtag wird die mangelnde Attraktivität der Landeshauptstadt *für Großbanken* bedauert.

Niemand soll also sagen, der Mann hätte keine Prinzipien. Ohne *sie* anzugreifen, kann diese selbstbewußte Spielart reaktionärer Politik bestimmt nicht zu Fall gebracht werden.

Bremen: Demonstration von 4000 Lehrern zu Senator Thape

4000 Lehrer demonstrierten nach der Personalversammlung zu Senator Thape, um ihren Forderungen nach Aufhebung der Disziplinarverfahren gegen 5 Lehrer und nach Arbeitszeitverkürzung Nachdruck zu verleihen. Im Juni soll eine weitere Demonstration während der Unterrichtszeit stattfinden.

Lohnkampf Handel langsam arbeiten

r.her. Seit Freitag ruft die HBV mit Flugblättern auf zum „Dienst nach Vorschrift". Langsam arbeiten, dazu haben die Beschäftigten im Handel allen Grund – ist der Lohn schon niedrig, wissen sie mit dem Auslaufen des Tarifvertrages zum 31.4. doch nicht einmal mehr, was die Kapitalisten für die Arbeitskraft überhaupt zahlen wollen. Alle können sich an diesem nächsten Schritt gegen die Handelskapitalisten beteiligen. Weitere Kurzstreiks im Groß- und Einzelhandel werden vorbereitet. – Am Pfingstsamstag hielt der Einzelhandelsverband ein Flugblatt für die „Kunden" bereit. Für die Störaktionen seien *ausschließlich* die Gewerkschaften verantwortlich, sie selbst hätten zweimal *faire* Angebote gemacht. Die HBV hatte das letzte *faire* Angebot von 50 DM auf seinen Nettoertrag berechnet: teilweise ist dabei für die Netolöhne ein Minus herausgekommen, wobei die für den 1. Juli angesetzte Mehrwertsteuererhöhung noch nicht einmal berücksichtigt wurde. – Ebenfalls für gescheitert erklärte die HBV die Tarifverhandlungen Großhandel in Schleswig-Holstein. Dort haben die Kapitalisten 3,96% geboten. Kampfmaßnahmen werden vorbereitet.

Ausländische Gefangene in unbefristetem Hungerstreik

r.klm. In einem „Komunique über den Hungerstreik" erklären die ausländischen Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Hannover, daß sie scharfen Diskriminierungen ausgesetzt sind. So wird z.B. nach festgelegter Haftzeit der Termin der Entlassung nicht bekannt gegeben, Vollzugslockerungen wie bei deutschen Gefangenen gibt es nicht. Die oft hilflose Lage (keine deutschen Sprachkenntnisse) wird auch von den Gerichten ausgenutzt: Ausländer haben im Durchschnitt höhere Strafzeiten als deutsche Gefangene. Warum stellt sich die Entrechtung im Gefängnis für Ausländer stärker dar! Die ausländischen Arbeiter haben in der BRD nicht die gleichen Rechte wie die deutschen Arbeiter. Ausländergesetze kontrollieren die ausländischen Arbeiter und halten sie unter Druck, die Ausweisung droht praktisch ständig. Dies verschärft sich in den Zwangsanstalten des bürgerlichen Staate: Nach Verurteilung wird obligatorisch die Ausweisung beantragt bzw. angeordnet. Hieraus wird dann eine Fluchtgefahr angenommen, Vollzugslockerungen wie Ausgang oder Urlaub zur Familie unmöglich. Im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland heißt es: „Völlige Gleichbereichtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik leben. Kostenlose und obligatorische Einbürgerung der Ausländer, nachdem sie drei Monate in der Bundesrepublik verbracht haben. Kostenlose und obligatorische Sprachkurse von vier Stunden in der Woche für alle deutschen Staatsbürger ausländischer Herkunft während der ersten drei Jahre ihres Aufenthalts in der BRD." Die Gleichstellung der ausländischen und

sanstalt Hannover, daß sie scharfen Diskriminierungen ausgesetzt sind. So wird z.B. nach festgelegter Haftzeit der Termin der Entlassung nicht bekannt gegeben, Vollzugslockerungen wie bei deutschen Gefangenen gibt es nicht. Die oft hilflose Lage (keine deutschen Sprachkenntnisse) wird auch von den Gerichten ausgenutzt: Ausländer haben im Durchschnitt höhere Strafzeiten als deutsche Gefangene. Warum stellt sich die Entrechtung im Gefängnis für Ausländer stärker dar! Die ausländischen Arbeiter haben in der BRD nicht die gleichen Rechte wie die deutschen Arbeiter. Ausländergesetze kontrollieren die ausländischen Arbeiter und halten sie unter Druck, die Ausweisung droht praktisch ständig. Dies verschärft sich in den Zwangsanstalten des bürgerlichen Staate: Nach Verurteilung wird obligatorisch die Ausweisung beantragt bzw. angeordnet. Hieraus wird dann eine Fluchtgefahr angenommen, Vollzugslockerungen wie Ausgang oder Urlaub zur Familie unmöglich. Im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland heißt es: „Völlige Gleichbereichtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik leben. Kostenlose und obligatorische Einbürgerung der Ausländer, nachdem sie drei Monate in der Bundesrepublik verbracht haben. Kostenlose und obligatorische Sprachkurse von vier Stunden in der Woche für alle deutschen Staatsbürger ausländischer Herkunft während der ersten drei Jahre ihres Aufenthalts in der BRD." Die Gleichstellung der ausländischen und

der deutschen Arbeiter ist die Grundlage, auf der auch der Kampf der ausländischen Gefangenen in Hannover erfolgreich geführt werden kann.

Warnstreiks im Kfz-Handwerk

r.kea. In sieben großen Betrieben des Kfz-Handwerks in Hannover haben die Arbeiter am Dienstag letzter Woche mehrstündige Warnstreiks durchgeführt. In Braunschweig wurde in einem Betrieb gestreikt. Am selben Tag fanden die Tarifverhandlungen um einen neuen Lohn- und Gehalts- und Ausbildungsvergütungsvertrag im niedersächsischen Kfz-Handwerk statt. Die IG Metall fordert eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7% bei einer anrechenbaren Vorweganhebung von 3% sowie die Absicherung von 15% Leistungszulage für Angestellte. Für Lehrlinge wird 50 Mark mehr im Monat gefordert. Die jetzigen tariflichen Ecklöhne bei einem 8-stündigen Arbeitstag betragen monatlich 1542,40 DM brutto für gelernte Arbeiter (ab 4. Gesellenjahr), 1388,80 DM für angelernte Arbeiter und 1242,60 DM für ungelernte Arbeiter. Die gezahlten Leistungszulagen sind stark gespreizt. Überstunden, oft an Wochenenden, sind an der Tagesordnung. Bereits seit 1975 sind die Manteltarifverträge gekündigt und wird über neue verhandelt: Die Kapitalisten glauben, sich stur stellen zu können. Nur durch gewerkschaftlich organisierte Aktionen der Arbeiter kann man ihnen das Gegenteil beweisen. Die Tarifverhandlungen sind auf Mitte Juni vertagt.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistische Volkszeitung
Mit Teilzeit rationalisiert und intensiviert
müssen, aufgrund der dauernden
EG-„harmonisiert"
„Mädchen in Männerberufe", so

gend bezeichnet? Nein, der bürgerliche Politiker erschließt der Masse der kleinen und mittleren Bauern ihre Lebensmöglichkeit gerade durch ihre Verwandlung in Lohnarbeiter. Die umfassende Eroberung der „ländlichen Räume" wird als Entwicklungs*prinzip* unterstützt. Die niedersächsischen Dorferneuerungs- und Flurbereinigungsprogramme hat Albrecht zielstrebig fortschreiben lassen, und als Bilanz des vergangenen Jahres kann er auf eine besonders hohe Quote der Vernichtung kleiner Bauernexistenzen zurückblicken sowie auf eine weiter differenzierte regionale Lohnverteilung.

– „*daß wir die Sozialpolitik dorthin gesteuert haben, wo die wirkliche Not ist*". In der politischen Praxis heißt das zum Beispiel: Krankenhausbetten werden flächendeckend gestrichen (über 5000 in Niedersachsen), die „wirkliche Not" dann mittels Sozialstationen bedeckt. Theoretische Begründung des Staatsphilosophen: „Die Last ist etwas subjektiv Empfundenes". Und die Not der kinderreichen Familien will er lindern: Umschreibung des Programms zur weiteren Senkung des Lohnstandards, der schon nicht mehr reicht, mehrere Kinder aufzuziehen. Streikrecht? In Niedersachsen läßt Albrecht die Kampfaktionen der LKW-Fahrer

dieser Linie führt Albrechts Kultusminister seine Kampagne zur Ausmerzung aller wissenschaftlich-bildenden Momente in der Erziehung der Jugend. Die Staatsbürger definiert Albrecht als „Beherrschte" eines Staatswesens, dessen „Geheimnis die Ordnung" sei. „Ordnung verlangt ihrem Wesen nach ein harmonisches Zusammenspiel aller Teile, d.h. Frieden... Ordnung ermöglicht (den Frieden), indem sie als gerechte Ordnung jedem den Platz bietet, der ihm zukommt, und den zu akzeptieren in seinem wohlverstandenen Interesse liegt." Es sind dieselben Prinzipien, die Albrecht den Einsatz von Schußwaffen in Grohnde haben erwägen lassen und mit denen er den Schülern die Herausgabe eigener Zeitungen verbietet.

– „*daß wir auch das kulturelle Leben von Niedersachsen beleben werden.*" Ja, die Tochter wird ins Theater und zur Reitschule geschickt, und im Landtag wird die mangelnde Attraktivität der Landeshauptstadt *für Großbanken* bedauert.

Niemand soll also sagen, der Mann hätte keine Prinzipien. Ohne *sie* anzugreifen, kann diese selbstbewußte Spielart reaktionärer Politik bestimmt nicht zu Fall gebracht werden.



4000 Lehrer demonstrierten nach der Personalversammlung zu Senator Thape, um ihren Forderungen nach Aufhebung der Disziplinarverfahren gegen 5 Lehrer und nach Arbeitszeitverkürzung Nachdruck zu verleihen. Im Juni soll eine weitere Demonstration während der Unterrichtszeit stattfinden.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Hrsg.: KBW Regionalleitung Nord, Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 814045 — Eilnachricht — 1. Juni 1979

Großhandel: HBV erklärt Tarifverhandlungen für gescheitert

Am 30.5. streikte erneut die Belegschaft von Reichelt, Pharmaziegroßhandel in Göttingen von 6 bis 10 Uhr gegen das letzte Angebot der Großhandelskapitalisten, das die HBV-Tarifkomission tags zuvor abgelehnt hatte. In Aktionen und Warnstreiks hatten die Beschäftigten im niedersächsischen Großhandel durchsetzen müssen, daß die Kapitlisten überhaupt ein Angebot zur Lohnerhöhung gemacht haben.

Die Löhne und Gehälter liegen im Großhandel auf dem gleichen niedrigen Niveau wie im Einzelhandel, also am Ende der Lohnskala. Gefordert hat die HBV 7%, mindestens 140 DM sowie Verlängerung des Urlaubs um 2 Tage, als Schritt zur Durchsetzung von 6 Wochen Urlaub auch im Handel. Erstmals soll mitverhandelt werden, daß die Tariferhöhungen ungekürzt ausgezahlt werden müssen, denn in vielen Betrieben müssen die Kapitalisten übertarifliche Zulagen zahlen, die sie allerdings bei jeder Gelegenheit anrechnen wollen.

Bei den Löhnen und Gehältern der Gruppen 2 bis 5 hatte der Großhandelsbund 4,5% angeboten und als 'Kompromiß' 100 DM für die unterste Lohngruppe, um über niedrige Prozente für die Masse der Beschäftigten den Lohn 'besser' nach unten anzugleichen. In der Lohngruppe 2 bedeutet das eine Bruttoerhöhung zwischen 47 und 68 DM, bei Berücksichtigung der zunehmenden Preissteigerung schon jetzt im Durchschnitt 3,9% bleibt netto unter dem Strich ein Minus von etwa 10 DM, nicht gerechnet die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung ab 1.7. und der gesteigerten Ausbeutung durch Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit.

Die Einheit darüber, daß unter 100 DM auf keinen Fall abgeschlossen werden darf, ist in den Belegschaften im Groß- und Einzelhandel schnell gewachsen, da auch die Lohnlage gleich schlecht ist. In den anstehenden Kämpfen können sich die Beschäftigten daher auch gut unterstützen.

100 bis 181 DM im Einzelhandel, 7% mindestens 140 DM im Großhandel

Den Lohnkampf im Handel für die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen führen

Im Einzelhandel Vertagung auf den 13. Juni, im Großhandel scheitern der Verhandlungen, die Handelskapitalisten haben in den Verhandlungen am 28. und 29. Mai die Kampfkraft und den Kampfgeist der Beschäftigten im Handel herausgefordert. Sie wollen noch nicht zahlen.

Sie vergessen dabei aber doch verschiedenes. Nicht nur der niedrige Lohn im Handel ist eine starke Triebkraft für diesen Lohnkampf, auch die dauernden Lohnsenkungen in allen Branchen drücken mittlerweile spürbar auf die Reproduktionsbedingungen aller Lohnabhängigen. Dies wirkt auf zweierlie Weise in diesem Lohnkampf: direkt, weil gerade im Handel ein großer Teil der Beschäftigten sogenannte Doppelverdiener oder Zuverdiener sind und indirekt, weil die Arbeiterbewegung kein Interesse hat, daß ein großer Teil der Lohnabhängigen auf solch niedriges Lohnniveau wie im Handel gedrückt bleibt, das senkt insgesamt den Lohnstandart.

Mit weiteren Kampfaktionen haben Belegschaften im Einzehandel wie im Großhandel auf die Lohnraubangebote der Handelskapitalisten geanwortet. In Göttingen z.B. streikte die Belegschaft des Pharmzie-Großhandelsbetriebes Reichelt direkt auf das 4,5% Angebot zum zweiten Mal. Einem Streikaufruf bei Hertie und Karstadt in Braunschweig am Donnerstag waren fast 100% der Belegschaft gefolgt. 1400 Beschäftigte demonstrierten in der Innenstadt.

Günstig ist, wenn den Kapitalisten das „Pfingstgeschäft" vermiest wird, auch auf den Großhandel wird das seine Rückwirkung haben – das ist nur passend. Aber die Kapitalisten sind auch Meister Spaltungslinien zu legen, Leimruten für die sozusagen junge Gewerkschaftsbewegung im Handel, was die Kampferfahrung und Taktik der Belegschaften anbetrifft. Abschluß mit der DAG bei 4,5%, damit drohen die Kapitalisten im Großhandel und insgesamt können es die Kapitalisten für ihre Interessen nutzen, wenn die Gewerkschaft es versäumt die aufgestellten Forderungen und ihre Durchsetzung durch die Kämpfe in den Fordergrund zu stellen, die sie organisiert.

Die Belegschaften sind streikbereit, das zeigen die geschlossenen Aktionen als Anwort auf die letzten Verhandlungen. Hunderte haben sich in den vergangenen drei Wochen in der HBV organisiert, tausende haben in den Kurzstreiks Erfahrungen im Kampf gesammelt. Es wird jetzt richtig sein im weiteren Kampf die Frage nach Urabstimmung und Streik für die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen aufzuwerfen – falls die Kapitalisten am 13. Juni nicht zahlen wollen, muß man vorbereitet sein.

Einzelhandel, Gehaltsgruppe II nach Berufsjahren in DM

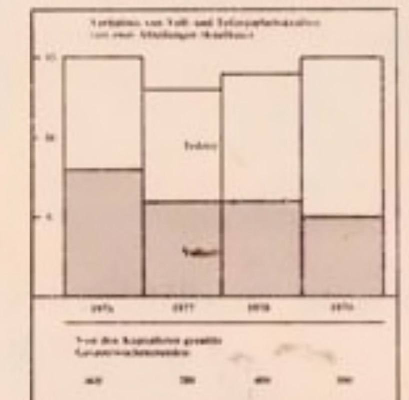
	Tariflohn bis 30.4.79	Forderung der HBV		Angebot 3. Mai Abgelehnt!		Angebot 28. Mai Abgelehnt!	
1. Bj.	998	–	(–)	(–)	(–)	+ 77	1075
2. Bj.	1030	1160	+ 130	1075	+ 45	+ 70	1100
3. Bj.	1060	1160	+ 100	1110	+ 50	+ 60	1120
4. Bj.	1090	1200	+ 110	1140	+ 50	+ 50	1140
5. Bj.	1120	1250	+ 130	1170	+ 50	+ 50	1170
6. Bj.	1160	1300	+ 140	1210	+ 50	+ 50	1210
7. Bj.	1280	1430	+ 150	1340	+ 60	+ 50	1330
8. Bj.	1400	1550	+ 150	1460	+ 60	+ 50	1450
9. Bj.	1550	1700	+ 150	1620	+ 70	+ 75	1625

(–) HBV fordert die Streichung dieser Stufe

Tätigkeitsbeispiele: Verkäufer / Ladenkassierer (auch in Selbstbedienungsabteilungen) / Stenotypisten für einfache Tätigkeit / Telefonisten / Schaufenstergestalter / Angestellte mit einfacher kaufmännischer Tätigkeit in Verwaltung, Warenannahme, Lager, Versand und Werbeabteilungen / Kontrolleure an Packtischen bzw. Warenausgaben. (Auszug Tarifvertrag zwischen HBV und Einzelhandel Niedersachsen)

Kommunistische Volkszeitung

Mit Teilzeit rationalisiert und intensiviert



Das Schaubild macht deutlich, daß nicht nur der Anteil der Teilzeitkräfte gegenüber den Vollzeitkräften zugenommen hat, sondern auch die Anzahl der Beschäftigten insgesamt gesunken ist. Bei Kündigung einer Vollzeitkraft wurde der Arbeitsplatz entweder gar nicht mehr besetzt oder aber nur durch eine Teilzeitkraft.

Als Teilzeitkräfte stellt z. B. Kaufhof überwiegend verheiratete Frauen über 40 Jahre alt, ein, die keinen Beruf erlernt haben und die dazuverdienen müssen, aufgrund der dauernden Lohnsenkungen. Eine solche ‚ungelernte' Teilzeitkraft, die 5 Jahre als Verkäuferin gearbeitet hat bekommt 580 DM Tariflohn, brutto.

Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen beschäftigen die Kaufhäuser Teilzeitkräfte nicht fünf Tage die Woche zu halber, sondern drei Tage zu voller Stundenzahl.

Das paßt sich gut in die Arbeitsorganisation. Der Arbeitsanfall ist sehr ungleich über die Woche verteilt. In den meisten Abteilungen wird nur einmal die Woche Ware bestellt und nachgefüllt. Dies nimmt zwei Tage in Anspruch, einen für die Erstellung der Warenlisten, einen zweiten für das Einräumen der Waren. Am dritten Tag werden die Teilzeitkräfte vor allem mit Umzeichnen der Waren, Aufräum- und Umbauarbeiten beshäftigt.

Für die restliche Woche fällt in den betreffenden Abteilungen hauptsächlich das Bedienen und Kassieren an. Das muß dann von den Vollzeitkräften neben der täglichen Aufräumarbeit usw. erledigt werden. Für Teilzeit- wie für Vollzeitbeschäftigte ist damit eine Intensivierung der Arbeit erreicht worden

EG-„harmonisiert"

„Mädchen in Männerberufe", so schwenken die Sozialdemokraten für ein Europa der Arbeitnehmer die Fortschrittsfahne. Über 2,5 Mio. Frauen waren in den neun EG-Staaten 1978 offiziell als arbeitslos registriert. Eine jedes Kapitalisten Herz erfrischende Lage – wenn nur ja die Hemnisse wie Verbot der Nachtarbeit für Frauen, verschiedene Schutzbestimmungen wie gegen zu schweres Heben usw. schon beseitigt wären. Denn gleicher Lohn für gleiche Arbeit, da sehen die Kapitalisten in ihre Statistik – um 15 bis 40% niedriger liegt der Durchschnittslohn in den EG-Staaten für Frauen als für Männer.

Auf dem Weg zur „Harmonisierung" der Mehrwertsteuer am 1. Juli 1979:

Staat	Steuersätze in Prozent: Normalsatz 1973	Normalsatz 1978	ermäßigter Satz	erhöhter Satz
Belgien	18	16	6	25
BRD	11	12	6	–
Dänemark	15	18	–	–
Frankreich	20	17,6	7	33⅓
Großbrit.	10	8	–	12,5
Irland	16,4	20	10	–
Italien	12	14	6	35
Luxemburg	10	10	5	–
Niederlande	16	18	4	–

Auch bei den Steuereinnahmen gibt es zu „harmonisieren". Im April 1979 hat der bürgerliche Staat aus Lohnsteuern 7% mehr als 1978 kassiert. Das sind 6,2 Mrd. DM mehr.

Steuerausplünderung je Lohnabhängiger 1976 (in DM)

Staat	DM
BRD	12559,78 DM
Frankreich	11013,73 DM
Britannien	7342,49 DM
Italien	5338,16 DM
Belgien	13909,43 DM
Niederlande	15128,14 DM
Dänemark	20629,97 DM
Luxemburg (1975)	13340,83 DM
Irland (1975)	5826,46 DM

Erste Streiks im Kfz-Handwerk für 7% mehr Lohn



Hanover, 30.5.79. Der Vertrauensleutekörper der Maschinenfabrik Wohlenberg hat eine Solidaritätsadresse an die HBV zum Lohnkampf geschickt: "Wir unterstützen Euch im Kampf für höheren Lohn. Die zahlreichen Warnstreiks und Demonstrationen und die große Zahl von Gewerkschaftseintritten machen deutlich, daß Ihr Eure Forderungen von mindestens 100 DM im Einzelhandel und 7%, mindestens 100 DM im Großhandel durchsetzen könnt."

Akkordarbeiter der Hinterachsmontage, VW-Werk Braunschweig, unterstützen ebenfalls in einem Brief vom 31.5. den Lohnkampf im Handel.

Der Stadtschülerrat Braunschweig hat am 30.5. eine Solidaritätserklärung mit den Streiks und Demonstrationen der Beschäftigten im Handel beschlossen.

KBW — Kommunistischer Bund Westdeutschland

Das Land gehört den Bauern in der Seestermüher Marsch

b.uwb. Die vom Grafen Kielmannsegg verfügte Kündigung von Pachtland ist zwar vom Landwirtschaftsminister Flessner im Bauernblatt „gemißbilligt" worden. Aber über allerlei Manöver denkt man zur Tagesordnung übergehen zu können.

Rein juristisch betrachtet ist der Graf natürlich im Recht, und auf der Ebene kann auch nichts laufen. Das 1751 vom aufstrebenden Grafengeschlecht Ahlefeldt erworbene Gelände in der Seestermüher Marsch ist lediglich wegen der politischen Lage sein Eigen. Nicht mehr als ein Besitztitel, denn das Grafengeschlecht hat nicht ein Quentchen Arbeit dort in den Boden fließen lassen. Die Kultivierung des Bodens, die Nutzbarmachung ist mit der Arbeit der dort lebenden Bauernfamilien und aus Steuergeldern, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen aufgebracht haben, geschehen. Von daher kann der Boden nur den Bauern gehören, die ihn seit Generationen bebauen.

Das Grafengeschlecht der Kielmannsegg hat sich immer an dem Besitztitel gesundgestoßen und gedenkt dies natürlich weiter zu tun. 1765 erließ ein Ahn des jetzigen Grafen eine Deichverfassung, die folgendes umfaßte: Die Reparaturen des Deiches hatten die anliegenden Bauern zu erledigen und zwar bis Ende Juni, sie durften keine Schweine am Deich laufen lassen und ihre Äcker mußten einen gehörigen Mindestabstand vom Deich aufweisen. Andernfalls schritt der gräfliche Richter ein, und es gab dann drakonische Strafen, in Heller und Pfennig festgelegt, bis hin zur Exekution hartnäckiger Bauern. Nebenbei war das Gut Hebestelle für den Zehnten. Geändert hat sich lediglich die äußere Form der Auspressung fremder Arbeitskraft durch die Kielmannsegg.

Heute wird nicht mehr der Zehnte gezogen, sondern Pacht. Die Preise dafür hat die Grafenfamilie ständig zu erhöhen versucht. Durch die bestehende Einheit unter den Bauern konnte bisher verhindert werden, daß die Pacht über 500 DM/ha stieg. Der Preis entspricht damit dem Durchschnitt in Schleswig-Holstein. In der Kremper Marsch auf der anderen Seite der Krückau liegen die Pachten dabei schon weit über 1000 DM/ha. Bei der Kündigung der Pachtverträge hat der Graf dann über diese Sache auch versucht, die Einheit gegen seine Pläne zu brechen. Er hatte angekündigt, daß er von der Kündigung absehen wolle, wenn die Pacht auf 700 DM/ha hochgeschraubt würde. Damit wollte er die etwas besser gestellten Familien aus der Front herausbrechen. Ein anderer

liegenden Bauern zu erledigen und zwar bis Ende Juni, sie durften keine Schweine am Deich laufen lassen und ihre Äcker mußten einen gehörigen Mindestabstand vom Deich aufweisen. Andernfalls schritt der gräfliche Richter ein, und es gab dann drakonische Strafen, in Heller und Pfennig festgelegt, bis hin zur Exekution hartnäckiger Bauern. Nebenbei war das Gut Hebestelle für den Zehnten. Geändert hat sich lediglich die äußere Form der Auspressung fremder Arbeitskraft durch die Kielmannsegg.

Heute wird nicht mehr der Zehnte gezogen, sondern Pacht. Die Preise dafür hat die Grafenfamilie ständig zu erhöhen versucht. Durch die bestehende Einheit unter den Bauern konnte bisher verhindert werden, daß die Pacht über 500 DM/ha stieg. Der Preis entspricht damit dem Durchschnitt in Schleswig-Holstein. In der Kremper Marsch auf der anderen Seite der Krückau liegen die Pachten dabei schon weit über 1000 DM/ha. Bei der Kündigung der Pachtverträge hat der Graf dann über diese Sache auch versucht, die Einheit gegen seine Pläne zu brechen. Er hatte angekündigt, daß er von der Kündigung absehen wolle, wenn die Pacht auf 700 DM/ha hochgeschraubt würde. Damit wollte er die etwas besser gestellten Familien aus der Front herausbrechen. Ein anderer

Punkt war, daß einzelne meinten, wenn sie nichts gegen den Grafen unternähmen, würde er von der Kündigung absehen. Das hat sich aber bald zerschlagen. Dem Grafen sind 400 DM Reingewinn je Hektar nicht genug. Das ist der Grund für die Operationen des Grafen. In den letzten zehn Jahren mußten zehn Bauern dort aufgeben, hatten sie nur Pachtland und keinen eigenen Boden.

Der Bauer von Drathen z.B. besitzt 30 ha Eigenland. 15 ha hat er von ruinierten Bauern zugepachtet und weitere 30 ha vom Grafen. Von den jetzt bewirtschafteten 75 ha würden ihm also 45 ha verbleiben. Von Drathen hat eine relativ vielseitige Produktion mit Rindern, Pferden, Getreideanbau und Apfelbau. Wird die Kündigung durchgesetzt, muß er sich zwangsläufig in der Produktion spezialisieren. Das ist nur über großen finanziellen Aufwand zu schaffen. Die von Flessner propagierte Umstellung auf Schweinemast kostet viel Geld. Die Kosten sind so hoch, daß ein Bauer sagte, dann würde er nur noch für die Bank arbeiten. Also taugt der Vorschlag Flessners nur dazu, die Bauern dem Finanzkapital direkt zu unterwerfen. Sie stehen dann den Banken und nicht mehr dem Grafen gegenüber, damit wäre die Front gegen Kielmannsegg entschärft. Das sind dann auch die beiden Gründe für den Vorschlag und nicht irgendwelche Hilfsbereitschaft für die Sorgen und Nöte der Bauern.

Im Agrarbericht 1979 läßt Flessner unter dem Punkt Kauf- und Pachtpreise folgendes verlauten: „Infolge der veränderten gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse werden weniger Betriebe aufgeben, so daß auch weniger freiwerdende Flächen anfallen. Andererseits aber hält die Nachfrage nach Land an, weil die Betriebe wachsen müssen, wenn sie mit der Einkommensentwicklung in anderen Wirtschaftsbereichen annähernd Schritt halten wollen." Diesen Stoßseufzer im Interesse des Finanzkapitals folgt der gute Graf schließlich mit der Kündigung, er kann also nichts getan haben, was Flessner zu mißbilligen hätte. Eine weitere Spaltung versucht die Landesregierung über das Anbieten von Ersatzflächen zu ziehen. Die Bauern sollen in der Haseldorfer Marsch an der Hettlinger Schanze Land vom Staat anpachten. Das ist kurz vor Wedel. Es ist schon wegen der Entfernung niemals ein Ersatz auch wenn einige Bauern das Angebot bereits angenommen haben. Abgesehen davon steht dies auch nicht einmal in ausreichender Fläche zur Verfügung.

Flessners Manöver sind durchsichtig und sie erfolgen in Absprache mit dem Grafen. Die Interessen der Bauern und des schmarotzenden Grafengesindels sind aber unversöhnlicher, gegensätzlicher Natur. Damit ist deutlich, auf wessen Seite Flessner die Kulissen hin- und herschiebt. Ganz totschweigen wollen sie offenbar die geplante

aufgeben, so daß auch weniger freiwerdende Flächen anfallen. Andererseits aber hält die Nachfrage nach Land an, weil die Betriebe wachsen müssen, wenn sie mit der Einkommensentwicklung in anderen Wirtschaftsbereichen annähernd Schritt halten wollen." Diesen Stoßseufzer im Interesse des Finanzkapitals folgt der gute Graf schließlich mit der Kündigung, er kann also nichts getan haben, was Flessner zu mißbilligen hätte. Eine weitere Spaltung versucht die Landesregierung über das Anbieten von Ersatzflächen zu ziehen. Die Bauern sollen in der Haseldorfer Marsch an der Hettlinger Schanze Land vom Staat anpachten. Das ist kurz vor Wedel. Es ist schon wegen der Entfernung niemals ein Ersatz auch wenn einige Bauern das Angebot bereits angenommen haben. Abgesehen davon steht dies auch nicht einmal in ausreichender Fläche zur Verfügung.

Flessners Manöver sind durchsichtig und sie erfolgen in Absprache mit dem Grafen. Die Interessen der Bauern und des schmarotzenden Grafengesindels sind aber unversöhnlicher, gegensätzlicher Natur. Damit ist deutlich, auf wessen Seite Flessner die Kulissen hin- und herschiebt. Ganz totschweigen wollen sie offenbar die geplante

Küstenautobahn, vom Stadersand unter das Hauptfahrwasser der Elbe durch zur Elbinsel Pagensand und von da über eine Brücke nach Seestermühe. Weiter soll die Küstenautobahn über Kaltenkirchen, Bad Segeberg an die Lübecker Bucht verlaufen.

Das Totschweigen dieses Projektes hat seine Gründe. Der Graf will nicht nur Ackerbau betreiben, sondern auch Land verkaufen für die Trasse. Kann er die Kündigungen durchsetzen und wird die Küstenautobahn gebaut, wird das Land von einigen Bauern, was ihnen dann noch gütlicherweise verbleiben würde, zerschnitten. Damit wäre ihr endgültiger Ruin besiegelt. Damit könnte der Graf es sich dann reichlich billig auch noch unter den Nagel reißen.

So stellt sich die Lage dar. Verhindert werden können diese Pläne zur Realisierung von Höchstprofit nicht durch juristische Streitereien, sondern nur durch Aufnahme des politischen Kampfes dagegen. Der Graf gedenkt mit seinen Plänen durchzukommen. Er hat jetzt ein wenig Land verkauft, um sich mit dem Geld eine Reihe großer landwirtschaftlicher Maschinen zu kaufen. Damit bereitet er sich auf die Großagrarproduktion vor. Scheinbar ist dies Ansinnen berechtigt, bei soviel Schützenhilfe durch die bürgerlichen Politiker. Scheitern muß es. Die Bedingungen dafür sind günstig. In einem Brief haben sich zwei Bauern aus Nordfriesland gegen die Pläne des Grafen Kielmannsegg gewandt. Dort steht richtig drin, daß er lediglich die Gesetze der Regierung in Bonn und Kiel auf seiner Seite hat und sonst nichts. Zum Schluß äußern die Bauern aus Nordfriesland, daß sie der Meinung sind, daß das adelige Land und Kirchenland in die Hände der Bauern übergehen muß.

Die Fachschaftsgruppe Jura an der Universität in Kiel hat erklärt, daß sie es richtig findet, daß die Bauern sich mit den von ihnen als notwendig erachteten Mitteln dagegen wehren. Als zukünftige Juristen sind sie dagegen, Maßnahmen wie sie im neuen Landpachtgesetz festgelegt sind zwecks Ruinierung der Bauern, gegen diese durchzusetzen oder durchzuführen. Weiter wollen sie eine eventuelle Veranstaltung der Fachschaftsgruppe Agrar unterstützen und ebenfalls dazu aufrufen. Die Bauern können in ihrem gerechten Kampf also von überall her Unterstützung kriegen. Die ist notwendig und muß noch breitflächiger organisiert werden. Das ist ein Weg des politischen Kampfes gegen dies großangelegte Bauernlegen in der Seestermüher Marsch.

Notwendig muß dies in einer öffentlichen Versammlung in Seestermühe einmünden. Gezwungen werden muß Flessner, dort zu erscheinen. Da kann

seiner Seite hat und sonst nichts. Zum Schluß äußern die Bauern aus Nordfriesland, daß sie der Meinung sind, daß das adelige Land und Kirchenland in die Hände der Bauern übergehen muß.

Die Fachschaftsgruppe Jura an der Universität in Kiel hat erklärt, daß sie es richtig findet, daß die Bauern sich mit den von ihnen als notwendig erachteten Mitteln dagegen wehren. Als zukünftige Juristen sind sie dagegen, Maßnahmen wie sie im neuen Landpachtgesetz festgelegt sind zwecks Ruinierung der Bauern, gegen diese durchzusetzen oder durchzuführen. Weiter wollen sie eine eventuelle Veranstaltung der Fachschaftsgruppe Agrar unterstützen und ebenfalls dazu aufrufen. Die Bauern können in ihrem gerechten Kampf also von überall her Unterstützung kriegen. Die ist notwendig und muß noch breitflächiger organisiert werden. Das ist ein Weg des politischen Kampfes gegen dies großangelegte Bauernlegen in der Seestermüher Marsch.

Notwendig muß dies in einer öffentlichen Versammlung in Seestermühe einmünden. Gezwungen werden muß Flessner, dort zu erscheinen. Da kann

er dann mit den gerechten Zielen der Bauern konfrontiert werden. Da muß er sich dann verhalten zur Frage, daß die Kündigung der Pachtverträge zurückgenommen werden muß und der Boden den Bauern gehört, die ihn bebauen, und nicht dem Grafengesindel. Da kann dann die Zersplitterung der einzelnen Bauern aufgehoben werden, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen.

4,2 % in der Kautschukindustrie

Erklärungsfrist bis 10. Juni

b.res. Am 31.5. hat die Verhandlungskommission der IG Chemie mit den Kautschukkapitalisten folgenden Abschluß für Hamburg und Schleswig-Holstein ausgehandelt: 4,2% mehr Lohn und Gehalt, bis 1986 Urlaubsanhebung auf 6 Wochen (Niedersachsen: bis 1984) und Urlaubsgeld von 950 DM. Die Arbeiter erhalten also tariflich zwischen 51 und 72 DM mehr brutto. Nicht einmal die höchste Lohngruppe VII erreicht die 100 DM, die in Abteilungen bei Phoenix und Conti als Mindestforderung erhoben wurden. Einzig die Antreiber von 3500 bis 4000 DM an aufwärts fahren gut bei diesem Abschluß.

Für die Arbeiter und die Masse der Angestellten, die nach den 4,3% vom letzten Jahr schon längst im Minus sind, wird dieser Abschluß bedeuten, daß spätestens nach dem Urlaub große Löcher im Portemonnaie aufgerissen werden. Dieses Ergebnis konnte nur zustandekommen, weil die Führung der IG Chemie nichts getan hat, die Kraft der Arbeiter zu entfalten. Aus Furcht vor der Bewegung in den Belegschaften wurde erst einen Tag vor den Verhandlungen heimlich die Forderung aufgestellt – mit 4,5% geradezu ein Geschenk an die Kapitalisten – und dann über Nacht abgeschlossen. Bis zum 10.Juni hat die Tarifkommission der IG Chemie noch Zeit, zuzustimmen oder abzulehnen. Viele Tarifkommissionsmitglieder werden gegen den Lohnraubabschluß sein, selbst wenn sie dafür stimmen. Die Frage ist nun, ob so ein 30-bis-50-DM-netto-Abschluß 12 Monate hält.

Überall die Unterstützung mit dem Kampf der dänischen Fährleute organisieren!

Aus dem Zwang der Leute, sich billig Lebensmittel einzukaufen, macht die Flensburger Förde-Reederei ein staatlich gefördertes Geschäft. Sie kauft Waren zollfrei ein und verkauft sie „zollfrei" auf ihren Butterschiffen. Einen erheblichen Teil der Zollspanne streicht sie ein. Die Beförderung von Leuten ist nur ein notwendiges Übel, um diesen Extraprofit zu kassieren. Trotzdem sind Zigaretten, Alkohol usw. noch immer erheblich billiger als im Laden. Also sind viele gezwungen, sich die Zeit für eine Butterfahrt zu nehmen, um so Geld zu sparen.

Ohne die Knochenarbeit der Arbeiter auf den Schiffen, ohne Überarbeit und maßlos gesteigerte Arbeitshetze kann die Förde-Reederei die Zollspanne, den staatlich geförderten Profit, nicht einsacken. Das ist ihr aber in den letzen Jahren in solchem Umfang gelungen, daß ihr die Expansion an die Nordsee nicht schwergefallen ist und sie die Lindingerreederei ohne Schwierigkeiten für 12 Mio DM aufkaufen konnte.

Grundlage dafür ist der äußerst niedrige Lohn der Arbeiter. Der Stundenlohn eines Kioskhelfers beträgt 6,75 DM brutto. Das ergibt einen Monatslohn von 1176 DM brutto. Ein Decksmann bekommt etwa 25 Pfennig mehr die Stunde. Die Arbeitszeit ist vollkommen den Schwankungen des Käuferstroms unterworfen. So arbeitet ein Kioskhelfer jetzt zwar in der 40-Stundenwoche, Überstunden müssen aber geleistet und dann abgefeiert werden. Im Sommer wird die Arbeitszeit auf 80 Stunden und bis zu 120 Stunden in der Woche ausgedehnt. Urlaub darf nicht genommen werden, und wer krank ist, wird gefeuert. Und doch hat noch Glück, wer diesen Rhythmus mitmachen „darf". Ein Teil der Arbeiter wird regelmäßig im Winter entlassen und zum Sommer wieder eingestellt.



Landrat Buhse's Angriff auf Vertretungsmacht gescheitert

b.sal. Am 23.5.79 hat Kreisverwaltungsdirektor Cornelius im Einvernehmen mit Landrat Buhse dem Assistenzarzt und Personalrat Rüppell im Kreis-

Kostendämpfung angewachsen ist, im Keim zu ersticken. Unter dem Vorwand, die Bewegung gegen die Kündigung zu unterstützen, schlug SPD-

Trotzdem sind Zigaretten, Alkohol usw. noch immer erheblich billiger als im Laden. Also sind viele gezwungen, sich die Zeit für eine Butterfahrt zu nehmen, um so Geld zu sparen.

Ohne die Knochenarbeit der Arbeiter auf den Schiffen, ohne Überarbeit und maßlos gesteigerte Arbeitshetze kann die Förde-Reederei die Zollspanne, den staatlich geförderten Profit, nicht einsacken. Das ist ihr aber in den letzen Jahren in solchem Umfang gelungen, daß ihr die Expansion an die Nordsee nicht schwergefal-

kommen den Schwankungen des Käuferstroms unterworfen. So arbeitet ein Kioskhelfer jetzt zwar in der 40-Stundenwoche, Überstunden müssen aber geleistet und dann abgefeiert werden. Im Sommer wird die Arbeitszeit auf 80 Stunden und bis zu 120 Stunden in der Woche ausgedehnt. Urlaub darf nicht genommen werden, und wer krank ist, wird gefeuert. Und doch hat noch Glück, wer diesen Rhythmus mitmachen „darf". Ein Teil der Arbeiter wird regelmäßig im Winter entlassen und zum Sommer wieder eingestellt.



Landrat Buhse's Angriff auf Vertretungsmacht gescheitert

b.sal. Am 23.5.79 hat Kreisverwaltungsdirektor Cornelius im Einvernehmen mit Landrat Buhse dem Assistenzarzt und Personalrat Rüppell im Kreis-

krankenhaus Heide fristlos gekündigt. Begründung: Verstoß gegen den BAT, weil er im Dienst gegen Kernkraftwerke agitiert hat. Der gesamte Personalrat des Heider Krankenhauses hat sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen. Auf der Grundlage des besonderen Dienstrechtes hat Buhse diesen Angriff gegen die elementaren Vertretungsrechte der Kollegen gerichtet, um die Rebellion im Krankenhaus, die seit der

Kostendämpfung angewachsen ist, im Keim zu ersticken. Unter dem Vorwand, die Bewegung gegen die Kündigung zu unterstützen, schlug SPD-

Vorsitzender Arens vor, nicht zu kündigen, sondern „allerhöchstens" ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Überhaupt könne die Freiheit der Kritik nicht zur Zeit der 30. Jährung des Grundgesetzes angegriffen werden. „Weil rechtlich nichts drin war", hat Buhse mit Rüppell einen Vergleich über seine Weiterbeschäftigung abgeschlossen. Rüppell erklärte, weiter gegen Kernkraftwerke zu kämpfen.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Bezirksgruppe Nordost

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Rendsburg, 2. bis 8. Juni, 17.00 bis 19.00 Uhr, „Am Rothenhof", Rothenhöfer Weg
Universität Hamburg, 11. bis 15. Juni, 18.00 bis 20.00 Uhr, Phil-Turm, Hörsaal F

Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Die Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis.
Kiel-Ost, 11. bis 15. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Dorfschänke", Zum Brook 25

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß.

Schleswig, 4. bis 8. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Gosch's Gasthof"

Deutsche Geschichte. Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens.
Neumünster, 4. bis 8. Juni, Hotel „Stadt Rendsburg", Rendsburger Straße

Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag.

Eutin, 4. bis 8. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Am See", Elisabethstraße

Die Deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion.

Husum, 11. bis 15. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, Bahnhofsgaststätte

Die Ministerien für Arbeit, Verkehr, Post und Forschung.

Heide, 4. bis 8. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, Grund- und Hauptschule 4

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung

Kiel-West, 11. bis 15. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben.

Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre

Preetz, 4. bis 8. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Schellhorner Berg", Plöner Landstraße

Schulung Marx/Engels: „Manifest der kommunistischen Partei"
Hamburg-Nord, 4. bis 8. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Fraenkelstraße

Hamburg-Harburg, 4. bis 8. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Union-Kate", Eddelbüttelstr 24a

Lenin: „Was tun?"

Hamburg-Harburg, 11. bis 15. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, „Union-Kate", Eddelbüttelstr. 24a

Hamburg-Wandsbek, 11. bis 15. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, Studentenwohnheim Ölmühlenweg 14

Hamburg-Altona, 11. bis 15. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben

Lüneburg, 11. bis 15. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, „Stucksaal", An der Münze

Lenin: „Staat und Revolution"

Schleswig, 11. bis 15. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Gosch's Gasthof"

Mölln, 4. bis 8. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Zur Linde", Königstr. 19

Rendsburg, 4. bis 8. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Am Rothenhof", Rothenhöfer Weg

Kiel, 4. bis 8. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten

Schwimmen für Anfänger
Hamburg, 4. bis 8. Juni, 18.00 Uhr, Freibad Lattenkamp (U-Bahn Lattenkamp)

Kulturgruppe: Zeichenkursus
Hamburg, 8. Juni, 17.00 bis 20.00 Uhr, Thema: Porträt, Proportionen des menschlichen Körpers, Perspektive. Hochschule für bildende Künste, Lerchenfeld 2, Raum 218a (II. Stock)

Sportkurs (Gymnastik, Ballspiele)
Hamburg, Sonntag, 10. Juni, 10.00 Uhr, Treff auf der Stadtparkwiese vor dem Turm

Prozesse gegen Iran-Demonstranten
Hamburg, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz
5. Juni, 9.00 bis 11.00 Uhr, Susanne Lambrecht wegen Leitung einer verbotenen Demonstration (2. Forts.)
5. Juni, 13.00 Uhr, R. 92, Hubertus R. wegen Widerstand, Körperverletzung und Gefangenenbefreiung am 16.12.78

Prozesse wegen Wehrkraftzersetzung
Flensburg, 6., 7., 8., 14. und 15. Juni, Landgericht Flensburg, Südergraben 22, Saal 58, jeweils 9.15 Uhr, gegen M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Wehrkraftzersetzung, Verunglimpfung der BRD, wegen Volksverhetzung und Beleidigung, wegen Verteilens der „Volksmiliz"

Dienstag, 5.Juni
Uelzen, Amtsgericht, 10.30 Uhr, Fortsetzung des Ehrenbergprozesses gegen Margret Skalawski

b.gep.Hamburg. **Anfang der Woche hatte die Dienstaufsicht von den Briefzustellern des Postamtes 13 gefordert, das morgendliche Briefsortieren für die Urlaubsgänger mit zu übernehmen und dies als unbezahlte Mehrarbeit abzuleisten.** Donnerstag früh führten die Kollegen dann einen Bummelstreik durch, der sich gegen die Mehrarbeit wandte und die Dienstaufsicht aufforderte, zusätzliche Kräfte einzustellen. Nachdem die Briefzustellung für Rotherbaum an diesem Tag zusammenzubrechen drohte, gab die Dienstaufsicht nach und teilte dem Personalrat mit, daß sie den Forderungen des Personals entsprechen werde

b.ped.Kiel. **Der damalige Landesschülersprecher für die Berufsbildenden Schulen Thomas Hinrichsen, muß Druckkosten für Flugblätter zur Unterstützung des landesweiten Schülerstreiks gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung letzten Sommer nicht aus eigener Tasche bezahlen.** Das Kieler Amtsgericht entschied am 29.5. 1979, daß nach den Umständen klar die Schülervertretung selbst Auftraggeber gewesen sei.

b.ulh.Hamburg. **Im Hamburger Senat liefern sich CDU und SPD Schaukämpfe in Sachen Familienpolitik.** Die CDU hat den Senat aufgefordert, ein Erziehungsgeld einzuführen, andernfalls sie den Nachwuchs an ausbeutbaren Arbeitskräften gefährdet sehe. Den entsprechenden Beitrag hielt Eleonore Rudolph und sie garnierte ihn mit reaktionär-biederen Sprüchen von wegen mehr Menschlichkeit für die Mehrkinderfamilien und mehr Wahlfreiheit für die Frau. Für die SPD markierte Senator Lange die Gegenposition: es komme nicht auf die *Quantität*, sondern die *Qualität* der Bevölkerung an, und scharf müsse man die frauenfeindliche Linie der ,,Mutterschaftsprämierung" zurückweisen. Man riecht schon den Braten. Die SPD-Demagogen benutzen das CDU-,,Argument", um die Ausweitung der Frauenarbeit zwecks Lohndruck in Richtung Leichtlohngruppen (von wegen gleicher Lohn für gleiche Arbeit) als ,emanzipiert' zu propagieren. Außerdem tut die SPD so, als sorge sie für die ,,Qualifizierung" der Massen und habe mit schikanöser Geburtenüberwachung zwecks Bereitstellung einer großen industriellen Reserve- und Soldatenarmee nichts im Sinne. Das Gegenteil ist der Fall. Genau wie der CDU geht es der SPD um Sicherung dieser Armee, sie legt nur ihren Schwerpunkt anders. Die SPD betreibt den Ausbau der staatlichen Bevormundungs- und Spitzelstellen. Sie will die in Hamburg bereits bestehenden 22 Erziehungsberatungsstellen weiter vermehren, Pro Familia soll ausgebaut werden und als besonderen Knüller hat der Senat eine Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute in Betrieb. Als erstes Bundesland hat er eine Unterhaltsvorschußkasse für Eltern mit Kind eingerichtet, aus der nur Geld gezahlt wird, wenn gleichzeitig ein

delten Milchleistungsprämien, Verkaufsprämien (für jedes verkaufte Tier), Aufschlag für besondere Nebenarbeiten und der Deputatwert (Wohnung und täglich 4 Liter Milch). Das ist dann der Bruttolohn. Darauf werden die Steuern und Sozialversicherung berechnet, dann werden wieder 110 DM abgezogen, falls der Melker in einer Werkwohnung wohnt, und 75 bis 80 DM, wenn er die 4 Liter Milch nimmt.

b.oeh. Lübeck. **Am 19.5.1979 ist die ehemalige Seminarsprecherin und jetzige Vorsitzende der Hauptjugend-und Ausbildungsvertretung auf Beschluß der Prüfungskommission durch das 2. Staatsexamen gefallen.** In der Hausarbeit und in der 1. Examenslehrprobe hatte sie die Note ,mangelhaft' erhalten. Die Prüfungskommission hatte die Vornoten als Ausgleich nicht anerkannt und die Prüfung abgebrochen. Inzwischen wurde durchgesetzt, daß die 2. Lehrprobe stattfindet, danach muß die Prüfungskommission erneut darüber befinden, ob sie die Vornoten anerkennt. In Beschlüssen von Gremien der Seminare Lübeck und Flensburg und verschiedener Gewerkschaftsgruppen der GEW wird die Anerkennung der Vornoten und damit des Examens gefordert. In einer Flensburger Resolution heißt es: ,,Mit diesem Examensergebnis sollen die Referendare insgesamt eingeschüchtert werden und von ihrer Interessenvertretung absehen. In letzter Zeit häufen sich die Versuche, mit Hilfe des Notendrucks Lehramtsanwärter politisch und inhaltlich zu disziplinieren. Auch bei uns im Flensburger Studienseminar wurden Referendare in Lehrproben und in einer Examensarbeit wegen ,inhaltlicher Einseitigkeit' schlechter bewertet, eine Referendarin erhielt ausdrücklich deshalb ein ,mangelhaft' in einer Lehrprobe. Mit diesem Mittel und mit diesen Methoden soll die Einschränkung demokratischer Rechte vorangetrieben werden, indem bei den schwächsten, nämlich den in Ausbildung befindlichen Lehrern, angefangen wird."

b.uwb.Flensburg. **FSG-,,Know how" für die neue Afrika-Reederei.** Die Flensburger Schiffbaugesellschaft geht mit der neuen Reederei ,,Holnis Reederei GmbH & Co. Flensburg" Anfang November in den Konkurrenzkampf der Reedereien. Die FSG, die mit ⅔ an der Reederei beteiligt ist, (⅓ hat eine deutsche Gesellschaft mit Frachtaufkommen für Afrika) hat zwei flachgehende 75000 tdw-Schiffe entwickelt, die in der Lage sind, Flüsse zu durchfahren und kleine Häfen mit geringen Tiefen anzulaufen. So soll versucht werden, die Ausbeutung der Länder der Dritten Welt voranzutreiben.

b.chg.Flensburg. **Unter dem Ruf ,,Küstenschutz" hat die Bourgeoisie die Eindeichung des Speicherkooges in Dithmarschen betrieben.** Die ,,Land-

Schwärmerei für Lasalle

Sozialdemokraten stellen aus: ,,Hamburger Arbeiterbewegung"

b.uwh. Im Museum für Hamburgische Geschichte kann man derzeit eine Ausstellung über die ,,Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1918" über sich ergehen lassen. Wohl wird einem dabei bestimmt nicht. Geschichtsverfälschung ist eine besondere Tugend der Sozialdemokratie. Insbesondere der Hamburger. ,,Arbeitsbedingungen, Arbeitswege, Hygiene, Ernährung, Kultur" etc. Das Elend der Arbeiter wird durchaus breit dokumentiert. Wen wundert es? Soll man doch froh sein, daß sich der Staat heute so unermüdlich um die Arbeiter kümmert. Schuld an diesem Elend sind weder der Staat noch die Kapitalisten. Letztere werden sowieso kein einziges Mal in der Ausstellung erwähnt. Herbeigeführt wurde die elende Lebenslage der Proletarier durch sie selber, ,,weil sie angezogen durch die Industrialisierung in Hamburg zu zigtausenden in die Stadt strömten".

Durch die Zentralisierung der Produktion waren tausende Arbeiter, die in den neuen Hamburger Vororten lebten (Eimsbüttel z.B.), gezwungen stundenlang zu Fuß zur Arbeit zu laufen. Für den Aussteller (Wissenschaftsbehörde) hat so die Stunde des öffentlichen Nahverkehrs geschlagen, ,,um dem Problem der Arbeiterbeförderung Herr zu werden". Geprägt ist diese Ausstellung allemal von der Fürsorgepflicht des Staates gegenüber der Arbeiterklasse. Lassalle ist der wahre Führer und ,,geistige Vater" der Arbeiterbewegung. Ihm zu Ehren und seinen Hamburger Ablegern ist die Ausstellung gewidmet. Kern des Lassalleschen Gedankenguts ist das ,,eherne Lohngesetz", ,,auch heute noch umstritten", wie der Aussteller meint, und seine Staatstheorie, die den Staat als das Instrument zur Einheit der Individuen sieht. Die Theorie des ehernen Lohngesetzes leugnet die Notwendigkeit des ökonomischen Kampfes der Arbeiter, weil sich angeblich die Bezahlung der Arbeitskraft stets um den wahren Wert der Arbeitskraft bewegt, mal darunter mal darüber. Regeln soll das der Markt. Angeblich erfreute sich Lassalle in Hamburg einer ungeteilten Anhängerschaft. Zwar hatte der Lassallesche Reformismus ungeheuer schädlichen Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung, doch nie haben sich tatsächlich die Arbeiter mit den Versuchen der Kapitalisten, den Lohn unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu drücken, abgefunden. Allein in den Jahren von 1865 bis 1877 fanden 65 Streiks, z.T. mehrwöchig, in Hamburg statt. Fast immer ging es um mehr Lohn oder den 10-Stunden-Tag. Mitte der 60er Jahre gab es einen großen Aufschwung in der Gewerkschaftsbewegung. Der Hamburger Arbeiterführer York war hierbei führend und setzte im Widerspruch zu den Erzlassalleanern im Hamburger Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Gründung von Gewerkschaften durch, was ein Fortschritt war.

Ein einziger Streik wird in der Ausstellung ausführlicher behandelt. Der große Hafen- und Seeleutestreik von 1896/97. In diesem Streik, der breit vom deutschen und ausländischen Proletariat unterstützt wurde, setzten verschiedene Abteilungen der Arbeiter Lohnerhöhungen durch. Der Organi-



sationsgrad schwoll explosionsartig an. Alle Streikenden, die gekündigt wurden, mußten wieder eingestellt werden. Kommentar der Aussteller: ,,Der Streik endete mit einer Niederlage für die Arbeiter." Die Linie der Ausstellung ist, durch Verfälschung der tatsächlichen Bewegung (Bebel und Liebknecht werden nur einmal erwähnt, als sie sich gegen die Annektierung Elsaß-Lothringens wenden) darzustellen, daß der Kampf der Arbeiterklasse zwangsläufig in den Fängen des Reformismus endet. Auffallend ist, daß kein einziges Wort verloren wird über die Bewilligung der Kriegskredite durch die Mehrheitssozialdemokraten 1914, oder daß Liebknecht und Bebel dagegen gestimmt hätten. Stattdessen wird dreist gelogen und auf die Arbeiter gehetzt. ,,Willig läßt sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft bei Kriegsausbruch in der von der Regierung angestrebten nationalen Einheitsfront integrieren".

Elektronische Erfassung medizinischer Leistungen: Kapitalistische Rationalisierung im Krankenhaus

b.reb. Ab 1.5.79 wurde im Kreiskrankenhaus Tönning ein umfassendes System zur Erfassung der Arbeiten in den Funktionsbereichen (OP, Ambulanz, Röntgen, Labor) eingeführt. Den Protesten der Belegschaft hat der Dienstherr entgegengehalten, erstens sei eine solche Erfassung durch die Bundespflegesatzverordnung vorgeschrieben und zweitens würde durch diese Erfassung die Arbeitssituation nicht verschlechtert. Es gehe nur darum, den Krankenkassen bei den Pflegesatzverhandlungen handfest die im Krankenhaus erbrachten Leistungen nachzuweisen. Unter dem Druck solcher Argumente hat auch der Personalrat zunächst zugestimmt.

Inzwischen stellt sich heraus, daß die Einwände der Kollegen vollkommen berechtigt sind – trotz der Beteuerungen des ,,unabhängigen" EDV-Sachverständigen Maier, der eigens für die Ausarbeitung dieser Maßnahmen von der zentralen Krankenhausverwaltung

dem bisherigen Schreibkram soll jetzt für die Leistungen – Beistand bei ärztlicher Untersuchung, Infiltrationsanästhesie (Betäubung), Wundversorgung, Verband, intramuskuläre Injektion (Vorbeugung gegen Wundstarrkrampf) – jeweils aus dem Katalog die entsprechende Ziffer herausgesucht und aufgeschrieben werden. Das läuft darauf hinaus, daß die Schreibarbeit wesentlich mehr Zeit beansprucht als die Versorgung des Patienten.

Das ist aber noch nicht alles. Die Pflegesatzverordnung ist ja nicht dazu da, die Kosten der Krankenhausträger zu ermitteln. Das ginge wesentlich einfacher. Über die Festlegung des Pflegesatzes treibt der bürgerliche Staat die kapitalistische Rationalisierung in den Krankenhäusern voran. Das geht folgendermaßen vor sich: Von den vom Krankenhaus errechneten Kosten für Löhne, Material usw. werden bei den Pflegesatzverhandlungen regelmäßig einige Prozente weggestrichen, z.B. für

der Belegschaft scheitert, kann der Staat eine Prüfungskommission einsetzen, die regelmäßig feststellt, daß zuviel Pflege- oder Funktionspersonal eingestellt ist, und über die Kürzung des Pflegesatzes die Streichung von Planstellen erzwingt.

Die besondere Gemeinheit des jetzt eingeführten Systems der Leistungserfassung ist, daß die Angestellten im Krankenhaus selbst die Arbeit dieser Rationalisierungskommissionen übernehmen sollen. Der Zusammenschluß der Belegschaft kann verhindern, daß diese geniale Rechnung aufgeht.

Die ÖTV führt vom 11. bis 15.6. eine Aktionswoche unter dem Motto ,,Humanere Krankenpflege" durch. ,,Darum geht es:", schreibt das ÖTV-Magazin, ,,Stellenpläne werden zusammengestrichen, Personal abgebaut, mehr Überstunden und Bereitschaftsdienste verlangt, Auszubildende sind

gen mehr Menschlichkeit für die Mehrkinderfamilien und mehr Wahlfreiheit für die Frau. Für die SPD markierte Senator Lange die Gegenposition: es komme nicht auf die *Quantität*, sondern die *Qualität* der Bevölkerung an, und scharf müsse man die frauenfeindliche Linie der ,,Mutterschaftsprämierung" zurückweisen. Man riecht schon den Braten. Die SPD-Demagogen benutzen das CDU-,,Argument", um die Ausweitung der Frauenarbeit zwecks Lohndruck in Richtung Leichtlohngruppen (von wegen gleicher Lohn für gleiche Arbeit) als ,emanzipiert' zu propagieren. Außerdem tut die SPD so, als sorge sie für die ,,Qualifizierung" der Massen und habe mit schikanöser Geburtenüberwachung zwecks Bereitstellung einer großen industriellen Reserve- und Soldatenarmee nichts im Sinne. Das Gegenteil ist der Fall. Genau wie der CDU geht es der SPD um Sicherung dieser Armee, sie legt nur ihren Schwerpunkt anders. Die SPD betreibt den Ausbau der staatlichen Bevormundungs- und Spitzelstellen. Sie will die in Hamburg bereits bestehenden 22 Erziehungsberatungsstellen weiter vermehren, Pro Familia soll ausgebaut werden und als besonderen Knüller hat der Senat eine Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute in Betrieb. Als erstes Bundesland hat er eine Unterhaltsvorschußkasse für Eltern mit Kind eingerichtet, aus der nur Geld gezahlt wird, wenn gleichzeitig ein
Amtsvormund der Behörde akzeptiert wird.

b.hei.Eutin. **In Schleswig-Holstein wird man keine 2 Melker finden, die den gleichen Lohn bekommen oder die gleiche Arbeitszeit haben.** Soweit haben die Agrarkapitalisten und die Großbauern, zusammengeschlossen im Arbeitgeberverband der Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein die Spaltung vorangetrieben. Die Löhne werden nach einem Punktsystem berechnet. Jeder Punkt verkörpert einen bestimmten Wert, 1978 z.B. 32,5 Pfg., 1979 34 Pfg. Im Lohnkampf wird im wesentlichen um die Erhöhung dieser Punkte die Auseinandersetzung geführt. Um aus den Punkten den Lohn zu errechnen, wird der ganze Stall, in dem der Melker arbeitet, durchpunktiert: Melkanlage, Fütterung, Entmistung, Jungviehpflege usw. Alte Arbeitsmethoden, z.B. Handmelken, werden mit höherer Punktzahl bewertet. Moderne Einrichtungen, wie Maschine-Melken mit Absauganlage, bekommen weniger Punkte. Man kommt so zu einer bestimmten Punktzahl je Tier, die dann mit der Gesamttierzahl multipliziert wird. Eine Erneuerung des Stalles kann also für den Melker Lohnsenkung bedeuten, eine Erhöhung der Tierzahl höheren Lohn. Die Gesamtpunktzahl in einem modern eingerichteten Stall mit Kühen und Jungviehaufzucht liegt zwischen 5000 und 6000 Punkten. Die ersten 3000 Punkte werden als Grundlohn mit 34 Pfennig (1979) bezahlt, alle darüberliegenden mit 25% Aufschlag, also 42,5 Pfennig. Man erhält so den Grundlohn und Überlohn. Dazu gerechnet werden die tariflich ausgehan-

im Flensburger Studienseminar wurden Referendare in Lehrproben und in einer Examensarbeit wegen ,inhaltlicher Einseitigkeit' schlechter bewertet, eine Referendarin erhielt ausdrücklich deshalb ein ,mangelhaft' in einer Lehrprobe. Mit diesem Mittel und mit diesen Methoden soll die Einschränkung demokratischer Rechte vorangetrieben werden, indem bei den schwächsten, nämlich den in Ausbildung befindlichen Lehrern, angefangen wird."

b.uwb.Flensburg. **FSG-,,Know how" für die neue Afrika-Reederei.** Die Flensburger Schiffbaugesellschaft geht mit der neuen Reederei ,,Holnis Reederei GmbH & Co. Flensburg" Anfang November in den Konkurrenzkampf der Reedereien. Die FSG, die mit ⅔ an der Reederei beteiligt ist, (⅓ hat eine deutsche Gesellschaft mit Frachtaufkommen für Afrika) hat zwei flachgehende 75000 tdw-Schiffe entwickelt, die in der Lage sind, Flüsse zu durchfahren und kleine Häfen mit geringen Tiefen anzulaufen. So soll versucht werden, die Ausbeutung der Länder der Dritten Welt voranzutreiben.

b.chg.Flensburg. **Unter dem Ruf ,,Küstenschutz" hat die Bourgeoisie die Eindeichung des Speicherkooges in Dithmarschen betrieben.** Die ,,Land-
gewinnung" nutzte sie, um das gewonnene Land als militärische Basis zu benutzen. Im Auftrag der Bundeswehr wird vom 30. Juli vor der Küste Dithmarschens ein ,,Erprobungsschießen mit senkrechtstartenden Flugkörpern (SESTA)" durchgeführt. Acht Tage lang wird zwischen Friedrichskoog, Büsum und St.Peter-Ording je eine Rakete gestartet. Für diese Übung wurde ein ,,Sicherheitsgebiet" mit einem 15-km-Radius abgesteckt, das direkt an die Badestrände angrenzt und eine enorme Lärmbelästigung zur Folge hat. Für die Krabbenfischer bedeutet dies, daß sie ihre Auslaufstrecke nicht befahren können, sondern das Sicherheitsgebiet weiträumig umfahren müssen. Die Büsumer Krabbenfischer haben Auslaufverbot.

b.dam.Flensburg. **Die Lage in der Flensburger Strandkorbfabrik ist günstig, jetzt einen höheren Lohn durchzusetzen.** Die Produktion läuft langsamer, als der Betriebsführer sich das vorgestellt hat. Trotz seiner Drohung zu entlassen, arbeiten noch immer nicht alle am Samstag. Viele versuchen, durch Krankheit einige Tage von der Schufterei wegzubleiben. 2 bis 3 von den 13 Arbeitern sind durchschnittlich krank. Einer der angelernten Flechter hat gerade gekündigt, der so schnell nicht ersetzt werden kann. Im Betrieb wird debattiert, daß die Lohnerhöhung bei den unteren Lohngruppen überhaupt nicht gereicht hat. 5% für die Stundenlöhner von 5 DM brutto und 6 DM brutto oder 7,40 DM brutto bedeuten 42,50 DM bis 62,90 DM brutto. Urlaubsgeld zusätzlich wird nie gezahlt, der Betriebsurlaub ist nie zu einer festen Zeit, son-

beiterklasse. Lassalle ist der wahre Führer und ,,geistige Vater" der Arbeiterbewegung. Ihm zu Ehren und seinen Hamburger Ablegern ist die Ausstellung gewidmet. Kern des Lassalle-

stellung ausführlicher behandelt. Der große Hafen- und Seeleutestreik von 1896/97. In diesem Streik, der breit vom deutschen und ausländischen Proletariat unterstützt wurde, setzten ver-

ter gehetzt. ,,Willig läßt sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft bei Kriegsausbruch in der von der Regierung angestrebten nationalen Einheitsfront integrieren".

Elektronische Erfassung medizinischer Leistungen: Kapitalistische Rationalisierung im Krankenhaus

b.reb. Ab 1.5.79 wurde im Kreiskrankenhaus Tönning ein umfassendes System zur Erfassung der Arbeiten in den Funktionsbereichen (OP, Ambulanz, Röntgen, Labor) eingeführt. Den Protesten der Belegschaft hat der Dienstherr entgegengehalten, erstens sei eine solche Erfassung durch die Bundespflegesatzverordnung vorgeschrieben und zweitens würde durch diese Erfassung die Arbeitssituation nicht verschlechtert. Es gehe nur darum, den Krankenkassen bei den Pflegesatzverhandlungen handfest die im Krankenhaus erbrachten Leistungen nachzuweisen. Unter dem Druck solcher Argumente hat auch der Personalrat zunächst zugestimmt.

Inzwischen stellt sich heraus, daß die Einwände der Kollegen vollkommen berechtigt sind – trotz der Beteuerungen des ,,unabhängigen" EDV-Sachverständigen Maier, der eigens für die Ausarbeitung dieser Maßnahmen von der zentralen Krankenhausverwaltung
engagiert wurde.

Die ,,elektronische" Erfassung bedeutet nämlich schon jetzt erhebliche Mehrarbeit für die Kollegen. Jede Arbeit muß mit einer sechsstelligen Ziffer in einen Bogen eingetragen werden. Z.B.: Ein Patient mit einer Platzwunde kommt in die Ambulanz. Zusätzlich zu

dem bisherigen Schreibkram soll jetzt für die Leistungen – Beistand bei ärztlicher Untersuchung, Infiltrationsanästhesie (Betäubung), Wundversorgung, Verband, intramuskuläre Injektion (Vorbeugung gegen Wundstarrkrampf) – jeweils aus dem Katalog die entsprechende Ziffer herausgesucht und aufgeschrieben werden. Das läuft darauf hinaus, daß die Schreibarbeit wesentlich mehr Zeit beansprucht als die Versorgung des Patienten.

Das ist aber noch nicht alles. Die Pflegesatzverordnung ist ja nicht dazu da, die Kosten der Krankenhausträger zu ermitteln. Das ginge wesentlich einfacher. Über die Festlegung des Pflegesatzes treibt der bürgerliche Staat die kapitalistische Rationalisierung in den Krankenhäusern voran. Das geht folgendermaßen vor sich: Von den vom Krankenhaus errechneten Kosten für Löhne, Material usw. werden bei den Pflegesatzverhandlungen regelmäßig einige Prozente weggestrichen, z.B. für
angeblich zuviel angeordnete Medikamente oder für zu hohe Stellenpläne. Der Krankenhausträger kann dann bei den Rationalisierungsmaßnahmen auf die Pflegesatzkommission verweisen, auf die weder Betriebsrat, noch Belegschaft einen direkten Einfluß ausüben können. In Krankenhäusern, wo die Rationalisierung an dem Widerstand

der Belegschaft scheitert, kann der Staat eine Prüfungskommission einsetzen, die regelmäßig feststellt, daß zuviel Pflege- oder Funktionspersonal eingestellt ist, und über die Kürzung des Pflegesatzes die Streichung von Planstellen erzwingt.

Die besondere Gemeinheit des jetzt eingeführten Systems der Leistungserfassung ist, daß die Angestellten im Krankenhaus selbst die Arbeit dieser Rationalisierungskommissionen übernehmen sollen. Der Zusammenschluß der Belegschaft kann verhindern, daß diese geniale Rechnung aufgeht.

Die ÖTV führt vom 11. bis 15.6. eine Aktionswoche unter dem Motto ,,Humanere Krankenpflege" durch. ,,Darum geht es:", schreibt das ÖTV-Magazin, ,,Stellenpläne werden zusammengestrichen, Personal abgebaut, mehr Überstunden und Bereitschaftsdienste verlangt, Auszubildende sind
als vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt. Es wird rationalisiert und privatisiert... Auf diese Mißstände will die Gewerkschaft ÖTV in Veranstaltungen mit Flugblättern und Plakaten aufmerksam machen...".

Man wird diese Aktion gut nutzen können, um die Rationalisierungsmaßnahmen zu bekämpfen.

dern soll sich nach den Interessen des Profits je nach Verkaufszeit richten. Die Lage kann jetzt genutzt werden, für eine Lohnerhöhung zu kämpfen, da die Kurverwaltungen dem Strandkorb-Kapitalisten mit Prozessen drohen, wenn die Termine nicht zum Ausschreibungsdatum eingehalten werden.

b.mak.Hamburg. **245 Mill. DM hätten die Hamburger Kapitalisten bereits 1978 ohne die Lohnsummensteuer einsparen können, die zum 1.1.80 gestrichen wird. Rechtzeitig warnt die Hamburger Handelskammer den Senat,** dafür die Gewerbesteuer anzuheben, und verweist dreist auf die geplante Senkung der Gewerbesteuern in Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben: es ,,entspreche der Absicht der Bundesregierung und des Gesetzgebers", daß ,,nicht die Gemeinden, sondern die Wirtschaft die Nutznießer sein sollen". (Hamburger Wirtschaft 5/79, 12) Der Finanzsenator wird 1980 einen ,,Restausfall" der Lohnsummensteuer von 20 Mio. zu verzeichnen haben. Die Handelskammer hat den Senat ,,um baldige Klarstellung gebeten" (ebd.), daß dies Geld den Volksmassen aus der Tasche geraubt wird. Das Hamburger Bank- und Industriekapital wittert neue Höchstprofite und beschleunigt Konzentration und Expansion: das Bankhaus Nottebohm hat sich durch Zusammenschluß zum 1.6.79 zur Burgardt/ Nottebohm Bank gemausert, der neue Großaktionär The Royal Bank of Canada eröffnet neue Tore für den Kapitalexport (Dividende 1978: 11,5%). Die Hamburger Chemiefabrik Schill & Seilacher eröffnete am 22.5.79 ein Werk in Stow (Ohio/USA), nachdem seit 1976 eins bereits in Brasilien steht; in den USA war das Kapital vor 3 Jahren zunächst in einer US-Vertriebsgesellschaft eingestiegen. Aus den 110 Arbeitern in Hamburg sollen 79 227000 DM Umsatz pro Beschäftigten gepreßt werden. Ganz ähnlich der Kapitalist Merkel, der Dichtelemente produzieren läßt: anfangs Kapitalkonzentration mit schwedischem Kapital (Forsheda), dann zuerst eine eigene Vertriebsfirma in den USA, in Österreich und Italien, in Irland dann das erste Werk im Ausland. Exportanteil 1978 31%. Im ersten Quartal 79 17% Umsatzsteigerung. Die Maihak-Kapitalisten wollen die Dividende von 7% auf 10% erhöhen. Die Commerzbank besitzt über die Hälfte der Aktien. Rationalisierung und Kurzarbeit 1977/78 haben die Profitaussichten für 79 wieder aufleben lassen. Der Exportanteil wächst, er steht 1978 bei 39% des Umsatzes. Texaco Hamburg hat 1978 nach eigenen Angaben 62 Mio. DM Profit gemacht gegenüber nur 0,5 Mio. DM 1977. Davon werden 33,5 Mio. DM ,,ausgeschüttet" an die Aktionäre. Vorstandsvorsitzender Ritter: ,,Es tut dem Unternehmen sehr gut, mal wieder etwas zu verdienen."

b.uwh.Hamburg. **Am 1. Juni begannen die LKW-Fahrer trotz massiver Drohungen** der niedersächsischen Landesregierung und verstärkten Polizeiaufgebots ihre ,,Bummel"-Aktionen gegen die geplante Festlegung der Tagesspesen auf 8 DM. (Hier bei Rammelsloh, 15.30 Uhr).



Regierungserklärung Stoltenberg:

„Konfrontation um jeden Preis in einem permanenten Wahlkampf schaden unserem Land. Sie mindern das Ansehen der politischen Parteien und der demokratischen Einrichtungen bei den Bürgern",appellierte Stoltenberg in seiner Regierungserklärung vor dem schleswig-holsteinischen Landtag an die bürgerlichen Parteien. Warum? „Wir müssen das Notwendige möglich machen und zugleich bereit sein, manche Forderung abzulehnen." Das erfordert Große Koalition. Matthiesen biederte sich in seiner Erwiderung entsprechend an. Was ist das Notwendige? Mehr Menschen in Lohnarbeit pressen, insbesondere die Jugend, Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates.

Der Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf hat die Landesregierung angeschlagen. Er wird im Gegensatz zu früheren Regierungserklärungen nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Natürlich hält Stoltenberg am Kernenergieprogramm fest, aber nur mit Rückendeckung der Bundesregierung. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik steht die Fortführung der „modernen Agrarpolitik nach dem Muster des Programms Nord", also die weitere Ruinierung der Bauern, wie gegenwärtig mit den Bauern der Seestermüher Marsch versucht wird, und die Förderung der Agrarkapitalisten; die Industrieansiedlung und in dem Zusammenhang der weitere Ausbau der Infrastruktur. Wenn Stoltenberg behauptet, er wolle 65000 bis 85000 neue Arbeitsplätze schaffen, dann hat er nicht die Beseitigung der industriellen Reservearmee von 54000 Arbeitern im Auge, sondern die Ausbeutung von mehr Menschen. Ein Kreis wie Lauenburg hat z.B. bei 153000 Menschen 8844 Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie, Nordfriesland dagegen mit 160000 Menschen nur knapp 3000. Zuviel Profitmöglichkeiten gehen den Kapitalisten verloren.

Eine Andeutung darüber, wie die Kapitalisten die Ausbeutung haben steigern können, zeigt die Broschüre „Schleswig-Holstein macht den Unternehmern ein Angebot": Der Jahresgesamtumsatz der Betriebe stieg von 1970 bis 1976 von 12,8 auf 22,3 Mrd. DM, der Anteil der Löhne am Umsatz fiel von 1973 bis 1976 insgesamt von 21,3% auf 19,5% und in der Schiffbauindustrie sogar von 33,1% auf 25,8%.Die Kapitalisten konnten bei einer Senkung der Arbeiter von 163800 auf 161800 von Februar bis Dezember 1978 den Umsatz von 1,7 auf 2,25 Mrd. DM steigern.

Um den Facharbeiterlohn anzugreifen, sollen mehr Frauen „traditionelle" Männerberufe eröffnet werden, und die Arbeiterschutzrechte sollen aufgehoben werden. „Wir werden deshalb zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen und Mädchen

frastruktur. Wenn Stoltenberg behauptet, er wolle 65000 bis 85000 neue Arbeitsplätze schaffen, dann hat er nicht die Beseitigung der industriellen Reservearmee von 54000 Arbeitern im Auge, sondern die Ausbeutung von mehr Menschen. Ein Kreis wie Lauenburg hat z.B. bei 153000 Menschen 8844 Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie, Nordfriesland dagegen mit 160000 Menschen nur knapp 3000. Zuviel Profitmöglichkeiten gehen den Kapitalisten verloren.

Eine Andeutung darüber, wie die Kapitalisten die Ausbeutung haben steigern können, zeigt die Broschüre „Schleswig-Holstein macht den Unternehmern ein Angebot": Der Jahresgesamtumsatz der Betriebe stieg von 1970 bis 1976 von 12,8 auf 22,3 Mrd. DM, der Anteil der Löhne am Umsatz fiel von 1973 bis 1976 insgesamt von 21,3% auf 19,5% und in der Schiffbauindustrie sogar von 33,1% auf 25,8%.Die Kapitalisten konnten bei einer Senkung der Arbeiter von 163800 auf 161800 von Februar bis Dezember 1978 den Umsatz von 1,7 auf 2,25 Mrd. DM steigern.

Um den Facharbeiterlohn anzugreifen, sollen mehr Frauen „traditionelle" Männerberufe eröffnet werden, und die Arbeiterschutzrechte sollen aufgehoben werden. „Wir werden deshalb zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen und Mädchen
die Bundesregierung zur Aufhebung einer Reihe noch immer bestehender Beschäftigungsverbote auffordern." Zur zügigen Unterwerfung der jugendlichen Arbeitskraft unter die Lohnarbeit will die Landesregierung das "bewährte 300 Millionen-Programm" fortsetzen: Ausweitung des Berufsgrundbildungsjahrs, der Stufenausbildung mit 500 Plätzen in der Bauwirtschaft, der Abnahme der Ausbildungskosten für die Kapitalisten durch 1350 weitere überbetriebliche Ausbildungsplätze und sich der behinderten Jugendlichen annehmen. Gedacht ist wahrscheinlich an Modelle wie die Nervenheilanstalt Schleswig, wo die geschlossene Jugendabteilung ausgeweitet wurde und zu „therapeutischen Zwecken" 3 Werkhallen mit Teil- und Montagefertigungen gebaut wurden. Auch die Gefängnisse sollen vollständig zu Zwangsarbeitslagern umgestaltet werden: Stoltenberg plant den Bau einer „nach modernsten Erkenntnissen konzipierten Jugendstrafanstalt" und den Bau neuer Werkhallen in den Strafvollzugsanstalten.

Das Angebot an die Kapitalisten zur Ansiedlung erfordert einen weiteren Ausbau der Infrastruktur zur Senkung der Transportkosten. Geplant ist deshalb der rasche Ausbau der Westküsten- und der Berlinautobahn und der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals für das Passieren von Europaschiffen. Da die Landesregierung in den letzten Jahren bereits mehrere dieser Bauvorhaben aufstecken mußte wegen des Kampfes der Volksmassen dagegen, appelliert sie auch hier an die Gemeinsamkeit aller Parteien: um den Bau des Großflughafens Kaltenkirchen durchzusetzen, müßten sich der Hamburger Senat und die Bundesregierung bis 1980 endlich entscheiden, ob sie das Projekt unterstützen.

Daß die Bevölkerung Schleswig-Holsteins von 2,5 Millionen Menschen im Besitz von 838000 PKWs ist, ist der Bourgeoisie ein Dorn im Auge. Sie führt extra darüber Statistik. Zum einen will sie den Lebensstandard der Arbeiter senken, zum anderen paßt ihr die unkontrollierte Bewegung der Arbeitermassen mittels Auto nicht. Es kann auch Kampfmittel sein. Die Landesregierung hat die Durchbrechung einer Polizeisperre bei Brokdorf mit einem Autokonvoi sicher nicht vergessen. Propagiert wird daher Fahrradfahren. Die Landesregierung kommt dem mit der Planung von 400 km Radfahrwegen entgegen. Und wenn schon Auto, dann wenigstens kontrolliert, über Autobahnen, die sich leichter abriegeln lassen als Hunderte von Landstraßen.

In Erwartung der Verschärfung der Klassenkampfsituation nimmt der Ausbau des Unterdrückungsappparates einen Schwerpunkt im Programm ein. Nur dafür sollen Personalstellen bewilligt werden. 210 allein bei der Polizei für 1979 und weitere 200 sollen 1980 bis 1983 ausgebildet werden. Die Polizei soll mit modernen Waffen ausgerüstet werden. Um die Bezahlung der Polizei hatte es im letzten Jahr einen größeren Krach zwischen SPD und CDU gegeben. Die Befürchtung der SPD – die Polizei marschiere nicht für die Bourgeoisie, wenn sie nicht ausreichend geschmiert werde – ist Aus-

Daß die Bevölkerung Schleswig-Holsteins von 2,5 Millionen Menschen im Besitz von 838000 PKWs ist, ist der Bourgeoisie ein Dorn im Auge. Sie führt extra darüber Statistik. Zum einen will sie den Lebensstandard der Arbeiter senken, zum anderen paßt ihr die unkontrollierte Bewegung der Arbeitermassen mittels Auto nicht. Es kann auch Kampfmittel sein. Die Landesregierung hat die Durchbrechung einer Polizeisperre bei Brokdorf mit einem Autokonvoi sicher nicht vergessen. Propagiert wird daher Fahrradfahren. Die Landesregierung kommt dem mit der Planung von 400 km Radfahrwegen entgegen. Und wenn schon Auto, dann wenigstens kontrolliert, über Autobahnen, die sich leichter abriegeln lassen als Hunderte von Landstraßen.

In Erwartung der Verschärfung der Klassenkampfsituation nimmt der Ausbau des Unterdrückungsappparates einen Schwerpunkt im Programm ein. Nur dafür sollen Personalstellen bewilligt werden. 210 allein bei der Polizei für 1979 und weitere 200 sollen 1980 bis 1983 ausgebildet werden. Die Polizei soll mit modernen Waffen ausgerüstet werden. Um die Bezahlung der Polizei hatte es im letzten Jahr einen größeren Krach zwischen SPD und CDU gegeben. Die Befürchtung der SPD – die Polizei marschiere nicht für die Bourgeoisie, wenn sie nicht ausreichend geschmiert werde – ist Aus-
druck der Zersetzung des staatlichen Unterdrückungsapparates. Die Arbeiterbewegung hat ihre Forderungen auf den Demonstrationen am 1. Mai erhoben. Die Einheit darum zu festigen ist die weitere Aufgabe gegenüber dem Programm der Bourgeoisie, vertreten durch Stoltenberg und seine umrangierte Truppe in der Landesregierung.

AOK Lüneburg: Rentnermord à la Ehrenberg

b.mas. „Das Bemühen um Kostendämpfung hat offensichtlich zu ersten Erfolgen geführt... nur die Ausgaben in der Krankenversicherung der Rentner stiegen wieder überproportional", klagen Muhsmann, Diekmann und Hartmann, die Vorsitzenden der AOK Lüneburg 1976. Scheiden die alten Arbeiter aus der kapitalistischen Produktion aus, ist ihre Arbeitskraft und Gesundheit vollends verschlissen. Daß dieser Prozeß sich mit Verschärfung der Ausbeutung beschleunigt und immer mehr Kosten für die Gesundheitsversorgung der alten Arbeiter erforderlich macht, spiegeln die Geschäftsberichte der AOK wieder. Die Krankenhauskosten pro Rentner stiegen von 1973 bis 1975 um 1042 DM (5O%). Die täglichen Pflegesätze um 33,95 DM (40,42%). Die durchschnittliche Liegedauer der Rentner verlängert sich von 24,5 auf 26,3 Tage.

Getreu der Kanzlerlosung „Die Versicherungen müssen endlich wieder zu Kapitalgebern werden" organisiert Ehrenberg über das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz den Großangriff auf Leben und Gesundheit der Rentner. Zielsetzung ist, die Lebenszeit der Arbeiter auf die Arbeitszeit zu reduzieren, sprich per Gesetz verordneter Rentnermord. Beträgt die Steigerung der Kosten für die Gesundheitsversorgung der Rentner 1975 23,3%, so wird diese Steigerung reduziert auf 10% im Jahre 1976. Im Zeitraum 75 bis 77 wird die Liegedauer der Rentner in den Krankenhäusern verkürzt von 26,3 auf 25,2 Tage. Sieht man sich die Entwicklung der Kosten für die Gesundheitsversorgung der Rentner außerhalb der Krankenhäuser an, findet man die Entwicklung bestätigt:

Die Kostendämpfung bringt der AOK 1977 einen Überschuß von 8,1 Mio. DM. Dieser Überschuß wird durch ein Defizit in der Krankenversicherung der Rentner reduziert auf 3,9 Mio. DM. Das ist der Bourgeoisie ein Dorn im Auge. Geschäftsführer Hartmann (AOK Lüneburg) stellt die zukünftige Planung vor: „Das bewährte System der sozialen Krankenversicherung kann für die Zukunft nur garantiert werden, wenn sich der Trend zur einnahmeorientierten Ausgabenpolitik verstärkt und auf diesem Wege die für unerläßlich erachtete Beitragsstabilität verwirklicht werden kann."

Mit dem Trend zur einnahmeorientierten Ausgabepolitik ist nichts anderes gemeint als die Verschärfung der Kostensenkung für die Rentner. 1977 betragen die Ausgaben für die Krankenversicherung der Rentner 2096,39 DM, die Einnahmen 1756,41 DM. Einnahmeorientierte Ausgabenpolitik heißt nichts anderes als Streichung an der Gesundheitsversorgung der Rentner um 16,22%.

Entwicklung der Kosten bei den Rentnern (Steigerungszahl bezogen auf das Vorjahr)

Ausgaben für	1975	1976	1977
Zahnarzt	+ 10,3 %	– 5,6 %	+ 5,7 %
Zahnersatz	+ 25,1 %	+ 92,6 %	– 20,4 %
Arztbehandlung	+ 8,4 %	+ 5,7 %	+ 3,8 %
Arznei	+ 9,8 %	+ 10,8 %	+ 1,5 %

Europäische Artikelnummer: Instrument zur ungeheuren Steigerung der Ausbeutung

b.trw. Die Anwendung der Datenverarbeitung im Handel hat die Schaffung einer einheitlichen Computersprache erforderlich gemacht. 1977 wurde von 12 europäischen Ländern mit der EAN ein Instrument eingeführt, um den gesamten Warenverkehr von der Industrie über die verschiedenen Handelsstufen bis zum Verbraucher auch grenzüberschreitend zu rationalisieren. Die 13-stellige EAN-Nummer kann ohne enormen Zeitaufwand nicht mehr manuell z.B. in die Datenkasse eingegeben werden. Sie wird über einen Balkencode verschlüsselt, der mit einem fotoelektrischen Lesegerät, dem Scanner, maschinell gelesen werden kann. Die Centrale für Coordination (CCG), deutsches Mitglied der EAN-Gesellschaft, in Westdeutschland allein zur Vergabe der EAN-Nummern berechtigt und in der Lage, hat zum Ziel erklärt, daß bis 1980 rund 80% der selbstbedienungsfähigen Artikel direkt ab Werk mit dem EAN-Code versehen sein sollen. Allem Anschein nach ist sie davon noch ein gutes Stück entfernt.

Widersprüche gibt es beim Industriekapital. Die Anbringung des EAN-Symbols erfordert eine bestimmte drucktechnische Qualität und bestimmte Prüfungsverfahren und schließt auf der anderen Seite bestimmte bisher angewandte Verpackungsmethoden aus.Investitionen sind erforderlich, für die das Industriekapital selbst keinen Nutzen sieht. Der eherne Grundsatz des Handels laute „billiger, bequemer und schneller" – möglichst auf Kosten von anderen, schreit es. Es selbst solle als „Zahlvater" herhalten. Dennoch marschiert die Einführung des EAN-Codes und dessen Anbringung ab Werk. Bald wird der Konsumgüterhersteller Schwierigkeiten haben, ohne die EAN-Codierung sein Produkt loszuwerden.





Bis Mai 1978 hatte die CCG 1600 Betriebsnummern vergeben. „Tempo ist geboten", treibt die CCG, damit die Dateien möglichst bald umgestellt werden können und die Computer der Betriebe sich untereinander „verständigen" können. Alsbald soll das EAN-System nur noch ausschließlich benutzt werden. In der dritten Stufe werden auch Waren, die sich für ein automatisches Kassieren eignen, nur noch mit kodierter EAN-Angabe versehen. Bis Mai 78 waren es noch 200, bis November schon 2000 Produkte.

Mit o,5 Mio. DM wird allein der Preis für 8 bis 12 Kassenplätze angegeben. Die Triebkraft für die Einführung ist die Möglichkeit, die Auspressung von Mehrwert aus immer weniger Beschäftigten enorm zu steigern.Wegman's, eine Einzelhandelskette im Staat New York, wendet lesende Kassen seit 1974 an. Nach bisherigen Erfahrungen sparen sie 40000 Dollar pro Jahr für Kassiererinnen ein, das sind 2 Kassiererinnen je Markt. Durch den Verzicht auf einen Teil der Preisauszeichnung sparen sie weitere 30000 Dollar jährlich, andere Einsparungen

Europäische Artikelnummer: Instrument zur ungeheuren Steigerung der Ausbeutung

b.trw. Die Anwendung der Datenverarbeitung im Handel hat die Schaffung einer einheitlichen Computersprache erforderlich gemacht. 1977 wurde von 12 europäischen Ländern mit der EAN ein Instrument eingeführt, um den gesamten Warenverkehr von der Industrie über die verschiedenen Handelsstufen bis zum Verbraucher auch grenzüberschreitend zu rationalisieren. Die 13-stellige EAN-Nummer kann ohne enormen Zeitaufwand nicht mehr manuell z.B. in die Datenkasse eingegeben werden. Sie wird über einen Balkencode verschlüsselt, der mit einem fotoelektrischen Lesegerät, dem Scanner, maschinell gelesen werden kann. Die Centrale für Coordination (CCG), deutsches Mitglied der EAN-Gesellschaft, in Westdeutschland allein zur Vergabe der EAN-Nummern berechtigt und in der Lage, hat zum Ziel erklärt, daß bis 1980 rund 80% der selbstbedienungsfähigen Artikel direkt ab Werk mit dem EAN-Code versehen sein sollen. Allem Anschein nach ist sie davon noch ein gutes Stück entfernt.

Widersprüche gibt es beim Industriekapital. Die Anbringung des EAN-Symbols erfordert eine bestimmte drucktechnische Qualität und bestimmte Prüfungsverfahren und schließt auf der anderen Seite bestimmte bisher angewandte Verpackungsmethoden aus.Investitionen sind erforderlich, für die das Industriekapital selbst keinen Nutzen sieht. Der eherne Grundsatz des Handels laute „billiger, bequemer und schneller" – möglichst auf Kosten von anderen, schreit es. Es selbst solle als „Zahlvater" herhalten. Dennoch marschiert die Einführung des EAN-Codes und dessen Anbringung ab Werk. Bald wird der Konsumgüterhersteller Schwierigkeiten haben, ohne die EAN-Codierung sein Produkt loszuwerden.

Bis Mai 1978 hatte die CCG 1600 Betriebsnummern vergeben. „Tempo ist geboten", treibt die CCG, damit die Dateien möglichst bald umgestellt werden können und die Computer der Betriebe sich untereinander „verständigen" können. Alsbald soll das EAN-System nur noch ausschließlich benutzt werden. In der dritten Stufe werden auch Waren, die sich für ein automatisches Kassieren eignen, nur noch mit kodierter EAN-Angabe versehen. Bis Mai 78 waren es noch 200, bis November schon 2000 Produkte.

Mit o,5 Mio. DM wird allein der Preis für 8 bis 12 Kassenplätze angegeben. Die Triebkraft für die Einführung ist die Möglichkeit, die Auspressung von Mehrwert aus immer weniger Beschäftigten enorm zu steigern.Wegman's, eine Einzelhandelskette im Staat New York, wendet lesende Kassen seit 1974 an. Nach bisherigen Erfahrungen sparen sie 40000 Dollar pro Jahr für Kassiererinnen ein, das sind 2 Kassiererinnen je Markt. Durch den Verzicht auf einen Teil der Preisauszeichnung sparen sie weitere 30000 Dollar jährlich, andere Einsparungen
beziffert man auf 20000 Dollar.

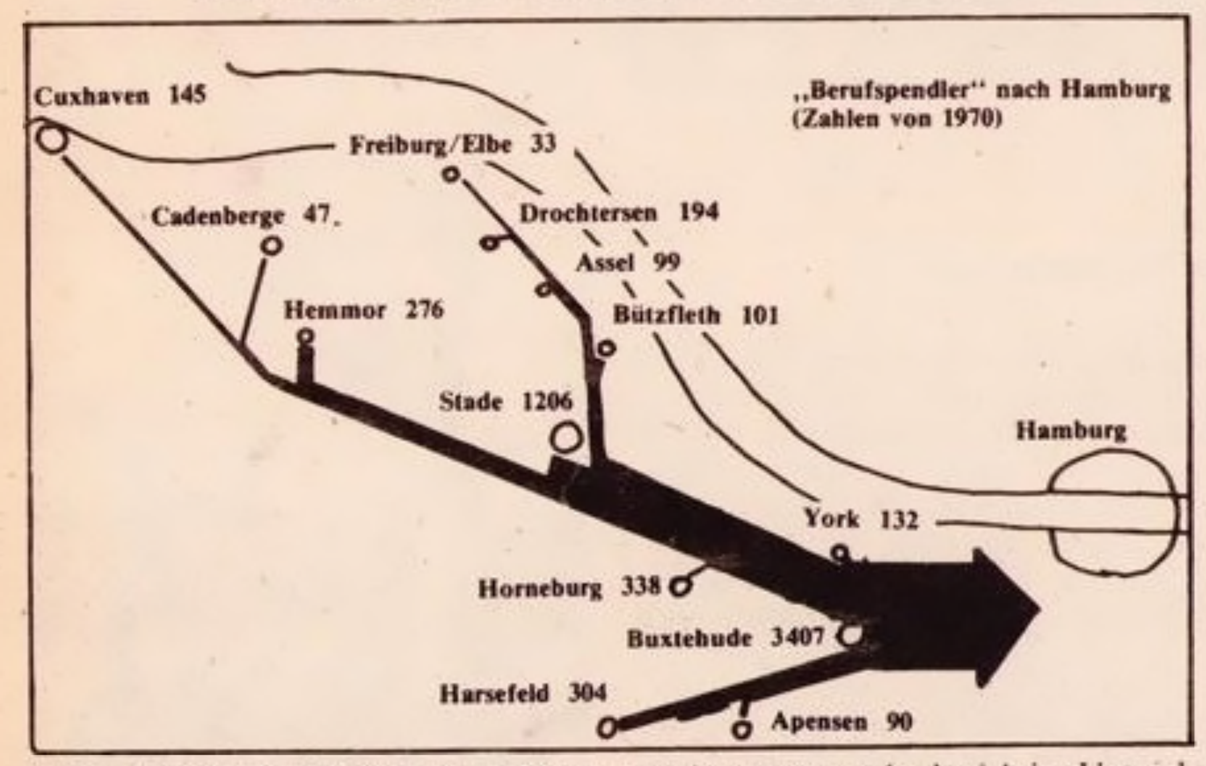
Man stellte fest, daß es 3,8 Sekunden dauert, einen Artikel einzutippen, aber nur 2,3 Sekunden, ihn über den Scanner zu führen. Innerhalb eines Monats wurde mit Training die Produktivität des Kassierpersonals um 20% gesteigert. Mit Scannern wurden 20 bis 22 Artikel pro Minute erfaßt, ohne Scanner nur 17.





Die EAN gibt verschlüsselt Länder-, Betriebs- und Artikelnummer an. Das Führen der Ware über den Scanner erleichtert die Arbeit der Kassiererin, lautet die Propaganda der Kapitalisten. Die Realität ist eine ungheure Verdichtung des Arbeitstages.

„Berufspendler" – Die Mobilität kostet die Arbeiter Lebenskraft und Lohn



b.mis. Das Schaubild zeigt die täglichen Arbeiterströme, wie sie sich im Unterelbegebiet in die Ausbeutungszentren ihren Weg bahnen. Immer längere Wege müssen die Arbeiter auf sich nehmen, um sich von den Kapitalisten ausbeuten zu lassen. Von den 1206 Arbeitern, die täglich von Stade nach Hamburg fahren müssen, haben 267 eine Fahrtzeit von 30 bis 60 Minuten, 872 von über einer Stunde, *bloß* für die Hinfahrt. Es ist vollständig gerecht, wenn die Arbeiter von den Kapitalisten die Bezahlung der Anfahrtkosten fordern. NRI hat die Bezahlung gestrichen mit dem windigen Argument, andere Tarifverpflichtungen würden sie so belasten. Warum sollen wir aber die tägliche Verausgabung von Arbeitskraft auch noch aus dem eigenen Lohn zahlen.

Behindertensportfest – Leistungsschau für die Kapitalisten

b.sug. Vom 21. bis 26.5. fand in der Gesamtschule Mümmelmannsberg das 8. Berufsgenossenschaftliche Sportfest für Querschnittgelähmte statt. Vorgeführt wurde hier die 350-köpfige Elite der rehabilitierten Gelähmten – durchweg Selbständige und gutbezahlte Angestellte, denen man ansah, daß es ihnen an Geld und guter Versorgung nicht fehlte.

In der BRD gab es 1977 10000 Querschnittgelähmte und jährlich kommen etwa 1000 dazu, ¾ davon durch Arbeits- und Verkehrsunfälle. Die wenigsten können mit der Rente die ohnehin erhöhten Reproduktionskosten decken. Auf dem Sportfest diente die schmale Schicht gutversorgter Gelähmter den Kapitalisten als ideologischer Vorreiter ihres Versuchs, die Zwangsarbeit für Behinderte durchzusetzen („Recht auf Arbeit") und sie erneut der schärfsten Ausbeutung zu unterwerfen („Gleichberechtigung"). Auf zahlreichen Symposien betonten die Funktionäre vehement, daß ein Querschnittgelähmter voll leistungsfähig sei, daß er alles könne, außer gehen, daß er weder mehr Geld noch sonstige Vorrechte brauche.

Sport und insbesondere der Leistungssport setzt für die BRD-Imperialisten Maßstäbe, wie weit sie die Ausbeutung Behinderter vorantreiben und so einen Teil der Renten und Behandlungskosten wieder zurückholen können. Nach dem Motto: wer Basketball spielen kann, kann auch am Fließband arbeiten, schreibt der Hauptverband der Berufsgenossenschaft (BG): „Die Teilnahme am Behindertensport kann einen wesentlichen Bestandteil der Behandlung im Hinblick auf den für den künftigen beruflichen Einsatz erforderlichen Leistungsstand bilden". Der Behinderte ist verpflichtet, sich allen „Wiedereingliederungsmaßnahmen" zu unterwerfen, wenn dadurch die „Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit auf Dauer gefördert oder erhalten werden kann", auch wenn dies Lohneinbußen zur Folge hat. Allein zwischen 1970 und 75 erhielten 23,44% der „Wiedereingegliederten" weniger Lohn als vorher. Die BG setzt sich direkt für die Ausbeutung Behinderter in Niedrigstlohngruppen ein, z.B. in der „Anlernung, auch Anpassung genannt ..., deren Ausübung gewisse Fähigkeiten und Kenntnisse voraussetzt, jedoch ohne grundlegende Ausbildung".

Obwohl die Kapitalisten aus der Arbeitslosenversicherung 2 Jahre lang bis zu 80% des Bruttolohns als Eingliederungshilfe kassieren, ist ihnen die Ausbeutung der Behinderten, die sich inzwischen eine Reihe von Rechten erkämpft haben (z.B. verstärkten Kündigungsschutz) noch nicht profitabel genug. Rasant wird deshalb der Ausbau der Behindertenwerkstätten betrieben (1976 für 30000 Menschen, 1980 sollen es 120000 sein), die direkt auf die Bedürfnisse der Kapitalisten zugeschnitten sind. Senator Ehlers: „Behindertenwerkstätten sind auf die Aufgeschlossenheit vieler Wirtschaftsunternehmen angewiesen...Außer für den Eigenbedarf...könnte die Wäscherei (in Marmstorf) auch für öffentliche und private Auftraggeber tätig werden, von denen einige schon Aufträge in Aussicht gestellt haben." Die Behinderten führen bereits zahlreiche Kämpfe gegen das niedrige Lohnniveau (ca 100 DM im Monat) und für gewerkschaftliche Rechte.

Der „neue Bundschuh, der jedem seine Freiheit ließ“

z.chc. Manchmal wird Opportunismus auch lyrisch: „Boxberg ist ein malerisches Städtchen, arm an Industrie und Arbeitsplätzen, wie das ganze Gebiet hier im Main-Tauber-Kreis im nördlichen Württemberg. Eingebettet in riesige Waldflächen, unterbrochen von einer Hügellandschaft mit den fruchtbarsten Ackerböden der ganzen Region bedacht, liegt es nur eine halbe Autostunde südlich von Würzburg und fast 1½ nördlich von Stuttgart.“ Solchermaßen läßt sich die „Rote Fahne“ am 26.4. über das Gebiet um Boxberg aus, wo die Bauern den Kampf gegen den Bau einer Testrecke des Daimler-Konzerns führen. Die „Rote Fahne“ als Reiseführer in eine Gegend gut für alternative Lebensform und auch leicht mit dem Auto zu erreichen. Ein „riesiges Gebiet Umwelt“ würde dort „kaputtgemacht“, samt „landwirtschaftlicher Nutzfläche“ und auch „ein paar Bauern“. Erhalt von umweltlicher Landidylle fernab vom Getriebe der Großstadt sei der Grund für den Kampf der Bauern. „Etwas beschränkter Kampf gegen den unvermeidlichen Fortschritt“, so treten auch die Vertreter des Daimler-Konzerns und der baden-württembergischen Landesregierung gegen den Kampf der Bauern auf. In einer „Diskussionsveranstaltung“ des Südwestfunks, während der allerdings gerade Sendestörung im Gebiet um Boxberg war, haben die Konzern- und Regierungsvertreter auch schon auf das wirklich „schwierige Entscheidungs- und Abwägungsproblem“ hingewiesen: Landschaftsschutz oder gute Autos, vor allem gut ausgetestete Autos, mit Teststrecke und Arbeitsplätzen. Anders als bei der „Roten Fahne“ und ihren nun ja tatsächlich ganz aufgeschlossenen Journalisten haben sie dabei bei den Boxberger Bauern keinen Erfolg gehabt.

Die Bauern haben erklärt, daß ihnen durch den Bau der Teststrecke ihr Hauptproduktionsmittel, der Boden genommen wird. Daß sie durch die verschiedensten Spaltungsversuche der Landesregierung, durch Bodenkauf und Flurbereinigung auch nicht durch andere Böden entschädigt werden können, da sie alle von minderer Qualität sind. Sie würden also die Produktivkraft ihrer Arbeit senken, damit ihre Einnahmen weiter vermindern und ihren Ruin beschleunigen. Die Bauern kämpfen gegen den Bau der Teststrecke, weil er für einige die sofortige Ruinierung durch sinkende Erzeugerpreise, durch die die Bauern den Wert der Produkte ihrer Arbeit nicht realisieren können; durch zu wenig Boden, wodurch sie die Produktivkraft ihrer Arbeit nicht steigern können und durch die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat, besiegeln wird. Die Teststrecke, sowie die geplanten und bereits im Bau befindlichen Zusatzanlagen, das NATO-Treibstofflager, Zufahrtsstraßen usw., werden den Ruin weiterer Bauern und ihre Vertreibung von ihrem Land beschleunigen.

Autos, vor allem gut ausgetestete Autos, mit Teststrecke und Arbeitsplätzen. Anders als bei der „Roten Fahne“ und ihren nun ja tatsächlich ganz aufgeschlossenen Journalisten haben sie dabei bei den Boxberger Bauern keinen Erfolg gehabt.

Die Bauern haben erklärt, daß ihnen durch den Bau der Teststrecke ihr Hauptproduktionsmittel, der Boden genommen wird. Daß sie durch die verschiedensten Spaltungsversuche der Landesregierung, durch Bodenkauf und Flurbereinigung auch nicht durch andere Böden entschädigt werden können, da sie alle von minderer Qualität sind. Sie würden also die Produktivkraft ihrer Arbeit senken, damit ihre Einnahmen weiter vermindern und ihren Ruin beschleunigen. Die Bauern kämpfen gegen den Bau der Teststrecke, weil er für einige die sofortige Ruinierung durch sinkende Erzeugerpreise, durch die die Bauern den Wert der Produkte ihrer Arbeit nicht realisieren können; durch zu wenig Boden, wodurch sie die Produktivkraft ihrer Arbeit nicht steigern können und durch die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat, besiegeln wird. Die Teststrecke, sowie die geplanten und bereits im Bau befindlichen Zusatzanlagen, das NATO-Treibstofflager, Zufahrtsstraßen usw., werden den Ruin weiterer Bauern und ihre Vertreibung von ihrem Land beschleunigen.

Die Landesregierung und dem Daimler-Konzern kommen die Sucher und Sänger vom alternativen Leben gerade recht, wenn sie nur dazu beitragen, die Ziele des Kampfes der Bauern zu vernebeln und zu verwischen und die Spaltung und Niederschlagung des Kampfes der Bauern erleichtern.

Die Bauern in und um Boxberg haben sich in der Bundschuh-Genossenschaft zusammengeschlossen, um die Spaltung durch die Bourgeoisie zu bekämpfen. Dazu wollen sie durch gemeinsame Einlage den Bauern, die gezwungen sind Land zu verkaufen, das Land zur gemeinsamen Nutzung abkaufen. So wollen sie verhindern, daß sie an den Daimler-Konzern verkaufen müssen. Die bürgerlichen Führer dieser Genossenschaft, Lehrer, Ingenieure, usw., wollen aus diesem Mittel des politischen Zusammenschlusses gegen die Bourgeoisie eine Anlagegesellschaft machen, die den politischen Kampf erübrigen soll. In den diversen Stadtzeitungen, dem Berliner „Informationsdienst“ und wahrscheinlich auch in der „Rote Fahne“-Redaktion werden schon die 100-DM-Aktien gehandelt.

Die Bauern haben der Genossenschaft den Namen „Bundschuh“ gegeben in Erinnerung an den revolutionären Zusammenschluß der Bauern im Kampf gegen Feudalismus und Reaktion in den Bauernkriegen. Alle bürgerlichen Kräfte setzten auch auf Tradition: auf die des Verrats und der Bekämpfung der Bauern durch die Bourgeoisie noch in den Bauernkriegen und auf die der Unterdrückung und Spaltung ihres Kampfes und ihrer Erfahrungen, seit die Bourgeoisie die politische Macht erobert hat. Und so soll dann gesungen werden: „Rote Fahne“ Nr. 17: „die letzte Strophe des neugeschriebenen Bundschuh-Liedes verkündet deutlich, auf welche Art Widerstand sich Daimler samt Gefolgschaft in nächster Zeit wird einrichten müssen:... Jetzt kämpfen sie nicht mit Waffen/ mit Forke Sense und dem Spieß/ Sie gründeten den neuen Bundschuh/ der jedem seine Freiheit ließ...“

Da werden sich Daimler und die Landesregierung freilich gut einrichten können, wenn die neue Waffe ein Bundschuh ist, der jedem seine „Freiheit“ läßt: Der Bourgeoisie die der Ausbeutung, der Aneignung der Arbeit der Arbeiter und der Bauern, der Plünderung und Unterdrückung; den Arbeitern die Freiheit ihre Arbeitskraft zu verkaufen oder nicht; den Bauern ihre Freiheit die Produkte, die sie mit immer größerer Mehrarbeit produzieren müssen, zu verkaufen oder auch nicht, und der „Rote Fahne“-Redaktion ihre Freiheit zu reichlichen Spaziergängen im Taubertal, nach etwas Autofahrt – oder eben auch nicht. Da muß dann freilich schon der Bauernkrieg kritisiert werden, weil die im Bundschuh zusammengeschlossenen Bauern damals offensichtlich nicht jedem seine Freiheit gelassen haben, vor allem den Feudalherren und Pfaffen nicht. Und die Schulbücher sind bekanntlich voll von dem Schrecken der Bourgeoisie über die revolutionäre Kraft der Bauern. Den alternativen Le-

kündet deutlich, auf welche Art Widerstand sich Daimler samt Gefolgschaft in nächster Zeit wird einrichten müssen:... Jetzt kämpfen sie nicht mit Waffen/ mit Forke Sense und dem Spieß/ Sie gründeten den neuen Bundschuh/ der jedem seine Freiheit ließ...“

Da werden sich Daimler und die Landesregierung freilich gut einrichten können, wenn die neue Waffe ein Bundschuh ist, der jedem seine „Freiheit“ läßt: Der Bourgeoisie die der Ausbeutung, der Aneignung der Arbeit der Arbeiter und der Bauern, der Plünderung und Unterdrückung; den Arbeitern die Freiheit ihre Arbeitskraft zu verkaufen oder nicht; den Bauern ihre Freiheit die Produkte, die sie mit immer größerer Mehrarbeit produzieren müssen, zu verkaufen oder auch nicht, und der „Rote Fahne“-Redaktion ihre Freiheit zu reichlichen Spaziergängen im Taubertal, nach etwas Autofahrt – oder eben auch nicht. Da muß dann freilich schon der Bauernkrieg kritisiert werden, weil die im Bundschuh zusammengeschlossenen Bauern damals offensichtlich nicht jedem seine Freiheit gelassen haben, vor allem den Feudalherren und Pfaffen nicht. Und die Schulbücher sind bekanntlich voll von dem Schrecken der Bourgeoisie über die revolutionäre Kraft der Bauern. Den alternativen Le-

bensfreunden sitzt sie auch in den Knochen. Auf wen sich die Bauern in ihrem Kampf stützen sollen? Die „Rote Fahne“ meint: Journalisten vom „Stern“ bis zur regionalen „Abendschau“ solidarisieren sich teils offen, engagiert oder kritisch“ – Teils offen ist die „Rote Fahne“ dabei.

Aus dem Inhalt

Kommunistische Volkszeitung Nr. 23

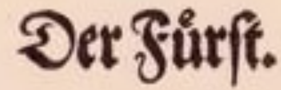
Die Deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion.

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm 6.02.



Die Caravelle, mit der Kolumbus nach Amerika segelte – der Schiffstyp, mit dem das Handelskapital den Kampf um den Weltmarkt aufgenommen hat.

Im 14. und 15. Jahrhundert waren die Städte rasch emporgekommen und reich geworden. Ihr Kunstgewerbe und Luxus blühte namentlich in Süddeutschland und am Rhein. Die Üppigkeit der städischen Patrizier ließ den grob genährten, grob gekleideten Landjunker nicht ruhig schlafen. Aber woher die schönen Sachen erhalten? Das Wegelagern wurde immer gefährlicher und erfolgloser. Zum kaufen aber gehörte Geld. Und das konnte nur der Bauer schaffen. Daher erneuter Druck auf die Bauern, gesteigerte Zinsen und Fronden, erneuerter, stets beschleunigter Eifer, die freien Bauern zu Hörigen, die Hörigen zu Leibeigenen herabzudrücken und das gemeine Markland in Herrenland umzuwandeln. Dazu halfen den Landesherren und Adligen die römischen Juristen, die mit ihrer Anwendung römischer Rechtssätze auf deutsche, meist unverstandene Verhältnisse eine grenzenlose Verwirrung anzurichten, aber doch so anzurichten verstanden, daß der Herr stets dadurch gewann und der Bauer stets verlor. Die geistlichen Herren halfen sich einfacher: die fälschten die Urkunden, worin die Rechte der Bauern verkürzt und ihre Pflichten gesteigert wurden. Gegen diese Räubereien von Landesherren, Adel und Pfaffen erhoben sich seit Ende des 15. Jahrhunderts die Bauern in häufigen Einzelaufständen, bis 1525 der Große Bauernkrieg Schwaben, Bayern, Franken, bis ins Elsaß, die Pfalz, den Rheingau und Thüringen hinein überflutete. Die Bauern erlagen nach harten Kämpfen. Von da an datiert das erneuerte allgemeine Vorherrschen der Leibeigenschaft unter den deutschen Bauern. In den Gegenden, wo der Kampf gewütet hatte, wurden nun alle noch gebliebenen Rechte der Bauern schamlos zertreten, ihr Gemeinland in Herrenland verwandelt, sie selbst in Leibeigene. Und zum Dank dafür, daß die besser gestellten norddeutschen Bauern ruhig geblieben, verfielen sie, nur langsamer, der selben Unterdrückung. Die Leibeigenschaft deutscher Bauern wird in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien seit Mitte, in Schleswig-Holstein seit Ende des 16. Jahrhundert eingeführt und immer allgemeiner den Bauern aufgenötigt.
(aus: Friedrich Engels, Die Mark)





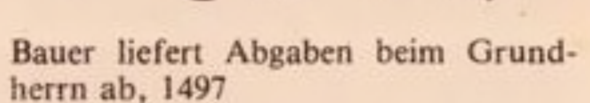


Bauer liefert Abgaben beim Grundherrn ab, 1497



Bauer bringt Abgaben zum Kloster, T. Murner 1522





Bauer liefert Abgaben beim Grundherrn ab, 1497

Bauer bringt Abgaben zum Kloster, T. Murner 1522





Ins Feld ziehendes Bauernheer



Die Gewinner des Bauernkrieges

Wer unter diesen Umständen vom Ausgang des Bauernkriegs allein Vorteil zog waren die *Fürsten*. ... Der Entwicklungsstand des damaligen Deutsschland war so niedrig und zu gleicher Zeit so ungleichförmig in den verschiedenen Provinzen, daß neben den weltlichen Fürstentümern noch geistliche Souveränitäten, städtische Republiken und souveräne Grafen und Barone bestehen konnten; aber sie drängte zu gleicher Zeit, wenn auch sehr langsam und matt, doch immer auf die *provinzielle* Zentralisation, das heißt auf die Unterordnung der übrigen Reichsstände unter die Fürsten. Daher konnten am Ende des Bauernkrieges nur die Fürsten gewonnen haben. So war es auch in der Tat. Sie gewannen nicht nur relativ, dadurch, daß ihre Konkurrenten die Geistlichkeit, der Adel, die Städte, geschwächt wurden; sie gewannen auch absolut, indem sie die spolia optima (Hauptbeute) von allen übrigen Ständen davontrugen. Die geistlichen Güter wurden zu ihrem Besten säkularisiert; ein Teil des Adels, halb oder ganz ruiniert, mußte sich nach und nach unter ihre Oberhoheit begeben; die Brandschatzungsgelder der Städte und Bauernschaften flossen in ihren Fiskus, der obendrein durch die Beseitigung so vieler städtischer Privilegien weit freieren Spielraum für seine beliebigen Finanzoperationen gewann.

Die Zersplitterung Deutschlands, deren Verschärfung und Konsolidierung das Hauptresultat des Bauernkriegs war, war auch zu gleicher Zeit die Ursache seines Mißlingens.
(Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg)



Bauern hängen eine Ablaßkrämer